

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**Heft 22**

**Thema:  
Die Makkabäer von Warschau**

**2004**

# INHALTSVERZEICHNIS

**Zum Tode von Günther Wieland** 3

## Thema

**Werner Röhr**  
Die Makkabäer von Warschau. Fragen und Fakten zum  
Ghettoaufstand 1943 5

## Artikel

**Kurt Pätzold**  
Der zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR 71

## Dokument

**Wigbert Benz**  
Die Nürnberger Dokumente NG 2424 und NG 2260. Zur Rolle  
von Paul Schmidt alias Paul Carell beim Judenmord in Ungarn 1944 82

## Rezensionen

Michael Wedekind. Nationalsozialistische Besatzungs- und  
Annexionspolitik in Norditalien 1943-1945 (Werner Röhr) 96

Klaus Schmider: Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944  
(Franz-Karl Hitze) 105

Diemut Majer: Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen  
Zeitgeschichte. Ideologie Staat - Besatzungsregime in Europa  
1939-1945 (Günther Wieland) 110

Isabel Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und  
Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas  
(Rita Röhr) 113

Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis,  
Kriegserfahrung in Deutschland, hg. von Bruno Thoß und Hans-Erich  
Volkmann (Philipp Schneider) 120

Friedrich Herber. Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz (Karl Heinz Roth) 124

Stanislav Zámečnik: Das war Dachau (Christoph Kopke) 127

Bernd Kleinhans: Ein Volk, ein Reich, ein Kino. Lichtspiel in der brauen  
Provinz (Detlef Kannapin) 129

Insa Meinen: Wehrmacht und Prostitution während des Zweiten Weltkrieges im besetzten Frankreich (Hans Umbreit)	134
IPN: Wokół Jedwabnego. Pod red: Pawła Machcewicza i Krzysztofa Persaka (Werner Röhr)	138
Kurt Schilde: Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzamtsakten (Sibylle Hinze)	142
<b>Annotationen</b>	145
<b>Tagungsberichte</b>	
Deutsche Erdölpolitik 1928-1938 (Werner Röhr)	162
<b>Ankündigungen</b>	165
<b>Autoren des Heftes</b>	166

## **Konsequent, bescheiden, tapfer**

Zum Tode von Günther Wieland

(16. April 1931 13. Januar 2004)

Wann wir einander zuerst wahrgenommen hatten, an sehr verschiedenen Plätzen, aber dort auf ein gemeinsames gesellschaftliches Ziel hinarbeitend, vermag ich nicht zu sagen. Näher gekommen sind wir uns vor mehr als 20 Jahren auf einer Reise und während einer Konferenz in Warschau, veranstaltet aus Anlaß des 40. Jahrestages des mordend niedergeschlagenen Ghettoaufstandes. Die Gastgeber ermöglichten Teilnehmern auch eine Reise nach Chelmno nad Nerem, in das einstige Kulmhof, jene erste Vernichtungsstätte, in der Juden aus der Umgebung und vor allem aus dem Ghetto Łódź in sogenannten Gaswagen erstickt wurden. Günther Wieland fuhr mit, wiewohl ihm damals schon jeder Einstieg in einen Bus und mehr noch die Fahrt darin Anstrengungen abverlangten. Zur Konsequenz des Mannes gehörte, daß er sich auferlegte, was er für seine Pflicht hielt.

Das war an seinem vieljährigen Arbeitsplatz in der Generalstaatsanwaltschaft der DDR eine Tätigkeit, wie sie im Apparat dieses Staates keine zweite gab. Er war befaßt mit der Feststellung der Verbrechen, die in den Jahren der faschistischen Diktatur und Herrschaft über weite Teile Europas im Reichsgebiet und in den besetzten Ländern begangen worden waren. Akribisch und beharrlich hat er eine einmal entdeckte Spur aufgenommen, die zu Tätern und deren Taten führte. Vertrauen erwerbend arbeitete er mit Juristen zusammen, die wie er mit der gleichen Aufgabe befaßt waren, vor allem mit jenen in den östlichen Nachbarländern, häufig mit Kollegen in der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Nazi-verbrechen. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelten sich auch Verbindungen in die BRD, namentlich mit den in Ludwigsburg auf gleichem Felde tätigen Juristen. Wielands Kontakte zu Alfred Streim, dem früh verstorbenen Leiter der dortigen Dienststelle, waren mehr als nur sachdienlich korrekt. Sie waren Teil einer Gemeinschaft von Juristen, die auf ihre Weise die Geschichte der Naziverbrechen durcharbeitete und den Normen des nationalen und internationalen Rechts Geltung zu verschaffen suchte. Auch als Warnung für die Zukunft, doch, was Wieland betraf, ebenso als Ausdruck der Hochachtung vor den Opfern, den Toten und den Überlebenden. Davon zeugt bleibend das Buch *System der Konzentrationslager*, das er gemeinsam mit dem Berliner Historiker Klaus Drobisch 1993 im Akademie-Verlag vorgelegt hat.

Nach dem Ende der DDR widmete sich Günther Wieland der Bilanzierung der Strafverfolgung von Nazi-Tätern durch die DDR, jener der Arbeit, an der eine unermittelte Zahl von Spezialisten, von Staatsanwälten, Richtern, Verteidigern und



nicht zuletzt von Zeugen beteiligt war. Gegen die politisch intendierte massenhafte Verleumdung dieser Verdienste hat er, am wenigsten von den seinen handelnd, die nüchterne, aber nicht leidenschaftslose Nennung und Analyse der Tatsachen gesetzt. Wie er ein Verbrechen ein Verbrechen hieß, so nannte er eine Leistung bei ihrem Namen. So etwa während eines Symposiums, das Mitte der neunziger Jahre in Wien als Auftakt eines inzwischen in Gang gesetzten Unternehmens stattfand, die Geschichte der NS-Prozesse zu dokumentieren, die in Österreich stattgefunden haben. Was sich dort an Dämmlichem aussprach, das hat er nicht nur bestimmt, sondern auch nobel zurückgewiesen. Günther Wieland war ein Mensch mit einem tief aus dem Innerem kommenden Takt.

In seinem Eintreten für die Wahrheit, zu dem eine keine Konsequenz und Klarheit der Aussage scheuende Kritik an vergangener Arbeit, die eigene eingeschlossen, unabdingbar gehörte, hat Günther Wieland Mitstreiter nicht nur hierzulande gefunden. An erster Stelle muß da der niederländische Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Amsterdam Christian F. Rüter genannt werden. In der von ihm geleiteten Redaktion der Sammlung ostdeutscher Strafrechtsurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, die 2002 unter dem Titel "DDR-Justiz und NS-Verbrechen" zu erscheinen begann, hat Günther Wieland mitgearbeitet, so lange er das vermochte. In dem die Reihe eröffnenden informatorischen Band ist seine Arbeit „Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945-1990“ gedruckt, an der niemand vorbei kann, der sich redlich mit deutscher Nachkriegsgeschichte beschäftigt.

Günther Wieland hat lange durchgehalten. Früh von einer Krankheit befallen, die ihn, den Aufrechten, beugte und krumm zog, die ihm Bewegungen immer schwerer machte, ihm eine Treppenstufe zu einer Barriere werden ließ, blieb er ein Arbeitender. Wer Auskunft suchte, konnte sein außerordentlich verlässliches Gedächtnis in Anspruch nehmen, dem er selbst doch auch wieder mißtraute, so daß er sich lieber in einem Dokument oder Buch der Richtigkeit seines Wissens noch einmal versicherte. Worte wie *tapfer* und *Tapferkeit* haben in der deutschen Sprache Militaristen und Mordpatrioten okkupiert und so verdächtig gemacht. Sie sollen sie uns weder gestohlen noch auf Dauer unbenutzbar gemacht haben. Mit Günther Wieland starb ein tapferer Mensch, der für eine friedvolle, eine sozialistische Welt eingetreten ist.

Kurt Pätzold

## Die Makkabäer von Warschau Fragen und Fakten zum Ghettoaufstand 1943<sup>1</sup>

Am 19. April 1943 begann der bewaffnete Aufstand im Ghetto von Warschau, der zum Höhepunkt des bewaffneten jüdischen Widerstandes in Europa gegen den Faschismus wurde. In Polen war es die größte bewaffnete Widerstandsaktion seit dem September 1939, im besetzten Europa der erste städtische Aufstand gegen die deutschen Okkupanten.

### 1. Fragen

Über diesen Aufstand sind seit 1945 Hunderte Bücher und Tausende Artikel veröffentlicht worden, von Überlebenden und Historikern, von Publizisten und Schriftstellern. Nicht wenige Filme und Hörspiele wurden produziert. Manche Romanschriftsteller erzielten mit ihren Büchern Millionenauflagen, so John Hersey mit *Der Wall* von 1950<sup>2</sup> und Leon Uris mit *Mila 18* von 1961<sup>3</sup>. Doch auch nach sechs Jahrzehnten der Forschung ist der Gegenstand nicht erschöpfend untersucht. Obwohl des Ereignisses jährlich gedacht wird, sind die Kenntnisse über den Aufstand in der deutschen Öffentlichkeit gering.

In den Memoiren der überlebenden Kämpfer und in den historiographischen Arbeiten über den Aufstand werden bestimmte Streitfragen immer wieder aufgegriffen und erörtert. Zu ihnen gehören die Ursachen der lethargischen Fügsamkeit der Ghettoeingefangenen gegenüber ihren Henkern, die Rolle des Judenrates, die erwiesene und verweigerte Hilfe der polnischen Widerstandsorganisationen für die Ghettokämpfer und in jüngster Zeit die Rolle der zweiten jüdischen Widerstandsorganisation, des Jüdischen Militärverbandes. Hinter diesen umstrittenen Fragen aber stecken Probleme, die der Erkenntnis bedürfen, Bekenntnisse reichen zur Klärung nicht aus. Wie unabweisbar sie sind, verdeutlichen die Stellungnahmen jener Autoren, die einer expliziten Stellungnahme, Kritik oder Polemik auswichen oder sie direkt abwiesen. Am Gerüst der historischen Tatsachen bilden diese Fragen die Kernpunkte des Aufsatzes, der von den jüngsten Veröffentlichungen ausgeht.

1 Überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrages vor dem Verein Berliner Debatte INITIAL am 22. Mai 2003 in Berlin.

2 John Hersey: *Der Wall*, Hamburg 1956.

3 Leon Uris: *Mila 18*, München 1962. Vgl. auch Dan Kurzman: *Der Aufstand. Die letzten Tage des Warschauer Ghettos*, München 1981 (Amerikanische Originalausgabe 1976).

Aus Anlaß des 50. Jahrestages erschienen 1992 bis 1994 zahlreiche historiographische Arbeiten und Memoiren zum Ghettoaufstand, auch wurden einige ältere Bücher erstmals in deutscher Übersetzung herausgegeben<sup>4</sup>. Diese große Publizität hielt auch in den folgenden Jahren an.<sup>5</sup>

Im Jahre 2003 jährte sich der Aufstand im jüdischen Ghetto von Warschau zum 60. Mal. In den Jahren davor und im Jubiläumsjahr erschienen mehr Erinnerungen und historische Arbeiten.<sup>6</sup> Die Forschung konnte nur mit wenigen Arbeiten aufwarten; Anka Grupińska veröffentlichte 2002 eine illustrierte Geschichte des Warschauer

- 
- 4 Vgl. Bernard Goldstein: „Die Sterne sind Zeugen“. Der bewaffnete Aufstand im Warschauer Ghetto. Bericht eines der Anführer. Mit einem Geleitwort von Beate Klarsfeld, Freiburg 1992; *Wojna żydowsko-niemiecki. Prasa konspiracyjna 1943-1944 o powstaniu w getcie Warszawy*. Wybór i opr. Paweł Szapiro, London 1992; Wolfgang Scheffler/Helge Grabitz: *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten*, München, 1993; Adina Blady-Szwajgier: *Die Erinnerung verläßt mich nie. Das Kinderkrankenhaus im Warschauer Ghetto und der jüdische Widerstand*. Aus dem Englischen von Joachim Rehork, München-Leipzig 1993; Erhard R. Wiehn: *Ghetto Warschau: Aufstand und Vernichtung 1943*, Konstanz 1993; Ruta Sakowska: *Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Ein historischer Essay und ausgewählte Dokumente aus dem Ringelblum-Archiv 1941-1943*, Berlin 1993; *Fünfzig Jahre danach zum Gedenken*, Konstanz 1993; Władysław Bartoszewski/Marek Edelman: *Żydzi Warszawy 1939-1943*, Lublin 1993; Yitzhak Zuckerman: *A surplus of memory: Chronicle of the Warsaw Ghetto uprising*, Berkeley, 1993 (polnische Ausgabe 2000); Vladka Meed: *On Both Sides of the Wall. Memoirs from the Warsaw Ghetto*, New York 1993, Israel Gutman: *Resistance: The Warsaw Ghetto Uprising*, Boston-New York 1993; Günther Schwarberg: *Das Getto*, 2. Aufl., Göttingen 1993; Chaya Lazar: *The Jewish Military Organization (ŻZW) in the Warsaw Ghetto Uprising. 50 Years to the Uprising*, Tel Aviv 1993; *Letzte Spuren. Ghetto Warschau, SS-Arbeitslager Trawniki, Aktion Erntefest: Fotos und Dokumente über Opfer des Endlösungswahns im Spiegel historischer Ereignisse*, hg. von Helge Grabitz und Wolfgang Scheffler, 2., durchgesehen Auflage, Berlin 1993; Eva Seeber/Marian Feldman: *Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos*, Leipzig 1994; *Holocaust z perspektywy półwiecza. Piećdziesiąta rocznica powstania w getcie warszawskim. Materiały z konferencji zorganizowanej przez Żydowski Instytut Historyczny w dniach 29.-31. marca 1993*, Wyd. Daniel Grinberg i Paweł Szapiro, Warszawa 1994; Barbara Harshav/Simhah Rotem: *Memoirs of a Warsaw Ghetto fighter. The Past within Me*, New Haven 1994; Adina Blady Szwajgier: *I więcej nie pamiętam*, 2. Aufl., Warszawa 1994.
- 5 Valentin M. Alekseev: *Varšavskogo getto bolše ne suščetvuet*, Moskva 1998; Simhah Rotem: *Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers*, Berlin 1996 (englisch 2002); Jan Jagielski/Tomasz Lec: *Niezatarte ślady getta warszawskiego*, Warszawa 1997; Jacek Leociak: *Tekst wobec zagłady. O relacjach z getta warszawskiego*, Wrocław 1997; *The Warsaw Ghetto. The 50th Anniversary of the Uprising*, ed. Bozen and Marek Potyralscy; Warszawa 1996; Shalom Yoran: *The Defiant. A True Story of Jewish Vengeance and Survival*, New York 1996.
- 6 Vladka Meed: *Deckname Vladka: Eine Widerstandskämpferin im Warschauer Ghetto*. Mit einem Vorwort von Elie Wiesel, Hamburg 1999; Cywia Lubetkin: *Zagłada i powstanie*, Warszawa 1999; Adam Czerniakow: *The Warsaw Diary of Adam Czerniakow: Prelude to Doom*, ed. by Raul Hilberg, Stanisław Staron and Josef Kermisz, Chicago 1999; Alina Margolis-Edelman: *Als das Ghetto brannte. Eine Jugend in Warschau*, Berlin 2000; Iechak Cukierman: *Nadmiar pamięci (Siedem owoych lat). Wspomnienia 1939-1946*, Warszawa 2000; Chawka Folma-Raban: *Nie rozstałam z nimi...*, Warszawa 2000; Anka Grupińska: *Ciągle po kole. Rozmowy z żołnierzami Getta Warszawskiego*, Warszawa 2000; Basia Temkin-Bermanowa: *Dziennik z podziemia*, Warszawa 2000; Barbara Engelking/Jacek Leociak: *Getto warszawskie. Przewodnik w nieistniejącym mieście*, Warszawa 2001; Helena Balicka-Koźliwska: *Mur miał dwie strony*, Warszawa 2002; *Der Hüter*. Marek Edelman erzählt, München 2002.

Ghettos<sup>7</sup> und setzte 2003 mit ihrer Sammelbiographie den Kämpfern der *Jüdischen Kampforganisation* (OB) ein Denkmal<sup>8</sup>. Marian Apfelbaums Geschichte des *Jüdischen Militärverbandes* (ZW) erschien 2002 in Paris und 2003 in Polen<sup>9</sup>. In Deutschland wurden keine neuen Forschungsergebnisse publiziert, Würdigungen beschränkten sich auf die Presse und andere Medien<sup>10</sup>. Die Katholische Familienbildungsstätte in Bochum zeigte 2003 eine Wanderausstellung des Warschauer Jüdischen Historischen Instituts über das Ringelblum-Archiv und legte dessen Katalog in deutscher Übersetzung vor, anschließend wurde die Ausstellung in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens gezeigt.<sup>11</sup>

Der Aufsatz stützt sich insbesondere auf die Arbeiten von Reuben Ainsztein<sup>12</sup>, Ruta Sakowska<sup>13</sup>, Tadeusz Bednarczyk<sup>14</sup>, Israel Gutmann und Shmuel Krakowski<sup>15</sup> und von den älteren Büchern auf Bernard Mark<sup>16</sup>. Ainszteins Buch über den Ghettoaufstand ist Teil seiner größeren Abhandlung über den jüdischen Widerstand gegen die Naziherrschaft im besetzten Osteuropa<sup>17</sup>. Die Arbeit wird von manchen Historikern inzwischen als „klassisch“, d.h. als anhaltend gültig, bewertet, ungeachtet dessen, daß es im Hinblick auf manche Details seit 1979 neuere oder genauere Forschungsergebnisse gibt. Das Buch liegt außer in englischer seit 1993 auch in deutscher, aber nicht in polnischer Sprache vor. Doch bereits die englische Version

7 Anka Grupińska: *Getto warszawskie*, Warszawa 2002.

8 Anka Grupińska: *Odczytanie listy. Opowieści o powstańcach żydowskich*, Kraków 2003.

9 Marian Apfelbaum: *Dwa sztandary. Rzecz o powstaniu w getcie warszawskim*. Przełożyła Małgorzata Maliszewski, Kraków 2003. (frz.: *Retour sur le ghetto de Varsovie*, Paris 2002).

10 Vgl. vor allem Arno Lustiger: Helden, die man dem Vergessen entreißen muß, in: FAZ, 19. April 2003, S. 39, sowie Gabriele Lesser: Schießend sterben, in: die tageszeitung, 19. April 2003; Marcus Hammerschmidt: Die Revolution von Warschau, Telepolis. Magazin der Netzkultur, 4. Mai 2003.

11 Oneg Schabbat. Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos, Ringelblum Archiv, Żydowski Instytut Historyczny (ZIH), 3. Aufl., Warszawa, 2003.

12 Reuben Ainsztein: *The Warsaw Ghetto Revolt*, New York 1979 (deutsche Ausgabe: *Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto*. Übersetzer: Jörg Paulsen, Berlin 1993).

13 Ruta Sakowska: *Ludzie z dzielnic zamkniętej. Z dziejów Żydów w Warszawie w latach okupacji hitlerowskiej*. Październik 1939 - Marzec 1943, Warszawa<sup>2</sup>1993. (deutsch: *Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939-1943*. Aus dem Polnischen von Ruth Henning, Osnabrück 1999).

14 Tadeusz Bednarczyk: *Życie codzienne warszawskiego getta*, Warszawa 1995; ders.: *Obowiązek silniejszy od śmierci. Wspomnienia z lat 1939-1944 o polskiej pomocy dla Żydów w Warszawie*, Warszawa 1986; ders.: *Walk i pomoc*, Warszawa 1968.

15 Israel Gutman/Shmuel Krakowski: *Resistance. The Warsaw Ghetto Uprising*, Boston-New York 1994; dies.: *During World War Two*, New York 1986; Israel Gutman: *Żydzi warszawscy 1939-1943. Getto, podziemie, walka*, Warszawa 1993; ders.: *Walka bez cienia nadziei. Powstanie w getcie warszawskim*, Warszawa 1998.

16 Bernard Mark: *Walka i zagłada Żydów Warszawskich*, Warszawa 1959; ders.: *Powstanie w getcie warszawskim*, Warszawa 1956 (Deutsche Ausgabe: *Der Aufstand im Warschauer Ghetto. Entstehung und Verlauf*, Berlin 1957, 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1959).

17 Reuben Ainsztein: *Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Europa während des zweiten Weltkrieges*. Aus dem Englischen übertragen von Jörg Paulsen unter Mitarbeit von Karl-Heinz Emmeler, Ulrich Kimple, Ahlrich Meyer und Heike Wiese, Oldenburg 1993.

wurde zum Gegenstand heftigster Anklagen durch nationalistische polnische Historiker und Publizisten<sup>18</sup>.

Ein erster Komplex von Streitfragen betrifft die lethargische Haltung der überwiegenden Mehrheit der Ghettabewohner angesichts ihrer in aller Öffentlichkeit vollzogenen brutalen Deportation in das Vernichtungslager Treblinka. Worauf sind der Verzicht auf Massenflucht und auf aktiven Widerstand zurückzuführen, was bestimmte entscheidend die passive, lähmende und entmutigende Hinnahme des von den Nazimördern bereiteten Schicksals?

- Waren dafür die religiösen Vorstellungen und der Einfluß der Rabbiner, die entschieden gegen aktiven Widerstand auftraten, maßgebend bzw.

- die auf jahrhundertealten Verfolgungserfahrungen gegründete Mentalität und die Erfahrungen und Traditionen des Überlebenskampfes, auf die sich die religiösen Führer der Juden und der traditionsorientierten Mehrheit ihrer politischen Exponenten beriefen, wenn sie Fügsamkeit empfahlen und Widerstand ablehnten?

- Welche Rolle spielten die tief verwurzelte politische und religiöse Zersplitterung der Juden,

- welche die psychischen Hemmnisse, das vor sich gehende Verbrechen des Völkermords zu begreifen, da es den Horizont früherer Verfolgungserfahrungen überschritt und tradierte Überlebensstrategien ins Gegenteil verkehrte?

- Welche Bedeutung hatten der chronische Hunger,

- die Angst und der mit Beginn der „Umsiedlung“ durch systematische Terrorisierung erzeugte permanente psychische Ausnahmezustand?

In diesen Komplex gehört auch die Frage, wie es der Jüdischen Kampforganisation nach der Deportation 1942 gelingen konnte, die Stimmung im Ghetto umzukehren,

18 Vgl. Leszek Żebrowski: *Paszkwil Wyborczej. Michnik i Cichy o Powstaniu Warszawskim*, Warszawa 1995. Żebrowski ist der historiographische Lobredner der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne - NSZ), einer militärischen Organisation des faschistischen Eidechsenbundes (Związek Jaszczurczy) und des rechten Flügels der Nationaldemokratischen Partei (Endecja) unter der Naziokkupation, die sich trotz formell abgeschlossener Übereinkunft nicht der Heimatarmee (AK) eingliederte und ihre politische und militärische Selbständigkeit bewahrte. Ihr Sicherheitsdienst (Akcja Specjalna) kooperierte mit der Gestapo in Radom bei der Verfolgung polnischer Kommunisten, Sozialisten, linker Bauernvertreter und Demokraten. Nach inneren Machtkämpfen schloß das Kommando der NSZ noch im Herbst 1944 ein formelles Kollaborationsabkommen mit den Okkupanten. Die stärkste militärische Kraft der NSZ war die Brigada Świętokrzyska bei Kielce, diese hatte bereits 1943 unter der Nazibesatzung den Bürgerkrieg gegen die linken polnischen Widerstandsbewegung begonnen und zog sich 1945 größtenteils mit der deutschen Wehrmacht zurück. Żebrowski wirft sowohl jüdischen Historikern wie Reuben Ainsztajn, Yitzhak Zuckerman, Shmuel Krakowski, Dan Kurzman als auch polnischen Publizisten, so Adam Michnik, Herausgeber und Chefredakteur der größten polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*. Unwissenheit, Fälschung der Tatsachen und Verleumdung der Polen vor, weil sie die während des Warschauer Aufstandes verübten Morde von geretteten Juden durch Soldaten der AK auf dem befreiten Territorium der Stadt öffentlich gemacht haben. Einen entsprechenden Auszug aus seinem o.g. Buch veröffentlichte Żebrowski in der faschistoiden Zeitung *Gazeta Polska* vom 13. Juli 1995.

den traditionellen jüdischen Partikularismus zu überwinden und die überlebenden Juden mehrheitlich zum Kampf zu mobilisieren?

Ein zweiter Komplex umstrittener Fragen betrifft die Beziehungen der jüdischen Ghettokämpfer zur polnischen Gesellschaft sowie die Reaktionen letzterer auf die große Deportation. Seit Jahrzehnten wird erbittert über die zu geringe Hilfe der polnischen Widerstandsorganisationen für das kämpfende Ghetto gestritten, über fehlende oder vorhandene Möglichkeiten der Unterstützung der Ghettokämpfer mit Waffen und Munition, über gegebene bzw. vermiedene, gehaltene und gebrochene Hilfsversprechen, über solidarische Entlastungsangriffe oder unterlassenen militärischen Beistand und über Überlebenshilfe für entkommene Ghettokämpfer bzw. deren Verrat oder gar Ermordung. Nicht zuletzt das Schicksal der überlebenden Ghettokämpfer, insbesondere während des Warschauer Aufstandes 1944, fand in den letzten Jahren auch in der polnischen Presse intensivere Beachtung.

Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Ghettoaufstandes rückte Arno Lustiger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) die zweite jüdische Kampforganisation, den Jüdischen Militärverband, ins Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit<sup>19</sup>. Zwar hatte dieser in der bisherigen Literatur signifikant weniger Aufmerksamkeit als die ŻOB gefunden, aber völlig verschwiegen, wie Lustiger unterstellt, wurde er schon deshalb nicht, weil die politischen Vertreter des jüdischen Revisionismus selber die Geschichte des ŻZW schrieben<sup>20</sup> und weil die wenigen Überlebenden des Ghettoaufstandes die Auseinandersetzungen zwischen beiden Organisationen in ihren Memoiren vehement fortsetzten<sup>21</sup>. Marian Apfelbaum leistet beides, er schreibt sowohl eine Geschichte des ŻZW und seiner militärischen Leistungen im Aufstand und er rekonstruiert und analysiert auch die Gegensätze und deren politische und literarische Fortsetzung bis in die Gegenwart. Apfelbaum bezieht bewußt den politisch äußerst konservativen Standpunkt des ŻZW, ohne deshalb auf Kritik an ihm zu verzichten<sup>22</sup>.

Mit den bewaffneten Widerstandsorganisationen wurden Fragen nach ihrer jeweiligen sozialen und politischen Basis, nach ihren Rekrutierungsfeldern, ihren finanziellen Quellen und ihren politisch-militärischen Verbindungen zu Kräften außerhalb des Ghettos aufgeworfen, die bisherigen Antworten analysiert, rekonstruiert und, soweit neue Quellen dies gestatten, erweitert. Die hemmende Rolle tradierter Einstellungen der Juden bzw. deren schrittweise oder partielle Überwindung wurden vor allem im Zusammenhang mit der Frage nach dem

19 Lustiger, Helden, FAZ, 19. April 2003.

20 Dawid Wdowiński: *And we are not saved. Including The Jewish Military Organization in the Warsaw Ghetto by Chaim Lazar. With an introduction by Morris Chariton*, New York 1985: Lazars Geschichte des ŻZW erschien 1993 auch separat in Tel Aviv.

21 Vgl. Marek Edelmans Polemik gegen den ŻZW in: Edelman, *Das Ghetto kämpft*, sowie in Grupańska, *Ciąge po kole*, S. 17ff..

22 Apfelbaum, *Dwa sztantary*, S. 11ff., 227ff.

politischen und ideologischen Profil der einzelnen Organisationen erörtert. Die Frage nach der Spezifik des jüdischen Widerstands im Ghetto lenkte so die Aufmerksamkeit auf die jüdische Bevölkerung im Ghetto, deren soziologisch-demographische Struktur beschrieben und untersucht wurde. Dominierten in früheren Forschungen die vernichtenden Lebensbedingungen, der Terror und das Martyrium der Ghettojuden als Gegenstand, so richteten Sakowska<sup>23</sup>, Bednarczyk<sup>24</sup> und andere Forscher ihren Blick auch auf die Ghettogesellschaft und ihr Alltagsleben. Die soziodemographische Heterogenität dieser Zwangsgesellschaft, in deren Genese divergierende Ströme einmündeten, und deren Zusammensetzung die innerjüdischen Klassengegensätze sowie den überkommenen jüdischen Partikularismus zu bisher nie gekannten extremen Gegensätzen steigerte, schränkte zwar außerordentlich die Funktionsfähigkeit dieser Gesellschaft im Sinne ihrer Selbsterhaltung, ihrer Widerstandsfähigkeit und ihrer Leistungsfähigkeit ein. Aber vernichtet bzw. völlig untergraben wurde die Fähigkeit zur Selbsterhaltung vor allem durch den Lebensmittelzug.

Eine Sozialstratifikation des Ghettos mußte die Aufmerksamkeit auch auf jene außerhalb des Ghettos illegal in Warschau lebenden Juden lenken, deren Existenzweise bisher überhaupt noch nicht systematisch untersucht und dargestellt worden war. Gunnar Paulsson hat dies auf der Basis empirischer Quellen erstmals umfassend untersucht und in einer Monographie dargestellt.<sup>25</sup>

Die wichtigste Frage aber ist die nach dem jüdischen Widerstand gegen die nazistische Vernichtungspolitik und der Stellung des Ghettoaufstandes in der Gesamtgeschichte dieses Widerstandes. Historische Forschungen zum Aufstand 1943 als Teil der Widerstandsforschung zu begreifen und zu betreiben, hat sich in nicht wenigen der neueren Arbeiten als leitender Gesichtspunkt bewährt.<sup>26</sup>

23 Sakowska, *Ludzie z dzielnicy zamkniętej*.

24 Bednarczyk, *Życie codzienne*.

25 Gunnar S. Paulsson: *Secret City. The Hidden Jews of Warsaw 1940-1945*, New Haven-London 2002.

26 Vgl. Ainsztein, *Jüdischer Widerstand; August Grabski: Żydowski ruch kombatancki w Polsce w latach 1944-1949*, Warszawa 2002; Jochem Ast/Bernd Siegler/Peter Zinke: *Das Tagebuch der Partisanin Justyna. Jüdischer Widerstand in Krakau*, Berlin 1999; Eliyahu Yones: *Die Straße nach Lemberg. Zwangsarbeit und Widerstand in Ostgalizien 1941-1945*, Frankfurt am Main 1998; Joseph Rudavsky: *No Live with Hope. To Die with Dignity. Spiritual Resistance in the Ghettos and Camps*, Northvale, N.J. 1997; John R. Michalczyk: *Resisters, Rescuers and Refugees. Historical and Ethical Issues*, Kansas City 1997; Faye Schulman: *A Partisans Memoir. Woman of the Holocaust*, Toronto 1995; Benjamin Meirchak: *Jewish Soldiers and Officers in The Polish Peoples Army Killed and Missing in Action*, Tel Aviv 1994; Ingrid Strobel: *Mir zeynen do. Der Ghettoaufstand und die Partisanen von Bialystok*, Köln 1992; Harold Werner: *Fighting Back. A Memoir of Jewish Resistance in World War II*, New York 1992.



## 2. Das jüdische Ghetto in Warschau

### a) Das größte Ghetto der Welt

Am 19. Mai 1940 wurde der traditionelle Wohnbezirk der ärmsten Warschauer Juden von den deutschen Okkupanten zum Seuchensperrbezirk erklärt und vom übrigen Stadtgebiet abgegrenzt. Dem Umzug aller jüdischen Bewohner der Stadt in das so gebildete Ghetto ordnete der Distriktgouverneur von Warschau, Ludwig Fischer, am 2. Oktober 1940 an. Alle in diesem Viertel lebenden nichtjüdischen Polen mußten bis zum 15. November ihre Wohnungen verlassen, alle außerhalb wohnenden Juden mußten ins Ghetto umziehen<sup>27</sup>. Nach der Zwangsumsiedlung wurde das Ghetto von der übrigen Stadt abgeriegelt: Die Ghettomauer war drei Meter hoch und 16 Kilometer lang, mit Glasscherben und Stacheldraht bestückt. Die eingekerkerten Juden mußte diese Mauer in Zwangsarbeit selbst errichten, und der Judenrat mußte sie bezahlen. Bewacht wurden das Ghetto und seine 22 Tore (später 15) außen von deutscher und polnischer und innen von jüdischer Polizei. Am 21. Oktober 1941 wurde für das Verlassen des Ghettos die Todesstrafe angedroht und am 17. November 1941 erstmals vollstreckt.

Die Ghettobildung war Teil eines Maßnahmenkatalogs, den die deutsche Okkupationsverwaltung im *Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete* (GG) seit 1939 zur Entrechtung und Beraubung der polnischen Juden erlassen hatte: Der Zwangsumsiedlung ins Ghetto gingen die Kennzeichnung der Juden, die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit<sup>28</sup> und die Bildung jüdischer Kontrollorgane voraus. Am 20. November 1939 wurden die jüdischen Konten gesperrt; am 1. Dezember führte Generalgouverneur Hans Frank die Kennzeichnungspflicht für Juden ein; am 9. Dezember 1939 wurden Pensionszahlungen an Juden eingestellt; am 24. Januar 1940 mußten sie ihr Privatvermögen anmelden, im Juli 1940 wurde das jüdische Grundeigentum beschlagnahmt. So waren die meisten Juden verarmt, noch ehe sie gefangengesetzt wurden. Mit dem erzwungenen Umzug ins Ghetto verloren sie schließlich alles, was sie zurücklassen mußten.

Mit der Bildung der Judenräte schufen die Okkupanten eine wichtige Voraussetzung für die Einschließung der polnischen Juden in Ghettos. Deren Aufgaben unterschieden sich von denen der jüdischen Kultusgemeinden in Polen vor 1939. Die Kehilla war in Polen gesetzlich auf religiöse und Fürsorge-Funktionen

27 Vgl. den Bericht über die Bildung des Ghettos von Waldemar Schön, Leiter der Abteilung Umsiedlung im Amt des Distrikts Warschau, vom 20. Januar 1941, gekürzt abgedruckt in: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr. Unter Mitarbeit von Elke Heckert, Bernd Gottberg, Jutta Wenzel und Heide-Marie Grünthal (= Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Bd. 2), Berlin 1989, Dok. 82, S. 194. (im folgenden: Occ. Pol.)

28 Nach dem 1. Dezember 1939 durften Juden im GG nur noch innerhalb ihres Wohnsitzes umziehen, für sie galt eine nächtliche Ausgangssperre und ab 1. Januar 1940 durften sie auch die Eisenbahn nicht mehr benutzen.



beschränkt worden. Der Judenrat aber war eine administrative Institution. Er erhob eigene Steuern und verteilte die spärlichen Lebensmittel und Wohnungen. Er übernahm praktisch die Aufgaben einer Stadtverwaltung. Zu den wichtigsten der 26 Abteilungen des Warschauer Judenrats zählten Sozialfürsorge, Krankenhäuser und Gesundheitswesen, Schulwesen und Berufsausbildung, Standesamtsregister, schließlich Produktion, Industrie, Handel und Arbeit, Post und Stadtreinigung. Formal war er für alle Vorgänge im Ghetto zuständig und führte einen eigenen Haushalt, vor allem aber hatte er die Auflagen der Okkupanten zu erfüllen. Im Unterschied zur autokratischen Führung des Judenrates im Ghetto Łódź entschied der Warschauer Judenrat kollegial. Er beschäftigte im Juni 1942 rund 2.000 Angestellte ohne die 2.000 Mitglieder des Ordnungsdienstes.

Der Judenrat konnte nur innerhalb der von den Okkupanten zugewiesenen Kompetenzen tätig werden und arbeitete unter ihrer unmittelbaren Kontrolle. Deshalb folgten seine Aufgaben und seine Kontrolle der jeweiligen Konzeption der Okkupanten gegenüber der Bevölkerung des Ghettos. Raul Hilberg hat die Aufgaben der Judenräte so charakterisiert: „... die Weitergabe deutscher Weisungen und Anordnungen an die jüdische Bevölkerung, der Einsatz jüdischer Polizeikräfte zur Durchsetzung deutscher Befehle, die Auslieferung jüdischer Vermögenswerte, jüdischer Arbeitskräfte und jüdischen Lebens an den deutschen Feind. In Ausübung ihrer traditionellen Funktion unternahmen die Judenräte bis zuletzt verzweifelte Versuche, das Leiden zu verringern und dem Massensterben in den Ghettos Einhalt zu gebieten. Doch gleichzeitig reagierten sie mit unbedingter Unterwerfung auf die deutschen Forderungen und beschworen die deutsche Besatzungsmacht, um den Gehorsam der Gemeinde zu erzwingen.“<sup>29</sup>

Ein Jüdischer Ältestenrat in Warschau war bereits am 7. Oktober 1939 auf Befehl der Einsatzgruppe IV der Sipo und des SD eingesetzt worden, also noch vor der Bildung des GG und ein Jahr vor der Bildung des Warschauer Ghettos, er konstituierte sich am 4. November. Am 28. November unterschrieb Frank einen Erlaß zur Bildung von Judenräten. Im Juni 1940 übernahm die Zivilverwaltung des GG von der Sicherheitspolizei die Kontrolle über die Judenräte, nachdem sie sich bereits im Januar 1940 das beschlagnahmte jüdische Eigentum gesichert hatte. Im Juli 1940 ging die Kontrolle über die jüdischen Arbeitskräfte von der SS und der Polizei auf die zivilen Arbeitsämter über, später wurde im Ghetto ein Arbeitsamt eingerichtet.

In Warschau übernahm die Abteilung Umsiedlung im Amt des Distriktchefs unter Waldemar Schön die Gewalt über die jüdische Bevölkerung. Sie organisierte auch die Einrichtung des Ghettos. Im März 1941 wurde diese Abteilung aufgelöst und das Amt eines *Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk*<sup>30</sup> in Warschau geschaffen;

29 Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 158.

30 Der Gebrauch des Wortes „Ghetto“ war im offiziellen Sprachgebrauch der Okkupanten verboten.

diesen Posten übernahm Heinz Auerswald. Die Sicherheitspolizei verlor zwar offiziell die Oberhoheit über die jüdische Bevölkerung, doch sie verzichtete keineswegs auf Kontrolle. Der Vorsitzende des Judenrates und später auch der Chef des Jüdischen Ordnungsdienstes wurden regelmäßig zur Berichterstattung zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) bestellt. Der Judenrat gehörte dort in den Zuständigkeitsbereich der Gestapo.

Das Ghetto in Warschau war das größte aller im besetzten Europa von den Naziokkupanten geschaffenen Judenghettos, gefolgt von denen in Łódź und Lwów. Auf einem Territorium, das zuvor 145.000 Menschen bewohnt hatten, waren 1941 knapp 500.000 zusammengedrängt, und zwar 410.000 Warschauer und 72.000 aus Ortschaften westlich der Wisła zwangsumgesiedelte Juden. Die Bevölkerungsdichte betrug 111.000 Menschen auf einen Quadratkilometer gegenüber 14.000 pro km<sup>2</sup> im übrigen Warschau. Die durchschnittliche Belegung einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung im Ghetto betrug zu Beginn über 15 Personen, später sogar die eines Zimmers 13 Personen<sup>31</sup>. Das Ghetto umfaßte rund ein Viertel des damaligen Stadtgebietes von Warschau, aber keinen einzigen Park oder Garten.

Die wirtschaftliche Vernichtung der polnischen Juden umfaßte drei Vorgänge: die Beschlagnahme ihres Vermögens, die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften und die Vorenthaltung von Nahrungsmitteln. Hatten die jüdischen Armenquartiere in Warschau schon vor dem Krieg zu den schlimmsten Elendsvierteln Europas gehört, so begünstigten jetzt die Enge, der notorische Hunger und die schlechten hygienischen Verhältnisse Epidemien von Fleckfieber, Typhus und Paratyphus, denen die geschwächten Menschen reihenweise erlagen. In der Ghettostatistik gab es zwei ansteigende Kurven, die der Erkrankungen und die der Sterblichkeit.<sup>32</sup> 40 Prozent der Bewohner waren krank. Die monatliche Sterberate betrug im zweiten Halbjahr 1941 im Ghetto Warschau 1,4 Prozent und im ersten Halbjahr 1942 im Ghetto in Łódź 1,49 Prozent. Die höchste Sterberate hatten jene 17 Spezialhäuser des Warschauer Ghettos, in denen die ärmsten Juden untergebracht worden waren.

Die meisten Menschen im Ghetto starben nicht an Krankheiten, sie verhungerten. Das systematische Embargo von Lebensmitteln schränkte die Fähigkeit der Ghettos zur wirtschaftlichen Selbsterhaltung am stärksten ein.<sup>33</sup> Eine Versorgung mit

31 Mit dem Massensterben der Ghettogeängenen bzw. ihrer Ermordung endete die Wohnungsnot.

32 Siehe Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Berenstein, Artur Eisenbach, Bernard Mark und Adam Rutkowski, Berlin 1960 (im folgenden: FGM), Dok. 98-100, S. 139-141.

33 Auf einer Arbeitstagung der Regierung des GG zur Fleckfieberbekämpfung im Warschauer Ghetto referierte der Leiter der Abt. Gesundheitswesen, Jost Walbaum, am 13. Oktober 1941: „Natürlich wäre es das beste und einfachste, den Leuten ausreichende Ernährungsmöglichkeiten zu geben, das geht aber nicht, das hängt eben mit der Ernährungs- und Kriegslage im allgemeinen zusammen. Deshalb wurde jetzt die Maßnahme des Erschießens angewandt, wenn man einen Juden außerhalb des Ghettos ohne besondere Erlaubnis antrifft. Man muß sich, ich kann es in diesem Kreise offen aussprechen, darüber klar sein, es gibt nur zwei Wege, wir verurteilen die Juden im Ghetto zum

Lebensmitteln vom Schwarzmarkt lag außerhalb der Möglichkeiten der allermeisten Ghettabewohner. Für den 30. Mai 1941 notierte ein jüdischer Chronist: 50 Prozent der Ghettabewohner waren am Verhungern, 30 Prozent hungerten "normal", 15 Prozent hatten nicht genug zu essen und 10.000 lebten gut<sup>34</sup>. Im Jahre 1941 erreichte das Ghetto mit 540.000 die höchste Einwohnerzahl. Allein in diesem Jahr wurden offiziell 43.258 Tote registriert, die direkt verhungert waren oder an Krankheiten starben, die aus Mangelernährung herrührten.

### b) Zwangsarbeit für Juden

Die Zwangsarbeit für Juden war von den Okkupationsbehörden bereits 1939 eingeführt worden. So erließ Generalgouverneur Hans Frank bereits am Tag seiner Amtseinführung, dem 26. Oktober 1939, eine entsprechende Verordnung. Am 12. Dezember wurde der Arbeitszwang für alle Juden vom 12. bis zum 60. Lebensjahr bestimmt. Zur Ableistung sollten die Juden zu Zwangsarbeitertrupps zusammengefaßt werden<sup>35</sup>. Frank übertrug die Durchführung des Arbeitszwanges dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) des GG, Friedrich Wilhelm Krüger, der aber nur die männlichen Juden erfassen wollte und es bedauerte, wenn diese Arbeitskräfte nicht nützlich in ihren Berufen eingesetzt würden. Er forderte, die Distriktchefs sollten erst einmal den Bedarf feststellen. Am 12. Dezember erließ Krüger dann eine Durchführungsverordnung, die jedem Juden zehn Jahre Zuchthaus und Vermögen-sentziehung androhte, der sich der Eintragung in die Arbeitszwangserfassung-skartei entzöge.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und des Stillstands der Industrie im GG war der Arbeitszwang für Juden in erster Linie keine ökonomische Maßnahme, sondern eine Schikane, ausgehend vom nazistischen Stereotyp des Juden als arbeitsscheuem Parasiten. Entsprechend wurde in der zweiten Durchführungsverordnung der Arbeitszwang mit einem ungenannt bleibenden „erzieherischen Zweck“ begründet. In Warschau und anderen Städten nutzten die Okkupanten die kostenlosen jüdischen Arbeitskräfte, um anfallende kommunale Arbeiten zu erledigen, Trümmer zu beseitigen oder Bauschäden zu reparieren, und forderten täglich Arbeitskolonnen beim Judenrat an. Wehrmacht, SS und Polizei trieben für jeweilige eigene Arbeitsvorhaben jüdische Arbeitskräfte in Razzien zusammen.

Viele Tausende Juden wurden in Zwangsarbeitslager deportiert, sei es für militärische Anlagen, für Meliorations- oder Straßenbauten, städtische Aufgaben, für das SS-Grenzsicherungs-Baukommando. Tausende jüdische Arbeitshäftlinge wurden für den Bau eines Panzergrabens entlang des San an der sowjetischen Grenze eingesetzt. Im Distrikt Lublin arbeiteten sie außerdem in 45 Lagern an der Flußregulierung, diese Aufgaben gehörten selbst nach den Berichten der Okkupan-

Hungertode, oder wir erschießen sie. Wenn auch der Endeffekt derselbe ist, das andere wirkt abschreckender.“ Abgedruckt in: Occ Pol., Dok. 96, S. 209.

34 Nach Bernard Mark: *Walka i zagłada warszawskiego getta*, Warszawa 1959, S. 59.

35 Verordnungsblatt GG 1939, S. 5-7, abgedruckt in: FGM, Dok. 152, S. 203.

ten zu den schwersten physischen Arbeiten. Die Arbeiter erhielten weder geeignete Kleidung noch ausreichende Verpflegung; die Lebensbedingungen waren noch schlechter als in den Ghettos, Not und Sterblichkeit waren noch größer. Jene begrenzten Möglichkeiten der Milderung des Hungers durch Päckchen-Hilfe des Auslandes oder der polnischen Bevölkerung, durch Schmuggel und Schwarzmarkt, wie sie das Ghetto mit gewisser Selbstverwaltung ermöglichte, waren in den *Judenarbeitslagern* ausgeschlossen. Erst mit der einsetzenden Rüstungsfertigung im GG gab es zwei Arten von Arbeitslagern: Firmenlager und SS-Lager.

Die überwältigende Mehrheit der im Ghetto Warschau gefangenen Juden war arbeitslos. Denn die Anordnung von Zwangsarbeit beseitigte die Massenarbeitslosigkeit nicht. Neben dem Amt des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk hatte die Zivilverwaltung eine sog. Transferstelle eingerichtet, deren Leiter Max Bischof offiziell die Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit im Ghetto ausübte. Konzessioniert wurden zunächst vor allem jüdische handwerkliche Kleinbetriebe. Ein normaler Verkauf der Produkte war aber ebenso unmöglich wie ein ökonomischer Bezug der Rohstoffe. Als die Zahl der Ghettoefangenen am 30. Juni 1941 mit 550.000 ihren höchsten Stand erreichte, waren von ihnen nur 27.000 lohnabhängig beschäftigt. Bischof wollte 1941 deutsche Unternehmen nach Warschau ziehen. Tatsächlich lockte die Aussicht auf spottbillige Arbeitskräfte nicht wenige an. Ein größerer Arbeitseinsatz entwickelte sich erst, nachdem findige deutsche Unternehmer die Ghettojuden als Quelle ihrer Bereicherung entdeckt hatten. Während in Łódź ghettoeigene Betriebe vorherrschten, dominierte in Warschau die Beschäftigung in Privatfirmen, die bekanntesten dieser deutschen Ghettounternehmer waren Fritz Schultz, Walter Caspar Toebebs, F.G. Schultz, Oskar Schilling, Bernhard Hallmann, W. von Schöne, Curt Röhrich, G. Gerlach. Sie erhielten staatliche Konzessionen für eine Kriegsproduktion im Ghetto. Typische Erzeugnisse waren Uniformen, Bürsten, Munitionskisten, Behältnisse. Hauptabnehmer dieser Erzeugnisse war mit Abstand die Wehrmacht vor SS und Polizei.

### c) Die Zwangsgesellschaft des Ghettos

Obwohl die Juden im Warschauer Ghetto sozial, ethnisch, religiös und politisch aus unterschiedlichen Gruppen stammten und gewaltsam zusammengepfertcht worden waren, bildete auch diese Zwangsgesellschaft Elemente einer Struktur heraus.<sup>36</sup> Hier gab es Institutionen der sozialen Hilfe wie die Waisenhäuser und andere Fürsorgeeinrichtungen für Kinder und die Jüdische Selbsthilfe. Letztere kümmerte sich vor allem um die Funktionäre der Parteien, um die Mitglieder der Jugendorganisationen, die Vertreter der Intelligenz und der religiösen Institutionen. Im Ghetto wirkten ein offizielles sowie ein geheimes Schulwesen, es gab kulturelle Einrichtungen, ein konzessioniertes Theater sowie religiöses Leben. Hier wirkten illegale politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen, hier organisierten sich Landsmannschaften der ins Ghetto umgesiedelten Juden.

36 Siehe Sakowska, Menschen im Ghetto; Bednarczyk, Życie codzienne.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen haben viele Warschauer Juden das Ghetto trotz des Hungers, der Seuchen und der Gewalt dem risikoreichen Verstecken in der polnischen Gesellschaft mit ihrem allgegenwärtigen Antisemitismus vorgezogen. Die Ghettobevölkerung war extrem verarmt, viele ehemals besitzende Schichten waren sozial deklassiert. Faktisch hatte fast die gesamte jüdische Bevölkerung ihre Lebensgrundlagen und Tätigkeitsbereiche verloren. Die Bevölkerung des Ghettos war sozial kraß gespalten, und der entsetzliche Hunger verlieh den Klassegegensätzen eine äußerste Verschärfung: Allein im Januar 1942 verhungerten 300 Menschen auf den Straßen, darunter 90 Kinder. Neben dem furchtbarsten Massenelend gab es eine kleine Schicht, die prassen konnte, vor allem jene, die an der Führung der für die Nazis arbeitenden Werkstätten und Fabriken beteiligt waren, illegale Geschäftemacher und einige hundert Schmuggler. Diese Schicht war das Hauptelement der moralischen Korruption.

Die Ghettobevölkerung war nicht nur sozial, sondern auch politisch außerordentlich differenziert. Alle polnischen und jüdischen Vorkriegsparteien fanden sich in Konspirationsgruppen im Ghetto zusammen. Hier erschienen zahlreiche illegale Zeitungen,<sup>37</sup> vor allem des sozialistischen *Bundes* und seiner Jugendorganisation *Cukunft*, der zionistischen Jugendorganisationen *Hashomer Hazair*, *Hechalutz-Dror* und *Gordonia*, der beiden Richtungen der *Poale Zion* und der *Polnischen Arbeiterpartei* (PPR). Zwischen Mai 1940 und Juli 1942 erschienen 28 Periodika in jiddischer, 19 in polnischer und drei in gemischter Sprache. Die Exemplare wurden hektographiert, sie waren kleinformatig, hatten meist nur wenige Seiten und geringe Auflagen. Allein die PPR brachte von Januar bis März 1942 eine Tageszeitung mit 1.000 Exemplaren heraus, die *Morgenfrühajjt*.<sup>38</sup>

Neben der Masse der polnischen Juden befanden sich im Warschauer Ghetto auch einige dorthin deportierte deutsche Juden, die ihren Aufenthalt als zeitweiliges Exil betrachteten und sich keinesfalls mit den polnischen Juden identifizieren wollten. Von ihnen dienten manche der Gestapo als Informanten. Weil sie einen jüdischen Großvater hatten, waren auch 6.000 Polen im Ghetto gefangengesetzt worden; doch sie verstanden sich nicht als Juden, und nicht wenige von ihnen waren geradezu Judenhasser.

37 Das einzige von der Besatzungsmacht offiziell herausgegebene jüdische Periodikum im okkupierten Polen war die *Gazeta Żydowska*, sie erschien 1940-1942 in polnischer Sprache in Kraków. Politisch und militärisch beschränkte sie sich auf die Wiedergabe behördlicher Verlautbarungen. „Sie verschwieg die Verarmung, die Krankheiten, die erschreckende Sterblichkeit unter der jüdischen Bevölkerung und selbstverständlich die Naziverbrechen. Sie informierte jedoch über die Anordnungen der Besatzungsmacht und brachte viele wichtige Nachrichten aus dem Leben der jüdischen Gemeinschaften im Generalgouvernement, über die Tätigkeit der Judenräte und die lokalen ŻSS-Organisationen, über das religiöse Leben, das öffentliche Schulwesen, Musik- und Theaterveranstaltungen. Viel Platz nahmen Anzeigen ein ... Dieser ganze Anzeigenteil hat heute große Bedeutung für die Analyse.“ (Sakowska, Menschen im Ghetto, S. 191). Vgl. Marian Fuks: *Życie w gettach GG na tle „Gazety Żydowskiej” 1940-1942*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* (Im folgenden *Biuletyn ŻIH*), 1971, Nr. 79.

38 Vgl. Sakowska, Menschen im Ghetto, S. 191-201.

### c) Die Kontrolle des Ghettos

Zur Exekution ihrer Politik gegenüber dem Ghetto hatten die Okkupanten die zivile Dienststelle eines Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk geschaffen. Ihr wichtigstes Instrument zur praktischen Durchsetzung ihrer Anordnungen im Ghetto war der Judenrat, dessen Vorsitz Adam Czerniaków übernahm. Der Judenrat erhielt seine Befehle direkt von der Dienststelle des Kommissars und erstattete ihr wöchentlich Bericht<sup>39</sup>. Er sollte die Anforderungen der Okkupanten, sei es zur Arbeit, sei es schließlich zur „Umsiedlung“, organisatorisch umsetzen und in ihrem Auftrage das Ghetto verwalten. Er unterhielt eigene Gerichtsorgane und ein eigenes Gefängnis im Ghetto mit 1.300 Häftlingen im Mai 1942, meist Schmuggler, davon 40 Prozent Kinder.

Formal diente der *Jüdische Ordnungsdienst* (OD) dem Judenrat als Exekutive, faktisch war er in noch ausgeprägterem Maße Instrument der Nazipolitik als dieser.<sup>40</sup> Diese Ghettopolizei umfaßte 2.000 Mann und stand unter dem Kommando des katholischen Konvertiten und früheren polnischen Polizeiobersten Józef Andrzej Szeryński. Die polnische Polizei der Zwischenkriegszeit war ein brutales Instrument sozialer und nationaler Unterdrückung. Juden durften ihr nicht angehören. Nunmehr wurde diese Polizei als „blaue“ (granatowa) Quislingpolizei ein Erfüllungsgehilfe der Okkupanten gegen das eigene Volk, besonders aber gegen Juden und Roma.<sup>41</sup> Szeryński führte ihre Methoden bei der Ghettopolizei ein, die sehr bald zur verhaßtesten Gruppe im Ghetto wurde. Sie prügelte die Ghettabewohner aus ihren Häusern und trieb sie in die Waggons nach Treblinka.

Die Gestapo begnügte sich nicht mit Judenrat und Ghettopolizei, so bedingungslos sie auch alle Befehle erfüllten. Sie schuf sich zwei weitere Agenturen, für deren Verbindung von Verrat, Kollaboration und Verbrechen es in anderen Ghettos keine Parallele gab. Ihr Agent Abraham Ganzwejch eröffnete eine *Überwachungsstelle zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Preiswucherei im jüdischen Wohnbezirk*, genannt die „13“. Doch nicht dem Preiswucher galt seine Aufmerksamkeit: Ganzwejch beschäftigte 300 „Polizisten“ und einen „Gerichtshof“, die alle wichtigen Geschäftsleute des Ghettos zu Schutzgeldzahlungen zwangen; er verkaufte Pässe zur Benutzung der den Juden verbotenen Verkehrsmittel; er konnte gegen Bezahlung den Transfer von Verwandten aus einem Ghetto ins andere organisieren, er konnte sogar die Freilassung aus deutscher Haft erwirken. Die „13“ unterstand nicht dem Judenrat, sondern allein den Deutschen.

39 Adam Czerniaków: *Adama Czerniakowa dziennik getta warszawskiego*. 6.IX.1939-23.VII.1942, Warszawa 1983.

40 Vgl. Aldona Podolska: *Służba porządkowa w getcie warszawskim w latach 1940-1943*, Warszawa 1996.

41 Vgl. Adam Hempel: *Pogrobowcy kłęski. Rzecz o policji ‚granatowej‘ w Generalnym Gubernatorstwie 1939-1946*, Warszawa 1990.



Alles Notwendige mußte ins Ghetto geschmuggelt werden, 80 Prozent der Lebensmittel erreichten das Ghetto durch Schmuggler. Praktisch aber konnte kein Gegenstand ins Ghetto gebracht werden, bevor nicht Bestechungsgelder an die Ghettopolizei, die polnische Polizei und die deutschen Kriminalbeamten gezahlt worden waren, und selbst dann konnte ihn jede Patrouille an der Ghettomauer beschlagnahmen. Wer jedoch an Ganzwejchs Überwachungsstelle zahlte, dessen Gegenstand kam mit Sicherheit ins Ghetto.

Da Ganzwejch praktisch die Autorität des Judenrates usurpierte, versuchte dieser, dessen Macht zu beschneiden. Doch bereits beim ersten Versuch bekam es der Judenrat mit der Gestapo zu tun. Für die Gestapo war nicht ihre Teilhabe an Ganzwejchs Geschäften am wichtigsten, sondern seine Spionage und Subversion. Wöchentlich lieferte Ganzwejch der Gestapo einen Bericht über die Aktivitäten des Judenrates, der Jüdischen Selbsthilfeorganisationen und anderer jüdischer Organisationen sowie eine Chronik der Ereignisse im Ghetto und namentliche Denunziationen. Diese Berichte dienten dem Ghettokommissar zur Überprüfung, ob der Judenrat seine Anweisungen auch unverändert umsetzte. Als die Überwachungsstelle ihren Zweck erfüllt hatte, löste die Gestapo sie am 17. Juli 1941 auf und zwang den Judenrat, 200 ihrer Angestellten in die Ghettopolizei zu übernehmen, während Ganzwejch seine Tätigkeit als Provokateur der Gestapo außerhalb des Ghettos fortsetzte.<sup>42</sup>

Neben Ganzwejch schuf sich die Gestapo aus dessen früheren Mitarbeitern Zelik Heller und Maurycy Kohn noch eine weitere Agentur. Diese Agenturen wurden vor allem der Widerstandsbewegung gefährlich, denn sie denunzierten die illegalen Kämpfer bei der Gestapo. Als sich nach der großen Deportation die Stimmung im Ghetto zu ändern begann, schickte die Gestapo Ganzwejch erneut ins Ghetto. Er sollte dort die überlebenden Intellektuellen für eine Politik der Fügsamkeit gewinnen. Vor allem aber sollte er die erstarkende Widerstandsbewegung durch die Gründung einer Pseudowiderstandsorganisation unter dem Namen *Żagiew* (Feuerbrand) unterlaufen, verwirren und schwächen und schließlich die Kämpfer provozieren. Doch nach dem ersten bewaffneten Widerstand im Januar 1943 war klar, daß er und mit ihm die Gestapo mit beiden Aufgaben gescheitert waren. Die Mitglieder der *Żagiew* wurden von Kämpfern des ŻZW erschossen.

Das Gefolge der Gestapoagenten Ganzwejch, Kohn und Heller umfaßte etwa 500 Personen, von denen ein größerer Teil frühere Gangster, Diebe und Zuhälter waren. Eine der für die jüdische Widerstandsbewegung im Ghetto gefährlichsten Gestapoagenten aber zwar zweifellos der international bekannte zionistische Intellektuelle Dr. Alfred Nossig, der bereits während des ersten Weltkrieges in Konstantinopel als deutscher Agent mit Palästina beschäftigt war. Auf dem neunten Zionistischen Kongreß 1909 war Nossig vom Kongreß-Präsidenten öffentlich verstoßen worden,

42 Zur Geschichte Ganzwejchs und seiner Organisation siehe die Studie von Abraham Rosenberg: *Dos Draitsnet*, in: *Bleter far Geszychte*, Warschau 1952, Nr. 1-2 und 3-4.

weil dieser mit den unautorisierten Aktivitäten dieses „jüdischen Abenteurers“ nichts zu tun haben wollte. 1928 gründete Nossig einen jüdischen Zweig des Friedensbundes der Religionen. Nach der Machtübertragung an die Nazis kehrte er 1933 nach Polen zurück. Mit 76 Jahren ins Ghetto gezwungen, arbeitete er für die Gestapo, die ihn im Judenrat plazierte. Er lieferte ihr Material über den jüdischen Widerstand, u.a. einen Lageplan der Bunker. Am 22. Februar 1943 töteten ihn Kämpfer der ŻOB nach einer Information von polnischer Seite über seine Arbeit für die Gestapo. Im Ghetto selbst waren Nossigs Verbindungen zur Gestapo verborgen geblieben.<sup>43</sup>

#### d) Zur Widerstandsbewegung im Ghetto

Das Warschauer Ghetto war die Hauptbasis des jüdischen Widerstands im GG. Die hier tätigen Widerstandsgruppen beeinflussten die jüdischen Gruppen in anderen Teilen Polens. Im März 1942 vereinigten sich im Ghetto mehrere konspirative Gruppen zum *Antifaschistischen Block*, dem die kommunistische *Polnische Arbeiterpartei*,<sup>44</sup> die linkszionistischen Organisationen *Hashomer Hazair*,<sup>45</sup> *Dror Frajhair*<sup>46</sup> und *Hechaluz*,<sup>47</sup> die *Poale Zion-Linke* und *Poale Zion-Rechte*<sup>48</sup> und die *Zionisten-Sozialisten* angehörten. Vergeblich versuchten sie, auch die jüdische sozialistische Partei *Bund*<sup>49</sup> für den Block zu gewinnen. Der Bund organisierte eigene Verteidigungsgruppen. Auch die *Allgemeinen Zionisten* traten dem Antifaschistischen Block nicht bei. Unter der Leitung von Andrzej Szmids<sup>50</sup> von der PPR entstand zum ersten Mal in der jüdischen Ghettoesgeschichte eine gut organisierte Kampfformation, sie zählte 500 Mann. Doch weder der Block noch der Bund

43 Mark, Walka i zagłada, S. 207.

44 Polska Partia Robotnicza, gegründet am 5. Januar 1942 in Warschau. Vgl. Norbert Kolomejczyk/Marian Malinowski: Polska Partia Robotnicza 1942-1948, Warszawa 1986.

45 Der junge Wächter, marxistische linkszionistische Jugendorganisation, entstanden 1913 in Galizien. Die Hashomer wirkte vor allem in Ost- und Mitteleuropa. 1946 wandelte sie sich in Palästina in eine politische Partei um, die für einen Staat mit doppelter Nationalität eintrat. 1948 vereinigte sie sich mit der Poale Zion-Linke zur Mapaam.

46 Freiheit, zionistische Arbeiterjugendorganisation, in Polen 1922 von jüdischen Emigranten aus der Ukraine gegründet. Sie war die Jugendorganisation der Poale Zion-Rechte.

47 Der Pionier. Organisation der linkszionistischen Arbeiterjugend zur Vorbereitung von Jugendlichen auf ein Leben in Israel.

48 Arbeiter Zions, zionistische Arbeiterpartei, sie entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts als sozialistisch-zionistische Bewegung, ihre Ideologen waren Ber Borchow und Nachman Syrkin. 1920 spaltete sie sich, der rechte Flügel war Mitglied der Sozialistischen Internationale. Die Poale Zion war die Basis der später gegründeten Weltorganisation der Zionisten. In Israel traten ihre Anhänger der Arbeiterpartei bei.

49 1897 gegründet als Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Rußland, Polen und Litauen, nicht-zionistische sozialistische Partei.

50 Andrzej Szmids (Kartin Pinkus) war am 27. Dezember 1941 als Mitglied der Initiativgruppe zur Gründung der Polnischen Arbeiterpartei mit dem Fallschirm bei Warschau abgesprungen und hatte am 5. Januar 1942 die Partei mitbegründet. Die polnischen Kommunisten begannen sofort mit dem Aufbau einer Parteiorganisation im Ghetto. Andrzej Szmids hatte als Hauptmann bei den Internationalen Brigaden in Spanien militärische Erfahrungen gewonnen, er kam ins Ghetto, um eine Abteilung der Volksgarde aufzubauen. Siehe Mark, Walka i zagłada, S. 73.



vermochten die knapp 400.000 Menschen davon zu überzeugen, daß sie in den kommenden Monaten in Gaskammern ermordet werden würden und daß ihre einzige Alternative darin bestand, kämpfend zu sterben. Vom Judenrat verleumdet und von den Agenten der Gestapo verfolgt, waren sie nicht in der Lage, die fatalistische und defätistische Grundstimmung der Ghettobevölkerung umzukehren.

Ausgangspunkt auch des militärischen Widerstandes im Ghetto waren der zivile Widerstand und die soziale Selbsthilfe zur Rettung von Menschenleben.<sup>51</sup> Die Tätigkeit der *Jüdischen Selbsthilfe* (ŻSS) bot zugleich Möglichkeiten der Konspiration für die sich formierenden politisch-militärischen Widerstandsorganisationen. Dennoch war organisierter Widerstand im Ghetto nur möglich, wenn die Organisationen Verbindungen zu Widerstandsorganisationen außerhalb der Ghettomauern unterhalten konnten. Die Kommunisten, die Bundisten und die Revisionisten konnten solche Verbindungen aufbauen. Was die dringend benötigten Waffen anging, so war der einzige wirkliche politische Verbündete des Antifaschistischen Blocks außerhalb des Ghettos die Polnische Arbeiterpartei. Aber diese besaß selber kaum Waffen und konnte vor der großen Deportation gar keine und auch später nur wenige Handgranaten und Revolver liefern. Obwohl der Bund Kontakte zu beiden Gruppen der polnischen Sozialisten<sup>52</sup> unterhielt, gelang es auch ihm nicht, Waffen zu erhalten. Sie wurden ihm von seinem polnischen Partner zwar versprochen, aber keine einzige kam an.

Einzig der Jüdische Militärverband (ŻŻW) verfügte im Frühjahr 1942 über einige Dutzend Pistolen und Revolver. Diese Gruppe war Ende 1939 noch außerhalb des

51 Darauf insistiert besonders Sakowska, *Menschen im Ghetto*, S. 129ff.

52 Die in Warschau zurückgebliebenen Führer der *Polnischen Sozialistischen Partei* (PPS) hatten am 26. September 1939 die Auflösung der Partei für die Dauer der Besatzungsherrschaft beschlossen. Dieser Beschluß wurde sowohl von der Basis der Partei als auch vom linken Flügel nicht akzeptiert. 1940 bildete sich unter dem Signum WRN (Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit) eine zentrale Leitung. Deren Führer Tomasz Arciszewski, Zygmunt Zaremba und Kazimierz Pużak sahen in der Sowjetunion eine ebenso große Gefahr für das polnische Volk wie in Hitlerdeutschland und bekämpften die Politik des Exilpremiers Sikorski, darin trafen sie sich politisch mit den Resten des OZN-Lagers, ebenso in der Ablehnung des jüdischen Verlangens nach Waffen. Gegen diese WRN-Politik scharten sich polnische sozialistische Gruppen um Norbert Balicki, Stanisław Dubois, Adam Kuryłowicz, Stanisław Chudoba, Adam Próchnik, Edward Osóbka und deren Zeitung *Barykada Wolności* (Barrikade der Freiheit). Sie sahen in der Sowjetunion ein Land, in dem die Revolution verraten worden war und dessen ökonomisches System sich von dem der Staatsmonopole nicht unterschied. Doch sie unterstützten 1941 die Politik Sikorskis gegenüber der UdSSR. Als ein Übereinkommen mit der WRN-Fraktion unmöglich war, gründeten diese Sozialisten 1941 eine eigene Organisation: *Polnische Sozialisten*. Sie lehnten zunächst jede Zusammenarbeit mit der PPR ab und gründeten 1943 die *Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten* (PRPS). Die Führer des Bunds im Ghetto versuchten, zu beiden sozialistischen Fraktionen gute Beziehungen zu wahren. Ihr Versuch, von der WRN Waffen zu bekommen, scheiterte vollständig, weil diese strikt der Politik der AK-Führung folgte. Zum Hauptverbündeten des Bunds wurde die kleine Militärorganisation der Polnischen Sozialisten unter Leszek Raabe, doch auf versprochene Waffen wartete deren Schwesterorganisation im Ghetto vergeblich. Vgl. Jan Tomicki: *Polska Partia Socjalistyczna 1892-1948*, Warszawa 1983.

Ghettos als jüdische Bewegung unter dem Namen *Świt* (Beginn) gegründet worden. Sie rekrutierte sich aus Intellektuellen, von denen einige ehemalige polnische Reserveoffiziere waren. Die meisten Mitglieder des *Świt* kamen von der revisionistisch-zionistischen Jugendorganisation *Betar*.<sup>53</sup>

Die *Świt*-Gruppe unterhielt seit 1939 eine Verbindung zu dem polnischen Hauptmann Henryk Iwański, der der Widerstandsgruppe Militärorganisation (OW) angehörte, die später unter dem Kommando von Oberst Andrzej Petrykowski als *Sicherheitskorps* (KB) neu begründet wurde.<sup>54</sup> Die OW-KB stand der Politik und der Person des Exilpremiers Władysław Sikorski nahe, doch die spätere Heimatarmee (AK) der Londoner Regierung entstand aus einer anderen militärischen Wurzel, dem *Bund für bewaffneten Kampf* (ZWZ), der sich direkt aus der zweiten Reihe der Sanacja-Militärs rekrutierte.<sup>55</sup> Mehrere Gründungsmitglieder des *Świt*, darunter der spätere Kommandant Dawid Apfelbaum, hatten als Offiziere des Polnischen Heeres 1939 unter dem Kommando Iwańskis bei der Verteidigung Warschaus gekämpft.

*Świt* umfaßte zum Zeitpunkt der Abschließung des Ghettos rund 100 Mitglieder. Alle waren ehemalige Soldaten, darunter Offiziere und Unteroffiziere. Sozial rekrutierte *Świt* sich aus der jüdischen Bourgeoisie und der reichen Intelligenz, vor allem aus deren assimilierten Schichten, und fühlte sich sozial als Elite. Die später in Jüdische Militärorganisation (*ŻZW*) umbenannte *Świt* entstand aus mehreren, zunächst selbständigen Gruppierungen, die aber alle unter der Kontrolle von Mitgliedern der OW/KB gegründet und formiert wurden. Daher begriff sie sich auch nicht als jüdische Widerstandsorganisation, sondern als Teil der Organisationen des polnischen Untergrundes, der sich nur deshalb separieren mußte, weil die von der Exilregierung offiziellen anerkannten Militärorganisationen ihn nicht aufnahm. Die Rekrutierung der *Świt*-Mitglieder war nicht nur sozial elitär,

53 Die Vereinigung der Jüdischen Jugend (*Betar*) wurde 1923 von Vladimir Jabotinski (1880-1940) in Riga gegründet, zwei Jahre später folgte die Neue Zionistische Organisation, deren Jugendorganisation die *Betar* dann wurde. Jabotinskis rechtszionistische und revisionistische Partei trat für einen bewaffneten Kampf für einen jüdischen Staat in Palästina ein. Nicht wenige *Betar*-Funktionäre orientierten sich am italienischen Faschismus. Der spätere Befehlshaber der *Jüdischen Kampforganisation* Mordechai Anielewicz hatte der *Betar* für kurze Zeit angehört und war 1937 wegen ihrer faschistoiden Tendenzen ausgetreten.

54 Das KB wurde im September 1939 als *Organizacja Wojskowa* (OW) auf direkte Initiative Sikorskis gegründet. Es war politisch mit dem Zentralkomitee der Unabhängigkeitsorganisationen verbunden. Die erste OW wurde 1940/41 weitgehend zerschlagen und 1941 als KB neu aufgebaut, sein Kommandant wurde Petrykowski (Ps. „Tarnawa“).

55 Der *Związek Walki Zbrojnej* (ZWZ) wurde als konspirative Kaderorganisation am 13.9.1939 offiziell von Sikorski berufen, faktisch wurde er 1940 geschaffen und rekrutierte sich in erster Linie aus Offizieren und Unteroffizieren des Sanacja-Heeres. Den ZWZ leitete offiziell aus Frankreich General Kazimierz Sosnkowski, ein politischer Gegner Sikorskis und nach dessen Tod 1943 sein Nachfolger als Oberster Befehlshaber aller polnischen Truppen; faktischer Leiter des ZWZ wurde in Polen der am 30. 6. 1940 nominierte Oberst Stefan Rowecki.

sondern auch politisch einseitig. Formell als Militärverband apolitisch, gehörte die Mehrheit ihrer Mitglieder zu den zionistischen Revisionisten.

Praktisch hatte die OW/KB den entstehenden ŻZW seit 1939 allseitig unterstützt, mit Waffen und Munition, mit Lebensmitteln und Medikamenten, mit Geld und Papieren. Im Rahmen des KB waren zentral Major Henryk Iwański und von der Warschauer Organisation des KB Tadeusz Bednarczyk für die Koordination und die Organisation der Hilfe verantwortlich. Iwańskis Einheit wurde 1941 auch offiziell mit dieser Aufgabe betraut; Bednarczyk arbeitete für die Warschauer Zivilverwaltung im Ghetto und hatte so günstige Voraussetzungen für die Koordination. Der ŻZW war so von Anfang an in das Spektrum der Organisationen des Londoner Lagers eingebunden, die Hilfe aber erfolgte nicht im Auftrage des Hauptkommandos der AK. Obwohl das KB unter Oberst (später General) Petrykowski im Herbst 1942 formell und 1943 faktisch der Heimatarmee eingegliedert wurde, operierte es weitgehend selbständig. Seine Hauptaufgabe war, Kader für die nach der Niederlage Deutschlands zu besetzenden deutschen Gebiete vorzubereiten. Deshalb und wegen seiner geheimdienstlichen Struktur und Tätigkeit verfügte das KB auch nach dieser Eingliederung über eine große Unabhängigkeit.<sup>56</sup>

Der ŻZW unterhielt ohne Wissen der OW/KB noch zu einer anderen polnischen Widerstandsbewegung außerhalb des Ghettos Kontakte, nämlich zur PLAN,<sup>57</sup> einer 1942 gegründeten radikaldemokratischen Abspaltung aus dem Piłsudski-Lager unter Führung von Hauptmann Cezary Ketling-Szemley. Einige Mitglieder der PLAN blickten auf eine Tradition der polnisch-jüdischen Zusammenarbeit und des Kampfes gegen den katholischen Antisemitismus zurück, besonders unter Lehrern und Pfadfindern. Die PLAN gehörte zu den ersten Widerstandsorganisationen im besetzten Warschau, sie beschränkte sich nicht auf Propaganda, sondern organisierte Sabotageaktionen. Unter den Gründern der PLAN 1939 waren auch einige von den Nazis als „Juden“ stigmatisierte Männer und Frauen. Die erste Organisation<sup>58</sup> wurde zerschlagen, die zweite PLAN übernahm ihre Tradition.<sup>59</sup> Sie wurde neben der OW/KB der zweite Hauptverbündete des ŻZW.

Bereits vor Bildung des Ghettos erhielt der ŻZW im Januar 1940 29 Pistolen, später weitere sowie geringe Mengen Munition. Unter der Führung von Dawid Mordechaj Apfelbaum, Henryk Lipszyc, Szymon Białoskura und Kałmen Mendelson wurden

56 Nach dem Tode Sikorskis 1943 distanzierte sich das KB in wachsendem Maße von der Politik der AK-Führung. Ende Juli 1944 anerkannte es den Landesnationalrat und das Polnische Komitee für die Nationale Befreiung an und trat zur Volksarmee über. Im Warschauer Aufstand kämpften seine Angehörigen auf der Seite der Volksarmee. Mitte September 1944 vereinigten sich die Kräfte des KB, der AL und der PAL.

57 Polska Ludowa Akcja Niepodległościowa Polnische Volksunabhängigkeitsaktion.

58 Ihrem militärischer Leiter Andrzej Kott war es als einzigem Polen während der ganzen Zeit der Okkupation gelungen, dem Hauptquartier der Gestapo in der Warschauer Szucha-Allee zu fliehen. Aus dem Piłsudski-Lager stammend, löste sich die PLAN zunehmend von dieser Loyalität und

59 kämpfte während des Warschauer Aufstandes 1944 nicht in den Reihen der AK.

die Mitglieder in acht fünfköpfigen Gruppen organisiert. Sie verblieben in strenger Konspiration, ihre Existenz war den anderen Widerstandsgruppen, die untereinander Verbindung hielten, lange Zeit nicht einmal bekannt, weshalb sie auch kaum Einfluß auf die Gestaltung der Widerstandsbewegung im Untergrund des Ghettos ausüben konnten. Doch sie waren ohne jede Erfahrung im bewaffneten Widerstand. Sie beteiligten sich an keinerlei militärischer Operation weder außerhalb noch innerhalb des Ghettos, doch verfügten sie innerhalb des Ghettos über zwei Waffenverstecke.

Nach einer Reorganisation im Sommer 1941 gliederte sich die Organisation in drei Kompanien, deren erste Leon Rodal, deren zweite Henoche Federbusz und deren dritte Mojsze Weisstock befehligten. Vor der Deportation vom Sommer 1942 hatte der ŻZW eine Stärke von 250 Mitgliedern. Kommandant war Dawid Apfelbaum, seine Stellvertreter Rodal, Weisstock und Pawel Frenkel. Ihr Stab hatte seinen Sitz in der Muranowskastraße 7. Die Mitglieder des ŻZW gruben 1941 zwei Tunnel unter der Ghettomauer hindurch, die ihrer eigenen Versorgung und der Verbindung mit ihren Partnern vom KB bzw. PLAN dienten.

Obwohl der ŻZW später auch Mitglieder aufnahm, die weder Soldaten waren noch der Betar angehörten, so war sein politisches Profil doch eindeutig von den zionistischen Revisionisten geprägt. Dies fand einen deutlichen Ausdruck, als ihm im Oktober 1942 ein Politisches Komitee an die Seite gestellt wurde, dem so prominente Revisionisten aus Polen angehörten wie David Wdowiński, Michał Strykowski und Leon Rodal. Die Behauptung Lustigers, der ŻZW habe im Gegensatz zur ŻOB „keine ideologischen Grundlagen“ gehabt, verschleiert die tatsächlichen Grundlagen.<sup>60</sup>

So gliederte sich im Frühjahr 1942 die Widerstandsbewegung im Ghetto in drei Flügel: Das waren erstens der Antifaschistische Block, in dem sich Linkszionisten und Kommunisten mit anderen Zionisten vereinigt hatten, zweitens die jüdischen Sozialisten des Bundes und drittens der Jüdische Militärverband.

### 3. Die Deportation 1942

#### A) Zerschlagung des Widerstandes im Ghetto

Bereits in den ersten beiden Kriegsjahren verfolgten die Okkupanten die Praxis, die in Ghettos gefangengesetzten Juden unter Bedingungen zu zwingen, unter denen ihr Leben früher oder später erlöschen mußte. Ziel der Aushungerungspolitik war die Vernichtung. Zugleich sollte der ständige Hunger jeglichen Widerstandswillen matt setzen. Doch das „natürliche“ Aussterben der Ghettos durch Hunger, Seuchen und Gewalt dauerte ihnen zu lange. Nachdem ihre antijüdische Politik 1941 die Strategie des Völkermords eingeschlagen hatte, war die Sammlung und strenge

60 Lustiger, Helden, S. 39.

Abschließung der Juden in den Ghettos die unmittelbare Voraussetzung für deren Abtransport in die Stätten der technisierten Menschenvernichtung.

Der Völkermord der deutschen Faschisten an den Juden im GG begann am 16. März 1942 mit dem ersten Transport aus dem Ghetto Lublin nach Belzec. Er lief unter dem Decknamen „Aktion Reinhard“ und erreichte seinen Höhepunkt im Sommer 1942 - etwa gleichzeitig mit der zweiten Mordwelle an den Juden in den besetzten Gebieten der UdSSR. Die Transporte aus dem Distrikt Lublin führten zunächst nach Belzec, seit Anfang Mai auch nach Sobibór und seit August 1942 nach Treblinka, also in jene drei Vernichtungsstätten, die 1942 gebaut worden waren und nicht der Inspektion der Konzentrationslager unterstanden, sondern dem SS- und Polizeiführer (SSPF) von Lublin, Odilo Globocnik.<sup>61</sup> Treblinka wurde zur Grabstätte der Juden aus den Distrikten Radom, Krakau und vor allem Warschau. Nachdem bis zum Juni 1942 einhunderttausend Menschen im Warschauer Ghetto gestorben waren, wurden zwischen Juli und September 1942 dreimal so viele, 300.000 polnische Juden, nach Treblinka abtransportiert und dort unverzüglich in den Gaskammern ermordet.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Deportation der Masse der Warschauer Ghettopolizei war die weitgehende Zerschlagung der dortigen Widerstandsorganisationen. Im April und Mai 1942 gelang es der Gestapo, die Widerstandsbewegung im Ghetto zu enthaupten und viele Mitglieder umzubringen. Die Gestapo suchte nach Mitgliedern der illegalen Organisationen; die Listen hatten ihnen jüdische Gestapoagenten geliefert. Sie erpreßte jüdische Hausverwalter zur Mitarbeit. In der Nacht vom 17. zum 18. April wurden 52 Bewohner des Ghettos von der SS durch Genickschuß ermordet; die Leichen der Ermordeten blieben zur Abschreckung auf der Straße liegen. Unter den Toten befanden sich viele Funktionäre der Untergrundbewegung, Mitarbeiter des illegalen Ghettoarchivs und Menschen, von denen bekannt war, daß sie die illegale Presse unterstützten. Den ganzen April und Mai 1942 hindurch wütete der Terror der Sicherheitspolizei; ihre Standgerichte verurteilten allein im Mai 187 Juden zum Tode. Bis zum 22. Juli 1942 wurden täglich zehn bis fünfzehn Menschen öffentlich erschossen oder aus oberen Stockwerken auf die Straße geworfen, am 3. Juni sogar 110 Ghettohäftlinge; täglich wurde an den Toren des Ghettos auf Juden geschossen.

Doch zunehmend mehr Menschen wehrten sich. So verzeichnen die Berichte der Ghettopolizei für Mai und Juni täglich 142 Fälle von Widerstandsaktionen. Am 30. Mai 1942 fielen der Gestapo führende Funktionäre der PPR im Ghetto, darunter Andrzej Szmidi, in die Hände. Im Juni intensivierte die Gestapo ihre Bemühungen, Mitglieder des Antifaschistischen Blocks im Ghetto aufzuspüren und die Verbindungen des jüdischen Widerstandes zur Untergrundbewegung außerhalb des

61 Vgl. den Abschlußbericht des Chefs der „Aktion Reinhard“ vom 5. Januar 1944 über die Verwertung der „Geld- und Sachwerte“ der ermordeten Juden, gekürzt abgedruckt in: *Occ. Pol.*, Dok. 166, S. 289ff.

Ghettos zu unterbrechen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Verhafteten, die von der jüdischen Ghettopolizei an die Gestapo ausgeliefert wurden. Diese Terrorwelle zwang den Block und den Bund, die Aktivitäten zu unterbrechen, ihre sowieso illegal tätigen Funktionäre mußten im Ghetto untertauchen. Damit aber verloren sie den Kontakt untereinander und die Fähigkeit zum koordinierten Handeln.

### **b) Die Beratung der jüdischen Führer**

Nach Beginn der Liquidation trafen sich Vertreter fast aller im Ghetto wirkenden Gruppierungen, um die Situation zu beraten und zu entscheiden, was zu tun wäre.<sup>62</sup> Shakhno Sagan vertrat die Linkszionisten, Abraham Blum den Bund, Józef Lewartowski die PPR, anwesend waren der Linkszionist und Historiker Emanuel Ringelblum, der Leiter des JOINT Isaac Giterman, der Industrielle Aleksander Landau, der Führer der Allgemeinen Zionisten Menachim Kirszenbaum, Rabbi Zysie Frydman vertrat Agudath Israel, von den anderen Teilnehmer ist nur der Historiker Isaak Schipper namentlich benannt. In dem überlieferten Bericht von Hersz Berlinski heißt es:

„Die Pessimisten sagen: Es ist leicht von Selbstverteidigung zu reden, aber wer wird kämpfen und wo sind unsere Waffen? Die Reichen und Schmuggler werden nicht kämpfen, auf die jüdische Ghettopolizei können wir nicht zählen, und die Agenten der Gestapo haben dem blutrünstigen Eroberer ihre Seelen verkauft. Darum müssen wir auf die Armen vertrauen. Aber die Armen sind in Apathie und Verzweiflung gesunken. Um die Armen aus der Resignation zu reißen, brauchen wir ein Ziel und Waffen. Aber es gibt keine Waffen. Mit vier Revolvern, von denen zwei unbrauchbar sind, mit Brechstangen und Messern kann man nicht gegen einen bis an die Zähne bewaffneten Feind kämpfen. Nebenbei, Waffen allein genügen nicht, die Armen zum Kampf aufzurütteln.

Die Optimisten, zu denen ich gehöre, sprechen anders. Sie argumentieren: Wir müssen aus unseren vergangenen Erfahrungen Schlüsse für die Zukunft ziehen. Selbst wenn die Deportationen nicht sofortige Vernichtung bedeuten, wissen wir doch, daß der Hunger die aus anderen Städten und Städtchen ins Warschauer Ghetto umgesiedelten Leute hingerafft hat. In den Arbeitslagern sind selbst die stärksten Männer nach ein paar Wochen zu Skeletten geworden. Selbst wenn die Deportierten tatsächlich in Arbeitslager angesiedelt worden sind, gehen 75 Prozent von ihnen dem Tod entgegen. Darum, so oder so: Deportation heißt Vernichtung. Deswegen ist es besser in Würde zu sterben und nicht wie gehetzte Tiere. Es gibt keinen anderen Ausweg, alles was uns bleibt, ist kämpfen. ...

Wir wissen, daß es mit den Waffen, die wir jetzt besitzen, sehr schwer sein wird, die Massen in den Kampf zu führen. Aber wir glauben, ... daß sich, wenn wir den Massen die ganze Wahrheit berichten, mehrere tausend junge Männer und Frauen erheben würden, bereit zum Kampf, selbst wenn ihre Waffen nur aus Messern, Äxten, Brecheisen und Knüppeln, Schwefel und Sulfat beständen. Uns ist klar, daß unsere Bewaffnung verglichen mit der des

62 Der Tag der Beratung wird unterschiedlich berichtet, Ainsztein spricht vom dritten oder vierten, Sakowska vom ersten Tag der Deportation, also dem 22. Juli 1942. Vertreter des ZZW waren nicht eingeladen.



Feindes an eine Fliege angesichts eines Elefanten erinnert. Aber wir haben keine Alternative. Wir sehen der Vernichtung in der einen oder anderen Weise entgegen. Wenn wir in diesem Sinne handeln, zeigen wir der Welt, daß wir uns gegen den Feind erhoben haben, daß wir nicht gefügig zu unserem Metzger gegangen sind.“<sup>63</sup>

Die Vertreter des Antifaschisten Blocks schlugen vor, den aktiven Widerstand unverzüglich mit einem Angriff auf die Ghettopolizei und auf die Tore zu beginnen, um in großer Zahl aus dem Ghetto zu fliehen. Hashomer Hazair, Hechaluz und die Kommunisten forderten neben den Bundisten energischsofortigen physischen Widerstand. Doch die Haltung der Antifaschisten fand nicht den notwendigen Rückhalt. Die ältere Generation der jüdischen Führer konnte sich nicht zu der Einsicht durchringen, daß der einzige den Juden verbliebene Ausweg der Kampf war, selbst wenn sie nur über Messer, Äxte und Brecheisen als Waffen verfügten. Sagan, Lewartowski, Orzech, Blum, Ringelblum, Landau, Giterman und Kirszenbaum wandten sich nicht gegen den bewaffneten Widerstand, aber sie zweifelten, ob der richtige Zeitpunkt bereits gegeben war. Vor allem aber Rabbi Frydman und der Historiker Dr. Isaac Schipper wiesen die Idee des bewaffneten Widerstands völlig zurück, der Rabbi mit dem Argument: „Ich glaube an Gott und ich glaube, daß ein Wunder geschehen wird. Der Herr wird Seinem Volk nicht erlauben, vernichtet zu werden. Wir müssen warten, wir müssen auf ein Wunder warten.“<sup>64</sup>

Die Kampfbereiten konnten also die anderen politischen und religiösen Führer im Ghetto nicht umstimmen. Vor allem aber gelang es ihnen nicht, die Hunderttausende davon zu überzeugen, daß sie in wenigen Wochen in Gaskammern vernichtet werden würden und ihre einzige Wahl darin bestand, kämpfend zu sterben. Diese Menschen wußten nichts von Treblinka, sie konnten und wollten die ungeheuerlichen Nachrichten nicht wahrhaben. Trotz der vor ihren Augen vollzogenen mörderischen Gewalt bei der Zusammentreibung der zu Deportierenden klammerten sie sich an die Versprechungen der Nazis und des Judenrates, daß die „Umsiedlung“ in Arbeitslager erfolgen und sich auf einen Teil der Ghettobevölkerung beschränken werde. Die gefälschten Briefe von angeblich „im Osten“ arbeitenden Juden schienen ihnen glaubwürdiger als die Warnungen der zum Widerstand Aufrufenden. Die Gefangenen im Warschauer Ghetto zweifelten nicht daran, daß die deutschen Okkupanten möglichst viele Juden durch Hunger und Krankheiten vernichten wollten, doch ihnen fehlte die anschauliche Erfahrung der Massenexekutionen mit Zehntausenden Opfern, wie sie die Juden von Minsk, Wilna oder Białystok vor Augen hatten. Sie waren daher entschlossen, um jeden Preis zu überleben und jede Handlung zu vermeiden, die den Nazis eine Gelegenheit für Massenexekutionen unter welchem Vorwand auch immer geboten hätte.

Die Argumente jener, die von bewaffnetem Widerstand abrieten, waren nicht nur der Mangel an Waffen und Gerät. Sie fürchteten für den Fall eines aktiven oder

63 Hersz Berlinski, *Z dziennika członka komendy ŻOB*, in: *Biuletyn ŻIH*, 1964, Nr. 50, S. 4.

64 Ebenda, S. 6.

passiven Massenwiderstandes ein Massaker und die Vernichtung aller Juden dabei. Auch befanden sich die Widerstandsorganisationen im Hinblick auf die soziale Mobilisierung der Arbeiter als soziale Basis in einer Zwickmühle. Denn die Arbeiter rechneten damit, daß sie als Arbeitsfähige nicht deportiert werden würden, ein Aufstand und ein anschließendes Massaker aber ihre Rettungschance gegenstandslos machen würden.

So gut wie niemand im Ghetto konnte sich 1940 oder 1941 vorstellen, daß die deutschen Besatzer wehrlose Zivilisten durch Massenerschießungen und in Gaskammern vernichten würden. Erste glaubwürdige Berichte erreichten das Ghetto Ende Dezember 1941 aus Wilna, dann 1942 aus Litauen und Bia³ystok. Ihnen begegneten die älteren jüdischen Führer mit Ablehnung. Als die Tatsachen 1942 nicht länger geleugnet werden konnten, argumentierten diese Führer, daß die Deutschen solche Verbrechen zwar in den sowjetischen Gebieten, nicht aber in Warschau, einer europäischen Hauptstadt begehen könnten. Als unbezweifelbare Berichte über die Vernichtung der Juden aus der Stadt und dem Distrikt Lublin im Ghetto Warschau eintrafen, verbreitete der Vorsitzende des Judenrates, der Generalgouverneur hätte ihm versprochen, daß die Ghettos in Warschau, Radom und Krakau bestehen blieben. Einer der wenigen überlebenden Ghettokämpfer, Marek Edelman, schrieb 1945: „Das Warschauer Ghetto glaubte nicht an solche Berichte. Alle, die sich ans Leben klammerten, wollten nicht glauben, daß es ihnen auf diese Weise genommen werden könnte.“<sup>65</sup>

Während die jüdischen Führer ihre Versammlung abhielten, warteten die Mitglieder des Blocks und des Bunds auf Instruktionen und auf Waffen. Beide Organisationen hatten es bis zum 22. Juli 1942 nicht geschafft, Waffen zu beschaffen. Über einige Waffenvorräte verfügte in Warschau nur die Heimatarmee, doch war es den Führern von Hashomer Hazair und Dror trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, zur Führung des Londoner Lagers Kontakt aufzunehmen. Die PPR konnte der Bitte des Blocks um Waffen nicht entsprechen, denn ihre wenigen Waffen waren in die Partisanengruppen gegangen. Der Bund mobilisierte am ersten Tag der Liquidation die sozialistischen Jugendorganisationen, diese warteten drei Tage auf Waffen und Befehle, doch die verzweifelten Bitten des Parteirates an die Polnischen Sozialisten um die versprochenen Waffen blieben unerfüllt. Einzig der ZW besaß einige Waffen, aber er benutzte sie nicht.

### **C) Die „Umsiedlung“**

Am 22. Juli 1942 begann im Rahmen der "Aktion Reinhard" die Aussiedlung der Juden aus dem Warschauer Ghetto und ihr Abtransport in die Vernichtungsstätte Treblinka.. Einen Tag zuvor suchte deren Geschäftsführer, SS-Sturmbannführer

65 Marek Edelman: *Getto walczy, Warszawa-Lódz 1945*, S. 14. Die erste deutschsprachige Ausgabe erschien 1993: *Das Ghetto kämpft*. Aus dem Polnischen von Ewa und Jerzy Czerwiakowski. Mit einem Vorwort von Ingrid Strobel, Berlin 1993.



Hermann Höfle, den Judenrat auf und diktierte ihm den Befehl zur "Umsiedlung" der "unproduktiven" Juden nach dem Osten.<sup>66</sup> Zuvor war das Ghetto der zivilen Verwaltung entzogen und unmittelbar der Sicherheitspolizei unterstellt worden. Zur Ausführung wurden ukrainische und lettische Polizeieinheiten eingesetzt, aber auch die jüdische Ghettopolizei. Der Sekretär des Judenrates stellte den Mitgliedern die Frage, ob der Rat diesen Befehl überhaupt ausführen sollte. Doch nicht ein Mitglied des Rates antwortete. Statt dessen gab der Judenrat am selben Tag eine Bekanntmachung mit den Einzelheiten über die Aussiedlung der jüdischen Bevölkerung heraus.

Der Vorsitzende Adam Czerniaków und acht Polizisten wählten am nächsten Tag den Freitod. Ob Czerniaków nun den heuchlerischen Zusicherungen der Nazis, daß das Warschauer Ghetto verschont werden würde, vertraut hatte oder nicht, ist nicht bekannt. In jedem Fall aber hatte er den Ghetto-Gefangenen nicht gesagt, was sie erwartete.<sup>67</sup> Czerniaków hatte weder den Judenrat noch die Ghettopolizei aufgelöst, bevor er sich das Leben nahm. Deshalb warfen die Gegner fatalistischer Fügsamkeit ihm moralische Feigheit und Desertion vor.<sup>68</sup> Die übrigen Mitglieder des Judenrates fügten sich dem Willen der Nazihenker.

Vom 22. Juli 1942 bis zum 12. September 1942 wurden fast täglich zwischen 5.000 und 6.000 Menschen aus dem Ghetto auf dem *Umschlagplatz* zusammengetrieben und in Viehwaggons nach Treblinka geschafft, wo sie am selben Tage in den Gaskammern getötet wurden. Um die Menschen zur "Umsiedlung" zu veranlassen, wurden jedem Freiwilligen drei Kilogramm Brot und ein Kilogramm Marmelade sowie das Zusammenbleiben ihrer Familien versprochen.<sup>69</sup> Tatsächlich meldeten sich 20.000 der am ärgsten Hungernden und Erschöpften auf dem Umschlagplatz. Der Hunger war das stärkste aller „Argumente“.

Als erstes wurden die Gefängnishäftlinge sowie die Bewohner der „Spezialhäuser“ mit der höchsten Sterberate deportiert, gleichfalls die in den letzten Wochen zuvor ins Ghetto verbrachten Umsiedler. In der ersten Woche der Aktion trat das deutsche Vernichtungskommando noch nicht selbst in Erscheinung, sondern überließ die zwangsweise Zusammentreibung der Menschen der Ghettopolizei. Diese sperrte die Häuser ab und deportierte alle Personen, die keine Dokumente über ihre Beschäftigung vorweisen konnten. Daraufhin setzte ein Ansturm auf die Werk-

66 Archivquelle: Archiwum Żydowskiego Instytut Historycznego, Ring II, Nr.192. Die Anweisung ist veröffentlicht in: FGM, S. 305-307; gekürzt auch in: *Occ. Pol.*, S. 227/28.

67 Der Judenrat hatte die für den Aufbau Treblinkas angeforderten Arbeitskräfte gestellt, vgl. Bednarczyk, *Życie codzienne*, S. 70.

68 Edelman, *Getto*, S. 31.

69 Der stellvertretende Leiter der Ghettopolizei, Jakub Lejkin, gab am 29. Juli einen Aufruf heraus, in dem er die Ausgabe von drei Kilogramm Brot und einem Kilogramm Marmelade an freiwillig sich zur Umsiedlung Meldende bis 31. Juli verlängerte, anschließend wurde der Termin noch einmal bis zum 4. August verlängert.

stätten, die sog. shops ein. Zehntausende suchten bei den kriegswichtigen Textil- und Metallbetrieben im Ghetto Beschäftigung, um dem Abtransport zu entgehen. Die deutschen Fabriken verwandelten sich in komplexe Groß-einrichtungen.

Doch bald wurden auch deren Belegschaften von der SS selektiert und vor allem ältere Menschen und Frauen mit Kindern zum Umschlagplatz getrieben. Ab dem 29. Juli beteiligten sich die deutschen Funktionäre unmittelbar an der Selektion. Unter Führung von zehn bis zwanzig deutschen SS-Männern führten bis zu hundert ukrainische, lettische und litauische Faschisten sowie 250 Ghettopolizisten jeweils die Absperrungen durch. Dann gingen die Nazis in die Häuser, erschossen Kranke und Versteckte sofort und trieben die anderen hinaus und zum Umschlagplatz.

Anfang August evakuierten die Faschisten die Kinderfürsorgeeinrichtungen des Ghettos, die Waisenhäuser, Heime und Internate und verfrachteten die Kinder nach Treblinka. Am 6. August wurde das Kinderheim von Janusz Korczak mit seinem gesamten Personal und allen Kindern in den Tod geschickt.

Nachdem das Ghetto bis Anfang August schon stark entvölkert war, wurden vom 10. bis 16. August die Ghettogrenzen verschoben und das sog. kleine Ghetto liquidiert. Die aus diesem Viertel fliehenden Menschen liefen in eine von der SS gestellte Falle und wurden zum Umschlagplatz getrieben. In diesen Tagen begannen die Nazis mit dem Umtausch der lebensrettenden Papiere; die bisherigen Ausweise des Judenrates und der Fürsorgeeinrichtungen wurden für ungültig erklärt und durch spezielle Meldekarten des Sicherheitsdienstes ersetzt. Die Fabrikausweise, die die Menschen als „Lebenskarten“ verzweifelt begehrten, verloren ihre Gültigkeit. Ab August verzichteten die Büttel meist auf jede Selektion und zwängten die herbeigetriebenen Menschen sofort in die Waggons.

Im August wurden auch die Mitarbeiter des Judenrates dreimal selektiert, der Ordnungsdienst eskortierte auch die zum Tode verurteilten 7.000 Mitarbeiter und Familienangehörige seiner Aufsichtsbehörde zum Umschlagplatz - in der Hoffnung, so selber diesem Schicksal zu entgehen.

In den ersten Tagen wurden die Versicherungen der Nazis und des Judenrates, daß die Umgesiedelten in Arbeitslager kämen, noch geglaubt. Der Bundist Zalman Frydrych floh aus dem Ghetto und folgte den Transporten, er erhielt von polnischen Eisenbahnern und von aus Treblinka geflohenen Juden Augenzeugenberichte. Nach drei Tagen kehrte Frydrych ins Ghetto zurück. In der Zeitung seiner Partei enthüllte er die Wahrheit über die „Umsiedlungen“. Diese illegale Zeitung erreichte aber nur wenige hundert Menschen im Ghetto.

Frydrych blieb nicht der einzige Zeuge. Einigen Opfern war die Flucht aus Treblinka gelungen, sie kehrten ins Ghetto zurück und berichteten dem Judenrat über das, was dort geschah. Der Judenrat unterdrückte die Berichte und bezeichnete sie offiziell als Lügen. Doch bis Mitte August wußten Zehntausende, was sie in Treblinka erwartete. Aber selbst als die Wahrheit sukzessive bekannt wurde, wurde

sie eher noch verdrängt als geglaubt, um die Hingabe an falsche Hoffnungen zu ermöglichen. Einzelne leisteten bei der Gefangennahme aktiven oder passiven Widerstand, die ersten Akte organisierten Widerstandes fielen in die Endphase der Deportation. Gruppen von Juden griffen die Ghettopolizei an. Die deutschen Polizisten und ihre Hilfstruppen setzten immer häufiger Schußwaffen ein, um ihre Opfer zusammenzutreiben.

Zum Umschwung der Einstellung, die neun Monate später dazu führte, daß Tausende Überlebende sich lieber lebendig verbrennen ließen als die Deportationszüge in die Todesfabrik zu besteigen, trug ganz wesentlich das Verhalten der Ghettopolizisten bei. Deren Mehrheit führte die Befehle mit größtem Eifer aus und lieferte an manchem Tag mehr Opfer, als die Deutschen verlangten. Als die Juden sich zunehmend weigerten, den Deportationsbefehlen nachzukommen, wurde jedem Polizisten befohlen, täglich sieben Opfer heranzuschaffen. Doch auch die ärgste Niedertracht und Brutalität bewahrte die demoralisierten Ghettopolizisten und ihre Familien nicht davor, selber Opfer der Menschenjagd zu werden, die sie zuvor betrieben hatten. Als die Deportation zu Ende ging und seine Henkersdienste nicht mehr gebraucht wurden, reduzierten die Okkupanten den Jüdischen Ordnungsdienst von 2.400 auf 300 Personen. Die entlassenen Polizisten wurden mit ihren Familien am 21. September 1942 nach Treblinka deportiert.

Bis zum 6. September 1942 waren 241.000 Menschen aus dem Warschauer Ghetto nach Treblinka verschleppt und dort ermordet worden. Bis dahin waren die Belegschaften der größeren Ghettoetriebe von der Mordaktion ausgenommen. Dies führte zu jenem „Wahn der shops“, als viele Juden glaubten, ein Arbeitsplatz in einem der Betriebe werde ihr Leben retten. Doch ab 3. September erneuerte die SS die Absperrung der shops und begann die Selektion der Belegschaften. 50.000 jüdische Arbeiter wurden nach Treblinka in den Tod geschickt. 30.000 arbeitsfähige Juden blieben vorerst in den Werkstätten.

Am 6. September führten die Nazis die „Umsiedlung“ zu ihrem grausigen Höhepunkt: Sie ordneten eine allgemeine Registrierung der verbliebenen Ghettobewohner an, die in dem an dem Umschlagplatz angrenzenden Viertel wohnten und drängten Zehntausende von Menschen in einem „Kessel“ an der Niska-Straße zusammen:

„Die deutschen Firmen und der Judenrat bekamen eine bestimmte Anzahl von ‚Lebensnummern‘ zugeteilt. Der Rest wurde ‚ausgesiedelt‘. Männer, Frauen und Kinder waren ohne Wasser und Lebensmittel auf den Fahrbahnen, den Gehwegen und Hinterhöfen zusammengedrängt. ... Ein SS-Offizier ging in Begleitung eines deutschen Eigentümers oder *shop*-Kommissars durch die Reihen, assistiert von deutschen, ukrainischen und lettischen Polizisten. Mit der Peitsche zeigte er auf Personen, die

---

70 Andere Angaben lauten auf fünf, vgl. Sakowska, Menschen im Ghetto.

herausgegriffen werden sollten. Auf dieses Zeichen hin riß der Jüdische Ordnungsdienst unverzüglich das Opfer aus den Reihen.“<sup>71</sup>

Nach der Selektion im „Niska-Kessel“ kehrten die Restbelegschaften in die verbliebenen 48 Betriebe zurück. Nunmehr waren vom 6. bis zum 11. September die Krankenhäuser an der Reihe, deren Patienten mitsamt ihren Ärzten und Pflegern in die Waggons getrieben wurden. Die Deportation endete am 12. September 1942. Nach offiziellen Angaben der Mörder waren 310.322 Juden deportiert und 5.961 Menschen innerhalb des Ghettos erschossen worden.<sup>72</sup> Zur gleichen Zeit starben im Ghetto rund 3.600 Menschen, 200 von ihnen hatten den Freitod gewählt. Doch damit endeten die Züge in die Gaskammern von Treblinka nicht, so wurden am 21. September weitere 2.196 Juden in die Waggons getrieben. Die Okkupanten führten Ende Oktober einen Zensus durch und zählten 35.639 überlebende Juden, faktisch waren es rund 60.000, die von den 380.000 im Juli übriggeblieben waren. Die Zahl sollte durch Flüchtlinge ins Ghetto im Winter noch auf 70.000 ansteigen. Die Struktur der Ghettobevölkerung hatte sich durch die Liquidation wesentlich verändert: Unter den Überlebenden gab es nur sehr wenige Kinder und ältere Menschen und viel weniger Frauen als Männer.

Nur zweihundert SS-Männer, dazu ohne schwere Waffen, mehrere hundert litauische, lettische und ukrainische Faschisten mit Handfeuerwaffen sowie zweitausend jüdische Polizisten ohne Feuerwaffen selektierten und deportierten über dreihunderttausend Menschen in den Tod. Auf der Seite dieser Henker und ihrer Büttel gab es nicht ein einziges Opfer. Als einzige Kraft im Ghetto verfügte der ŻZW über Feuerwaffen, doch er gab nicht einen einzigen Schuß ab. Hinsichtlich seiner Personalstärke und seiner Bewaffnung war er im Juli 1942 fast so stark wie im April 1943. Es wäre ihm nicht schwergefallen, die jüdische Polizei zu überwältigen und die Deutschen und ihre Helfer wenigstens zeitweilig zurückzuschlagen, deren Zahl viel geringer war als im April 1943. Diese Passivität der einzigen damals wirklich militärisch ausgebildeten und ausgerüsteten Organisation wird von einigen Zeugen bzw. Mitgliedern mit dem Einfluß der Rabbiner begründet: Diese hätten ein bewaffnetes Vorgehen gegen die Deportation untersagt, und die Führer des ŻZW hätten sich gefügt.<sup>73</sup> Marian Apfelbaum polemisiert gegen diese Rechtfertigung der schändlichen Passivität und verweist auf eine zweite Ursache: Als Teil des polnischen Untergrundes war der ŻZW strukturell und praktisch von diesem abhängig und folgte der Politik des Londoner Lagers; und diese hieß: Bis zu einem allgemeinen Aufstand steht die Heimatarmee „Gewehr bei Fuß“ und behandelt jeden vorzeitigen bewaffneten Widerstand als Sabotage ihrer Pläne.<sup>74</sup>

71 Sakowska, Menschen im Ghetto, S. 242f.

72 Sakowska bilanziert 275.000 Deportierte, davon 254.000 nach Treblinka in die Gaskammern und 11.000 in Arbeitslager. (Ebenda, S. 244)

73 Apfelbaum, Dwa sztyndary, S. 97. Die Opposition der streng orthodoxen religiösen jüdischen Vertreter gegen den bewaffneten Widerstand der Juden gilt bis heute. In Israel ist der Beginn des Ghettoaufstandes ein Staatsfeiertag, diese religiösen Kreise verweigern die Teilnahme daran.

74 Apfelbaum, Dwa sztyndary, S. 102ff., 109ff.

#### d) Vor den Augen des polnischen Volkes und der Welt

Die Vernichtung der Warschauer Juden vollzog sich vor den Augen und Ohren der polnischen Bevölkerung. Die Liquidierung des Ghettos war von verstärkten Razzien im ganzen Stadtgebiet begleitet, im Ghetto ergriffene Polen wurden ebenfalls ermordet, z.B. ein polnischer Arzt, der zu einem Patienten im Ghetto geeilt war.

Die Stellungnahmen der polnischen Untergrundpresse zum Völkermord an den polnischen Juden spiegeln die jeweilige politische Position der verschiedenen polnischen Parteien und Widerstandsorganisationen wider. Einige Beispiele solcher Stellungnahmen sollen im Zusammenhang mit dem Ghettoaufstand 1943 benannt werden. Abgesehen von der Polnischen Arbeiterpartei war 1942 keine polnische Partei oder politische Gruppierung bereit, die Juden durch einen Aufruf an das polnische Volk zur Teilnahme an einem landesweiten bewaffneten Aufstand zu unterstützen. Am ehesten war noch die Demokratische Partei, eine kleine Gruppe ehemaliger Anhänger Piłsudskis, bereit, den Juden zu helfen.

In seinen 1950 in London veröffentlichten Memoiren hat General Tadeusz Bór-Komorowski<sup>75</sup> die Legende in die Welt gesetzt, die jüdischen Führer hätten im Juli 1942 ein Angebot der AK-Führung, die Juden mit Waffen und Munition zu unterstützen und Angriffe von außen mit dem jüdischen Widerstand von innen zu koordinieren, abgelehnt.<sup>76</sup> Daraufhin habe der damalige AK-Kommandant General Stefan Rowecki entschieden, die Sabotage der Verkehrswege zu intensivieren, um die Deportationen zu behindern. An diesem Bericht stimmt beides nicht: Weder hat die AK-Führung durch einen Kurier ein Angebot unterbreitet, Waffen zu liefern und militärischen Beistand zu leisten, noch hat sie damals einen Anschlag auf die Bahnlinie Warschau-Treblinka unternommen. Dazu wäre sie technisch durchaus in der Lage gewesen wäre, denn auf Befehl der Briten sprengte sie am 8. Oktober 1942 am Eisenbahnknotenpunkt Warschau gleich sechs Gleisverbindungen. Dies hatte aber nichts mit Hilfe für die Juden zu tun. Die britischen Stabschefs hatten vielmehr Sikorski so bedrängt, daß dieser Rowecki befahl, die AK mit Angriffsbefehlen auf deutsche Verkehrswege in Polen auszustatten - zur Entlastung der schwer bedrängten Roten Armee. Die Sprengungen unterbrachen den Militärverkehr für sechs bis elf Stunden.<sup>77</sup>

---

75 Nach der Verhaftung General Roweckis am 30. Juni 1943 wurde Tadeusz Bór-Komorowski zum Kommandeur der AK ernannt, er leitete 1944 formell, nicht faktisch, den Warschauer Aufstand und ging nach der Kapitulation in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nach der Entlassung emigrierte er nach England.

76 Tadeusz Bór-Komorowski: *The Secret Army*, London 1950, S. 77.

77 Vgl. *Polskie Sity w Drugiej Wojny Światowej*, Bd. 3, Londyń 1950, S. 448; abgedruckt auch in: *Armia Krajowa w dokumentach 1939-1945*, Tom II, Warszawa 1990, Dok. 346, S. 350f.

Bór-Komorowski schrieb weiter, Rowecki habe die Widerstände in der AK-Führung gegen eine Hilfe für die Juden überwunden. Wenn dem so gewesen wäre, ist zu fragen, warum der Chef der Exilregierung, General Władysław Sikorski, sich genötigt sah, dem Kommandanten der AK, General Rowecki, am 25.9.1942 in einer Erwidderung auf dessen Schreiben zu telegraphieren: „Im Zusammenhang mit Ihren Telegrammen Nr. 3262 und 3242 stelle ich klar: 1) In Hinblick auf ihre Handlungen gegenüber den Juden folgt die Regierung ausschließlich den Prinzipien der Demokratie, in deren Namen die alliierten Nationen den Krieg führen. Die Regierung hält strikt an diesen Prinzipien fest. Man muß im Sinn behalten, daß die Haltung der angelsächsischen Welt gegenüber dem Antisemitismus kompromißlos ist und daß die Bedingung ihrer uneingeschränkten Unterstützung unserer Interessen ist, daß wir Toleranz und Gleichbehandlung ausüben sollten.“<sup>78</sup> Sikorski war angesichts des Völkermords an den Juden von polnisch-jüdischen Vertretern in London und einem Teil der britischen Presse gedrängt worden, etwas gegen den polnischen Antisemitismus zu unternehmen. Aber schließlich war der Antisemitismus integraler Teil der Führung der AK und der Delegatur.<sup>79</sup> Rowecki beklagte in seiner Antwort vom 30.9.1942 zwar, daß die Welt dem Schicksal der Juden ruhig zuschauen, sah aber selbst keine Veranlassung, jüdischen Widerstand durch Hilfe zu ermutigen. Im Gegenteil, er fürchtete, polnische Widerstandsgruppen könnten vom Mitgefühl übermannt werden und die Deutschen auf eigene Faust angreifen, um den Juden zu helfen und so die ausgearbeiteten Aufstandspläne durchkreuzen.<sup>80</sup>

Die beiden entscheidenden Schritte zur Organisation wirksamer Hilfe für die polnischen Juden durch Organe der Exilregierung erfolgten im Herbst 1942, also zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten polnischen Juden bereits tot waren. Der erste war die Gründung des Hilfsrates für Juden, der zweite die Kontaktaufnahme zwischen den Vertretern der AK-Führung und dem Stab der ŻOB.

Zunächst wurde am 27. September 1942 auf Initiative von Zofia Kossak, der Vorsitzenden der kleinen katholischen Organisation *Front für die Wiedergeburt Polens* (FOP) und der Veteranin der sozialistischen Bewegung Polens Wanda Krahelska ein vorläufiges Hilfskomitee für Juden<sup>81</sup> gebildet, das sich der Rettung polnischer Juden widmen sollte. Ihm gehörten Vertreter des Bunds, der FOB, der PPS, der Demokratischen Partei und des Bundes der Syndikalisten Polens an. Den Vorsitz übernahm Sofia Kossak. Dieses Komitee wurde am 4. Dezember aufgelöst

78 Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych (CAMSZ), heute eingegliedert in das *Archiv der Hauptkommission zur Erforschung von Verbrechen gegen das polnische Volk - Institut des Nationalen Gedenkens* - IPN), dokumenty AK, radiogram 354, zit. nach Ainsztein, *Revolte*, S. 59.

79 Als *Delegatur* wird die Dependence der Londoner Exilregierung in Warschau bezeichnet.

80 CAMSZ, dokumenty AK, radiogram 803 (zitiert nach Ainsztein, S. 59)

81 Tymczasowy Komitet Pomocy Żydom im. Konrada Żegoty. Sofia Kossak wurde wegen ihrer Aktivität verhaftet und nach Auschwitz gebracht, von wo sie die polnische Widerstandsbewegung herausholte. Wanda Krahelska wurde von den NSZ bei der Gestapo denunziert und starb im Konzentrationslager.



und durch einen staatlichen *Hilfsrat für die Juden (Żegota)*<sup>82</sup> bei der Delegatur der Londoner Exilregierung in Warschau ersetzt.

Im Hilfsrat arbeiteten engagierte Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Juden mit. In seiner Führung waren die WRN-Sozialisten durch Julian Grobelny, die Polnischen Sozialisten durch Tadeusz Rek, die Bauernpartei (SL) durch Ferdynand Arczyński und die FOP durch Władysław Bartoszewski vertreten. Das Jüdische Nationalkomitee repräsentierte der Linkszionist Dr. Adolf Berman, den Bund vertrat Dr. Leon Feiner. Trotz dieses Proporztes in der Leitung vertrat der Hilfsrat selbst keine der politisch organisierten Kräfte der polnischen Gesellschaft und hatte es ungeheuer schwer, die Organisationen des Londoner Lagers, dessen Bestandteil er offiziell war, überhaupt zu wirkungsvollen Schritten zu drängen.

Als der Hilfsrat die historische Bühne betrat, waren von den polnischen Juden nur noch wenige am Leben. Er richtete eine Kinder-, eine Gesundheits- und eine Regionalabteilung ein, schuf selbst aber keine regionalen Gliederungen. Er erhielt Finanzmittel von der Exilregierung über deren Delegatur, deren Vertreter im Hilfsrat Witold Bieńkowski war, sowie vom Bund und vom Jüdischen Nationalkomitee. Im Januar 1943 zahlte der Hilfsrat 300, am Ende des Jahre 1943 2.000 und im Sommer 1944 rund 4.000 Menschen eine finanzielle Unterstützung. In der gesamten Zeit seiner Tätigkeit unterstützte der Hilfsrat die Juden mit 28,75 Millionen Złoty, das entsprach 215.000 Dollar. Seine wichtigste Leistung war die kostenlose Beschaffung „arischer“ Papiere für geflüchtete, versteckte und unterstützte Juden sowie für Mitarbeiter des Bunds und des Jüdischen Nationalkomitees. Der Hilfsrat war ständig auf der Suche nach geeigneten Verstecken und half auch bei deren Bau. Insbesondere bemühte sich Żegota, jüdische Kinder in polnischen Pflegefamilien, in öffentlichen Waisenhäusern und Klöstern unterzubringen. Allein in Warschau betreute der Hilfsrat 2.500 jüdische Kinder.<sup>83</sup>

Zweifellos war der Anteil versteckter und auch geretteter Juden - bezogen auf deren Gesamtzahl - in anderen okkupierten Ländern höher als in Polen. Aber die Bedingungen für diese Hilfe waren in Polen unvergleichlich schwerer. Nur in Polen und in Jugoslawien drohten die deutschen Okkupanten öffentlich für das Verstecken eines Juden dem Helfer und seiner ganzen Familie die Todesstrafe an. Und dies blieb keine leere Drohung, sie wurde vollstreckt.<sup>84</sup> Daher war es ganz besonders schwierig, immer wieder Verstecke aufzufinden bzw. einzurichten. Kein

82 Rada Pomocy Żydom 'Żegota' przy Delegacie Rządu RP na Kraj.

83 Vgl. Marek Arczyński/Wielaw Balcerak: Kryptonim 'Żegota', Warszawa 1979; Teresa Prekerowa: Konspiracyjna rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942-1945, Warszawa 1982; Władysław Bartoszewski: Uns eint vergossenes Blut. Juden und Polen zur Zeit der „Endlösung“, Frankfurt am Main 1987; Israel Gutman/Shmuel Krakowski: Unequal victims, Poles and Jews during World War Two, New York 1987.

84 Siehe *Occ. Pol.*, Faksimile. 7, nach S. 208.

anderes von Deutschland besetztes Land hat einen so hohen Blutzoll für die Hilfe an seine jüdischen Mitbürger zahlen müssen wie Polen.<sup>85</sup> Jerzy Tomaszewski schrieb dazu: „Ein szmalcownik konnte den Tod Dutzender Menschen verursachen der sich Verbergenden wie der Obdach Gewährenden. Die Rettung eines Menschen aber erforderte fast immer die Zusammenarbeit vieler Menschen guten Willens.“<sup>86</sup> Bei der Organisation und auch der Finanzierung dieser Zusammenarbeit zur Hilfe spielte der Hilfsrat für die Juden eine wesentliche Rolle.

Arie Wilner hatte im Auftrag der ŻOB seit August 1942 versucht, eine direkte und offizielle Verbindung zum Oberkommando der AK herzustellen. Seine Versuche waren gescheitert bzw. von den kontaktierten AK-Dienststellen blockiert worden.<sup>87</sup> Erst Anfang Oktober 1942 kam es zu einem ersten Gespräch mit Henryk Woliński vom Büro für Information und Propaganda (BIP) des Hauptkommandos der AK.<sup>88</sup> Woliński leitete die am 2. Februar 1942 im BIP<sup>89</sup> gebildete jüdische Sektion.<sup>90</sup> Sie beschäftigte sich in der ersten Phase von Februar bis Oktober 1942 keineswegs mit „Schutz und Hilfe für geflohene Juden“ und der Verteilung von Geld, wie Bór-Komorowski weismachen wollte, sondern beschränkte sich auf die Tätigkeit eines Informationsdienstes.<sup>91</sup>

Das Treffen Wilners mit Woliński war der Beginn offizieller Beziehungen zwischen den Führungen der AK und der ŻOB. Obwohl Woliński die Bitte der ŻOB um Waffen und Militärhilfe unverzüglich an die AK-Führung weitergeleitet und sie selbst nachdrücklich immer wieder unterstützt hatte, erfolgte keineswegs eine zügige und positive Antwort. Der als Mann schneller Entschlüsse gerühmte Rowecki<sup>92</sup> verhielt sich trotz der Ermahnung durch seinen Premier Sikorski überaus zögerlich. Gegenüber den Wünschen der ŻOB wie den Argumenten der Żegota verwies Rowecki auf politische und militärische Notwendigkeiten. Sich zu erheben, um den Juden zu helfen, und das vor der in den strategischen Plänen vorgesehenen Zeit, würde zu furchtbaren Verlusten und Zerstörungen führen und nur den Russen helfen.

85 Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939-1945, hg. von Władysław Bartozewski und Zofia Lewinówna, Kraków 1969. Sie listen zahlreiche derartige Fälle auf.

86 Jerzy Tomaszewski: *Reczpospolita wielu narodów*, Warszawa 1985, S. 267.

87 Vgl. Bartozewski, *Uns eint vergossenes Blut*, S. 73f.

88 Das Treffen hatte Aleksander Kamiński, Redakteur des offiziellen Organs der AK-Führung *Biuletyn Informacyjny*, das vom Büro für Information und Propaganda beim Oberkommando der AK (BIP) unter Leitung von Oberst Jan Rzepecki herausgegeben wurde, vermittelt.

89 Unter den Mitarbeitern von Rzepecki befanden sich der Historiker Prof. Marcei Handelsman, Dozent Dr. Ludwik Widerszal und Ingenieur Jerzy Makowiecki. Handelsman wurde von den NSZ an die Gestapo verraten, er starb 1945 im Konzentrationslager Dora. Makowiecki, seine Gattin und Dr. Widerszal wurden im Juni 1944 von polnischen Faschisten ermordet, weil sie Juden waren.

Vgl. Henryk Woliński: *Przegląd Działalności Referatu Spraw Żydowskich*, in: *Mark, Powstanie*, S. 342 f.

90 Ebenda.

91 Vgl. Tomasz Szarota: *Stefan Rowecki „Grot“*, Warszawa 1983, <sup>2</sup>1985, sowie: *Stefan Rowecki w*

92 *relacjach*, pod redakcją naukową Tomasza Szaroty, Warszawa 1988.



Lange bevor der Hilfsrat für die Juden gegründet worden war, hatten im Apparat von AK und Delegatur Institutionen gewirkt, die den Nazis öffentlich bei ihrer „Endlösung der Judenfrage“ halfen. Dies waren vor allem die *Antikomunistische Agentur*, abgekürzt Antyk, unter Leitung von Tadeusz Żenczykowski, formell ebenfalls eine Unterabteilung des BIP,<sup>93</sup> sowie der *Blok* unter Leitung von Henryk Glass, der sich mit der geheimdienstlichen Infiltration linker Widerstandsgruppen befaßte.<sup>94</sup> Beide arbeiteten eng mit der Gegenspionage der AK zusammen. Für die Mitarbeiter des Antyk waren „Jude“ und „Kommunist“ Synonyme. Antyk gab ein Bulletin heraus, das offiziell an alle Abteilungen der Delegatur und deren nachgeordnete Organisationen verteilt wurde. Im August 1942, mitten in der „Aktion Reinhard“, publizierte es die Ansicht, die Polen sollten keine „jüdischen Gören“ retten.<sup>95</sup> Die Liquidation des Ghettos bedeute eine Schwächung der kommunistischen Bewegung im Lande und daher eine positive Entwicklung.<sup>96</sup> Später veröffentlichte Antyk auch eine Liste mit Namen und Adressen derjenigen Angehörigen der AK, die im Hilfsrat für Juden mitarbeiteten. Dies war faktisch eine Denunziation dieser Polen bei der Gestapo.

#### 4. Die Neuformierung des Widerstandes

##### a) Die Bildung der Jüdischen Kampforganisation (ŻOB)

Der Antifaschistische Block und die Kampforganisation des Bunds hatten sich während der großen Deportation darauf konzentriert, die eigenen Mitglieder zu schützen. Dabei war der Bund nicht erfolgreich, von seinen 500 Kämpfern überlebten nur wenige. Auch eine große Zahl von Mitgliedern des Antifaschistischen Blocks, darunter seine Führer Józef Lewartowski und Szachno Sagan, waren in Treblinka ermordet worden. In dieser Zeit entsandte die PPR drei Gruppen aus dem Ghetto, die sich der Volksgarde anschließen sollten.

93 Antykomunistyczna Agencja, Organ der Regierungsdelegatur zur Bekämpfung des Kommunismus in der polnischen Gesellschaft. Sie bildete 1943/44 auch Bezirkskomitees. Neben Antyk befaßten sich auch andere Dienststellen der Delegatur mit antikommunistischen Aktionen, vor allem deren Departement Informacji i Prasy (DI). Antyk gab ab 1943 für Arbeiter die demagogische *Wolność Robotnika* sowie verschiedene Informationsblätter heraus.

94 Henryk Glass war nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffsabkommen von 1934 Leiter einer von den Nazis finanzierten und von dem katholischen Priester Kwiatkowski initiierten Presseagentur „Polnisches Institut für die wissenschaftliche Erforschung des Kommunismus“ geworden. Diese Einrichtung arbeitete eng mit Goebbels' Anti-Komintern zusammen. Nach der Besetzung Polens nutzte Glass seine Personalkenntnisse, um polnische Kommunisten und Sozialisten bei der Gestapo zu denunzieren. Die Delegatur stattete ihn nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion mit Finanzmitteln aus.

95 Antyk begrüßte die Bildung des Ghettos und später die physische Vernichtung der Juden, ja es fürchtete, einige könnten in Ghettos und Arbeitslagern überleben. Es griff jene Polen an, die Juden retteten oder halfen. „Tausende von Juden, die auf der ‚arischen‘ Seite hätten überleben können, wurden aufgrund der Aktivitäten der Antyk bei den Deutschen denunziert oder an sie verraten. Hunderttausende Polen, die Juden versteckten oder in anderer Weise halfen, traf das gleiche Schicksal.“ (Ainsztein, *Revolte*, S. 202, Fußnote 89).

96 Zit. nach *Wolność*, Nr. 6 vom 15.8.1942 (*Sprawa żydowska w Polsce*).

Das Ghetto bestand seit dem Herbst 1942 aus drei separierten Teilen, dem zentralen Ghetto (Restghetto), der Bürstenfabrik und dem „produktiven Ghetto“ mit den Fabriken von Toebbens, Schultz, Röhrich und Schilling. Das Ghetto hatte sich weitgehend in ein Zwangsarbeitslager verwandelt, die Arbeiter lebten dort, wo so beschäftigt waren. Beaufsichtigt wurden sie von speziellen Werkschutz-Einheiten aus Deutschen, Ukrainern, Polen und jüdischen Ghettopolizisten.

Mitten in der Deportation begann sich der Widerstand im Ghetto neu zu formieren. Am 28. Juli fanden sich Mitglieder der linkszionistischen Organisationen Hechaluz-Dror und Hashomer Hazair mit der Akiba<sup>97</sup> zu einer ersten ŻOB zusammen, die zur Keimzelle der späteren Jüdischen Kampforganisation werden sollte. Mitglieder ihres Kommandos waren Isaac Cukierman, Cywia Lubetkin und Mordechaj Tenenbaum von der Hechaluz-Dror und Josef Kaplan und Shmuel Braslaw von der Hashomer Hazair. Ziel war die Organisation der Selbstverteidigung des Ghettos. Trotz der Absperrungen und Razzien während der Deportation resignierte sie nicht, sondern zündete deutsche Depots an. Mitte August 1942 konnte der erste Revolver ins Ghetto geschmuggelt werden, mit dem Israel Kanak am 25. August auf den Chef der Ghettopolizei Szeryński schoß. Obwohl dieser nur verwundet wurde und später im Krankenhaus Selbstmord beging, hatte dieser Anschlag für den Stimmungsumschwung der Masse der Ghettobewohner große symbolische Bedeutung. Er verschaffte der ŻOB Autorität, so daß sie den Judenrat als führende Autorität noch vor Ablauf des Jahres ablöste.

Diese erste ŻOB hatte noch keinen konkreten Plan und verfügte über keine Waffen. Sie geriet in eine existenzielle Krise, als am 3. September ein Führer der Kampforganisation, Josef Kaplan, verhaftet und eine weiterer, Shmuel Braslaw, erschossen wurde. An diesem Tag wurde zudem im Ghetto die Kurierin verhaftet, die die ersten, durch Vermittlung der Volksgarde gekauften und ins Ghetto geschmuggelten Pistolen transportierte. Zu allem Unglück war auch die Partisanenbasis der Linkszionisten in Werkbowice aufgefliegen, und alle dort angetroffenen Kämpfer waren erschossen worden. Die erste ŻOB beschloß entgegen früheren Festlegungen, eine bewaffnete Aktion zu verschieben und sich gründlicher vorzubereiten.

Am 28. Oktober kam es zur Gründung einer umfassenderen ŻOB durch die Einbeziehung weiterer politischer Kräfte. Mit den drei genannten zionistischen Jugendorganisationen, zu denen der aus dem Ghetto Będzin zurückgekehrte Mordechaj Anielewicz stieß, vereinigten sich die Kampfgruppen der Polnischen Arbeiterpartei, der Poale Zion und der Gordonia,<sup>98</sup> die gemeinsam mit den drei

97 Akiba Hanoir Hazioni, rechtsliberale zionistische Jugendorganisation, trat für einen jüdischen Staat mit hebräischer Kultur ein.

98 Nichtmarxistische sozialistisch-zionistische Jugendorganisation. Teil der 1929 in Palästina von Gordonia gegründeten Hitachdut. Die Partei und ihre Jugendorganisation rekrutierten sich vornehmlich aus der jüdischen Intelligenz.

erstgenannten bereits dem Antifaschistischen Block angehört hatten, und weitere Gruppen. Im Oktober gewann die neue ŻOB viele neue Mitglieder. Als sich am 1./2. Dezember 1942 die Kämpfer des Bunds diesem Verband anschlossen, war deren Konstituierung abgeschlossen. Sie bildete eine gemeinsame militärische Formation, deren Untereinheiten nach politischer Zugehörigkeit strukturiert waren. In dem am 1./2. Dezember angenommenen Statut der ŻOB wurden als unmittelbare Aufgaben benannt: 1. Widerstand gegen jede weitere Deportation; 2. terroristische Aktionen gegen die jüdische Polizei, die jüdischen Kommunalbehörden und die Werkschützer; 3. aktiver Kampf gegen Werkstattleiter, Vorarbeiter und Agenten der Gestapo.

Kommandeur der ŻOB wurde Mordechaj Anielewicz von Hashomer Hazair, im Stab vertraten Hersz Berlinski die Poale Zion-Linke, Isaak Cukierman die Dror, Jochanan Morgensztern die Poale Zion-Rechte, Berk Schajndemil, später ersetzt durch Marek Edelman, den Bund und Michal Rojzenfeld die PPR. Kontakte zur Delegatur sollten Dr. Leon Feiner (Bund) und Adolf Berman (Linkszionist) halten, die beide dem Hilfsrat für die Juden angehörten; die Verbindung zur AK und zur Volksgarde oblag Arie Wilner (Hashomer Hazair).

In den Verhandlungen hatte Mordechaj Anielewicz mit großem Geschick die Gegensätze und den Partikularismus der Gruppierungen zurückdrängen und die verschiedenen zionistischen, sozialistischen, kommunistischen Gruppen nicht nur zu einer militärischen Organisation zusammenfassen, sondern auch ihren politischen Zusammenschluß in einem *Jüdischen Nationalkomitee* (ŻKN) erreichen können. Der Bund lehnte den Beitritt zum Nationalkomitee ab, darum bildeten Nationalkomitee und Bund ein gemeinsames *Koordinierungskomitee* (ŻKK). An dessen Spitze stand Isaak Cukierman (Dror), Edward Fondamiński vertrat darin die PPR, Abraham Blum den Bund, Jochanan Morgensztern die Poale Zion-Rechte, Menachem Kirszenbaum die Allgemeinen Zionisten und Cywia Lubetkin die Dror.

### **b) Der Jüdische Militärverband (ŻZW) nach der „Umsiedlung“**

Der ŻZW hatte zwar während der „Umsiedlung“ rund 500 Menschen durch seine Tunnel aus dem Ghetto schleusen können, selbst aber 50 seiner Soldaten verloren, war geschwächt und von zwei seiner Waffenlager abgeschnitten. Viele Betaristen hatten sich während der Deportation außerhalb Warschaws in der Nähe von Hrubieszów (Distrikt Lublin) auf einem Bauernhof verstecken können und kehrten im September 1942 ins Ghetto zurück.

Nach der Deportation gab der ŻZW im September 1942 seine strenge Konspiration in bestimmtem Maße auf und warb offen Mitglieder an. Nunmehr wurden auch Mitglieder aufgenommen, die weder ausgebildete Soldaten noch politische Anhänger der Betar waren. Im September und Oktober nahm der ŻZW rund 150

Mitglieder auf und erreichte vor den Januar-kämpfen eine Stärke von 400 Mann. Sie waren in drei Kompanien organisiert, eine vierte wurde im April 1943 aufgestellt. Ausgehend von seinen befestigten Stützpunkten und seiner Bewaffnung besaß der ŻZW eine nicht unerhebliche Schlagkraft.

Das für ihn wichtigste Problem im Herbst 1942 war die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit seinen Verbündeten außerhalb des Ghettos, weil er von dort Munition und Lebensmittel erhielt und weil diese Verbindungen die Möglichkeit boten, das Ghetto zu verlassen. Von den bisherigen zwei Tunnel war der eine von der Gestapo entdeckt worden und der andere nach der Verkleinerung des Ghettos kaum noch brauchbar. So wurde dem Bau zweier neuer Tunnel absolute Priorität gegeben, einer unterquerte die Ghettomauer unter der Karmelickastraße, ein zweiter unter der Muranowskastraße.

ŻOB und ŻZW setzten im Herbst 1942 gleichermaßen folgende Prioritäten: an erster Stelle stand die Organisation, Ausbildung und Bewaffnung der eigenen Kräfte, an zweiter die Eliminierung der Verräter und Kollaborateure. Den ersten Schritt auf dem Weg zu einem Kampf gegen die deutschen Henker bildete die Ausschaltung der jüdischen Verräter. Eine Gruppe der Hashomer Hazair erschoss am 20. Oktober 1942 den stellvertretenden Chef der Ghettopolizei, Jakub Lejkin, und plakatierte am nächsten Tag einen Aufruf, der weitere Anschläge ankündigte. Bald darauf tötete die Gruppe dreizehn jüdische Polizisten, die bei der Deportation eine besonders schlimme Rolle gespielt hatten. Eine Kampfgruppe der Dror erschoss am 29. November 1942 den Leiter der Wirtschaftsabteilung des Judenrates. Kämpfer des ŻZW schalteten mehrmals die Gestapoagenten der Żagiew aus.

Zu einer Vereinigung oder auch nur engeren Koordination der beiden militärischen Organisationen im Ghetto kam es nicht. Dem standen die krassen politisch-ideologischen Gegensätze beider entgegen. Diese hatten bereits vor dem Kriege zu Straßenschlachten zwischen den gewaltsam auftretenden Anhängern Jabotinskis und den linkszionistischen Jugendorganisationen geführt. Die politische Position der Revisionisten isolierte sie unter den anderen jüdischen Organisationen. Da die Betar sich am italienischen Faschismus orientierte, waren die Führer der ŻOB auch gegenüber den politischen Kontakten des ŻZW zu reaktionären polnischen Untergrundorganisationen zutiefst mißtrauisch. Doch die entscheidende Frage, an der eine engere Koordination scheiterte, war der Führungsanspruch. Der ŻZW beanspruchte unter Berufung auf seine Militärkader und seine bessere Bewaffnung die militärische Leitung und drohte seinem Rivalen sogar mit Waffengewalt. Die ŻOB wies diesen Anspruch zurück, sie lehnte auch eine kollektive Aufnahme des ŻZW ab und forderte den individuellen Eintritt seiner Mitglieder in die ŻOB. Die schließlich zustande gekommene Koordination betraf vor allem die territoriale Abgrenzung der Kampffelder. Im Zentralghetto sollte die ŻOB das Revier der Straßen Zamenhof, Miła, Geşia und Nalewki verteidigen, während der ŻZW den

Komplex Muranowskiplatz/Muranowskastraße bis zur Nalewkistraße als Sektor erhielt.

### c) Die Beschaffung von Waffen

Am schwersten war die Beschaffung von Waffen und Munition, sie mußten ohne Rücksicht auf die Risiken und Umstände von außerhalb beschafft werden. Die Händler und Schmußgler, aber auch die AK, die als einzige Organisation über Waffenbestände verfügte, forderten von der ŻOB Wucherpreise für Waffen und astronomische Preise für Munition:

„Während die Heimatarmee 1943 für eine Pistole mit einem Munitionsmagazin 3.000 Złoty bezahlte, zahlten die Juden für die gleiche Waffe 10.000 bis 20.000 Złoty; während der Preis für ein Gewehr für die Heimatarmee bei 4.000 Złoty lag, hatten die Juden dafür 20.000 bis 25.000 Złoty zu zahlen; während die Heimatarmee für eine Granate 100 Złoty zahlte, hatten Juden 1.000 bis 1.5000 Złoty zu zahlen; während die Heimatarmee für 12.000 Złoty ein schweres Maschinengewehr erstehen konnte, kostete die gleiche Waffe den Juden 40.000 Złoty. Für leichte Maschinengewehre und Maschinenpistolen zahlte die Heimatarmee 7.000 Złoty Juden für die gleiche Waffe mindestens das Vierfache.“<sup>99</sup>

Die Beschaffung von Schußwaffen und Munition blieb bis April 1943 das Hauptproblem. Seit Oktober 1942 produzierte die ŻOB auch eigene Waffen, vor allem Molotowcocktails und Minen, und reparierte die unbrauchbar gelieferten. Aus Mangel an Schußwaffen wurden die selbstgebauten sog. Molotowcocktails zur Hauptwaffe und in größeren Mengen hergestellt. Obwohl die Volksgarde selbst kaum Waffen besaß,<sup>100</sup> erhielt die ŻOB von ihr im Oktober und November 1942 ein paar Revolver und Pistolen, nachdem die erste Lieferung vom 3. September innerhalb des Ghettos der Gestapo in die Hände gefallen war. Im Herbst 1942 erneuerte auch der Bund seine Anstrengungen, von den Militärorganisationen der beiden sozialistischen Parteien Waffen zu bekommen, er erhielt ein paar Pistolen und Granaten über den Befehlshaber der Volksmiliz Michał Klepfisz. Die *Sozialistische Kampforganisation* (SOB) war formell Teil der AK geworden, doch ihr Kommandant Leszek Raabe hatte bis Ende 1942 die Volksmiliz der Sozialisten befehligt und fuhr mit der Hilfe für den Bund fort.

Der ŻZW erhielt den größten Teil seiner Waffen kostenlos, nämlich die vom KB gelieferten. Diese beschränkten sich nicht auf Pistolen, Revolver und Granaten, sondern umfaßten auch Gewehre, leichte und schwere Maschinengewehre und Maschinenpistolen. Darüber kaufte die PLAN Waffen für den ŻZW auf dem schwarzen Markt, meist bei deutschen oder italienischen Soldaten.

99 Ainsztein, *Revolte*, S. 77, Zahlen nach: *Polskie Siły Zbrojne*, Bd. 3, S. 327; Stefan Krakowski: *Stosunek sił w powstanie w getcie warszawskim*, in: *Buletyn ŻIH*, 1967, Nr. 62, S. 35.

100 Die Volksgarde besaß am 27. Dezember in Warschau selbst nur 13 Pistolen und 17 Granaten, vgl. Mark, *Walka*, S. 155.

Für den Kauf von Waffen mußten riesige Geldsummen aufgebracht werden, daher gingen beide Organisationen seit Dezember 1942 zur Requirierung von Geld, Edelsteinen und anderen Gütern bei Schmugglern, Spekulanten, Fabrikbesitzern und Polizeioffizieren über. Die Konkurrenz bei dieser Expropriation führte zu Konflikten zwischen den Organisationen. Die ŻOB beschlagnahmte Gelder bei der Ghettobank und beim Kämmerer des Judenrates, sie legte auch der Haushaltsabteilung des Judenrates eine Abgabe auf.

Nach ihrer offiziellen Anerkennung durch das Hauptkommando der AK rechnete die ŻOB darauf, daß die Versorgung ihrer Kämpfer mit Gewehren, Maschinengewehren, Granaten und Munition sich nun verbessern würde. Doch nach einer ersten Lieferung von zehn Pistolen ins Ghetto wartete die ŻOB vergeblich auf weitere Waffen. Weil jedoch die endgültige Liquidierung des Ghettos jeden Moment erwartet wurde, trafen sich Wilner, Woliński und Feiner am 2. Dezember, dem Tag der ersten Lieferung, um die erneuerte Bitte um sofortige Lieferung weiterer Waffen an die Führung der AK zu leiten. Woliński unterstützte diese Bitte durch ein eigenes Memorandum, in dem er der unwilligen AK-Führung vorschlug, die AK solle der ŻOB den Ankauf von Waffen erleichtern und ihn selbst organisieren: „ich meine, die Käufe sollen von uns getätigt werden, um sie unter Kontrolle zu halten“. Die Rede war von „kilkanaście“, also zwischen elf und zwanzig Stück.<sup>101</sup>

Doch auch Wolińskis Memorandum half nicht viel. Rowecki sandte am 4. Januar 1943 folgenden Funkspruch an seinen Obersten Befehlshaber:

„Nun, da es zu spät ist, wenden sich Juden verschiedener kleiner kommunistischer Gruppen um Waffen an uns, als hätten wir volle Lagerhäuser davon. Zur Probe übergab ich ihnen einige Pistolen. Ich bin mir nicht sicher, ob sie sie gebrauchen werden. Ich werde ihnen keine weiteren Waffen geben, da wir sie, wie Sie wissen, selbst nicht haben. Ich warte auf Sendungen. Lassen Sie mich wissen, welche Kontakte unsere Juden in London haben.“<sup>102</sup>

Aufgrund der Interventionen des Hilfsrates und des im Januar bei der Delegatur eingerichteten Jüdischen Referates<sup>103</sup> genehmigte Rowecki entgegen seinem Telegramm an Sikorski vom 9. Januar noch einmal die Lieferung von weiteren zehn

101 Das Memorandum vom 3. Dezember 1942 war an das Hauptkommando der AK und die Delegatur gerichtet, sein Wortlaut ist abgedruckt bei Mark, Powstanie, S. 199f.

102 Deutsch bei Ainsztein, Revolte, S. 78, polnisch abgedruckt in: Polska walcząca o bę powstania w getcie warszawskim. Antologie tekstów historycznych i literackich. Wstęp, wybór i opracowanie Marian Drozdowski, Warszawa 2003, S. 40f. (Radiogram Nr. 347, Depesza nr. 1125).

103 Im Unterschied zu Woliński im Hauptkommando der AK befaßte sich bis dahin in der Delegatur niemand offiziell mit den Problemen der jüdischen Bürger. Erst auf Intervention des Hilfsrates wurde im Januar 1943 im Departement für Innere Angelegenheiten das Jüdische Referat geschaffen. Sein Leiter wurde Witold Bienkowski, dessen Stellvertreter Władysław Bartoszewski. Beide kamen von der FOP und waren aktive Mitglieder des Hilfsrates.



Pistolen an die ŻOB sowie einer Instruktion zur Herstellung von Molotowcocktails. Was von Roweckis Aussage, er könne keine Waffen entbehren, zu halten ist, ist heute auf der Grundlage der inzwischen veröffentlichten Quellen leichter festzustellen. Das Londoner Sikorski-Institut hat eine mehrbändige Geschichte der polnischen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg ediert, deren dritter Band der AK gewidmet ist.<sup>104</sup> Darüber hinaus schufen polnische Militärhistoriker im Exil eine sechsbändige Dokumentation über die AK, die 1990 in Polen nachgedruckt wurde,<sup>105</sup> so daß insgesamt eine exzellente Quellengrundlage vorliegt.

Die AK gliederte sich in sieben Territorialkommandos, jedes von ihnen hatte eigene Waffenbestände. Das Warschauer Kommando verfügte nicht nur über enorme Bestände aus dem Septemberfeldzug 1939<sup>106</sup>, sondern erhielt Waffen aus Abwürfen der britischer Luftwaffe<sup>107</sup> und kaufte selbst weitere. Wenn im Warschauer Aufstand 1944 viele Aufständische ohne Waffen blieben, dann lag das nicht so sehr am absoluten Waffenmangel, sondern an Planungsfehlern, schlechter Logistik und deutschen Gegenangriffen.<sup>108</sup>

Der letzte Satz von Roweckis Funkspruch vom 2. Januar 1943 an Sikorski verweist auf seine Befürchtung, die bedrängten Warschauer Juden könnten einen Weg gefunden haben, ihre Vertreter in London, die polnische Exilregierung und die Alliierten über die tatsächliche Situation der polnischen Juden zu informieren. Schließlich wurde der AK-Kommandant vom Hilfsrat für die Juden bedrängt, Beistand zu leisten, und von Sikorski durch wiederholte Instruktionen unter Druck gesetzt, der die Regierungen Großbritanniens und der USA überzeugen wollte, daß der Antisemitismus als „Ideologie des polnischen Establishments“ überwunden sei. Doch Roweckis Besorgnis war unbegründet. Berichte über das Warschauer Ghetto erreichten die jüdischen Repräsentanten in London entweder gar nicht oder so entstellt, daß die von den jüdischen Vertretern geforderten Handlungen als unberechtigt erschienen.

104 *Polskie Siły Zbrojne Drugiej Wojny Światowej*, Bd. 3, Londyń 1950.

105 *Studium Polski Podziemnej* Londyń: Armia Krajowa w dokumentach 1939-1945, 6 Bde., Londyń 1970, nachgedruckt: Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk-Lódź 1990.

106 Seit 1939 hatte das Warschauer Kommando 135 schwere Maschinengewehre, 190 leichte, 6.045 Gewehre, 1.070 Pistolen und Revolver mit entsprechender Munition bewahrt. Diese Bestände wurden seit 1941 durch britische Lieferungen aufgestockt.

107 Zwischen dem 1. August 1942 und dem 30. April 1943 warfen 49 von polnischen Crews und 16 von britischen Piloten geflogene Maschinen 241 Container ab, von denen 42 nicht geborgen werden konnten. Vgl. Józef Garliński: *Poland, SOE and the allies*, London 1969, S. 91 u. 235.

108 1947 wurden in der Leszno-Straße in Warschau 678 Maschinenpistolen samt Munition geborgen, die nicht in die Hände der Aufständischen gelangt waren, vgl. Leszek M. Bartelski: *Bez antygony*, in: *Nowa kultura*, Warszawa, Nr. 31 vom 2.8.1959.



## 5. Die Januarkämpfe und ihre Folgen

### a) Die Kämpfe vom 18. bis 21. Januar 1943

Am 14. Oktober 1942 besichtigte der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, in Begleitung des Höheren SS- und Polizeiführers des GG, Friedrich Wilhelm Krüger, das Warschauer Ghetto. Er befahl, die Produktionsstätten aus dem Ghetto in Konzentrationslager auszulagern und die Liquidierung des Ghettos vorzubereiten. Am 11. Januar 1943 wies Himmler an, das Ghetto bis zum 15. Februar zu räumen.

Diesmal wußten alle Ghettabewohner, was die deutschen Faschisten mit ihnen vorhatten. Die fatalistische Fügsamkeit war überwunden und die Jüdische Kampforganisation zur entscheidenden Autorität im Ghetto geworden. Sie rief Anfang Januar die Ghettobevölkerung auf, am bewaffneten Widerstand teilzunehmen: "Jüdische Volksmassen! Die Stunde ist gekommen, ihr müßt bereit sein zum Widerstand. Kein einziger Jude soll in den Waggon gehen! Alle jene, die keine Möglichkeit haben, sich aktiv zu widersetzen, sollen passiven Widerstand leisten, sollen sich verbergen. ... Unsere Losung lautet: Seid alle bereit, als Menschen zu sterben!"<sup>109</sup>

Obwohl die Widerstandskämpfer einen Angriff auf das Ghetto erwarteten, wurden sie von ihm überrascht. Nur fünf Kampfgruppen, deren Mitglieder in Kibbutzim gemeinsam lebten, waren sofort einsatzfähig, nur wenige Waffen sofort verfügbar. Der mit der Liquidation beauftragte SS- und Polizeiführer von Warschau, SS-Oberführer Ferdinand von Sammern-Frankenegg, ließ am 18. Januar 1943, morgens um 7.30 Uhr 200 deutsche Gendarmen, 800 lettische und litauische Faschisten sowie Einheiten der polnischen Quislingpolizei ins Ghetto einrücken. Sie waren mit Maschinengewehren bewaffnet und wurden von gepanzerten Fahrzeugen und Geschützen unterstützt. An diesem Morgen aber geschah etwas für die Faschisten völlig Unerwartetes: Sie wurden mit Schüssen und Handgranaten empfangen. Gefangene Juden wagten, auf deutsche „Herrenmenschen“ zu schießen. An diesem Tage gab die Jüdische Kampforganisation im Ghetto ein Flugblatt mit folgendem Aufruf heraus:

"Juden!

Der Okkupant schreitet zum zweiten Akt eurer Vernichtung!

Geht nicht willenlos in den Tod! Verteidigt euch!

Nehmt ein Beil, eine Brechstange, ein Messer zur Hand, versperrt Eure Häuser!

Sollen sie Euch so bezwingen!

Im Kampf habt ihr die Möglichkeit einer Rettung. Kämpft!"<sup>110</sup>

<sup>109</sup> FGM, Dok. 402, S. 496f.

<sup>110</sup> FGM, Dok. 403, S. 497.

Mitte Januar 1943 verfügte die ŻOB über fünfzig Kampfgruppen mit je 12 bis 30 Kämpfern, allerdings hatten sie nur ein paar Dutzend Pistolen und Granaten. Da sie nicht über Gewehre und Maschinengewehre verfügten, mußten sie die Faschisten sehr nahe herankommen lassen, um ihre Granaten einzusetzen. Als erste schlugen die Arbeiter der Ostdeutschen Bautischlerei zurück. Eine Handgranate tötete mehrere Deutsche. Unter den Arbeitern befand sich eine Kampfgruppe der Hashomer Hazair unter Führung von Anielewicz. Sie griff die SS-Männer an, Anielewicz tötete mit zwei Granaten mehrere und entriß einem Polizisten Gewehr und Pistole. Als er von Polizisten umzingelt war, retteten ihn seine Kampfgefährten. Die Nazis flohen, wobei sie Helme und Waffen zurückließen.

Neben den organisierten Kampfgruppen verteidigten sich die Bewohner vieler Häuser selbst. Die gefangengenommenen und auf dem Umschlagplatz eingepferchten Juden ließen sich nicht mehr wehrlos in die Viehwaggons treiben. Weil die Kämpfer nur Pistolen und Granaten und zudem sehr wenig Munition hatten, waren ihre Verluste sehr hoch. Sie verschanzten sich daher in den Häusern und ließen die Nazihenker gewöhnlich erst einmal in die Häuser eindringen, bevor sie ihre Granaten warfen oder schossen. Die Kampfgruppen unter Führung von Zachariasz Artsztejn, Isaac Cukierman und Cywia Lubetkin bezogen in Häusern der Zamenhof-, der Mila-, der Muranowska- und Franciszkańskastraße Stellungen und verfolgten auch in den nächsten beiden Tagen ihre Taktik weiter.

Im Fabrikghetto trugen drei Kampfgruppen die Abwehrkämpfe, die von den Kommunisten Benjamin Lejbgot und Bronisław Jaworski und dem Zionisten Israel Kanak kommandiert wurden. Sie hatten nur zwei Pistolen und eine Granate. Ihre wichtigste Bewaffnung waren mit Schwefel und Dynamit gefüllte Glühbirnen. Die Deutschen wurden hier zum Rückzug gezwungen, doch die Verluste waren sehr hoch. Auch Lejbgot fiel im Kampf.

Am dritten Tag wagten die Faschisten nicht mehr, den Juden in Keller und Häuser zu folgen, sie beschränkten sich auf jene, die sie auf den Straßen einfangen konnten. Als sie 1.000 Juden ermordet und 5.500 gefangengenommen hatten, zog von Sannern seine Truppe aus dem Ghetto zurück. Die Kämpfer hatten mindestens zwanzig Faschisten getötet und vierzig verletzt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Nazireichs war ein Plan Himmlers durch den bewaffneten Widerstand eingesperrter Juden durchkreuzt worden.

Obwohl der ŻZW damals im Unterschied zur ŻOB bereits größtenteils kaserniert war und seine Einheiten nicht erst hätte mobilisieren müssen, setzte er bei den Januarkämpfen keine einzige seiner Kompanien und Züge komplett ein. Er vermied einen offenen Kampf. Während die Kämpfe auf dem gesamten Areal des Ghettos stattfanden, führte der ŻZW sie nur in unmittelbarer Umgebung seiner Quartiere. Nur wenige Soldaten oder Fünfergruppen der ersten und der dritten Kompanie waren daran beteiligt. Und sie vermieden strikt, dabei die vom KB erhaltenen Maschinenwaffen einzusetzen, mit einer Ausnahme wurden nur Handfeuerwaffen

benutzt. Der den ŻZW von seiten des Londoner Lagers kontrollierende Bednarczyk schrieb später, diese Zurückhaltung im Kampf und im Waffeneinsatz sei erfolgt, um die wirkliche Kampfstärke nicht offenbar werden zu lassen, sondern die Kräfte für erwartete entscheidende Kämpfe zu bewahren. Aber die Führer des ŻZW wußten im Januar 1943 nicht, ob die versuchte Räumung des Ghettos nicht genau dessen vollständige Liquidierung zum Ziel hatte. Apfelbaum schreibt diese Zurückhaltung bei den Januarkämpfen auch dem Rivalitätsverhalten des ŻZW in bezug auf die ŻOB zu. Während die schlecht und gering bewaffnete, militärisch wenig geschulte, aber jetzt im Ghetto politisch dominierende ŻOB alle ihre Kräfte einsetzte, war der personelle Anteil des ŻZW an den Kämpfen minimal. Die ŻOB hatte viele Mitglieder verloren, Edelman sprach sogar von 80 Prozent, die gefallen oder gefangengenommen waren. Sie erreichte nie wieder die Stärke vom 18. Januar 1942. Vom ŻZW waren sechs Soldaten gefallen.

### **b) Waffenbeschaffung in der Atempause**

Obwohl sie Widerstand erwartet hatten, waren die deutschen Okkupanten vom Widerstandswillen der Ghettokämpfer überrascht. Sie führten außerhalb des Ghettos Massenverhaftungen durch und versetzten die ganze Garnison in Alarmzustand. Die Januarkämpfe waren der Wendepunkt in der Geschichte des Warschauer Ghettos, seitdem befanden sich die Warschauer Juden in ständigem Kampf mit den Nazis und ihren Helfern. Die Führer der ŻOB zogen Lehren aus diesen Kämpfen. Den Mangel an Schußwaffen und Munition konnten sie nicht beheben, aber den Mangel an Kommunikation und Koordination. Anielewicz entschied, daß alle ŻOB-Kämpfer ab sofort kaserniert und unter strikter militärischer Disziplin leben mußten, und daß die Ghettotore Tag und Nacht überwacht wurden, um eine neue Überraschung zu vermeiden.

Die jüdischen Kämpfer und die Masse der Bewohner wußten, daß dieser Rückzug der SS nur zeitweilig war und ihnen nur eine Atempause verblieb. Am 27. Januar erließ die ŻOB einen weiteren Aufruf an die Ghettobevölkerung:

„Im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen im Getto fordern wir zum weiteren Ausharren auf. Der einfachste Weg ist der des ständigen Widerstandes, sei es mit Hilfe von Schußwaffen oder auch mit anderen, erreichbaren Mitteln wie Äxte, Messer, Salz- oder Schwefelsäure. Die Stunde der Befreiung vom Joch unseres größten Feindes ist nahe. Der Feind erleidet eine Niederlage nach der anderen. Da er nichts mehr zu verlieren hat, versucht er uns auf die grausamste Weise, die die Welt bisher gekannt hat, zu vernichten. Brüder, gehen wir nicht mehr wie die Hammel zur Schlachtbank. Wer einmal den Waggon betritt, ist für immer verloren. Die Hoffnung auf Flucht ist gering, deshalb wollen wir hier handeln und kämpfen. Jedes Haus muß eine Festung sein.“<sup>111</sup>

Diese erste Aktion bewaffneten Widerstandes des Ghettos hatte ein großes Echo in der polnischen Bevölkerung und der illegalen Presse. Die Zeitung der Volksgarde

111 Quelle: AJHI, Ring II, N. 333/5, deutsch zitiert nach: FGM, Dok. 405, S. 498.

*Gwardzista* schrieb: „Die Juden haben sich aus ihrer Passivität aufgerafft und damit ein Beispiel für Widerstand gegeben, das Nachahmung verdient.“<sup>112</sup> Im von Kamiński redigierten *Biuletyn Informacyjny* der AK vom 25. Februar 1943 hieß es: „Die Echos der Schüsse und Explosionen, die im Januar im Warschauer Ghetto widerhallten, sind überall in Polen gehört worden. Die polnische Gesellschaft hat mit Respekt diesen Beweis von Entschlossenheit und eindrucksvollem Widerstandswillen zur Kenntnis genommen.“<sup>113</sup>

Die Januarkämpfe stärkten diejenigen Widerstandskräfte in Polen, die nach einem bewaffneten Aufstand riefen. Die von der AK-Führung zur Rechtfertigung ihrer minimalen Waffenlieferungen an die ŻOB immer wieder ins Feld geführten Zweifel, ob die Juden überhaupt willens und fähig wären, diese Waffen einzusetzen, waren hinfällig geworden. Sowohl Woliński als auch der Hilfsrat erneuerten ihre Bemühungen, Waffen für die ŻOB zu erhalten. Als Woliński am 29. Januar mit dem Chef der neuberufenen Sektion für jüdische Angelegenheiten der Delegatur, Bienkowski zusammentraf, erklärte ihm dieser, daß „bewaffnete Unterstützung zur Zeit aufgrund des Verbots Londons unmöglich“ sei.<sup>114</sup> Doch Woliński gab sich nicht geschlagen, Ende Januar oder Anfang Februar erhielt die ŻOB von der AK eine Lieferung von 49 Pistolen, davon 36 brauchbaren, und 50 Granaten. Die den Transport ins Ghetto sichernden AK-Offiziere gaben dabei ihrem Mißtrauen gegenüber den Juden drastisch Ausdruck und demonstrierten ihnen so augenfällig, daß sie diesen Befehl entgegen ihren Überzeugungen ausführten.

Im Februar traf sich Woliński dreimal mit Oberst Antoni Chruściel, dem Kommandanten der AK in der Stadt und der Region Warschau. Wie Woliński später niederschrieb, sagte ihm Chruściel ausdrücklich zu, „das Warschauer Ghetto mit materieller Hilfe und Instruktionen zu unterstützen und erwähnte ebenfalls die Möglichkeit, unsere Einheiten von außen zu unterstützen.“ Nach dieser grundsätzlichen Zusage machte Woliński den Abgesandten der ŻOB Wilner mit Major Stanisław Weber, dem Stabschef von Chruściel, bekannt, und diese beiden arbeiteten gemeinsam einen „Schlachtplan für das Ghetto“ aus, „der für unsere Einheiten Unterstützung vorsah“.<sup>115</sup>

Am 6. März 1943 wurde Wilner bei einer Durchsuchung seiner Wohnung außerhalb des Ghettos von der Gestapo verhaftet, damit war die Verbindung zwischen AK und ŻOB in einem entscheidenden Moment unterbrochen worden. An die Stelle Wilners trat Isaac Cukierman. Er verließ das Ghetto am 13. März, traf aber auf große Schwierigkeiten, den Kontakt zur AK aufzunehmen, weil diese befürchtete, der verhaftete Wilner hätte der Gestapo sein Wissen preisgegeben. Doch die

112 *Gwardzista*, Nr. 12. vom 15. Februar 1943.

113 *Biuletyn Informacyjny*, 25. Februar 1943.

114 Notiz zur Sitzung des Hilfsrates vom 29. Januar 1943, Archiwum ŻIH, hier zitiert nach Ainsztein, *Revolte*, S. 204, Anmerkung 55.

115 Mark, *Powstanie*, S. 346.

Gestapo wußte nicht, wer Wilner war und hielt ihn, da Waffen in seiner Wohnung gefunden worden waren, für ein Mitglied des polnischen Untergrunds. Und selbst schwerste Folter konnte ihn nicht zum Reden bringen. Als die Gestapo entdeckte, daß Wilner Jude war, deportierte sie ihn in ein nahes Konzentrationslager, aus dem ihn polnische Pfadfinder befreiten. Er kehrte ins Ghetto zurück und nahm am Aufstand teil.

Am 13. April 1943 sandte Mordechaj Anielewicz einen Brief an das Hauptkommando der AK, in dem er den Waffen- und Munitionsmangel schilderte und schrieb:

..... Teilen Sie bitte den Verantwortlichen in unserem Namen mit, daß wir das Ausbleiben großangelegter Unterstützung als Folge der Gleichgültigkeit der Regierungsdelegatur und der Verantwortlichen gegenüber dem Schicksal der Warschauer Juden betrachten werden. Die Zuteilung von Maschinen ohne Munition hinterläßt den Eindruck eines zynischen Spiels mit unserem Schicksal und bestätigt die Annahme, daß das Gift des Antisemitismus trotz der grausamen und tragischen Erfahrungen der letzten drei Jahre weiterhin Polens führende Kreise verseucht.

Wir haben es nicht nötig, irgendwen über unsere Bereitschaft und Fähigkeit zum Kampf zu überzeugen. Seit dem 18. Januar haben sich die Warschauer Juden im ständigen Kampf gegen die Deutschen und ihre Helfer befunden. Diejenigen, die das verneinen oder bezweifeln, sind nichts als böswillige Antisemiten.

Doch von den Verantwortlichen und der Regierungsdelegatur erwarten wir nicht nur ‚Verständnis‘ für unsere Sache, sondern wir erwarten, daß sie die Ermordung von Millionen Juden, die polnische Bürger sind, als das Hauptproblem der Gegenwart behandeln. ...

Sehr geehrte Herren, ich bitte Sie, unverzüglich die notwendigen Schritte mit den Militärbehörden und der Regierungsdelegatur einzuleiten. ...verlangen Sie kategorisch die sofortige Lieferung von mindestens 100 Granaten, 50 Pistolen, 10 Gewehren und einigen tausend Schuß Munition aller Kaliber. Ich bin in der Lage, innerhalb der nächsten beiden Tage Pläne unserer Positionen einschließlich Lagezeichnungen vorzulegen, so daß es keine Zweifel über den Bedarf an zu liefernden Waffen geben sollte.“<sup>116</sup>

Über die nach Anielewiczs Brief von der AK-Führung gelieferten Waffen liegen nur Berichte aus deren offizieller Geschichtsschreibung vor: Diese verzeichnet: „Erste Sendung: 70 Pistolen mit je zwei Magazinen und Munition; 500 defensive Handgranaten; 15 kg plastischer Sprengstoff mit Zündern; Herstellungsmaterial für Molotowcocktails. Zweite Sendung: ein leichtes Maschinengewehr, eine Maschinepistole, 20 Pistolen mit Magazinen und Munition, 100 offensive Granaten und verschiedene Sabotagematerialien wie Zeitbomben und Zeitzünder.“<sup>117</sup> Ainsztein hält diese Angabe für pathetisch, eine andere Quelle darüber liegt nicht vor. Unter den gelieferten Waffen befand sich kein einziges Gewehr, die AK begründete ihre

116 Archiwum ŻIH, hier zitiert nach Ainsztein, *Revolte*, S. 90.

117 *Polskie Sily Zbrojne*, Bd. 3, S. 326f.

überaus karge Lieferung mit zu geringen eigenen Beständen.<sup>118</sup> Doch den tatsächlichen Grund sprach Bienkowski auf einer Sitzung des Hilfsrates im August 1943 aus: „Die Absage, den Juden Waffen zu liefern, sollte die massenhafte Verteilung von Waffen eindämmen, die in die Hände wilder Banden kommunistischen Charakters gelangen konnten.“<sup>119</sup> Dies hatte auch der Archivar des Ghettos Emanuel Ringelblum in seinen Aufzeichnungen vermerkt, obgleich ihm Bienkowski Informationsquellen nicht zur Verfügung standen.

## 6. Der Aufstand

### a) Die Kampfgruppen und ihre Pläne

Der erste Verlagerungsbefehl Himmlers datierte vom 11. Januar 1943, er sollte ab 18. Januar umgesetzt werden, doch der Widerstand hatte die gewaltsame Räumung des Ghettos verhindert. Nach den Erfahrungen der Januarkämpfe wußte der SS- und Polizeiführer von Warschau, daß eine Räumung auf den entschiedenen Widerstand der Juden stoßen würde. Deshalb beorderte der Höhere SS- und Polizeiführer im GG, Krüger, zur Unterstützung einen Fachmann für Partisanenbekämpfung nach Warschau, den SS-Brigadeführer Jürgen Stroop. Die gesamte deutsche Garnison in Warschau wurde alarmiert, um für den Fall einer möglichen allgemeinen Erhebung in der Stadt gewappnet zu sein. Die wichtigsten Firmen im Ghetto waren Schultz und Toebbens. Schultz sollte in das SS-Arbeitslager Trawniki verlagern, Toebbens in das SS-Arbeitslager Poniatowa. Doch zwischen Februar und Mitte April gelang es beiden Firmen nur in sehr geringem Umfang, sog. Freiwilligentransporte zusammenzustellen. Am 19. April 1943 sollte die Verlagerung der Rüstungsbetriebe aus dem Ghetto beginnen und binnen drei Tagen abgeschlossen sein.

Die jüdischen Kampforganisationen erfuhren am 18. April von der bevorstehenden Aktion und bereiteten sich auf den Kampf vor. Die ŻOB zählte im April 22 Kampfgruppen mit insgesamt fünf- bis sechshundert Kämpfern, Männern und Frauen. Das waren vier bundistische Einheiten, fünf kommunistische und 13 zionistische. Der Stab mit Kommandant Mordechaj Anielewicz (Hashomer), Marek Edelman (Bund), Icchak Cukierman (Dror), Joachanan Morgensztern (Poale Zion -Rechte), Hersz Belinski (Poale Zion-Linke) und Michał Rojzenfeld (PPR) hatte sich in der Miłastraße 29 einquartiert und wechselte dann in die Miła 18.

Im Zentralghetto kommandierte Israel Kanał (Akiba) neun Kampfgruppen der ŻOB und zwar die von Zachariasz Ainsztajn (Dror), Braude Berl (Dror), Bryskin Aron (PPR), Józef Farber (Hashomer), Mordechaj Growas (Hashomer), Leib Gruzalc (Bund) Dawid Hochberg (Bund), Lutek Rotblat (Akiba) und Henryk Zylberberg (PPR). Sie waren in den Straßen Nalewki, Geśia, Zamenhof und Miła

<sup>118</sup> Das im Vergleich zur AK winzige KB lieferte dem ŻZW unmittelbar vor dem Aufstand 1943 durch Hauptmann Iwański zwei schwere Maschinengewehre, 30 Gewehre und 60 Pistolen, die noch kleinere PLAN schaffte einige Pistolen und Gewehre sowie Munition und 60 Granaten ins Ghetto.

<sup>119</sup> Biuletyn Rady Pomocy Żydom, Sierpień 1943 r., zit nach Ainsztein, Revolte, S. 91.

konzentriert.

Die sieben Kampfgruppen des ŻOB im Fabrikghetto kommandierte Isaak Blausztajn von der Dror, es handelte sich um die Kampfgruppen unter Leitung von Jakub Fajgenblat (Gordonia), Henryk Kawe (PPR), Marek Majerowicz (Poale Zion-Linke), Dawid Nowodworksi (Hashomer), Welw Rozowski (Bund), Benjamin Wald (Dror) und Szlomo Winogron (Hashomer). Sie waren in Häusern der Straßen Leszno (Nr. 74, 76, 36), Nowolipie (Nr. 31, 67, 40, 56) und Smocza stationiert.

Fünf Kampfgruppen des ŻOB im Bürstenghetto standen unter dem Kommando von Marek Edelman, es handelte sich um die von Jurek Grynspan (PPR), Jakub Preszkier (Hanoar Hazioni), Hersz Berlinski (Poale Zion-Linke), Henoah Gutman (Dror) und Jurek Błones (Bund). Sie waren in Häusern der Świątojska (30, 38, 34) sowie der Wałowa (6) untergebracht.

Jeder Kämpfer besaß vier bis fünf Granaten und ebenso viele Molotowcocktails, aber nicht immer einen Revolver oder eine Pistole mit zehn bis 15 Schuß Munition, zwei oder drei Kämpfer je Gruppe hatten ein Gewehr; doch verfügte die ŻOB nur über eine einzige Maschinenpistole und ein leichtes Maschinengewehr.

Die 400 Mitglieder des ŻZW waren in vier Kompanien sowie Spezialeinheiten gegliedert. Sein Stab saß im massiven Gebäude der Muranowskastraße 7/9, die erste Kompanie mit vier Zügen unter Rodal gleich nebenan am Muranowskiplatz. Die zweite Kompanie unter Federbusz, ebenfalls mit vier Zügen, hatte ihren Stab in der Smoczastraße im Fabrikghetto. Die von Weisstok befehligte dritte Kompanie befand sich in der Muranowska 42. Der Stab der vierten Kompanie unter Mendelson saß in der Karmelickastraße. Insgesamt konzentrierte der ŻZW seine Kräfte im Zentralghetto. Schwerpunkt der Kämpfe sollte ein Dreieck sein, dessen Basis die Muranowskastraße bildete und dessen Spitze auf die Nalewkistraße zeigte. (Karte 2) Drei weitere Gruppen kämpften im Bürstenghetto.

Der ŻZW hatte bis zum Aufstand vom KB insgesamt über 1.000 Granaten und 300 Pistolen geliefert bekommen, außerdem 13 leichte und 2 schwere Maschinengewehre, 10 Maschinenpistolen sowie 40 Gewehre. Mit Hilfe der PLAN konnte er ein weiteres schweres Maschinengewehr sowie Dutzende Gewehre, Dutzende Pistolen und 60 Granaten kaufen. Außerdem hatte er zwei Maschinengewehre und einige Handgranaten auf dem schwarzen Markt erworben.

Neben den beiden Kampforganisationen gab es eine unbekannt Anzahl bewaffneter Gruppen, die von Arbeitskollegen, Berufsgruppen oder Bunkergemeinschaften gebildet wurden, genannt werden die Gruppe von Moses, dem Bolsche-

120 Bednarczyk und Mendelson geben 500 an. Apfelbaum stützt sich auf Mark, Powstanie, und hält dessen Angabe von 400 für die zuverlässigste, vgl. Apfelbaum, *Dwa sztabary*, S. 170.

121 Vgl. Stefan Krakowski: Stosunek sił w powstaniu w getcie warszawskim, in: Apfelbaum, *Dwa sztabary*, S. 288ff.



wiken, von Krzywonos, des Lehrers Frydenson, eine orthodoxe Gruppe des Ingenieurs Drejczyn. Über die Zahl der Kämpfer jener Gruppen gibt es keine Quellen, die Vermutungen reichen von einigen hundert bis zu 2.000. Diese Gruppen versorgten sich selbständig mit Waffen, die sie entweder bei Polen kauften oder als Eisenbahner aus deutschen Militärzügen stahlen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie nur schwach bewaffnet waren. Als es in der zweiten Phase des Aufstandes nur noch wenige überlebende Kämpfer der beiden Militärorganisationen gab, trugen diese „wildern“ Gruppen vielfach die Hauptlast des Kampfes.

Für den Verlauf der Kämpfe entscheidend wurde ein System unterirdischer Bunker und Tunnel, das die Kampforganisationen und Tausende Ghettobewohner seit der zweiten Hälfte des Jahres 1942 angelegt hatten. Unter dem Vorwand des Baus von Luftschutzbunkern waren geheime Verstecke und Bunker und ein ausgedehntes Labyrinth unterirdischer Wege gebaut worden. Strop gab später an, 631 Bunker erobert und zerstört zu haben.

Nach den Plänen von Anielewicz sollte in der ersten Phase die Überraschung genutzt werden, um gegen die deutschen Kräfte so viele Schläge wie möglich zu führen, dann angesichts der überlegenen Feuerkraft der Deutschen zu einer Partisanentaktik übergegangen werden. Er nahm an, die Deutschen würden lange Zeit im Ghetto kämpfen müssen. Dieser Plan gelang, soweit er von den Kräften der Juden abhing, er scheiterte an der unzureichenden Unterstützung von außen.

In der letzten Märzwoche und Anfang April besprachen Cukierman und der Stabschef der Warschauer AK, Weber, den Schlachtplan ŻOB, insbesondere die Frage, wie die AK den Ghettokämpfern helfen könnte. Cukierman schlug vor, die AK möge überlebende und entkommene Ghettokämpfer in ihre Verbände aufnehmen, das lehnte Chruściel ab, bot statt dessen ihre Flucht nach Wolhynien an, wo sie zu den Partisanengruppen der AK stoßen könnten. Mit Chruściels eigenen Worten war sein Plan zur Hilfe für die Ghettokämpfer:

„Er bestand in der Öffnung der Mauern, um denjenigen ein Entkommen zu ermöglichen, die willens und in der Lage waren, zu fliehen. Zu diesem Zweck mußten wir gegenüber dem Powązki-Friedhof und der Stawki-Straße mehrere Breschen in die Mauer schlagen, um ihnen die Flucht in Richtung der Kampinos-Wälder zu erlauben. Um die Deutschen in die Irre zu führen, sollten sie zuvor an allen Abschnitten der Mauer angegriffen werden. Diejenigen Juden, die sich retten wollten, zu langen Märschen aber nicht in der Lage waren, wollten wir durch die Abwasserkanäle herausbringen.“<sup>122</sup>

Nach den vergeblichen Versuchen der Nazis, das Ghetto durch eine Taktik psychologischer Kriegführung zu evakuieren, umstellte am Abend des 18. April 1943 polnische Polizei das Ghetto; in der Nacht wurde sie durch Ukrainer, Letten,

122 Brief von Antoni Chruściel an Bernard Mark vom 25.1.1958, in: Mark, Powstanie, S. 273.

Litauer und deutsche Gendarmen verstärkt. Am 19. April, morgens um fünf Uhr führte von Sammern seine Truppe in das Zentralghetto. Vorweg die jüdische Polizei, ihr folgten Letten, Litauer und Ukrainer, nach diesen 15 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, sodann motorisierte Infanterie mit schweren Maschinengewehren. Als die Nazis die Kreuzung der Straßen Nalewki/Gęsia passiert hatten, wurden sie von drei Kampfgruppen der ŻOB mit dem einzigen leichten Maschinengewehr und der einzigen Maschinenpistole sowie einigen Gewehren angegriffen. Die Kämpfer eröffneten das Feuer und warfen Granaten und Molotowcocktails. In Panik flohen die Nazis und ließen Tote und Verwundete zurück. Von Sammern schickte zur Verstärkung eine motorisierte Einheit der SS, die versuchte, den Widerstand mit Flammenwerfern zu brechen, doch sie konnte keinen einzigen Kämpfer töten und überließ nach etwa zwei Stunden den Juden das Schlachtfeld. Ähnlich erging es einer anderen Abteilung der SS an der Kreuzung Zamenhof-/Miłastraße. Hier konnten vier Kampfgruppen des ŻOB einen Panzer in Brand setzen, der daraufhin explodierte; ein zweiter fuhr auf eine Mine und brannte aus.

Von Sammern war vom Scheitern seines Planes entnervt und berichtete dem eben angekommenen Strop: „Im Ghetto ist alles verloren, wir sind nicht mehr im Ghetto, wir können nicht ins Ghetto, wir haben Tote und Verwundete.“<sup>123</sup> Strop lehnte den Vorschlag, das Ghetto durch Bomben aus der Luft zerstören zu lassen, ab; er übernahm das Kommando über die Operation und fuhr selbst ins Ghetto, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Obwohl von Sammern formell erst ein paar Tage später von dieser Funktion entbunden wurde, amtierte Strop von diesem Moment an als SS- und Polizeiführer des Distrikts Warschau. Er war entschlossen, alle Mittel des Massenterrors einzusetzen, um den Aufstand in kürzester Frist niederzuschlagen; unter seinem Kommando schlachteten die Faschisten auch sich ergebende Juden zu Tausenden mit bestialischer Grausamkeit ab.

### b) Schlächter und Henker: Stroops Einsatzkräfte

Strop nahm den Angriff auf das Ghetto unmittelbar nach der Übernahme des Kommandos wieder auf. In seinen täglichen Berichten an Himmler und Krüger zählte er auf, welche Kräfte er in das Ghetto führte:

- von der Waffen-SS das SS-Panzer Grenadier Ausbildungs- und Ersatzbataillon 3 in der Stärke von 4 Offizieren und 440 Mann und die SS-Kavallerie Ausbildungs- und Ersatz-Abteilung Warschau (5/389);<sup>124</sup>
- von der Ordnungspolizei das I. und das II. Bataillon des SS-Polizeiregiments 22 (3/94 bzw. 3/134), die technische Nothilfe (1/6);
- polnische Polizei und Feuerlöschpolizei (4/363 bzw. 166);
- 3 Offiziere und 32 Mann der Sicherheitspolizei;

<sup>123</sup> Aussage Stroops bei seinem Prozeß in Warschau, hier zitiert nach Ainsztein, *Revolte*. S. 107f.

<sup>124</sup> Bei den Stärkeangaben werden mit der ersten Ziffer die Offiziere, mit der zweiten die Unteroffiziere und Mannschaften angegeben.

- von der Wehrmacht die leichte Flakalarmbatterie III/8 (2/22), das Pionierkommando der Eisenbahn-Panzerzugabteilung Rembertow (2/42) und das Reserve-Pionierbataillon 14 (1/34);
- sowie ein Bataillon „Trawnikimänner“ (2/335), das waren ukrainische, lettische und litauische Faschisten.

Stroops Stab dazu addiert, waren das insgesamt 36 Offiziere und 2.054 Unteroffiziere und Soldaten bzw. Polizisten. Nicht einbezogen in diese Stärkemeldungen Stroops sind die Mannschaften der 100 mm Haubitzen, der Flammenwerfer und der Flugzeuge, weiterhin das 3. Bataillon des 23. SS-Polizeiregiments, das allein weitere tausend SS-Männer umfaßte.<sup>125</sup>

### c) Die Kämpfe vom 19. bis 22. April 1943

Am Mittag des 19. April 1943 ließ Stroop auf den Krasińskiplatz eine Feldgeschütz-batterie aufbauen und die jüdischen Stellungen beschießen. Unterstützt von Panzern und Schützenpanzerwagen griffen seine Truppen die Stellungen der ŻOB an der Kreuzung an, an der frühmorgens die SS in Panik geflohen war. Stroop forderte nun doch Unterstützung durch die Luftwaffe an, mehrere Heinkel-217-Maschinen bombardierten daraufhin Ziele im Ghetto.

Nachdem sie den Widerstand an der Kreuzung der Straßen Nalewki und Geşia zurückgedrängt hatte, erreichte die SS-Kolonne unter dem Schutz leichter Panzer gegen 16 Uhr den Muranow-Platz und begann mit der Beschießung der Häuser. Mit Ausnahme der zweiten Kompanie hatte der ŻZW hier alle seine Kräfte zusammengezogen. Der Komplex Muranowskastraße/Muranowskiplatz war festungsmäßig ausgebaut worden, die Kellergeschosse zu Bunkern. Vom Keller des Hauses Muranowskastraße 7/9 führte der wichtigste Tunnel auf die andere Straßenseite, zum Haus Muranowskastraße 6 außerhalb des Ghettos. Durch diesen Tunnel erhielten die Kämpfer des ŻZW während des Aufstandes mehrfach Nachschub an Waffen und Munition. Um diesen Komplex waren die Kompanien und weitere Kampfgruppen des ŻZW konzentriert, die den großen Häuserblock verteidigten und den Faschisten mehrtägige erbitterte Gefechte lieferten. Die Stellung der Aufständischen beherrschte den Platz. Mit ihren schweren und leichten Maschinengewehren konnten die Soldaten des ŻZW von allen Häusern des Komplexes den Platz und die auf ihn zulaufenden Straßen, vor allem die Nalewkistraße, mit Maschinengewehrfeuer bestreichen und die angreifenden Faschisten abwehren. Sie beschossen Stroops Einsatzkräfte von mehreren Seiten gleichzeitig und von wechselnden Stellungen aus; vor allem ein hoch in einer Mansarde gelegenes schweres Maschinengewehr hielt die Faschisten in Schach. Stroop zog daraufhin stärkere Kräfte zusammen, konnte aber den Widerstand an diesem Tage nicht brechen, er verlor einen Panzer und mehrere SS-Männer, die Opfer an

<sup>125</sup> Nürnberger Dokument PS 1061, neuaufgelegt: Jürgen Stroop: Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr. Fotomechanischer Nachdruck, Neuwied-Berlin-Darmstadt 1960.

lettischen, litauischen und ukrainischen Faschisten spielte Stroop in seinen Tagesberichten herunter.<sup>126</sup>

Nachdem sie alle selbstgebauten Bomben, Granaten und Molotowcocktails verbraucht hatten, zogen sich die Kämpfer der ŻOB-Gruppen nach sechs Stunden in angrenzende Straßen zurück. Die nun siegreichen SS-Männer stürmten das Krankenhaus in der Geşia-Straße, warfen Kranke und Schwestern in die Flammen, zerschlugen die Köpfe von Neugeborenen an den Wänden und schlitzen Müttern die Bäuche auf. Gegen 20 Uhr, vor Einbruch der Dunkelheit zog sich die gesamte Streitmacht der Nazis aus dem Ghetto zurück, das sollte in den folgenden Tagen so bleiben. Sie hatten an diesem Tag 380 Juden gefangen, aber keinen einzigen Kämpfer.

Die Schlacht um den Muranowkomplex ging an den folgenden Tagen weiter. Der härteste Widerstand ging vom Haus Muranowskastraße 7/9 aus. Dies war ein hohes und stabiles Gebäude aus Stahlbeton. Auf ihm hatten die Kämpfer des ŻZW zwei Flaggen gehißt, eine weiß-rote polnische und eine blau-weiße jüdische. Sie waren weithin sichtbar, auch außerhalb des Ghettos. Es ging Stroop daher nicht nur darum, den stärksten militärischen Stützpunkt der Aufständischen auszuschalten, sondern dringlicher noch darum, das Gebäude zu stürmen, um die Flaggen herunterzuholen. Doch das gelang ihm weder am ersten noch am nächsten Tag. Der Gebäudekomplex in der Muranowskastraße wurde erneut angegriffen, doch die SS und ihre baltischen Helfer wurden von Maschinengewehrsalven empfangen, sie zogen sich nach Verlusten zurück.

Da der inzwischen ungeduldig gewordene Himmler persönlich Stroop befohlen hatte, die Fahnen sofort und um jeden Preis herunterzuholen, schickte dieser fünf selbstfahrende Luftabwehrgeschütze, die zunächst die Maschinengewehrstellungen und dann die Häuser systematisch beschossen. Danach stürmten etwa 300 SS-Männer das Haus und wurden in erbitterte Nahkämpfe verwickelt, sie konnten schließlich 80 Kämpfer gefangennehmen. Noch vor Einbruch der Nacht waren die meisten Verteidiger des Muranowkomplexes verwundet, zudem ohne Munition. Sie konnten mit Hilfe des KB durch den Tunnel aus dem Ghetto und mit Hilfe Iwańskis in die Wälder 25 Kilometer südöstlich von Warschau gebracht werden. Doch dort führte ein polnischer Polizist deutsche Gendarmen und polnische Polizisten zu ihrem Versteck, nur zwei Kämpfern gelang es, sich zu einer kleinen Partisaneneinheit der Polnischen Sozialisten bei Grójec durchzuschlagen. Die Berichte über die Dauer der Gefechte am Muranowkomplex differieren zwischen einem und vier Tagen. Die wahrscheinlichste Angabe ist, nach dem Vergleich aller Berichte von Kämpfern mit denen Stroops, drei Tage.<sup>127</sup>

126 Die überlebenden lettischen und litauischen Faschisten erhielten wie alle ausländischen SS-Angehörigen von der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger jenes deutschen Staates, der Stroops Verbrechen befahl, eine Rente.

127 Siehe dazu Apfelbaum, *Dwa sztabary*, S. 193ff.

Auf Befehl Chruściels hatte die Leitung des Warschauer Diversionskommandos (Kedyw) einen Plan zur Unterstützung des kämpfenden Ghettos erarbeitet. Hauptmann Józef Pszenny führte drei Kampfgruppen mit insgesamt 25 Mann, die eine Bresche in die Ghettomauer sprengen sollten. Sie trafen um 16 Uhr in der Bonifraterskastraße auf Ansammlungen von Schaulustigen, die, solange es hell war, an den Mauern aushielten. Unter diesem Schutz bereiteten sie ihre Minen vor. Doch unerwartet wurden sie in ein Gefecht mit polnischen Polizisten und Deutschen verwickelt, zwei Männer fielen. Die einzige Aktion der AK, um die Mauer zu sprengen, mißglückte. Doch selbst wenn sie geglückt wäre, hätten angesichts der Haltung der polnischen Menge kaum Ghettojuden die Bresche zur Flucht nutzen können.

In den folgenden Tagen erstreckten sich die Kämpfe auf alle drei Teile des Ghettos. Strop ließ erneut Geschütze auf dem Krasińskiplatz und der Bonifraterskastraße auffahren, die das Zentralghetto beschossen. Während der Kämpfe in der Muranowska gerieten die Nazis in einen Hinterhalt der ŻOB-Kampfgruppe und erlitten Verluste. Die besondere Erbitterung Stroops löste hier eine von den Juden gehißte rote Fahne aus. Strop rief Flammenwerfer der Wehrmacht zu Hilfe, die Haus für Haus in Brand setzten.

Das Bürstenmacherghetto verteidigten fünf Kampfgruppen der ŻOB und drei der ŻZW unter dem Kommando von Marek Edelman. Jede Kampfgruppe bestand aus 15 bis 17 Kämpfern einschließlich Frauen. Jeder hatte eine Pistole oder ein bis zwei Granaten oder eine Bombe; Gewehre aber gab es nur wenige. Die Munition war äußerst knapp. Als 300 Faschisten auf der Wałowastraße ins Bürstenmacherghetto einmarschierten, konnten die Juden eine auf der noch jenseits der Ghettomauer vergrabene Bombe mit mehreren hundert Kilogramm Metallschrott zünden. Der Fabrikschutz öffnete das Tor und die ersten Reihen der Nazis betraten das Ghetto, in diesem Moment wurde die Bombe gezündet. Der Tagesbericht der ŻOB gibt die Zahl der getöteten Deutschen mit 22 an. Die übrigen flohen, ihre Toten und Verwundeten zurücklassend. Als sie zwei Stunden später erneut anrückten, wurden sie von Granaten und Molotowcocktails empfangen. Strop befahl, das Bürstenmacherghetto unbedingt zu erobern, so wurde ein dritter Angriff, diesmal aus verschiedenen Richtungen gleichzeitig unternommen. Die Ghettokämpfer konnten ihre Pistolen nur selten nutzen, die Reichweite war zu gering. Obwohl sie nur wenige Gewehre hatten, waren die Verluste der Nazis so hoch, daß diese drei Offiziere mit weißen Kokarden am Revers schickten, um die Juden um eine 15-minütige Feuerpause zu bitten, während der sie ihre Toten und Verwundeten bergen wollten. Im Gegenzug boten sie den Juden einen friedlichen Abzug ins Arbeitslager an. Die Ghettokämpfer antworteten mit Granaten und Brandflaschen. Strop brach den Angriff auf das Bürstenmacherghetto ab und rief Artillerie und Luftwaffe zu Hilfe. Die 100 mm Haubitzen und die Luftabwehrgeschütze begannen um 18 Uhr mit der systematischen Zerstörung der Häuser. Als Strop mit Beginn der Dunkelheit seine Mannschaften zurückzog, war das Bürstenmacherghetto noch immer in jüdischer Hand.

Im Zentralghetto und im Bürstenmacherghetto hatten die Nazis die Initiative ergriffen. Im Fabrikghetto setzten Toebbens und Schultz ihre Bemühungen fort, die Arbeiter zur freiwilligen „Umsiedlung“ zu bewegen. Die Masse der Arbeiter hatte sich in Bunkern versteckt, mehrere „wilde“ Gruppen hatten sich den Kämpfern der ŻOB und des ŻZW angeschlossen und eilten am 20. April dem Bürstenmacherghetto zu Hilfe. Dorthin war auch eine Nazikolonnie mit einem Panzer unterwegs, die mehrfach angegriffen und im Niemandsland zwischen Fabrikghetto und Zentralghetto zum Kampf gezwungen wurde.

Am 20. April überfielen Kämpfer der Volksgarde unter Führung von Franciszek Bartoszek und Niuta Tejtelbaum auf dem Krasińskiplatz einen SS-Posten mit schwerem Maschinengewehr, der von polnischer Polizei geschützt wurde. Sie nutzten die gaffende und nach den Schüssen fliehende Menge, um ohne Verluste zu entkommen. Eine zweite Aktion der Volksgarde am 20. April kommandierte Jerzy Lerner. Seine Gruppe wollte einen SS-Posten mit polnischer Bewachung an der Ecke Okopowa-/Geśiastraße ausschalten, um einigen Juden die Flucht über die an die westliche Ghettomauer angrenzenden Friedhöfe zu ermöglichen. Ihre Granaten explodierten nicht, doch konnten sie entkommen.

Am 21. April gingen die Kämpfe in allen drei Teilghettos weiter. Im bombardierten Bürstenmacherghetto erwartete Stroop keine Gegenwehr mehr, traf aber hier auf den Widerstand von sieben Kampfgruppen. Die Nazis zogen sich zurück, kamen aber bald mit Artillerie und Flammenwerfern wieder und brachten Bomben zum Einsatz. Abends war das Bürstenmacherghetto in ein Flammenmeer verwandelt. Die Kampfgruppen der ŻOB konnten entweichen und ins Zentralghetto wechseln.

Im Zentralghetto gingen die Kämpfe am 21. April in den Straßen Zamenhof, Franciszkańska, Niska, Szczęśliwa, Pokorna und Wołyńska weiter. Auch hier rief Stroop Wehrmachtzioniere zu Hilfe, die die Gebäude mit Dynamit und Flammenwerfern in Brand setzten.

Die Hauptstoßrichtung Stroops am 21. aber war das Fabrikghetto. Der Unternehmer Schultz sprach im Hof zu den Arbeitern. Als sie sich seinen Anordnungen verweigerten, marschierte die SS ein. Doch die Kampfgruppen empfangen sie mit Granaten und Brandflaschen. Die SS-Männer begannen, die Bunker zu sprengen, mußten sich aber aufgrund des Widerstandes aus dem Fabrikghetto zurückziehen, nachdem die Kämpfer das Lagerhaus in Brand gesetzt hatten. Die Kämpfe im Fabrikghetto griffen auf die umliegenden Straßen über. Solange sie Munition, Granaten und Brandflaschen hatten, kämpften dort Gruppen der ŻOB und des ŻZW, erlitten aber schwere Verluste.

Trotz der überwältigenden Feuerkraft der Faschisten konnte Stroop die jüdischen Kämpfer nicht ausschalten. Mußten sie sich zurückziehen, so wechselten sie gestützt auf das Bunkersystem - die Stellungen. Stroop rief die Wehrmachtartillerie und die Luftwaffe zu Hilfe. Mit 100 mm-Haubitzen wurden die Häuser systema-



tisch zerstört. Gegen den langwierigen und erbitterten Widerstand der Ghetto-kämpfer setzte Stroop schließlich Flammenwerfer als wirksamste Waffe ein und ließ systematisch die Wohnblocks und Straßenzüge in Brand setzen, so daß das Ghetto schließlich ein einziges Flammenmeer wurde. Dank dieser Feuersbrünste gelang es bis zum Abend des 22. April, 6.400 Juden "zur Verlagerung" zu erfassen. Die Juden kämpften mit Todesverachtung. Als angesichts des Feuers viele in der Kanalisation Schutz suchten, warfen die Wehrmachtexperten Gasgranaten in die Kanäle und verminten die Einstiegslöcher.

Der Befehlshaber der Warschauer AK hatte versprochen, die Faschisten an allen Abschnitten der Ghettomauer anzugreifen, doch es kam nur zu zwei, zudem viel zu schwachen und mißglückten Versuchen, die keinen Einfluß auf die Kämpfe im Ghetto hatten. Auch drei Aktionen der Volksgarde konnten keine Bresche in die Ghettomauer sprengen. Die Ghettokämpfer blieben isoliert, national wie international. Einzig das KB unter Henryk Iwański lieferte dem ŻZW auch während der Kämpfe durch die Kanäle dreimal einen Nachschub an Waffen und Munition. Am 22. April unternahm kleinere linke polnische Kampforganisationen Versuche, den kämpfenden Juden zu helfen. Eine Einheit der Volksgarde sprengte die Gleise nach Treblinka, eine andere setzte einen Militärzug in Brand. Eine dritte sollte die Ghettomauer sprengen, wurde aber von den Nazis ergriffen und auf der Stelle erschossen.

#### **d) Die Kämpfe vom 23. April bis zum 16. Mai 1943**

Allein gelassen von den Alliierten und von wenigen Ausnahmen abgesehen auch von den eigenen Landsleuten, ging der Aufstand am 22./23. April in eine zweite Phase, die mehrere Wochen dauerte. Anielewicz nannte sie den Übergang zur Partisanentaktik, von nun an wurden nächtliche Spähtrupps eingesetzt. Die Kampfgruppen der ŻOB und des ŻZW waren zu koordinierten Aktionen nicht mehr in der Lage, aber neben den „wilden“ Gruppen der Juden, die ihre Bunker verteidigten, kämpften sie überall weiter. Nirgends konnte Stroop den erbitterten Widerstand ohne Einsatz von Pionieren, Flammenwerfern und Artillerie brechen. „Jede Operation nahm bis zu vier Stunden in Anspruch. Es ging darum, jedes Widerstandsnest und jeden Schlupfwinkel mit Waffengewalt zu erstürmen, weil kein Jude seinen Bunker freiwillig verließ“, schrieb er im Tagesbericht vom Ostermontag, dem 26. April 1943.

Am 27. April fand noch einmal ein erbittertes Gefecht um den Muranowkomplex statt. Das Feuer hatte den stabilen Stahlbetonkomplex Muranowska 7/9 zwar ausbrennen, aber nicht zerstören können. Am 26. April bezogen die Kräfte des ŻZW hier erneut Stellungen. Der verwundete Kommandant Apfelbaum bat Hauptmann Iwański vom KB dringend um Waffenhilfe. Durch den Tunnel unter der Muranowskastraße kam Iwański mit seinem Stellvertreter Władysław Zajdler und 18 Freiwilligen des ŻZW persönlich zu Hilfe, sie brachten Waffen und Munition und kämpften im größten Gefecht des Ghettoaufstandes mit, das von 10 Uhr



morgens bis 17 Uhr nachmittags dauerte. Stroop ließ den Komplex von mehreren hundert lettischen Faschisten mit automatischen Waffen angreifen, trotz der Unterstützung durch zwei Panzer wurden sie niedergekämpft, beide Panzer wurden durch Granaten zerstört. Nach einem zeitweiligen Rückzug setzte Stroop stärkere Kräfte sowie ein Flugzeug ein, das die Stellungen der Aufständischen bombardierte. Dieses Gefecht war für den ŻZW äußerst verlustreich, er verlor fast alle seine Offiziere, der Kommandant Apfelbaum wurde schwer verwundet, weigerte sich aber, sich aus dem Ghetto heraustragen zu lassen. Er starb am nächsten Tag, seine Funktion übernahm Paweł Frenkel. Von den 20 freiwilligen Helfern des KB fielen zehn, darunter ein Sohn und ein Bruder Iwańskis. Iwański selbst wurde schwer verwundet.<sup>128</sup> Als ihnen die Munition ausgegangen war, zogen sich die überlebenden Mitglieder des KB durch den Tunnel aus dem Ghetto zurück und nahmen die verwundeten ŻZW-Kämpfer mit. Aber jene 120 Kämpfer des ŻZW, die durch den Tunnel entkommen waren und sich auf der anderen Seite der Ghettomauer im Haus Muranowskastraße 6 versteckt hatten, wurden von einem polnischen Hausbewohner verraten und am nächsten Morgen von den Nazis erschossen.

Auch im Fabrikghetto gab es am 27. April einen sehr heftigen Kampf. Stroops Stoßtrupp sollten dort die Widerstandsnester beseitigen, damit endlich die Arbeiter dieser Fabriken für den Abtransport nach Treblinka, Trawniki und Poniatowa erfaßt werden könnten. Die Kampfgruppen der ŻOB und des ŻZW erlitten bei diesen Kämpfen schwere Verluste; am 8. Mai gab es im Fabrikghetto kaum noch Mitglieder der Kampforganisationen. Während des Monats April wurden die aus den Bunkern herausgeholt Menschen systematisch erschossen, im Mai wurden die aufgestöberten bzw. die sich ergebenden nicht mehr sofort erschossen, sondern meist zum Umschlagplatz gebracht und von dort nach Majdanek, Treblinka, Trawniki oder Poniatowa.

Nach diesen Kämpfen mußten die überlebenden Kämpfer einsehen, daß die einzige Chance zur Fortsetzung des Kampfes die Flucht aus dem Ghetto zu den Partisanen war. Die überlebenden Führer der ŻOB versammelten sich am 23. April und kamen zu dem Schluß, daß es keine Alternative zum Verlassen des Ghettos gab. Mehrere Gruppen traten die Passage durch die Kanäle an, einige gelangten hinaus. Die erste Gruppe von Kämpfern der ŻOB konnte in der Nacht vom 28. zum 29. April 1943 aus dem Ghetto entfliehen. Doch entflohene Juden wurden häufig von Polen an die Gestapo verraten, oder sie starben im Kampf. Eine Gruppe kehrte sogar ins Ghetto zurück, als sie der Polizeiumzingelung entkommen war. Der Weg zu den Waldgebieten der Partisanen war meist unmöglich. Die Ghettokämpfer waren in der ländlichen Umgebung Warschaus auf sich allein gestellt, ihre Chancen, auf einen Polen zu treffen, der sie verstecken würde, bis die Verfolgungsjagd vorbei war, waren minimal. Den Anstrengungen der polnischen Helfer des KB war es zu

<sup>128</sup> Als AK-Sicherheitsoffizier war Henryk Iwański in Volkspolen mehrere Jahre inhaftiert; 1963 erhielt er den höchsten polnischen Orden *Virtuti Militari*, 1964 von Yad Vashem den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“.

danken, daß eine Gruppe von 140 Kämpfern des ŻZW in die Kampinoswälder nördlich von Warschau entkam und dort eine Partisaneneinheit bildete, die sich der *Polnischen Volksarmee* (PAL) anschloß. Die Ghettokämpfer aber hatten keine Erfahrungen im Partisanenkampf, beim Versuch, den deutschen Absperrung zu durchbrechen, starb ein Drittel von ihnen.

Gewöhnlich fanden die Nazis nicht alle Ausgänge der Bunker. Während die eindringenden Stoßtrupps von den Verteidigern bekämpft wurden, konnten sich die Kämpfer meist durch einen anderen Ausgang zurückziehen. Anders war es, als sie am 8. Mai den Kommandobunker der ŻOB in der Milastraße 18 angriffen. Er war offenkundig von einem Juden verraten worden, denn die Faschisten hatten den Komplex umstellt und alle Ausgänge besetzt. Da sie den Bunker nicht erobern konnten, warfen sie Gasbomben. Die Ghettokämpfer mit Anielewicz an der Spitze lehnten eine Kapitulation ab und beschlossen, sich selbst zu töten. Nur vier, die nicht durch eigene Hand oder durch Gas gestorben waren, entdeckten im letzten Augenblick noch einen nicht besetzten Notausgang und konnten entkommen: Michal Rojzenfeld, Tosia Altmann, Jehuda Węgrower und Menachim Bejgelman lagen dann, vom Gas betäubt, bewußtlos zwischen den Trümmern und wurden in der Nacht von einer Patrouille der Gruppe Edelman gefunden und gerettet. Sie alle kämpften in Polen als Partisanen weiter und kamen dabei um. Mit dem Stab der ŻOB starben im Bunker der Mila 18 über 100 Kämpfer, darunter Edward Fondamiński, Mordechaj Anielewicz, Mira Fuchrer, Arie Wilner, Chaim Ankierman, Leyb Grzalc, Ber Braudo, Szyja Szpancer und Leyb Rotblat.

Nach dem Tode Anielewiczs und des Stabes kämpften die überlebenden ŻOB-Gruppen weiter. Von den ŻOB-Kämpfern waren die von Zachariasz Artsztejn und Henryk Zylberberg und Simon Mellon geführten Kampfgruppen aktiv, ihre Basis befand sich in den Trümmerfeldern der Świętojerska- und Wałowastraße. Weitere Gruppen wurden von Józef Farber von der Hashomer Haziar bzw. Isaac Blausztejn von der Dror geführt. ŻZW-Kämpfer bildeten zwei Gruppen unter Leitung von Khaim Łopata bzw. Jan Pika. Über die Aktionen der Gruppen von Lazar Szerszon, Moses dem Bolschewiken, Simon Kaufman, Józef Kaplan, Szerman, Kreński und Prywes liegen nur fragmentarische Berichte vor.

Marek Edelman, Hersz Berlinski, Israel Kanał und Cywia Lubetkin brachten in den nächsten Wochen verschiedene Gruppen überlebender Kämpfer durch die Kanalisation aus dem Ghetto heraus. Hier eilte vor allem die Volksgarde den Kämpfern zu Hilfe. Mit der Volksgarde, der PAL und dem KB haben drei der kleinen Widerstandsorganisationen in Warschau am meisten für die Rettung der entkommenen Ghettokämpfer getan.<sup>129</sup>

129 Was die Hilfe der größten polnischen Widerstandsorganisation angeht, vermerkt Ainsztain: „Die Aktion der ehemaligen Pfadfinder unter Kern-Jędrychowski und diejenige des Sad-Zuges mit Zuchowicz sind die einzigen Fälle, wo identifizierbare Heimatarmeeverbände gegen die Linie wenn

Paweł Fenkel, nach dem Tode Apfelbaums Kommandeur des ŻZW, hatte sich mit mehreren Kämpfern in der Grzybowskastraße 11 versteckt. Sie sollten mit Hilfe ihrer Verbündeten von der PLAN zu einer jüdischen Partisaneneinheit bei Lublin gebracht werden. Doch sie wurden von einem polnischen Spitzel verraten: Die Gestapo umstellte das Haus; einen ganzen Tag lang verteidigten sich die Kämpfer mit Pistolen und Granaten, Frenkel und sechs Kämpfer starben bei dem Gefecht, drei fielen den Deutschen lebend in die Hände und wurden umgebracht.

Am 16. Mai ließ Stroop zum Abschluß der Aktion demonstrativ die außerhalb des Ghettos stehende Synagoge sprengen. Sein Abschlußbericht datiert vom 24. Mai. Stroop ließ seine Tagesberichte über die Niederschlagung des Aufstandes, versehen mit zahlreichen Fotos, binden. Diese Mappe mit dem Titel „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr“ wurde Himmler und Krüger überreicht. Mit ihr sollten die bestialischen Verbrechen als historische Heldentat gefeiert werden; in Nürnberg und Warschau diente sie dann als Beweismaterial der Anklage und später den Historikern als Quellenmaterial über diese Untaten, auch wenn Stroop vielfach nicht die ganze Wahrheit geschrieben hatte, sondern seine und seiner Unterführer Kampfleistungen überhöhte, die Zahl der jüdischen Kämpfer vervielfachte und die eigenen Opfer verharmloste.<sup>130</sup>

Im Abschlußbericht über die Vernichtungsaktion wird eine Zahl von 56.065 erfaßten Bewohnern genannt. Von diesen sind 7.000 im Ghetto umgebracht worden oder umgekommen, 6.929 wurden nach Treblinka verschleppt. 42.136 Juden aus Warschau kamen in SS-Arbeitslager, v.a. nach Trawniki (6.000) und Poniatowa (14.000). Diese überlebenden jüdischen Arbeiter wurden alle am 4. November 1943 bei der Aktion „Erntefest“ ermordet.

#### **e) Nur Sprengung der Ruinen? Kämpfe nach dem 16. Mai 1943**

Der Kampf im Ghetto war keineswegs mit dem 16. Mai beendet. Da die Feuersbrünste aufgehört hatten, konnten die überlebenden Juden sich besser bewegen. Immer noch leisteten sie Widerstand. Die den Kampf weiterführten, gehörten sowohl der ŻOB als auch dem ŻZW und den sog. wilden Gruppen an. Sie verbargen sich in den Bunkern und intervenierten meist nur, wenn sie dazu gezwungen waren, bzw. in Einzelaktionen. Doch sie konnten ihre Aktionen nicht mehr koordinieren, Gefechte fanden nur noch sporadisch statt. Die Kontakte zum polnischen Untergrund waren meist abgerissen, auch wenn das KB Patrouillen ins Ghetto schickte, um den Kontakt aufrechtzuerhalten.

Stroop hatte seit dem 4. Mai auch nachts Patrouillen ins Ghetto geschickt, die jüdischen Kämpfer machten nun Jagd auf diese. Auch am Tage unternahmen die noch im Ghetto kämpfenden Gruppen Überraschungsangriffe. Allerdings hatten sie

---

nicht gegen die Befehle der Führung handelten; doch es gab eine unbekannte Zahl von einzelnen Mitglieder der Heimatarmee, die ähnliches taten.“ S. 151.

130 Nürnberger Dokument PS 1061.

es viel schwerer als in den ersten zehn Tages des Aufstandes, denn die Trümmerberge boten kaum Schutz. Vor allem aber gab es kaum Wasser und Lebensmittel. Erst am 20. Mai konnten die Faschisten den letzten von jüdischen Überlebenden verteidigten Bunker in der Milastraße einnehmen. "Am 27., 28. und 29. Mai", so meldete der Polizeibericht der polnischen Quislingpolizei, "gab es bei Tag und Nacht schwere Schießereien, besonders in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai und während des Tages, als auf beiden Seiten im Przejazd- und Lesznogebiet schwer gekämpft wurde."<sup>131</sup>

Bis Ende Mai operierten die von Artsztejn, Blausztejn und Farber geführten Gruppen in der Nalewkistraße. Die jüdischen Kämpfer versuchten, aus dem Ghetto auszubrechen, dabei wurden der ŻOB-Kommandeur Zachariasz Artsztejn ermordet und seine Gruppe vernichtet. Am 30. Mai stiegen 30 Kämpfer der Gruppe Zylberberg in die Kanalisation und konnten nach zwölf Tagen tatsächlich gerettet werden, mit Hilfe einer nichtidentifizierten Einheit der AK, die die Ghettokämpfer in die Außenbezirke von Praga brachte. Am 5. Juni fiel Jan Pika, Kommandeur der letzten ŻZW-Gruppe, bei einem Gefecht.

Bis zum Juli 1943 führten bewaffnete Juden einen Partisanenkrieg gegen ihre Henker. Dabei gab es keine großen Gefechte, aber Zusammenstöße zwischen ihren Patrouillen und den Nazispähern, die das Gelände absuchten. Um den letzten Überlebenden des Warschauer Ghettos ein Ende zu setzen, gingen die Okkupanten daran, die Ruinen zu sprengen. Damit wurden die Bunker, Keller und unterirdischen Gänge und vor allem die Zugänge zu den Kanälen systematisch zerstört. Noch im September 1943 setzten die Nazis starke Gendarmerie- und Polizeikräfte im Ghetto ein, um überlebende jüdische Gruppen zu vernichten. Am 23. September konnte sich eine Gruppe ihren Weg aus dem Ghetto freikämpfen.<sup>132</sup>

Zu den während des Aufstandes Umgekommenen gehörten die meisten aktiven Kämpfer,<sup>133</sup> sodann die Opfer der Häusersprengungen und der in Brand gesetzten Straßenzüge. Etwa 90 ŻOB-Kämpfer und 160 Angehörige des ŻZW hatten sich retten können. Von diesen 90 erlebten zwölf den Warschauer Aufstand 1944, die anderen waren inzwischen von polnischen Antisemiten ermordet oder an die Okkupanten verraten worden bzw. im Partisanenkampf gefallen. Diese zwölf Kämpfer reiheten sich im August 1944 in die Volksarmee ein, da die AK Juden nicht aufnahm. Von den ŻZW-Kämpfern überlebten zehn den Krieg.

<sup>131</sup> Ainsztein, Revolte, S. 155.

<sup>132</sup> Vgl. Leon Najberg: Ostatni powstancy getta, Warszawa 1993.

<sup>133</sup> Anna Grupańska hat in mühevoller Arbeit bisher 313 Ghettokämpfer namentlich recherchiert und damit die sog. Londoner Liste von 1943, die 233 Namen gefallener Kämpfer enthielt, erweitern können: Odczytanie listy. Opowieści o powstańcach żydowskich, Warszawa 2003.

## 7. Reaktionen

Hinsichtlich der Reaktionen der polnischen Zeitgenossen auf den Ghettoaufstand 1943 in Warschau sollen drei Ebenen unterschieden werden: das Alltagsverhalten der Warschauer, die Haltungen und Aktionen der Exilregierung, ihrer Delegatur und ihrer Heimatarmee sowie der verschiedenen politischen Parteien und ihrer militärischen Organisationen und schließlich die Berichte der illegalen Presse im besetzten Polen. An dieser Stelle können solche Reaktionen nur benannt, aber nicht analysiert werden. Paweł Szapiro und Marian Drozdowski haben für alle drei Ebenen Dokumente gesammelt und 2002 bzw. 2003 publiziert.<sup>134</sup>

**Erstens:** Das christliche Osterfest und das jüdische Passahfest fielen 1943 zeitlich zusammen. An diesen Tagen waren in Warschau Hunderttausende unterwegs, nicht nur von und zu Gottesdiensten. Während das Ghetto brannte, zerschossen und zerbombt wurde, während ständig Schüsse fielen, sammelten sich jeden Tag große Menschenmassen vor den Mauern des Ghettos, um das Geschehen zu beobachten und zu kommentieren. Unmittelbar vor der Ghettomauer war auf der polnischen Seite des Krasinskiplatzes ein Rummel mit Karussells und anderen Vergnügungen in vollem Betrieb, während die Kugeln über den Platz pffiften. Allerdings waren für die Warschauer Schießereien in der Stadt eine alltägliche Erfahrung.

Die Masse der Gaffer vor den Mauern bedeutete für fliehende Juden kein Glück, sie konnten in diesen Massen nicht untertauchen. Sie war sogar ihr Unglück, denn wenn entkommene Kämpfer aus der Kanalisation heraussteigen wollten, wurden sie sofort von Massen umringt. Entkommene Kämpfer wurden nicht nur von Stroops Henkern, die Gas- und Sprenggranaten in die Kanalisation warfen, und von der polnischen Polizei, sondern auch von einem Heer polnischer Spitzel, Denunzianten und Judenjäger bedroht. Die Flucht von Juden aus dem brennenden und umkämpften Ghetto hatte Tausende „Hyänen“ auf den Plan gerufen, die auf geflohene und versteckte Juden Jagd machten: offizielle oder geheime polnische Polizisten, Angehörige nationalistischer oder faschistischer Organisationen und die kriminellen „szmalcownicy“, die versteckte Juden erpreßten und/oder an die Gestapo verrieten.<sup>135</sup>

<sup>134</sup> Wojna żydowsko-niemiecka. Polska prasa konspiracyjna 1943-1944 o powstaniu w getcie Warszawskim. Wybór o opracowanie Paweł Szapiro, Londyn 2002, S. 11. Vgl. Auch Paweł Szapiro: Powstanie w getcie warszawskim w świadomości Polaków, Warszawa 1991; Drozdowski, Polska walcząca.

<sup>135</sup> Barbara Engelking hat im Aktenbestand „Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Warschau“ des IPN eine Sammlung von 255 Briefen an deutsche Okkupationsbehörden analysiert und herausgefunden, daß schon 1940-41 von den Denunziationen, die polnische Einwohner an die Gestapo adressierten, rund 30 Prozent jüdische Einwohner betrafen, vor allen jene, die sich versteckten, keinen Judenstern trugen oder schmuggelten: „Szانونy Panie Gistapo“: Donosy do władz niemieckich w Warszawie i okolicach w latach 1940-1941, Warszawa 2003, S. 44ff. Während der Liquidation des Ghettos nahm die Denunziation geflohener oder versteckter Juden durch polnische szmalcownicy ein großes Ausmaß an. Wegen der Schwierigkeit,

Dagegen mußten Zehntausende Warschauer, die Juden versteckten oder ihnen halfen, äußerst verschwiegen vorgehen. Emanuel Ringelblum beschrieb in seiner Chronik jene Aufstandstage: „Während ‚die guten Geister‘ die polnische Bevölkerung aufriefen, Juden aufzunehmen und zu verstecken, fielen ‚böse Geister‘, die Erpresser, Polizeispitzel und uniformierten Polizisten, wie die Hyänen über die Ghettoflüchtlinge her. Angesichts des brennenden Ghettos, in dem die Deutschen ihre Gefangenen bei lebendigem Leibe verbrannten, veranstalteten die Kanailles und Schurken eine Hetzjagd auf die Juden.“<sup>136</sup>

**Zweitens:** Auf die militärischen Absprachen der ŻOB mit dem Stab Chruściels, die geringen Waffenlieferungen und die mißglückten Aktionen zur Sprengung der Ghettomauer wurde bereits verwiesen. Die Volksgarde, das Sicherheitskorps und einzelne Einheiten der Warschauer AK leisteten im Maße ihrer Kräfte praktische Hilfe, während die Exilregierung, ihre Delegatur und die Führung der AK trotz Ankündigung von Interventionsaktionen und bewaffneter Hilfe weitgehend untätig blieben.

In einer Radioansprache vom 4. Mai 1943 drückte der Chef der polnischen Exilregierung seine Hochachtung vor dem heldenhaften bewaffneten Widerstand der Ghettokämpfer aus und dankte diesen Landsleuten im Namen der Regierung und im eigenen Namen für diesen edlen Anfang.<sup>137</sup> Er bat, den Gemordeten jede mögliche Hilfe und Verteidigung zu geben. Gleichzeitig „verurteile ich vor der ganzen, sich allzu lange schweigend verhaltenden Menschheit, alle diese Verbrechen.“<sup>138</sup> Doch praktische Hilfe folgte diesem Appell an das Weltgewissen nicht.<sup>139</sup>

---

diesen ihre Schuld nachzuweisen verzichteten die polnischen Untergrundbehörden mit wenigen Ausnahmen darauf, diese Personen zu bestrafen.

136 Emanuel Ringelblum: Polnisch-jüdische Beziehungen, S. 167.

137 Sikorski gebrauchte das Wort „rozruch“, das sowohl Anlauf als auch Aufruhr bedeutet, nicht aber das polnische Wort für Aufstand „powstanie“. Szapiro machte 1992 darauf aufmerksam, daß sowohl das Hauptkommando der AK als auch die Delegatur, sowohl die politischen Führer des Londoner Lagers als auch seine Publizisten und Schriftsteller den Begriff „Aufstand“ für die Kämpfe im Ghetto strikt vermieden. Er sah dafür drei Gründe: Erstens war im Gedächtnis der Polen dieser Begriff mit den großen Aufständen des 19. Jahrhunderts so verbunden, daß er hinsichtlich der Dauer, der beteiligten Kräfte, der räumlichen Ausdehnung, des Ausmaßes der Kampfhandlungen Ereignissen größeren Kalibers vorbehalten blieb. Zweitens war der Begriff dem von der AK-Führung geplanten gesamtnationalen Aufstand vorbehalten. Drittens war das Wort „Aufstand“ für die damaligen Polen ein „sacrum“ und wenn es sich schon auf polnischem Boden ereignen sollte, „dann könnten nur Polen seine Urheber sein.“ (Szapiro, *Wojna żydowsko-niemiecka*, S. 11.) Vgl. auch: Paweł Szapiro: *Powstanie w getcie warszawskim w świadomości Polaków*, Warszawa 1991.

138 Zitiert nach Drożdowski, *Polska walcząca*, S. 44.

139 Aus Solidarität mit seinem sterbenden Volk nahm sich der jüdische Sozialist und Führer des Bunds, das Mitglied des Nationalrates, also des faktischen polnischen Exilparlaments, Szmuel Zygielbojm, am 12. Mai 1943 in London das Leben. Er hatte bereits 1942 die Exilregierung und die Abgeordneten des Exilparlaments der Gleichgültigkeit und des schlechten Willens gegenüber der Ermordung der polnischen Juden angeklagt. In seinem Testament vom 11. Mai 1943, gerichtet an den Exilpräsidenten und den Exilpremier nannte er seinen Freitod einen „Schrei des Protestes gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Welt der Vernichtung der Juden zuschaut und nichts tut, um sie aufzuhalten“.



Der Stabschef des Hauptkommandos der AK, General Tadeusz Pełczyński, sprach in seinem 20 Jahre später veröffentlichten Bericht zwar davon, daß die kämpfenden Juden der polnischen Gesellschaft größere Achtung abgenötigt hätten als die passiven Opfer, doch zur Unterstützung der Ghettokämpfer den Kampf mit den deutschen Okkupanten aufzunehmen, hätte zur Folge gehabt, daß diese Kämpfe die ganze Stadt erfaßt hätten. Das jedoch wäre vorzeitig gewesen und hätte ein noch größeres Massaker seitens der Deutschen bewirkt. Daher habe sich die Hilfe auf lokale Aktionen beschränkt, die vor allem die Ghettomauern öffnen sollten, um den Juden die Flucht zu ermöglichen: „Unsere Aktionen hatten große moralische Bedeutung, sie waren Ausdruck unserer Solidarität mit den Ghettokämpfern.“<sup>140</sup> Wie solidarisch Pełczyński mit den jüdischen Kämpfern wirklich war, bewies sein Verhalten im Warschauer Aufstand 1944.<sup>141</sup>

Näher an den Gründen für die Verweigerung wirkungsvoller Hilfe war die Depesche des neuen Kommandanten der AK, General Tadeusz Komorowski, vom 5. August 1943 an den Stab des Obersten Kommandos in London. Darin räumte er ein, die Hilfe für das kämpfende Ghetto sei nicht allzu groß gewesen, wegen „der bescheidenen eigenen Mittel und der schwierigen Bedingungen“. Weiter heißt es darin:

„2. Eine allzu weit gehende Hilfe von unserer Seite für die Juden kann aus folgenden Gründen nicht statthaben:

- a) Das Land behandelt die Juden als ein fremdes und vielfach Polen feindliches Element, ...
  - b) Bewaffnete Juden treten in größerer Zahl in Räuber- und kommunistischen Banden auf, die eine Landplage sind. Die Juden in solchen Banden zeichnen sich durch besondere Grausamkeit im Verhältnis zur polnischen Bevölkerung aus.
  - c) Die gesellschaftliche Meinung und die Mitglieder der Konspiration würden größere Anstrengungen zugunsten der Juden ungünstig aufnehmen und als Beeinträchtigung des eigenen Besitzstandes sowie als gegen die unmittelbaren Interessen Polens gerichtet, bewerten.
3. Die Juden reklamieren mit allen Mitteln die Größe ihres bewaffneten Widerstandes gegen die Deutschen, der in Wirklichkeit allein im Ghetto Warschau hervortrat, von seiten einiger tausend heldenhaft um ihr Leben kämpfenden Menschen bei völliger Passivität der übrigen Masse des Judentums.“<sup>142</sup>

140 Tadeusz Pełczyński/Adam Ciołkosz. *Opór zbrojny w getcie warszawskim w 1943 roku*. Londyń 1963, S. 8f.

141 Pełczyński plante zu Beginn des Aufstandes, im befreiten Warschau die überlebenden Juden in ein Lager einzusperren. Über die Rolle überlebender polnischer und ausländischer Juden während des Warschauer Aufstandes 1944, die Rolle des polnischen Antisemitismus und das Verhalten der NSZ sowie mancher AK-Einheiten siehe den Epilog bei Ainsztein, *Revolte*, S. 171-194. Auch beim Warschauer Aufstand 1944 wurden jüdische Überlebende von aufständischen Soldaten, vor allem der NSZ, ermordet. Die Publikation dieser Tatsachen in der größten polnischen *Gazeta Wólcza* führte 1993 zu einem Aufschrei nationalkonservativer, nationalistischer und faschistischer Publizisten und Historiker.

142 Zitiert nach Drozdowski, *Polska walcząca*, S. 48.



**Drittens:** Von unmittelbarer und weitreichender Bedeutung waren die Reaktionen der illegalen polnischen Presse. Deren Berichte und Kommentare zum Ghettoaufstand spiegelten die politische Position der die Zeitungen herausgebenden polnischen Parteien wider. Da diese Reaktionen immer auf Öffentlichkeit abzielten, sind sie von jenen der zweiten Ebene zu unterscheiden. Bereits Bernard Mark hat in seinem Buch über den Aufstand nicht wenige derartige Äußerungen zitiert.<sup>143</sup> 1991 veröffentlichte Paweł Szapiro in London eine umfangreiche Sammlung von Artikeln der polnischen Untergrundpresse zum Aufstand im Warschauer Ghetto.<sup>144</sup> Neben den offiziellen Informationsblättern der AK und der Delegation bezog er die Parteizeitungen ein, von der PPR und der RPPS auf der Linken über die WRN-Sozialisten und die Bauernpartei bis zur Endecja und darüber hinaus zum faschistischen Flügel der polnischen Rechten.

Extrem reaktionäre und nationalistische Kräfte wie die von der Gestapo gesteuerte *Miecz i Plug* (MiP), die *Pobudka* als Nachfolge der *Falanga*,<sup>145</sup> die NSZ und das Nationalradikale Lager (ONR) mit seiner Zeitung *Szaniec* schürten in ihren Blättern den Haß gegen die jüdischen Bürger. Die Zeitung *Nurt Młodych* (MiP) schrieb, das Schicksal der Juden sei gerecht, die historische Nemesis strafe selbst ganze Völker.<sup>146</sup> Das Organ der Jugendorganisation der NSZ, *Młodzież Wielkiej Polski* schrieb, daß der Ghettoaufstand nichts mit Polen zu tun habe.

Auch die offiziell dem Regierungslager angehörende Nationalpartei (Endecja) schürte diesen Haß: Am Ostersonntag, dem 25. April 1943, überschüttete ihre Wochenschrift *Walka* die Ghettokämpfer mit stereotypen Beschimpfungen und teilte ihren Lesern mit, daß die Juden ihr Schicksal sehr wohl verdient hätten. Sie warnte die polnische Bevölkerung, den sich verbergenden Juden irgendwelche Hilfe zu leisten und alarmierte ihre Anhänger, daß das jüdische Problem solange nicht erloschen sei, solange noch hier und da Juden lebten. Der *Warszawski Dziennik Narodowy*, ebenfalls eine Zeitung der Endecja, hatte bereits im Oktober 1942 geschrieben, daß die Juden die ewigen Feinde Polens seien, und davor gewarnt, den sich verbergenden Juden irgendwelche Hilfe zu leisten.<sup>147</sup> *Wielka Polska*, die Wochenschrift der NSZ, griff während der Kämpfe nicht nur die Juden selbst, sondern auch die RPPS und deren Militärzeitschrift *Żołnierz Rewolucjonista* an, weil sie sich mit den kämpfenden Juden solidarisch erklärt und aufgerufen hatte, ihnen zu helfen.<sup>148</sup>

143 Mark, *Powstanie*, S. 287ff.

144 Szapiro, *Wojna żydowsko-niemiecka*.

145 Die offen faschistische Falanga war eine Abspaltung des Nationalradikalen Lagers (ONR) und wirkte von 1934 bis 1939. Sie organisierte Boykotte jüdischer Geschäfte und Pogrome, Überfälle auf Lokale und jüdische Wohnungen und initiierte die Ghettobanken an den Universitäten.

146 Nurt Młodych, 20. April 1943: „Wojna“ niemiecko-żydowska, zit. nach Drozdowski, *Polska walcząca*, S. 162f.

147 Nr. 39, 5. Dezember 1943.

148 *Wielka Polska*, 26. April 1943.

Das katholisch-nationalistische *Obóz Polski Walczącej* rief während der Kämpfe zum „Realisieren“ des jüdischen Eigentums auf, denn „die Juden werden von der Erdoberfläche verschwinden“. Diese katholische Organisation sah im Gegensatz zu den Katholiken der FOP in dem Mordgeschehen kein himmelschreiendes Verbrechen, sondern eine positive Erscheinung, wie sein Organ *Państwo Polskie* am 12. Mai 1943 schrieb: „Uns sind diese Angelegenheiten völlig gleichgültig.“<sup>149</sup>

Andere Zeitungen des Regierungslagers vermieden offen antisemitische Erklärungen und äußerten ihr Mitleid, fanden es aber angebracht, polnisch-jüdische Antagonismen zu unterstellen. So unterstrichen die Zeitschriften der Delegatur *Dzień Warszawy*<sup>150</sup> und *Polska Zwycięży* die „tiefen sozialpolitischen Unterschiede“, die eine „Koexistenz mit den Juden unmöglich“ machten.<sup>151</sup> Ähnlich verfuhr die Zeitung des rechten Flügels der Bauernpartei *Przez walkę do zwycięstwa*.<sup>152</sup>

Allein die antifaschistische Linke und demokratische Kräfte der Heimatarmee behandelten den Ghettokampf als Bestandteil des Befreiungskampfes des polnischen Volkes. Die Zeitung der PPR *Trybuna Wolności* schrieb am 15. Mai 1943: „Den Juden, die im Kampf gegen die faschistischen Mörder fielen, gehört die Liebe und Achtung des polnischen Volkes. Es ist Pflicht, jenen, die sich retten konnten, Hilfe zu leisten und den weiteren Kampf zu erleichtern.“ Die Zeitungen der PPR *Trybuna Wolności*, *Gwardzista* und *Głos Warszawy* sowie *Robotnik* und *Żołnierz Rewolucjonista* der RPPS drückten ihre Bewunderung und ihre Solidarität mit den kämpfenden Juden aus und riefen zur Hilfe und zur Ausweitung des Kampfes auf. Die Presse beider Parteien brandmarkte die passive Haltung des Londoner Lagers und die schändlichen Stellungnahmen der polnischen Rechten, daß Hitler das von der Geschichte auserwählte Instrument sei, Polen seines jüdischen Problems zu entledigen. Während die gesamte nationalistische polnische Presse ihre Leser ermahnte, humanitären Gefühlen gegenüber den sterbenden Juden nicht nachzugeben und die polnische Bevölkerung warnte, den sich verborgenden Juden irgendwelche Hilfe zu leisten, geißelten die Zeitungen der Kommunisten und der Sozialisten die Menschenjagd jener „Hyänen“, die versteckte Juden aufspürten und denunzierten.

Die deutschen Okkupanten kalkulierten bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen die Juden den polnischen Antisemitismus ein, sie ermunterten und belohnten polnische Helfer, Erpresser und Denunzianten. Dennoch hat kein anderes Volk im 2. Weltkrieg einen so hohen Blutzoll für die Hilfe an seine jüdischen Mitbürger gezahlt wie das polnische, weil die Bedingungen unvergleichlich schwerer waren.<sup>153</sup>

149 Nr. 13 vom 12. Mai 1943.

150 Nr. 547/548 vom 23. April 1943.

151 Nr. 6 vom 1. Mai 1943.

152 Nr. 10 (79) vom 10. Mai 1943.

153 Vgl. Werner Röhr: Zum Zusammenhang von nazistischer Okkupationspolitik in Polen und dem

## 8. Die „geheime Stadt“

Hatten die deutschen Faschisten geglaubt, mit der völligen Vernichtung des Warschauer Ghettos die Stadt „judenrein“ gemacht zu haben, so war das ein Irrtum. Tausende polnische Juden lebten illegal in der Stadt. Der schwedische Historiker Gunnar Paulsson<sup>154</sup> berechnete, daß insgesamt über 28.000 Juden versteckt wurden bzw. illegal in Warschau lebten. 5.000 von ihnen waren gar nicht erst ins Ghetto gezogen. 13.000 waren nach den Deportationen 1942 aus dem Ghetto geflüchtet. Um diese versteckten Juden zu unterhalten, um ihre Ernährung zu sichern und illegale Quartiere zu besorgen, waren nach Berechnungen des Autors 70.000 bis 90.000 Warschauer einbezogen. Sie mußten die versteckten Juden und sich selber nicht nur vor den Okkupanten, sondern auch vor rund 4.000 „szmalcownicy“ schützen. Zwischen 8.000 und 9.000 der Versteckten bezogen über den Hilfsrat für die Juden eine regelmäßige finanzielle Unterstützung. Rund 11.500 haben den Krieg überlebt. Im Vergleich mit anderen Autoren und den publizierten bzw. zugänglichen Quellen erscheinen Paulssons Zahlen überhöht.

Die Geschichte des Ghettos und des Ghettoaufstandes 1943 fand viele Geschichtsschreiber, die der „secret city“ bisher nur einen. Naturgemäß ist die Quellenlage für diesen Gegenstand außerordentlich schwierig. Paulsson nutzte Tagebücher, Testamente und Memoiren der versteckten Juden sowie die Berichte jener Organisationen, die ihnen halfen. In der Bewertung und Nutzung dieser Quellen folgt er der Maxime von Jan Tomasz Gross: Unter dem Pries der Perspektive der Opfer sind allein die Berichte der Überlebenden als authentisch und daher a priori affirmativ zu behandeln, „until an independent confirmation of its content has been found.“<sup>155</sup> Doch selbst wenn Paulsson alle erforderlichen quellenkritischen Implikationen dieser Maxime erwogen und geprüft hätte, mit ihr allein kommt er nicht aus.

Die Hauptthese des Verfassers lautet, daß die versteckten Juden nicht absolut isoliert lebten, sondern mit ihren polnischen Helfern gemeinsam eine geheime Stadt bildeten, mit eigenen sozialen Strukturen und eigenem Leben, selbst eigener Kultur und Literatur. Zwar schließen manche seiner Quellen eine solche Interpretation nicht aus, doch können sie allein diese Deutung nicht hinreichend begründen. Paulssons Bewertung der Gesamtheit der Versteckten und ihrer Helfer als originäre, strukturierte Gesellschaft erscheint insofern überzogen, als die notwendige Geheimhaltung zu bleibender Isolierung der versteckten Juden zwang, Bedingung ihres Überlebens war, auch wenn die Adressaten der Hilfe entscheidend in das Leben der Helfer einbezogen waren.

---

Völkermord an den polnischen Juden, in: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer, hg. von Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann, Berlin 1992, S. 300ff.

154 Paulsson, Secret City.

155 Tomasz Gross: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001.

Paulssons Buch ist indirekt unter einem spezifischen Aspekt eine Stellungnahme zum Gegenstand dieses Aufsatzes. Er will nämlich eine Lanze dafür brechen, Flucht und Sich-Verstecken der Juden als eine legitime Form ihres Verhaltens zu bewerten, ja als dem Widerstand gleich würdig und wertig anzusehen. Paulsson polemisiert gegen Raul Hilbergs Kritik dieses Verhaltens. Für den vorliegenden Gegenstand ist vor allem seine Neubewertung der zweiten Widerstandsorganisation im Warschauer Ghetto, des ŻZW, relevant. Dieser habe mit seiner Orientierung auf Flucht und Ausbruch aus dem Ghetto und seiner Praxis des Tunnelgrabens unter der Ghettomauer hinweg die allein richtige Strategie verfolgt, die wenigstens eine geringe Überlebenschance bot, denn „otherwise a suicidal uprising made no sense“<sup>150</sup>. Damit aber spricht Paulsson faktisch dem Kampf der Aufständischen den Sinn ab, den die Ghettokämpfer um Anielewicz ihrem Handeln gegeben hatten.

## **9) Ein Wendepunkt jüdischer Geschichte**

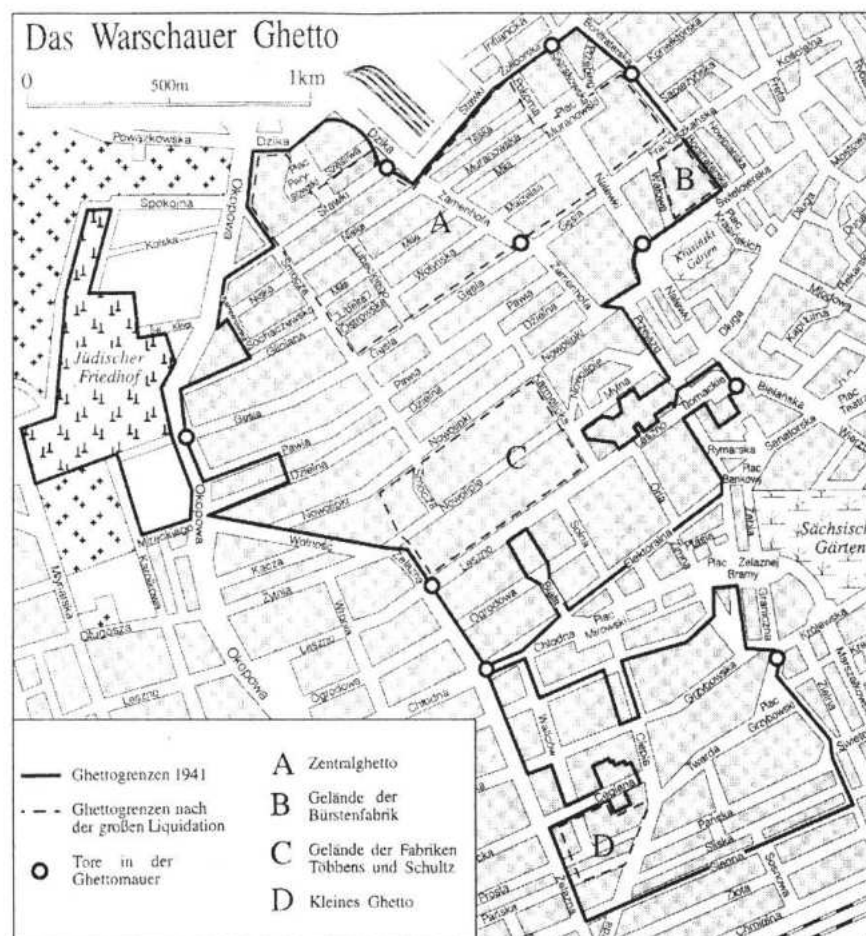
Der Aufstand im Warschauer Ghetto bildete den Höhepunkt des bewaffneten jüdischen Widerstandes gegen den deutschen Faschismus. Mit ihm wurde jene seit Jahrhunderten tradierte Haltung der jüdischen Bevölkerung überwunden, die noch im Sommer 1942 die Mehrheit der jüdischen Führer und der Massen eingenommen hatte, nämlich die fatalistische Fügsamkeit angesichts der Übermacht. Diese passivierende Haltung war Produkt der schlimmen Erfahrungen der jüdischen Gemeinden seit dem Mittelalter, sie war Resultat einer erfahrungsgestützten Strategie des Überlebens angesichts von Pogromen, Kriegen und Vertreibungen. Erst durch die Erfahrung der Deportation nach Treblinka vermochten die kampfbereiten jüdischen Widerstandsorganisationen die Masse der Ghettobevölkerung umzustimmen, so daß Tausende jüdischer Kinder, Frauen und Männer sich erbittert weigerten, sich der Übermacht bestialischer Gewalt zu beugen. Das Warschauer Ghetto ging nach einem beispiellosen heroischen Kampf unter, doch der Gedanke des bewaffneten Kampfes erreichte und überzeugte auch andere in Ghettos und Konzentrationslagern gefangene Juden. Er wurde von den wenigen Juden, die die Wälder erreichten und dort weiterkämpften, nach draußen getragen. Das Warschauer Beispiel inspirierte die Aufständischen im Ghetto Białystok und im Vernichtungslager Sobibór. Die Anfangserfolge der jüdischen Kämpfer bewiesen den Polen die Effektivität bewaffneten Widerstandes, und sie stießen ein für allemal die deutschen Okkupanten vom Sockel angemaßter Allmächtigkeit.

---

Ebenda, S. 11.

**Abkürzungen:**

AK	Armia Krajowa (Heimatarmee, Landarmee) seit 1942, vorher ZWZ)
AS	Akcja Specialna (Spezialaktion)
BIP	Biuro Informacji i Propagandy (Informations- u. Propagandabüro der AK)
CA MSWiA	Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji (Zentralarchiv des Innenministeriums)
DR	Delegatura Rządu RP na kraj (Delegatur der Regierung der Republik Polen für das Land)
FOP	Front Odrodzenia Polski (Front der Wiedergeburt Polens)
GG	Generalgouvernement (bis 1940: für die besetzten polnischen Gebiete)
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IPN	Instytut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens)
KB	Korpus Bezpieczeństwa (Sicherheitskorps)
KdS	Komandeur der Sicherheitspolizei und des SD
KG	Komanda Główna (Hauptkommando)
MiP	Miecz i Pług (Schwert und Pflug)
NSZ	Narodowe Siły Zbrojne (Nationale Streitkräfte)
ONR	Obóz Narodowy-Radykalny (Nationalradikales Lager)
OZN	Obóz Zjednoczenia Narodowego (Lager der Nationalen Einheit)
OW	Oganizacja Wojskowa (Militärorganisation)
PAL	Polska Armia Ludowa (Polnische Volksarmee)
PLAN	Polska Ludowa Akcja Niepodległościowa (Polnische Volksunabhängigkeitsaktion)
PPR	Polska Partia Robotnicza (Polnische Arbeiterpartei)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
RP	Rzeczpospolita Polska (Polnische Republik)
RPPS	Robotnicza Partia Polskich Socjalistów (Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten)
SL	Stronnictwo Ludowe (Volkspartei = Bauernpartei)
SN	Stronnictwo Narodowe (Nationalpartei = Endecja)
SOB	Socjalistyczna Organizacja Bojowa (Sozialistische Kampforganisation)
SSPF	SS- und Polizeiführer
WRN	Wolność-Równość-Niepodległość (Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit)
ZWZ	Związek Walki Zbrojnej (Bund für bewaffneten Kampf)
ŻIH	Żydowski Instytut Historyczny (Jüdisches Historisches Institut)
ŻKK	Żydowska Komisja Koordynacyjna (Jüdische Koordinierungskommission)
ŻKN	Żydowski Komitet Narodowy (Jüdisches Nationalkomitee)
ŻOB	Żydowska Organizacja Bojowa (Jüdische Kampforganisation)
ŻSS	Żydowska Samopomoc Społeczna (Jüdische Gesellschaftliche Selbsthilfe)
ŻTOS	Żydowskie Towarzystwo Opieki Społecznej (Jüdische Gesellschaft für Sozialhilfe)
ŻZW	Żydowski Związek Wojskowy (Jüdischer Militärverband)



Karte 1: Das Ghetto in Warschau 1940/41

Karte 2:  
Das zentrale  
Ghetto am 19.  
April 1943

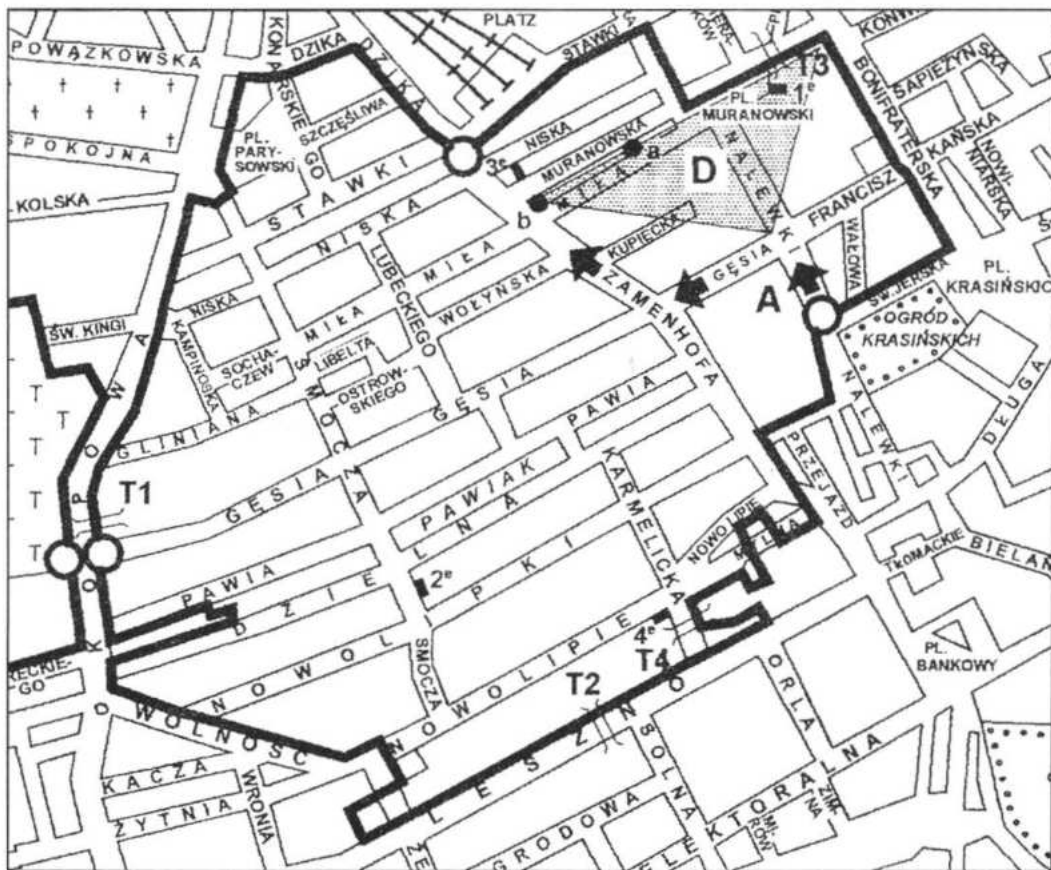
A: Angriff  
Stroops

D: Verteidi-  
gungsdreieck  
von ŻZW und  
ŻOB

a: Stab ŻZW  
b: Stab ŻOB

T 1- T4: Tunnel

1e 4e: Stäbe  
der ŻZW-  
Kompanien





## Der zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR<sup>1</sup>

Mit zwei Vorbemerkungen knüpfe ich an zwei kürzlich erschienen Publikationen an. In einem Aufsatz in dem Periodikum *Rundfunk und Geschichte* werden Walter Heynowski und Gerhard Scheumann als die produktivsten deutschen Dokumentaristen der letzten Jahrzehnte benannt, die sich auch international Geltung zu verschaffen wußten. Der Autor fährt unmittelbar anschließend fort, daß die Arbeiten, und das will hier heißen die Verdienste der beiden, „im vereinten Deutschland kaum noch wahrgenommen werden“<sup>2</sup>. Die andere Vorbemerkung betrifft ein der Arbeit des Filmdokumentaristen nicht unverwandtes Gebiet, das der Museologen. Über eine Monographie, welche die frühen Jahre des (ostberliner) Museums für deutsche Geschichte zum Thema hat, schrieb Fritz Klein, der an diesen Anfängen beteiligt war, in einer Rezension in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*: „Was im Museum konkret gearbeitet wurde, interessiert den Autor nicht.“<sup>3</sup> Wer sich heute zu Fragen der DDR-Geschichte äußert, hat einen nicht zufällig eingetretenen Wahrnehmungsverlust und eine ebenso wenig zufällige Wahrnehmungsverengung in Rechnung zu stellen.

Der Weltkrieg, der 1945 zu Ende ging, blieb in allen Teilen Deutschlands über Jahrzehnte der erstrangige historisch-politische Bezugspunkt, auf den in Wort und Schrift, starren und bewegten, fotografierten, gefilmten und gemalten Bildern immer wieder zugegriffen wurde. Das geschah mit ganz unterschiedlichem Verständnis des Geschehenen und verband sich mit verschiedenen politischen und anderen Absichten und Zielen. So verschieden die Entwicklungen in den Jahren der Zweistaatlichkeit auch verlaufen mochten, überall herrschte das Interesse, den Nachweis zu erbringen, man habe sich von diesem Punkte deutscher Geschichte zunehmend und definitiv entfernt, so daß irgendeine Art von Wiederholung

- 
- 1 Informativischer Beitrag auf der Tagung „Der Zweite Weltkrieg in Fernsehdokumentationen“ veranstaltet vom deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Mainz, 20./21. Juni 2003. Ich danke ausdrücklich den Mitarbeitern des Bundesarchivs, Filmarchivs, Berlin, Fehrbellinerplatz 3, für die kurzfristige und großzügige Unterstützung, die mir die erneute Bekanntheit und Durchsicht der meisten im Text genannten (und weiterer) Filme ermöglichte.
  - 2 Rüdiger Steinmetz: Ein neues Bild von der Auflösung des DDR-Dokumentaristen-„StudiosH&S“ 1982. In: *Rundfunk und Geschichte*. Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Informationen aus dem deutschen Rundfunkarchiv, 28. (2002) 3-4, S. 139.
  - 3 Fritz Klein: Rezension zu Stefan Ebenfeld: *Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955)*. Marburg 2001. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51 (2003), 5, S. 485.

vollkommen ausgeschlossen sei. Zugleich blieben die Jahre 1939 bis 1945 mit ihrer Vorgeschichte, die ja nur im engeren Sinne 1933 begann, eine Herausforderung für alle, die versuchen, Triebkräfte der Geschichte und Motive der Handelnden zu verstehen.

An diesem Prozeß geistiger Auseinandersetzungen waren Wissenschaft, Kunst, Literatur, Publizistik und Politik die Reihenfolge ist keine Rangfolge permanent beteiligt. Wird der Masseneinfluß gemessen, den Darstellungen und Interpretationen gewannen, so stehen Theater, Film und Fernsehen mit ihren Produktionen gewiß an der Spitze und das selbst, wenn man an Bestseller denkt wie etwa an die Memoiren und anderen Publikationen von Feldmarschällen, Generalen und Offizieren der Wehrmacht oder Bestseller wie Kosaliks *Der Arzt von Stalingrad* und Dieter Nolls *Die Abenteuer des Werner Holt*, beide übrigens in der BRD bzw. der DDR verfilmt und Nolls Roman in der DDR gar zum Kanon des Deutschunterrichts gehörend.

Wenige Bemerkungen, Informationen zuvor über die frühesten Anfänge des Dokumentarfilms, die in die Jahre der Vorgeschichte der DDR fallen. Seit, und das begann 1946, in der sowjetisch besetzten Zone Filme wieder gedreht werden konnten, richtete sich die Aufmerksamkeit auch und insbesondere auf die Filmgattung Dokumentarfilm. Sie war bis in die letzten Tage des eben zerschlagenen Naziregimes hochgradig diskreditiert, so daß gefragt wurde, was mit ihr angesichts von verbreiteter Skepsis und Ablehnung überhaupt noch bewirkt werden könne. Nicht weniger bedrängend war die Frage, und sie betrifft unser Thema direkt, was den Deutschen an Wahrheiten über die jüngste, von ihnen mitgestaltete und also auch mitzuverantwortende Geschichte zugemutet werden könne. Darüber wurde in Veranstaltungen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und bei anderer Gelegenheit debattiert und gestritten: Doch konnten für beide Fragen Antworten kaum an Beratungstischen gefunden werden, an denen mit den eben in Aktion tretenden Filmemachern, unter denen Kurt Maetzig<sup>4</sup> bald eine herausragende Stellung gewann, der aus der Schweizer Emigration zurückgekehrte Schauspieler und Theaterregisseur Wolfgang Langhoff, die aus Mexiko gekommene Anna Seghers, der Überlebende des sowjetischen Exils Friedrich Wolf und Stephan Hermlin teilnahmen und sich so scharfsinnige Leute zu Worte meldeten wie der Mediziner Theodor Brugsch. Eine kritische Position bezog die Seghers, die in einer Debatte 1947 erklärte, daß „nach ihrer Meinung die sowjetischen Genossen unnötig befangen sind, die Frage nach der Verantwortung nicht nur der ‚Führungsschicht‘, sondern auch des Volkes für die Aggression scharf zu stellen, das sei für die Selbstreinigung unbedingt notwendig.“ Ähnlich argumen-

---

4 Maetzig war nach den faschistischen Maßstäben „Halbjude“, 1944 zum Widerstand gestoßen und Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands geworden. In der DEFA wurde er Mitglied ihres Vorstandes, künstlerischer Direktor und Chefredakteur der Wochenschau *Augenzeuge*.

tierte Hermlin und kritische Eintragungen Brechts in sein Arbeitsjournal aus dem Jahre 1948 gingen in die gleiche Richtung. Indessen hatte Langhoff, Intendant am Deutschen Theater, schon früh, im September 1946, Scylla und Charybdis bezeichnet: Die kommenden deutschen Dokumentarfilme dürften „weder bußpredigerhaft sein, noch mit dem Zeigefinger des Oberlehrers“ den Deutschen gegenübertreten, die er als Folge ihrer jüngsten Vergangenheit als verstört und verstockt bezeichnete<sup>5</sup>.

In jenen Jahren der Vorgeschichte der DDR sind im ganzen vier Dokumentarfilme entstanden, die sich mit der Geschichte von Faschismus und zweitem Weltkrieg auseinandersetzen. Der eine war ein Auftragswerk der Militäradministration, das den Titel *Berlinskij proces* (Der Berliner Prozeß) erhielt und nur in einer russischen Fassung überliefert ist. Dokumentiert wurde der erste Sachsenhausen-Prozess gegen Personal des Konzentrationslagers. Die drei anderen waren für die Verwendung vor deutschem Publikum bestimmt. Der erste mit dem Titel *Todeslager Sachsenhausen* (Regie: Richard Brandt (Jg. 1887, von 1946 bis 1949 Produktionsleiter der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge*, dann in gleicher Funktion bis 1956 beim DEFA-Spielfilm), für den Karl Schnog, der sich als Häftling fünf Jahre in Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald befunden hatte, den Text lieferte, dokumentierte die Geschichte des Konzentrationslagers und führte bis zur Vernehmung eines gefangenen SS-Aufsehers durch sowjetische Offiziere<sup>6</sup>. Der zweite mit dem Titel *Der Totenwald von Zeithain*, der auf jeden Kommentar verzichtete und nur gegen Ende Musik unterlegte, zeigte die Exhumierung der Leichen von vor allem sowjetischen Kriegsgefangenen, die infolge von Seuchen und Hunger zugrunde gegangen waren. Auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes in Sachsen waren schließlich 35.000 Schädel entdeckt worden. Zu dieser Produktion des Jahres 1946 ist im weiteren Sinne eine Serie von Dokumentaraufnahmen zu rechnen, die im Auftrag der Zentralverwaltung für Volksbildung entstanden und jeweils am Beginn der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge* (Nr. 7-11/1946) zu sehen waren. Sie führten in den Nürnberger Gerichtssaal und mahnten in der Ankündigung *Vergeßt es nie!*, eine Forderung, die jedoch mit der Fortsetzung „schuld sind sie“ den Blick, entgegen der später formulierten Segherschen Position, auf die „Führungsschicht“ lenkte.

Erst 1948 folgte *Mahnung und Verpflichtung*, ein Streifen, dessen Entstehung auf einen Auftrag der Organisation Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zurückging. Er setzte mit Bildern von der Berliner antifaschistischen Kundgebung

---

5 Zitiert bei Günter Jordan: DEFA-Wochenschau und Dokumentarfilm 1946-1949. Neuer deutscher Film in der Nachkriegsgesellschaft zwischen Grundlegung und Wandel von Selbstverständnis, Funktion und Gestalt, Humboldt-Universität, Philosophische Fakultät, Diss. A 1990, S. 80.

6 Eine eingehende Würdigung des Film gibt Günter Jordan: Die frühen Jahre 1946 bis 1949. In: Schwarzweiß und Farbe. DEFA-Dokumentarfilme 1946-1992, hg. vom Filmmuseum Potsdam, Redaktion: Günter Jordan/Ralf Schenk, Berlin 1996, S. 21f.

im September, die in DDR-Zeit Tradition gewann, ein und thematisierte die Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Doch das Fazit jener frühen Bestrebungen floß Kurt Maetzig auf einer Konferenz im September 1948 in das Urteil, daß es anders als in der UdSSR, den USA und in Großbritannien bis dahin nicht gelungen sei, bedeutende Dokumentarfilme zu schaffen<sup>7</sup>. Bis dahin sollten freilich noch viele weitere Jahre vergehen.

Die Filmproduktion in der DDR, das gilt für die Dokumentarfilme nicht anders denn für die Spielfilme und insbesondere für diejenigen, die sich mit der Geschichte befaßten oder sie zum Hintergrund hatten, geschah seit ihren Anfängen in staatlichen Einrichtungen und unterlag staatlicher Kontrolle. An ihre Hervorbringungen wurden ideologische, innen- und außenpolitische, strategische und taktische und weitere Kriterien angelegt, manche nachvollziehbare und andere, die nur Kopfschütteln erregen. Für Dokumentarfilme galt, daß sie das offizielle Geschichtsbild tragen, verbreiten und emotional vertiefen sollten. Das besaß, was den zweiten Weltkrieg anging, einige Fixpunkte, die wissenschaftlicher Kritik standhalten konnten. Erstens gehörte dazu die strikte Ablehnung der Verkürzung der Kriegsursache auf eine Person, die Hitlers, die damals in der Bundesrepublik noch dominierte. Zweitens wurde dieser Krieg in eine Beziehung zum ersten Weltkrieg gesetzt, in gewisser Weise als dessen Fortsetzung begriffen und betont, daß das Deutsche Reich, das kaiserliche wie das faschistische für die Entstehung beider Kriege die hauptsächliche und - was den Weltkrieg 2 anlangt - die alleinige Verantwortung trug. Diese Sicht hat sich in Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nach dem Erscheinen von Fritz Fischers *Griff nach der Weltmacht* durchzusetzen begonnen. Indessen sind im Hinblick auf den Krieg von 1914 bis 1918 gegenwärtig auch Zurücknahmen von gewonnenen Einsichten zu beobachten. Charakteristischer noch ist die Ausblendung größerer Zusammenhänge aus der Betrachtung der Kriege, der Verzicht auf die Beantwortung der Frage nach Kriegsursachen und mitunter selbst nach Kriegszielen. Drittens wurde stets auch nach den Interessen gefragt, die auf die Wege zu den Kriegen und dann in sie hinein führten.

Dieser Herangehensweise begegnet dem Historiker schon im ersten der wirklich bedeutenden Dokumentarfilme aus der DEFA-Produktion, der 1956 in die Kinos kam und mit einem für damalige Möglichkeiten ganz außergewöhnlichem personellen und materiellen Aufwand hergestellt worden war. *Du und mancher Kamerad* (ursprünglicher Arbeitstitel *Krieg oder Frieden*) - weder der schließlich gewählte noch der ursprüngliche waren dem Inhalt des Films adäquat - war eine Arbeit von Annelie und Andrew Thorndike, die über die Grenzen der DDR hinaus bereits durch Dokfilme bekannt geworden waren, deren Gegenstand die Biographien der früheren Wehrmachts- und späteren Bundeswehrgenerale Adolf

<sup>7</sup> Jordan, DEFA-Wochenschau, S. 166.

Heusinger und Hans Speidel gebildet hatten und die, was immer man über die Stichhaltigkeit der Dokumente im einzelnen sagen mochte, doch die berechnete Frage in den Raum stellten, ob die beiden Militärs für einen Traditionsbruch stehen und also eine neue Tradition begründen könnten. Diese Arbeiten mögen dazu beigetragen haben, daß, als *Du und mancher Kamerad* in Oberhausen gezeigt werden sollten, Eingriffe und Verbote bundesrepublikanischer Stellen erfolgten.

Der Film setzte im Kaiserreich mit der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges ein und begann mit einer Spielszene, die Friedrich Engels während seiner letzten Rede vor deutschen Arbeitern zeigte. Die Achse des Films bildete die Frage nach den materiellen Antrieben des Expansionsstrebens, das Deutschland in zwei Weltkriege geführt hatte. Zugespitzt wurde diese Argumentation auf die Geschichte der Familie Krupp, aber nicht auf sie allein. Die abgeleitete Lehre lautete: Erst wenn die aus Eigentums- und Herrschaftsinteressen entspringenden Motive, in der Welt zu rauben, zu erobern und zu herrschen, der Vergangenheit angehören würden, seien friedliche Zustände gesichert. Folglich erschien die DDR als der deutsche Staat, der mit seiner Eigentumspolitik, namentlich der Enteignung der Monopolkapitalisten, aus zwei Kriegen die richtige Lehre gezogen habe. Diese Wiedergabe des Wesentlichen mag das falsche Bild eines vordergründig agitatorischen Films wachrufen. Doch das würde dem Charakter des Films, der an die Zuschauer den Anspruch stellte, sich in auf ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte einzulassen, kaum gerecht.

Eine zweite Achse des Films bildete die Hervorhebung der Arbeitsleistungen der deutschen Proletarier, das passagenweise überhöhte, lobende Bild der deutschen Facharbeiter („die goldenen Hände unseres Volkes“), die mit ihren Fähigkeiten ein ganz anderes Deutschland hätten entstehen lassen können als jenes, das geschichtsmächtig wurde und das diese Arbeiterschaft doch in ihrer Rolle als Produzent von Waffen und Kriegsgerät erst möglich gemacht hatte. Eher nur angedeutet war hingegen die Rolle der Millionen deutscher Männer, Angehöriger aller Klassen und Schichten, als Soldaten in den Weltkriegen. Immerhin: Vor den Bildern der Verwüstungen und des tödlichen Unheils (u.a. der Sterbenden und Toten im Warschauer Ghetto), das die Eroberer verursacht hatten, lautete der Kommentar: „Und so zogen wir (die Deutschen) durch Europa.“ Erinnert wird an die Zwangsarbeiter, die im Reich schufteten mußten. Klar auch die Aussage, ganz Deutschland habe nicht so viel Städte, wie auf dem Territorium der UdSSR zerstört worden seien, die sich gegen das Selbstbild von Deutschen richtete, sie - nicht die „Andern“ - seien am Ende hauptsächlich Opfer des Krieges geworden und gewesen.

Kaum eine Information aber war dem Kommentar des Dokumentarfilms über die Gründe zu entnehmen, warum Millionen Deutsche denen Gefolgschaft geleistet und zugearbeitet hatten, die sie in Krieg, Niederlagen und Massenelend führten. Die

Antwort, daß dieser konflikträchtige Stoff ausgespart werden sollte, liegt nahe, aber greift doch womöglich zu kurz. Hier war wohl auch Hilflosigkeit im Spiele, die wir selbst nach den großen Fortschritten historiographischer Forschung keineswegs ganz hinter uns gelassen haben. Gesprochen wird von den „Ahnungslosen“, dem Unvermögen, den eigenen Feind zu erkennen, von Unwissenheit, vom Verfallen in einen Siegesrausch in den Jahren der militärischen Erfolge. Denkanstöße waren das gewiß. Wiewohl der Film mit dem Blick auf die Armeen schließt, die in den beiden deutschen Staaten inzwischen existierten, entließ der Film die Zuschauer mit einer optimistischen Botschaft. Aus den deutschen Zuständen war deren Begründung nicht geholt und daher wirkte sie aufgesetzt.

Um Vorgaben und Tabus waren die Thorndikes bei aller Unterstützung nicht herumgekommen. Den abgelösten Litwinow konnten sie ins Bild bringen, den Molotow-Ribbentrop-Pakt hingegen nicht. Stalin oder auch nur einer der sowjetischen Generale kamen nicht ins Bild, denn der Streifen wurde im Jahr des 20. Parteitages der KPdSU mit der berühmten Chruschtschow-Rede fertig, als das offizielle sowjetische Geschichtsbild über den zweiten Weltkrieg wieder einmal aufgearbeitet wurde. So ergab sich nebenbei, daß Eisenhower der einzige führende Militär der Alliierten war, der in dem Streifen auftauchte. Auch das Thema 20. Juli 1944 blieb unerwähnt. Wo von Kriegsgegnern die Rede war, fielen die Namen von Bästlein, Saefkow, Husemann, Kapelle, Breitscheid, Schulze-Boysen, Kuckhoff, der Schumachers, von Hanno Günther, den Scholls und von Paul Schneider, und es hieß im Kommentar, ganz gegen die Wirklichkeit „Wie viele Helden“. Der Dokumentarfilm der Thorndikes *Du und mancher Kamerad* war womöglich jener der DDR mit der stärksten Langzeitwirkung, die durch die Verwendung seiner Bilder und Texte im Unterrichtsfilm der DDR-Schule und später in vielen Schulsendungen des Fernsehens erzielt wurde. In dieser Weise wurde von ihm schon 1957 Gebrauch gemacht, als der Unterrichtsfilm *Der zweite Weltkrieg* entstand<sup>8</sup>.

Der zweite Dokumentarfilm, an den hier erinnert werden soll, gehörte zu den frühen Werken von Karl Gass (Jg. 1917), der 1948 aus der britischen in die sowjetische Besatzungszone übergesiedelt war und für diesen Film mit Karl-Eduard von Schnitzler zusammengearbeitet hatte, dem meist gehaßten Fernsehjournalisten der DDR. Die Arbeit entstand 1964 aus Anlaß des 20. Jahrestages des Attentats auf Hitler, eines Ereignisses, das in Ost und in West und vor allem zwischen ihnen heiß, ja hitzig umstritten wurde. Der Streifen hieß *Revolution am Telefon* und schon

---

8 Ohne daß die Autorin das in jedem Falle bemerkt hat oder ausweist, wird diese fortgesetzte Verwendung des Films deutlich, wenn die von ihr zitierten oder beschriebenen Passagen aus Unterrichtsfilmen und für den Geschichtsunterricht bestimmten Fernsehsendungen mit dem Original verglichen werden. Karin Kneile-Klenk: Der Nationalsozialismus in Unterrichtsfilmen und Schulfersendungen der DDR, Weinheim 2001 (=Schriften zur Geschichtsdidaktik, 12, hg. von Uwe Uffelmann, Bernd Mutter u.a.), hier: S. 268.



dieser Titel, der weder dem Ereignis noch seiner filmischen Darstellung gerecht wurde, verriet die pejorative Bewertung. Aus einer Kampfstellung heraus, die sich bald nach dem Ereignis in der Endphase des Krieges gebildet hatte, erfuhr der Anschlag, dem Hitler knapp entging, eine Einschätzung, die sich wesentlich aus den Zielen herleitete, die Karl Goerdeler nach der Stalingrader Schlacht in einer Denkschrift formuliert hatte, also aus Vorstellungen, die jene konservativ und strikt antidemokratisch eingestellten Verschwörer für Nachkriegsdeutschland hegten.

Zudem war nach Kriegsende die Haltung zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 auf DDR-Seite weniger durch das Ereignis selbst als durch den Versuch geprägt, den in der Geschichtsschreibung und publizistik der Bundesrepublik verbreiteten Bild entgegenzutreten, das die oppositionelle Kleingruppe von Militärs in den Rang der einzig relevanten, mit Erfolgsaussicht handelnde Gruppe des deutschen Widerstandes erhob. Wiewohl Graf Stauffenberg und wie der Kommentar sagte „seine Freunde“ im Film als eigene Gruppe charakterisiert (und in die Nähe der Konzeption des Nationalkomitees Freies Deutschland gerückt) wurden, folgte der Autor einer historischen Sicht, welche Tat und Täter, wäre ihr Vorhaben gelungen, nur als - wenn auch ungewollte - Wegbereiter von Kräften erscheinen ließ, die einen einseitigen Frieden nach dem Westen hin abschließen, Volkinteressen nicht zum Zuge kommen lassen und auf die Mitgliedschaft im antisowjetischen Bündnis kapitalistischer Großmächte zusteuern wollten, das Jahre später in der NATO verwirklicht geworden sei. So ergab sich unterm Strich eine Traditionslinie, die von Goerdeler über Himmler, der ja bei Kriegsende auch Kontakte zu den Westmächten gesucht hatte, bis zur Außenpolitik der Bundesrepublik gezogen wurde.

In der Würdigung Stauffenbergs und seiner Genossen aber scheint der Film aus dem Jahre 1964 der DDR-Uhrzeit voraus gewesen zu sein, was sich insbesondere der Zeugenschaft des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer zeigte, eines einstigen Stuttgarter Mitschülers des Grafen. Bauer sprach über Antriebe, die der Oberst aus Schillers *Wilhelm Tell* oder von Stefan George bezogen haben könnte. Die Autoren differenzierten zwischen den Teilnehmern der Verschwörung bis hin zu ihrem Auftreten vor Gericht. Erst zwanzig Jahre später 1984, am 40. Jahrestag der Verschwörung - wurde in Historiographie wie Geschichtspublizistik der DDR und dann definitiv jene Sicht aufgegeben, die den 20. Juli von seinen denkbaren Resultaten und aus der Personenliste deutete, die Goerdeler für die künftige Staatsspitze ins Auge gefaßt hatte. Davon kann man sich anhand der Dokumentarfilme überzeugen, die Hans Bentzien, vordem Kulturminister der DDR und inzwischen einer der Leiter des DDR-Fernsehfunks, für das Fernsehen produzierte und die wesentlich von den Interviews lebten, die er mit Witwen von Teilnehmern der Verschwörung führen konnte.

An *Revolution am Telefon* wirkte der Potsdamer Historiker Kurt Finker mit, der wiederholt ins Bild und zu Worte kam. Er hat sich als Stauffenberg-Biograph und



mit Monographien zur Geschichte des 20. Juli 1944 einen Namen gemacht. (Später wurden im Abspann von Dokumentarfilmen die Historiker Olaf Groehler und Laurenz Demps als Berater genannt.) Zu den Kuriosa des Filmes gehörte, daß in ihm mehrfach zustimmungsfähige Urteile von Autoren verlesen wurden, die vom „Klassengegner“ stammten (so solche von Gerhard Ritter und von Allan Welsh Dulles), und aus Büchern zitiert wurde, die in der DDR nur Spezialisten in Fachbibliotheken zugänglich waren.

Welchen Weg die Dokfilm-Produktion der DDR in den folgenden Jahren zurücklegte, machte der ebenfalls von Karl Gass in Gemeinschaft mit dem kürzlich verstorbenen Klaus Wischniewski geschaffene Film *Das Jahr 1945* deutlich, einer von mehreren Streifen, mit denen sich Gass mit der Geschichte des zweiten Weltkrieges auseinandersetzte. Seit dem Ende des Krieges waren 40 Jahre vergangen. In der Sowjetunion war Michail Gorbatschow Generalsekretär geworden und propagierte sein utopisches Friedensprogramm. Der kalte Krieg war beendet. In seiner denkwürdigen Rede aus Anlaß dieses Jahrestages - sie ist heute, da sich die Bilder von Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung erneut in den Vordergrund der Geschichtsbilder drängen, zu Unrecht nahezu vergessen - sprach Richard von Weizsäcker von Befreiung.

*Das Jahr 1945* setzt ein mit Bildern sowjetischer Soldaten, die an einem Straßenrand einen ihrer Kameraden begraben und gipfelt in den überwältigenden Feiern von Millionen aus Anlaß des Kriegsendes und des Sieges in Moskau, Paris, Washington und London. Er zitiert Bildstreifen, die den Haß gegen Deutschland und die Deutschen verdeutlichen (eine Aufschrift in russischer Sprache „Hier beginnt das verfluchte Deutschland“ und die Verfluchung aller Deutschen durch eine Polin am Rande einer Grube, in welche Leichen gesenkt werden). Er nennt wiederum zitierend - die Deutschen die „Klassiker des Faschismus“, erklärt, daß sie massenhaft aus Anhängern zu Mittätern wurden, die erst spät Opfern geworden seien und macht deutlich, wie ganz anders sie den Mai 1945 erlebten. Er zeigt den im April 1945 vom US-amerikanischen Kommandanten Weimars in antifaschistischer Absicht verordneten Zug von Bürgern der Stadt auf das Gelände des KZ Buchenwald<sup>9</sup>. Er kontrastiert des vielgezeigte Foto einer deutschen Frau, die mit einem sowjetischen Soldaten um ihr Fahrrad kämpft, mit einem Bild, das einen Soldaten der gleichen Armee auf einen ebensolchen Vehikel zeigt, auf dem er zwei Kinder offenbar spazieren fährt. Er verweist auf die sogenannten Rheinwiesenerlager. Er rückt die materielle Hinterlassenschaft des Regimes mit Bildern von der Trümmerwüste Dresdens ins Bild, ohne eine Wort der Anklage gegen die anglo-amerikanische Luftkriegführung<sup>10</sup>.

9 Diese Passagen zitieren den US-amerikanischen Dokumentarfilm *Die Todesmühlen*, der 1946 im März in allen Kinos der Besatzungszone der USA gezeigt wurde und im Rahmen der Politik der Umerziehung der Deutschen von allen erwachsenen Bürgern besucht werden sollte.

10 Solche Darstellung wäre in früheren Jahren kaum durchgegangen, in denen dieser Teil des Krieges

Auch *Das Jahr 1945* mündet in Bildfolgen aus, die vom Neubeginnen in der sowjetisch besetzten Zone zeugen, und erinnert - dies nebenbei - mit einem Standfoto an den damals in der Ära Honecker - schon weithin vergessenen Walter Ulbricht. Wäre auf irgendeine Weise das Datum der Entstehung dieses Dokumentarfilms verloren gegangen, es würde sich doch bestimmt sagen lassen, daß er geschaffen wurde, als die Eiszeit des kalten Krieges vorbei war. Polemisch ist er nur gegen Faschismus und Krieg. Die geschichtliche Erkenntnis, die der Film im Schlußkommentar einzuprägen sucht, lautete: Nicht im Mai 1945 liegt die Katastrophe, sie liegt mindestens zwölf Jahre zurück. Und dann unumwunden: „Das muß in die Köpfe“.

So ließ sich ein anderer, 1987/88 entstandener Film von Karl Gass nicht gestalten. Sein Titel: *Eine deutsche Karriere*, sein Thema: die Biographie des Großadmirals und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz, der in der Bundesrepublik 1981 nahezu neunzigjährig verstorben war. Dönitz' Lebensweg wurde von der Wiege bis zur Bahre verfolgt, vom Eintritt in die kaiserliche Flotte über seinen weiteren Aufstieg in der Reichsmarine der Weimarer Republik bis auf den Posten des Oberkommandierenden der Kriegsmarine im Nazireich ein Weg, der nach zehn Haftjahren in Berlin-Spandau in Westdeutschland mit Auftritten vor Traditionsverbänden und einer politisch-dramatische Folgen zeitigenden Rede des Unbelehrte-Störrischen vor Schülern des Gymnasiums in Geesthacht endete und den ein demonstrativ ehrendes Begräbnis beschloß. Dönitz wird als ein Propagandist des Faschismus vorgeführt und so pars pro toto die Lüge von den unpolitischen Militärführern attackiert. Er wird im Angesicht der unausweichlichen Niederlage als skrupelloser Demagoge entlarvt, der auch noch die Angehörigen der jüngsten Jahrgänge kriegsfähiger Jungen in seine Einmanntorpedos haben will und ihnen mit markig-demagogischen Sprüchen wie „dem Teufel den Bart abschneiden“ und „den Teufel aus der Hölle holen“ suggerierte, was sie als Soldaten des Führers noch erreichen könnten. Mehrfach verweist der Text auf die Kontroverse, die zwischen Dönitz und Speer während der Jahre ihrer Gefangenschaft in Spandau über die Beurteilung der Vergangenheit entstand, wobei der Architekt und Rüstungsminister gleichsam zum Verbündeten der Filmemacher wird und zu gut weggommt.

---

zum Beweis für die Skrupellosigkeit und Barbarei des US-amerikanischen Imperialismus diene. Im Lehrplan für die Schulen von 1951 wurde als ein zu behandelndes Thema angegeben „Die Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung.“ 1970 schon wurde auf den Begriff „Terror“ verzichtet. 1988 dann die Behandlung der „sinnlose(n) Zerstörung Dresdens und anderer deutscher Städte durch anglo-amerikanische Bomber“ verlangt. Siehe Kneile-Klenk, S. 298. Die Autorin weist (S. 288) auch auf den Kommentar zur Zerstörung Dresdens und anderer Städte im Unterrichtsfilm *Der zweite Weltkrieg* von 1957 hin, doch ist die zitierte Stelle nicht dessen Autoren zuzuschreiben, sondern ebenfalls eine Übernahme aus *Du und mancher Kamerad*, sie lautet: „Und über dies todwunde Land fallen amerikanische und englische Bombengeschwader her. Tag für Tag. Nacht für Nacht.“

Auch *Eine deutsche Karriere* nahm die inzwischen alte Frage nach der Haltung der Massen zum Regime wieder auf. Unabweisbar stellte sie sich angesichts der Bilder vom Empfang eines hochdekorierten U-Boot-Kommandanten in seiner Heimatstadt durch eine jubelnde Bevölkerung, die keinen Gedanken auf den Tod der Seeleute wendet, die Opfer dieses Kriegshelden wurden. Dann, als der Krieg auf sie zurückschlug, hätten die Deutschen Angst bekommen. Warum, wird gefragt, bekamen sie Angst nicht zur rechten Zeit? Die Filmemacher nehmen eine Bemerkung von Karl Marx auf, wonach Scham eine Art von Zorn sei, eine Weise, sich in sich selbst zurückzuziehen, um Kraft für einen Sprung zu sammeln.

Drei Jahre vor dem Erscheinen von *Das Jahr 1945*, also 1982, hatte Gass sich mit *Zwei Tage im August - Rekonstruktion eines Verbrechens* einen Namen als filmkünstlerischer Dokumentarist des zweiten Weltkrieges gemacht. Der Streifen war nicht länger als eine knappe Viertelstunde. Seinen Gegenstand bildeten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 8. August 1945 sowie die ihm in den USA vorausgehenden Auseinandersetzungen um das Ja und das Nein zum Einsatz der Atombombe gegen Japan. Einstein, Szillard, Oppenheimer kamen zu Wort Eisenhower wurde zitiert und die Abwürfe schließlich als der militärische Auftakt des kalten Krieges gewertet. Der hochaktuelle Bezug lag zutage. Ein Jahr zuvor und nahezu exakt an den Jahrestagen der Abwürfe hatte Präsident Ronald Reagan entschieden bzw. bekannt gemacht (6. und 9. August 1981), daß die Vereinigten Staaten die Neutronenbombe bauen würden. Mit diesem Hinweis schloß der Film ohne weiteren Kommentar.

Dieser lückenhafte informatorische Bericht über den Dokumentarfilm in der DDR kann nicht gut geschlossen werden, ohne zwei Filme wenigstens zu erwähnen, deren Gegenstand die Ermordung der europäischen Juden war. Darauf wurde in Sequenzen in mehreren Filmen verwiesen. Von *Du und mancher Kamerad* war in diesem Zusammenhang schon die Rede. Wo in *Revolution am Telefon* ein Bild von der barbarischen Gesinnung Hitlers gegeben wird, ist der erste Redebeleg der Ansprache Hitlers am 30. Januar 1939 mit der viel zitierten Ankündigung der Vernichtung der Juden entnommen. Karl Gass schuf 1986 einen Film, der die Frage stellte, was die deutschen „Arier“ denn von der Deportation der Juden wussten und der im Titel die Antwort gab: *Jeder konnte es sehen*.

Gerhard Scheumann (Jg. 1930) und Walter Heynowski (Jg. 1927), die durch ihre Fernsehproduktion *Der lachende Mann* (1966) über den deutschen Legionär „Kongo-Müller“ einen außergewöhnlichen Erfolg und Bekanntheitsgrad erlangt hatten, legten 1988 den Streifen *Die Lüge und der Tod* vor, der zu den bedeutendsten Erzeugnissen des DDR-Dokumentarfilms gezählt werden kann. An ihm wirkte Stephan Hermlin mit, der die Texte schrieb und sprach. Der Film zeigt kommentarlos zwei Streifen, die wenn nicht auf Initiative, so zumindest mit Wissen

und Billigung der Gestapoleitstelle Stuttgart entstanden. Der erste der beiden gehörte in eine Reihe von den Stadtvätern angeregter Filmdokumente, in denen besonders denkwürdige Ereignisse aus den Kriegsjahren festgehalten werden sollten. Zu sehen waren abgrundtief verlogene Bilder von der reichlichen Belieferung eines in einer einstigen „Gastwirtschaft zum Kriegsberg“ eingerichteten Verkaufsstelle, der einzigen, die von den Juden der Stadt aufgesucht werden konnte. Lebensmittel aller Art werden angeliefert und der Kommentator behauptet dreist, die Juden würden nicht anders versorgt als alle anderen Deutschen. Der zweite Filmstreifen, den die Gestapo wohl auf direkte eigene Veranlassung drehen ließ, zeigt die Versammlung und „Abfertigung“ der Juden auf dem Gelände der ehemaligen Reichsgartenschau auf dem Stuttgarter Killesberg, die am 1. Dezember 1941 „auf Transport gingen“, also zu den Mördern geschafft wurden. Auf die Darbietung dieser beiden Dokumente folgt die Kommentierung einzelner ihrer Bilder, sie wieder aufnehmend, zergliedernd, auch vergrößernd. Ohne das darüber ein hinweisendes Wort fällt, werden die am Verbrechen Beteiligten, wenn auch bei weitem nicht vollständig, erkennbar. Der verdienende Betreiber des Geschäfts, von dem nahezu nebenbei berichtet wird, er habe sich nach 1945 einige Monate im Gefängnis befunden, sodann der Inhaber eines Transportunternehmens, der das gefüllte Gepäck der Opfer zum Bahnhof bringt, weiterhin die Bürokraten, die Berichte schreiben, in denen sie „besondere Vorkommnisse“ festhalten, selbstredend die Gestapo. Aufgeworfen wird die Frage nach der Rolle der Jüdischen Kultusgemeinde in dieser Phase der Verfolgung<sup>11</sup>. Der Forderung, mit den Dokumentarfilmen dem Zuschauer weder als Bußprediger noch als Oberlehrer gegenüber zu treten, ist *Die Lüge und der Tod* wohl am stärksten gerecht geworden.

Die Filmdokumentaristen in den Studios der DEFA und des Fernsehens haben mit ihren Werken historisch-politischen Ziele dienen wollen und das einbekannt. Diese Ziele waren unverordnet, wenn auch die Art und Weise, wie sie verfolgt wurden, Spuren von Gängelung, Überwachung und Zensur aufweisen. Die haben in den meisten Fällen die Qualität und Überzeugungskraft der Filme um das mindeste zu sagen nicht gehoben, sie häufig erkennbar einfach auch überladen, doch das Anliegen insgesamt nicht aufheben können. Es richtete sich auf die Verbreitung der Idee eines allgemeinen Friedens, auf die Warnung vor dem Atomkrieg, auf die Vermittlung von Einsichten in geschichtliche Zusammenhänge, die Deutschland und nicht nur Europa von einem Weltkrieg in den anderen geführt hatten, und auf die Begründung und Rechtfertigung des alternativen Weges, der in Ostdeutschland, die gesellschaftlichen, vor allem der Eigentumsverhältnisse umstürzend, beschritten wurde, um Imperialismus, Faschismus und Krieg in die Vergangenheit zu verbannen.

---

<sup>11</sup> Auch diese beiden Dokumentarfilme stehen für die Haltlosigkeit der seit 1990 immer wieder vorgetragenen These: „Auch im Konzept des zunehmend instrumentalisierten kämpferischen Antifaschismus war in der DDR kein Platz für die jüdische Leidensgeschichte.“ Hier zitiert bei Kneile-Klink, S. 277, doch so oder ähnlich zitierbar aus einem Überangebot an Quellen.

# DOKUMENT

WIGBERT BENZ

## Die Nürnberger Dokumente NG 2424 und NG 2260

### Zur Rolle von Paul Karl Schmidt alias Paul Carell beim Judenmord in Ungarn 1944

#### 1. Fundort: Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg

Die Originale der aus den Akten des Auswärtigen Amtes (AA) stammenden Nürnberger Dokumente NG 2424 und NG 2260 liegen im Staatsarchiv Nürnberg. Kopien befinden sich in der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs, der früheren Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, und zwar in drei Fassungen:

- a) als Kopien der Unterlagen aus dem AA, mit der Blatt-Zählung 487137ff.;
- b) dto., jedoch aus Israel [Eichmann-Prozeß], verkleinert und mit zusätzlicher Blatt-Zählung K 213815ff.;
- c) gedruckt aus dem Band: Judenverfolgung in Ungarn. Dokumentensammlung. Vorgelegt von der United Restitution Organization in Frankfurt a.M. 1959, S.186-189. Diese gedruckte Dokumentenedition wurde seinerzeit in einer Auflage von vermutlich einigen hundert Exemplaren an Archive, Strafverfolgungsbehörden und andere adäquate Institutionen verteilt.

Jedes der beiden Dokumente besteht aus zwei Schriftstücken:

- NG 2424 enthält erstens eine „Notiz für Herrn Staatssekretär“ von dem Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung, Dr. Paul Karl Schmidt, vom 27. Mai 1944 und zweitens ein Begleitschreiben des Legationsrates Klaus von Thadden vom 1. Juni 1944 mit dem Betreff „Judenaktion in Budapest“, mit dem er Schmidts Vorschläge an den Reichsbevollmächtigten für Ungarn, den Gesandten Edmund Veesenmayer, weiterleitete.

- NG 2260 besteht erstens aus einem Bericht von Thaddens vom 6. Juni 1944 über eine Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt mit dem Gesandten Franz Alfred

Six<sup>1</sup>, die auf die Notiz Schmidts Bezug nimmt, und zweitens der Antwort Veesenmayers vom 8. Juni 1944 auf die Vorschläge Schmidts vom 27.5.1944.

In sonstigen einschlägigen Dokumentenbänden zum Gegenstand sind die Dokumente NG 2424 und NG 2260 nicht enthalten. Die hier abgedruckten Faksimiles basieren auf den im Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg liegenden Kopien. Die Faksimiles geben die unter a (bei NG 2424) und b (bei NG 2260) genannte Variante wider. Allerdings wurde für die Kommentierung ein Abgleich der drei o.g. Fassungen vorgenommen.

## 2. Vorbemerkung zum Verfasser der Notiz vom 27.5.1944

Paul Karl Schmidt wurde 1911 in Kelbra/Thüringen geboren und stammte aus einer konservativen Handwerker-Familie<sup>2</sup>. Während seiner Internatszeit kam er zum ersten Mal mit nationalsozialistischen Ideen in Berührung und trat 1931 in die NSDAP ein. Schmidt studierte in Kiel Volkswirtschaft, Philosophie und Psychologie, promovierte 1936 über „Beiträge zur Lehre von Bedeutungsbildern in den indogermanischen Sprachen“ und wurde wissenschaftlicher Assistent am Psychologischen Institut der Universität Kiel. Während seines Studiums engagierte er sich stark im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, in dem er bis zum Gaustudentenbundführer aufstieg. Als seinen wichtigsten Lehrer in Kiel bezeichnete Schmidt Johannes Wittmann, entscheidend für seinen weiteren Berufsweg aber wurde dessen ehemaliger Assistent Karlfried Graf Dürckheim-Montmartin. Dürckheim unterhielt enge Kontakte zu Karl Haushofer und wurde über diesen mit Rudolf Heß und anderer NS-Prominenz bekannt. Durch diese Kontakte wurde Joachim Ribbentrop auf Dürckheim aufmerksam und holte ihn in seine Berliner Dienststelle; Dürckheim zog dann 1936 Schmidt nach. Im Amt Ribbentrop arbeitete Schmidt zunächst in der sogenannten „Materialstelle“, die für Ribbentrop in seiner Eigenschaft als Botschafter in London Informationen über den spanischen Bürgerkrieg zusammenstellte.

- 1 Six war als „junger Mann Heydrichs“ 1935-1939 im Hauptamt Sicherheitsdienst des Reichsführers SS tätig, de facto Chef des gesamten Inlands-SD. Mit der Gründung des wesentlich von ihm konzipierten Reichssicherheitshauptamtes 1939 wurde er dort Leiter des Amtes II, dann des Amtes VII (Gegnerforschung). Da die Kriegführung andere Prioritäten als die „weltan-schauliche Gegnerforschung“ setzte und die konkurrierenden Praktiker des Terrors Müller, Nebe, Johst, Schellenberg und Ohlendorf dem „SS-Intellektuellen“ Six im RSHA nur eine Nebenrolle überließen, wechselte er 1940 als Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts und Dekan an die eigens für ihn geschaffene Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität. An dieser Verdrängung aus dem RSHA änderte auch nichts, daß er 1941 als SS-Brigadeführer zum Chef des Sonderkommandos Moskau der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD berufen wurde. Seit 1942 ohne Funktion im AA, setzte ihn Ribbentrop nach der Verhaftung Luthers 1943 in Abstimmung mit Himmler als Leiter der Kultur- und Informationsabteilung des AA ein. Vgl. Lutz Hachtmeister: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998.
- 2 Zu Schmidts Lebenslauf siehe Peter Longerich: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 33) München 1987, S.154f.



Als Ribbentrop dann als Außenminister während der Münchener Konferenz 1938 den Eindruck gewann, nicht ausreichend über die ausländische Presseberichterstattung informiert zu sein, machte er dafür seinen persönlichen Pressereferenten Rudolf Likus verantwortlich. Ribbentrop ließ Schmidt zum Konferenzort kommen und ernannte ihn zu Likus' Nachfolger. Schmidt wurde beauftragt, für den Minister einen „Nachrichtenbeschaffungsapparat“ aufzubauen. Vom Juni 1939 an stand er faktisch der Abteilung Presse vor, im Oktober 1940 wurde er auch offiziell zu deren Leiter und gleichzeitig zum Gesandten ernannt.

Im Hinblick auf den Gegenstand der Dokumente, nämlich Schmidts Vorschläge zu den Judendeportationen in Ungarn 1944, muß seine weitreichende Zuständigkeit für die Auslandspropaganda des „Dritten Reiches“ berücksichtigt werden. Der Ausbau der Presseabteilung in den Jahren 1939/40 und die Einrichtung von zahlreichen pressepolitischen Institutionen im In- und Ausland sind zu einem großen Teil auf seine Initiative zurückzuführen. So hatte er maßgeblichen Einfluß auf die Propagandazeitschrift *SIGNAL*, die seit April 1940 alle 14 Tage für das besetzte oder „befreundete“ Ausland erschien und 1943 eine Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren in 20 Sprachen erreichte. Gleiches gilt für die Holdinggesellschaft des Auswärtigen Amtes für ausländische Verlage *MUNDUS*, mit deren Hilfe Schmidt an exponierter Stelle die Auslandspropaganda des Deutschen Reiches in 17 Ländern steuerte<sup>3</sup>.

Als Ungarn ab dem 19. März 1944 von der Wehrmacht besetzt wurde und der Ribbentrop unterstellte Reichsbevollmächtigte Edmund Veesenmayer fast täglich Telegramme an das Auswärtige Amt richtete, liefen diese auch über Schmidts Schreibtisch. Seine Aufgabe bestand darin, politische Entscheidungen im Hinblick auf ihre außenpolitische Wirkungen zu prüfen und gegebenenfalls propagandistisch gegenzusteuern. Allerdings reagierte Schmidt mit seiner hier dokumentierten Vorlage für den Staatssekretär Wilhelm Keppeler vom 27. Mai 1944 keineswegs auf eine Anfrage Veesenmeyers. Vielmehr antizipierte er die möglichen Auslandsproteste gegen die bevorstehende Deportation der Budapester Juden und entfaltete ein propagandistisches Szenario, um „vorzubeugen“.

Schmidts zweite, unter verschiedenen Pseudonymen sehr erfolgreiche publizistische Karriere nach 1945 ist sehr viel bekannter als seine Tätigkeit in Ribbentrops Auslandspropaganda. Er schrieb in *Die Welt* und *DIE ZEIT* als P.C. Holm und in der Itzehoer *Norddeutschen Rundschau* als „Vocator“, war freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen, darunter auch des *SPIEGEL*, wo er die Manuskripte von Fritz Tobias zum Reichstagsbrand redaktionell betreute<sup>4</sup>. Unter

3 Zur entscheidenden Einflußnahme von Schmidt auf die Millionen auflagenstarke Zeitschrift *SIGNAL* sowie auf die Beteiligungen der Holding des Auswärtigen Amtes *MUNDUS* an ausländischen Verlagen vgl. Longerich, *Propagandisten*, 262-271.

4 Dazu der Historiker und *SPIEGEL*-Redakteur Klaus Wiegrefe unter dem Titel „Flammendes Fanal“



dem Pseudonym „Paul Carell“ verfaßte Schmidt mehrere Kriegsberichte. Unter dem späteren Buchtitel *Unternehmen Barbarossa* erreichten sie Millionenauflagen und wurden in mehr als zwölf Sprachen übersetzt. Vordergründig aus der „Landsr“-Perspektive, die zur Identifizierung einlud, zeichnete Carrell das Bild vom kameradschaftlichen, heldenhaften Krieg, bei dem es keine Verbrechen der Wehrmacht gab und nur Hitlers Fehler zur Niederlage führten. Damit manipulierte der Autor Carrell ganze Generationen von Lesern. Schmidt-Carell galt lange Zeit als einflußreicher Berater im Hause Springer<sup>5</sup>. Er verstarb im Juni 1997.

### 3. Analyse und Bewertung der Dokumente

#### a) NG 2424

Paul Karl Schmidt bezieht sich in seiner Notiz vom 27. Mai 1944 auf eine ihm vorliegende „recht gute Übersicht über die laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn“, der er entnehme, „daß im Juni eine Großaktion auf die Budapester Juden geplant ist“. Da heftige Reaktionen im Ausland zu befürchten seien und die Gegner dieser „Judenaktion“ von „Menschenjagd usw. sprechen“ würden, schlägt er dem „Herrn Staatssekretär“ vor, „daß man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Sprengstoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisation, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschiebungen großen Stils mit dem Ziele der Untergrabung des ungarischen Währungsgefüges. Der Schlußstein unter eine solche Aktion müßte ein besonders krasser Fall sein, an dem man dann die Großbrazzia aufhängt“. Das Dokument trägt den handschriftlichen Vermerk „Der Herr St.S (=Staatssekretär) bittet, vorstehende Anregung des Gesandten Schmidt an Ges. Veessenmayer mitzuteilen und seine Stellungnahme einzufordern“. Es ist von Dr. Schmidt unterschrieben.

Bei dem Adressaten der Notiz vom 27.5.1944, dem „Herrn Staatssekretär“, handelte es sich nicht, wie zunächst vermutet werden könnte, um den „regulären“ Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gustav Steengracht v. Moyland, sondern

---

in: *DER SPIEGEL* 15/2001, S.38ff.; zur Autorenschaft für *DIE ZEIT* vgl. Mathias von der Heide / Christian Wagener: „Weiter rechts als die CDU“. Das erste Jahrzehnt der ZEIT. In: Hachmeister, Lutz / Friedemann Siering: *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*. München 2002, S.165-184, hier S.182. Schmidt schrieb als P.C. Holm z.B. am 2.9. 1954 den langen Artikel „Düsteres September-Gedenken in der ZEIT. Originalton „P.C. Holm“: „Nur einer irrte sich nicht (...) Das war Josef Stalin. Sein Beitrag zum Krieg, nämlich der deutsch-sowjetische Pakt vom 23. August 1939, war wohl der entscheidendste Faktor (...) die richtig kalkulierte Beihilfe zum Ausbruch eines selbst zerfleischenden Krieges der kapitalistischen Welt.“

5 Vgl. Longerich, Propagandisten, S.154. - Nach den Recherchen des ehemaligen *STERN*-Chefredakteurs und Springer-Biographen Michael Jürgs war Schmidt einer der engsten Berater, Redenschreiber und Vertrauten Axel Springers und bis zum Tode des Verlegers dessen Sicherheitschef. Die Vertrautheit ging so weit, daß Schmidt die Identifizierung von Axel Springer jr. nach dessen Selbstmord übernahm. Vgl. Michael Jürgs: *Der Verleger. Der Fall Axel Springer*. München 2001, S.315-319 u. 352.

wie aus dem noch zu erörternden Nürnberger Dokument NG 2260 bzw. dessen Adressatenliste hervorgeht - den Staatssekretär zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Keppler<sup>6</sup>. Keppler ließ Schmidts Vorschläge, propagandistische Anlässe und Begründungen für die Ermordung der Budapester Juden zu schaffen, nicht unbeachtet, sondern forderte ausdrücklich die Weiterleitung an den Reichsbevollmächtigten Veesenmayer und dessen Stellungnahme.

In seinem Schreiben vom 1. Juni 1944 paraphrasierte und zitierte Legationsrat Klaus von Thadden unter dem Betreff „Judenaktion in Budapest“ die Vorschläge des Pressechefs des Auswärtigen Amtes, Schmidt, und forderte - dem Vermerk Keplers entsprechend - eine „Drahtstellungnahme“ Veesenmayers an<sup>7</sup>.

Die Vorschläge Schmidts gingen über die bloße Rechtfertigung einer angeblich schon feststehenden Deportation und Ermordung der Budapester Juden hinaus. Diese stand zu diesem Zeitpunkt eben noch nicht definitiv und unumkehrbar fest und war auch noch nicht bis ins Detail geplant. Götz Aly und Christian Gerlach belegen stichhaltig, daß es sich beim Judenmord in Ungarn um einen stufenweise radikalisierten Prozeß handelte, der nicht einfach mechanisch abgearbeitet wurde. Für ihn war charakteristisch, daß nicht „schon früh ein Deportationsplan feststand, der nur geheimgehalten wurde“. Vielmehr wirkten hier verschiedene entscheidungsrelevante Akteure zusammen, deren gegenseitiges Handeln die Deportation teils forcierte, teils Widersprüche erzeugte, „wie etwa der Stop der Deportationen durch Horthy Anfang Juli zeigt“<sup>8</sup>. Die Autoren erwähnen in diesem Zusammenhang zwar Veesenmayers Antwort auf Schmidts Vorschläge, der Pressechef des Auswärtigen Amtes aber wird als deren Urheber namentlich nicht genannt. Es erscheint mir

- 
- 6 Der badische Unternehmer Wilhelm Keppler war in den frühen 30er Jahren Hitlers persönlicher Berater in Wirtschaftsfragen und Hauptverbindungsman zwischen der NSDAP und führenden Vertretern der Privatwirtschaft. 1936 wurde das Büro Keppler in Görings Vierjahres-planbehörde inkorporiert, wo ihm die Sicherstellung von Rohstoffen für die Industrie oblag. 1938 war Staatssekretär Keppler vom AA und der NSDAP beauftragt worden, die Interessen der deutschen Konzerne an der österreichischen Beute durchzusetzen. Aus dem „Keppler-Kreis“ entstand der „Freundeskreis des Reichsführers-SS“, dem namhafte Bankiers, Industrielle und höhere SS-Führer angehörten und der jährlich Spenden Privatwirtschaft für Himmler organisierte. 1936 waren das 600.000 RM, 1937 und 1938 je 700.000 RM, im Krieg wurde eine Million überschritten. Vgl. dazu Klaus Drobisch: Der Freundeskreis Himmler. Ein Beispiel für die Unterordnung der Nazi-Partei und des faschistischen Staatsapparates durch die Finanzoligarchie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 8 (1960), S. 304-328; Reinhard Vogelsang: Der „Freundeskreis“ Himmler, Göttingen 1972. Keppler saß 1941 im Aufsichtsrat der „Kontinentale Öl AG“, die zur Ausbeutung der sowjetischen Erdölquellen gegründet worden war und im europäischen „Großwirtschaftsraum“ ein Ölmonopol anstrebte. 1943 wurde er zum SS-Obergruppenführer ernannt. Vgl. Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/M. 1987, S.199f.
- 7 Bevor er zum Reichsbevollmächtigten in Ungarn ernannt wurde, war Edmund Veesenmayer jahrelang ein enger Mitarbeiter Wilhelm Keplers in dessen Eigenschaft als Präsident des Reichsamtes für Bodenforschung. Darauf verweisen Christian Gerlach/Götz Aly: Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden. Stuttgart 2002, S. 32, Anm. 51.
- 8 Vgl. ebd., S.66; Verweis auf das Telegramm von Veesenmayer vom 8.6.1944 an das Auswärtige Amt (=Antwort auf die Vorschläge Paul Karl Schmidts), S.329.

wenig plausibel, daß Gerlach und Aly das Dokument NG 2424 in ihrem einschlägigen Band nicht erörtern.

Die Interpretation der Vorschläge Schmidts, propagandistische Anlässe für die Deportation der Budapester Juden zu schaffen, als „PR für die ‚Endlösung‘“, wie sie Mathias Weiß vorlegte, greift zu kurz<sup>9</sup>. Denn sie gehen über Goebbels' Vorgaben vom 27.4.1944, „Ungarn als Anlaß zu nehmen, in die antijüdische Kampagne wieder groß einzusteigen“<sup>10</sup> noch hinaus, indem Schmidt ganz unverhüllt „anregt“, die „Anlässe“ selbst zu schaffen, u.a. durch das Unterschieben von „Sprengstofffunden in jüdischen Synagogen“. Historisch unzutreffend ist auch die Annahme des Publizisten und früheren Spiegel-Kolumnisten Otto Köhler, Schmidts „Notiz für Herrn Staatssekretär“ sei eine Antwort auf eine „streng geheime Anfrage“ Veesenmayers<sup>11</sup> denn es war Schmidts eigene Initiative ohne konkreten Auftrag. Tatsächlich hätte die Realisierung der Vorschläge über die propagandistische Funktion hinaus einen Schritt zur Ausweitung des Judenmords bedeutet, nämlich die ausdrückliche Einbeziehung auch der Budapester Juden, die im Juni noch von Deportationsmaßnahmen verschont geblieben waren. Schließlich hatte die ungarische Regierung, deren Rolle bei der Deportation der jüdischen Menschen meist unterschätzt wird, zwar der Deportation der nicht assimilierten Juden in den annektierten Gebieten zugestimmt, nicht aber der der Budapester Juden<sup>12</sup>. Eine Verwirklichung von Schmidts Vorschlägen hätte dazu beigetragen, die Ermordung von ca. 200.000 Menschen in Budapest zu ermöglichen und zu rechtfertigen.

#### b) NG 2260

Das Dokument enthält zunächst einen Bericht des Legationsrats von Thadden vom 6. Juni 1944 über eine Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt mit dem Gesandten Six. Von Thadden resümiert deren Ergebnis dahingehend, daß propagandistische Initiativen „bis zum Eingang der schriftlichen Stellungnahme Veesenmayers zurückzustellen“ seien. Im Mittelpunkt der Besprechung standen die durch die Landung der Alliierten in der Normandie am selben Tag veränderten politischen und militärstrategischen Rahmenbedingungen für die Auslandspromaganda. „So könnte z. B.“, schreibt von Thadden, „sofern die jetzigen

---

9 Vgl. Matthias Weiß: Journalisten Worte als Taten, in: Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/M. 2001, S. 241-302, hier S. 269. Weiß zitiert dort aus dem Nürnberger Dokument NG 2424 mit der Überschrift: „Paul Schmidt macht 1944 PR für die ‚Endlösung‘“ und verzichtet auf jede Kontextualisierung.

10 Vertrauliche Informationen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda für die Presse vom 27.4.1944. Bundesarchiv Koblenz, ZSg 109 (Sammlung Oberheitmann), Bd. 49, fol 51ff. Für diesen Quellenhinweis danke ich Herrn Prof. Dr. Peter Longerich, Royal Holloway University of London.

11 Vgl. Otto Köhler: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Macht der Medienmacher. München 1995, S.185.

12 Vgl. Gerlach / Aly, Das letzte Kapitel, S.269.

Landeunternehmen den erwarteten großen Stil annehmen, eine Vorverlegung der Budapester Aktion zweckmäßig sein, da die Budapester Aktion dann in der Weltpropaganda über die Invasion untergehen dürfte“.

Den zweiten Teil des Dokuments bildet die Antwort des Reichsbevollmächtigten für Ungarn, Veesenmayer, vom 8. Juni 1944 auf die Vorschläge Schmidts. Veesenmayer lehnte die propagandistische Initiative aus zwei Gründen ab. Zum einen erwartete er aufgrund der bisherigen Erfahrungen keine „größere Reaktion“ des Auslands; zudem sei „seit langem bekannt, daß (die) Ghettoisierung auch in Budapest zu Ende geführt wird“. Zum anderen fürchtete er kontraproduktive Wirkungen der von Schmidt vorgeschlagenen Aktionen, weswegen er sie als untauglich ablehnte: „Eine Verwendung der in Drahterlass Nr. 1640 (= Schmidts Notiz für Herrn Staatssekretär) erwähnten Anlässe und Begründungen für eine propagandistische Vorbereitung der Aktion in Budapest würde gegenteilige Wirkung haben, da überall bekannt ist, daß seit Wochen jüdische Vereinshäuser und Synagogen unter scharfer Kontrolle ungarischer Polizei stehen bzw. zum Teil beschlagnahmt worden sind, daß jüdisches Vermögen beschlagnahmt bzw. gesperrt ist und daß Juden in Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt sind. Muß dringend bitten, von jeder propagandistischen Aktion abzusehen.“ Veesenmayer sah die Vorschläge Schmidts als Anmaßung an und reklamierte, entsprechende Handlungsoptionen seien ihm selbst vorbehalten: „Sollten wider Erwarten vor oder während der Aktion in Budapest sich irgendwelche Vorfälle genannter Art ereignen, so werde ich umgehend berichten und geeignete Auswertungsvorschläge machen“.

Das Schriftstück Thaddens vom 6. Juni 1944 beginnt mit „Hiermit Herrn Gruppenleiter Inl. II mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.“ Leiter der Abteilung Inland II des Auswärtigen Amtes war zu diesem Zeitpunkt Legationsrat Horst Wagner. Die Aufgaben der von Wagner geleiteten Abteilung Inland II wurden in einer Geschäftsübersicht des Auswärtigen Amtes vom September 1943 wie folgt bezeichnet: „Verbindung zum Reichsführer SS insbesondere persönlicher Stab .... Judenfragen ... u.a., Verbindung zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD, zur Ordnungspolizei zur IKPK u.a., Verbindung zum Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums u.a., Volksdeutsche Wirtschaftsfragen u.a.“<sup>13</sup>

Das Telegramm Veesenmeyers vom 8. Juni 1944 richtete sich ebenfalls an die Abteilung Inland II des Auswärtigen Amtes, da über eben dieses Amt auch die Vorschläge Schmidts an den Reichsbevollmächtigten in Ungarn gesandt worden

13 Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, Akte VI 412 AR 1082/65, Blatt 47: gegen Wagner selbst lief in den 60er Jahren ein Ermittlungsverfahren „wegen Beihilfe zum Mord“ der Staatsanwaltschaft Essen, aus dem das noch darzustellende Verfahren gegen Paul Karl Schmidt, Paul Otto Schmidt und Karl Megerle abgetrennt wurde 29 Ks 4/67 StA Essen; vgl. zur Abteilung Inland II des AA, zur Funktion deren Leiters Wagner als Verbindungsführer Himmlers im AA sowie seines Stellvertreters von Thadden als Judenreferent des AA: Hans-Jürgen Döschel: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987, S. 262-305.

waren. Die Stellungnahme Veesenmeyers wurde an ca. zwei Dutzend Personen bzw. Stellen im Auswärtigen Amt weitergeleitet. An erster Stelle wird „St.S. Keppler“ genannt. Damit wird klar, daß Wilhelm Keppler als Staatssekretär zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt der wichtigste Adressat von Schmidts „Notiz für Herrn Staatssekretär“ vom 27.5.1944 war.

Der Bericht von Thaddens von der Direktorenbesprechung vom 6.6.1944 und mehr noch die Antwort Veesenmeyers vom 8.6.1944 führten zur Ablehnung der Vorschläge Paul Karl Schmidts. Aus Sicht von Thaddens, der sich ausdrücklich auf Herrn „St.S.“, also Wilhelm Keppler, bezog, ergab sich durch die Landung der Alliierten in der Normandie die Chance, die „Budapester Aktion in der Weltpropaganda der Invasion untergehen“ zu lassen. Diese Absicht stand im Mittelpunkt des Berichts von Thaddens. Schmidts Vorschläge wurden also schlicht durch veränderte Umstände obsolet.

Demgegenüber ging es Edmund Veesenmayer in seiner Antwort vom 8.6.1944 darum, als Reichsbevollmächtigter für Ungarn freie Hand für eigene Entscheidungen zu behalten. Die Vorschläge Schmidts schienen ihm auf einer Überschätzung der erwarteten Auslandsproteste gegen die Deportation der Budapester Juden zu beruhen und die reale Situation der unter Bewachung stehenden jüdischen Synagogen und anderen Einrichtungen nicht zu berücksichtigten ebensowenig wie den Umstand, daß „seit langem bekannt sei, daß Ghettoisierung auch in Budapest zu Ende geführt wird“. Nachdem schon im *Völkischen Beobachter* vom 6.6.1944 „die Deportation aller ungarischen Juden innerhalb von rei Monaten angekündigt“ worden war, konnte von einer Geheimhaltung der Deportationsabsichten keine Rede mehr sein. Der Artikel beruhte auf Interviews, die der Staatssekretär im ungarischen Innenministerium László Endre der ungarischen Presse gegeben hatte<sup>14</sup>.

#### 4. Zur Aussagefähigkeit der Dokumente NG 2424 und NG 2260

Paul Karl Schmidts Initiative vom 27. Mai 1944, „äußere Anlässe und Begründungen. z.B. Sprengstoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen zu schaffen“, wurde in Budapest nicht umgesetzt. Schmidt hatte bereits in dem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, das gegen ihn wegen Mordes eingeleitet worden war<sup>15</sup>, mit der „Folgenlosigkeit“ und der angeblichen eigenen „Einflußlosigkeit“ argumentiert. Daß diese Initiative „folgenlos“ blieb, sollte aber kein Grund sein, sie der geschichtswissenschaftlichen Erörterung zu entziehen. Dabei ergeben sich aus der Quellenlage methodische Probleme. So liegen im Auswärtigen Amt offensichtlich kaum Akten zur Auslandspropaganda ab 1944

<sup>14</sup> Vgl. Gerlach / Aly, Das letzte Kapitel, S.268.

<sup>15</sup> Aktensignatur im Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg siehe Anm.13 u. 19.

vor<sup>16</sup>. Auch ist Schmidts Initiative vom 27. Mai 1944 schwer in einen antisemitischen Kontext einzuordnen. Da die von Köhler vorgelegte Interpretation, Schmidts Vorschlag sei eine Antwort auf eine Anfrage Veesenmayers gewesen<sup>17</sup>, keine Bestätigung in den Quellen findet, bedarf die Interpretation und Bewertung der beiden Dokumente quellengestützter historischer Analyse. Die analytische Skizze der Nürnberger Dokumente NG 2424 und NG 2260 hat hinsichtlich des Inhalts, der Adressaten und Intentionen der Initiative gezeigt:

1. Schmidts „Notiz für Herrn Staatssekretär“ vom 27.5.1944 blieb nur deswegen „folgenlos“, weil sich die Rahmenbedingungen für die Auslandspropaganda mit der Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 dramatisch änderten und der Reichsbevollmächtigte für Ungarn, Edmund Veesenmayer, die zu erwartenden Auslandsproteste zu den projektierten Deportationen der Budapester Juden geringer einschätzte als der Chef der Presseabteilung im Auswärtigen Amt, Paul Karl Schmidt.

2. Schmidts Notiz stellte keine geschäftsmäßige Antwort auf eine vorliegende Anfrage Veesenmayers dar, sondern eine eigene Initiative.

3. Der Adressat dieser Initiative, Staatssekretär Wilhelm Keppler, nahm sie ernst und ordnete, wie aus dem Vermerk ersichtlich ist, sowohl ihre Weiterleitung an Veesenmayer als auch die Einholung von dessen Stellungnahme an.

4. Neben Keppler waren weitere hochrangige Vertreter des Auswärtigen Amtes in die Erörterung von Schmidts Initiative involviert: Franz Alfred Six, Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, und Horst Wagner, Leiter der Abteilung Inland II des AA, faktischer Leiter der „Verbindungsstelle) zum Reichsführer SS“.

5. Schließlich und am wichtigsten: Paul Karl Schmidts Vorschläge vom 27. Mai 1944 hätten geholfen, den Judenmord in Budapest auf weitere ca. 200.000 Menschen auszuweiten.

### **5. Nachkriegswirkungen der Dokumente: Ermittlungsverfahren wegen Mordes 1965-1971**

Nach Kriegsende wurde Paul Karl Schmidt von den Amerikanern für zwei Jahre interniert. Doch er wurde in Nürnberg nicht angeklagt. Vielmehr trat er dort im

16 So endet das Kapitel III: Auslandspropaganda bei Longerich mit dem Jahr 1943. Vgl. Longerich, Propagandisten, S. 97-108.

17 Vgl. Köhler, Unheimliche Publizisten, S. 185. Statt einer Anfrage Veesenmayers findet sich in den Akten lediglich ein Bericht von Thaddens vom 26.5.44, daß Mitte bis Ende Juli 1944 eine „Großaktion“ gegen die Budapester Juden geplant sei. Vgl. Nürnberger Dokument NG 2190, Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg.



Nachfolgeprozess Fall 11, dem sog. Wilhelmstraßen-Prozess, gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien als Zeuge der Anklage auf und traf „generelle Aussage(n) zur Rolle in der NS-Pressepolitik“, wobei er seine eigene Rolle als einflußreicher Presselenker im „Dritten Reich“ minimierte und Otto Dietrich „die Schlüsselrolle innerhalb der NS-Pressepolitik zuwies“<sup>18</sup>.

Fast zwei Jahrzehnte später führte die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Verden von 1965 bis 1971 ein Ermittlungsverfahren „wegen Mordes“ gegen ihn, das in den Akten der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg“ dokumentiert ist, die damals Vorermittlungen für das Landgericht Verden leistete<sup>19</sup>. Paul Karl Schmidt gab 1965 als Beruf „Schriftsteller und Journalist“ an und bestätigte ausdrücklich seine Funktion als „Leiter der Presse- und Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes“ von 1939 bis Kriegsende. Dem Gericht lag seine „Notiz für Herrn Staatssekretär vom 27.5.1941“ (NG 2424) vor und er erklärte: „(Sie) stammt von mir. Sie trägt auch meine Unterschrift. Der handschriftliche Vermerk des Herrn Staatssekretär vom gleichen Tag ist anschließend hinzugefügt worden, nachdem diese Notiz dem Herrn Staatssekretär vorgelegt worden war.“ Schmidt verwies auf die der Staatsanwaltschaft damals nicht vorliegende Ablehnung seiner Vorschläge durch Veesenmayer, deren Vorliegen „ersichtlich“ machen würde, „daß von meiner Seite aus ein Einfluß auf diese Aktion praktisch nicht bestanden hat.“ Abschließend verwies Schmidt auf die ihn bereits im Zusammenhang mit dem Wilhelmstraßenprozeß betreffende Voruntersuchung und seine richterliche Vernehmung in Nürnberg, die das Nichtbestehen eines Einflusses seiner Vorschläge auf eine Aktion gegen die Budapester Juden festgestellt hätten<sup>20</sup>. Mit einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Verden vom 2.6.1971 wurde das Ermittlungsverfahren gegen Paul Karl Schmidt nach sechs Jahren eingestellt, da nach der Ablehnung der propagandistischen Vorschläge Schmidts, „auf den Vorschlag des Beschuldigten daraufhin nichts unternommen (wurde). Aus diesem Sachverhalt ergibt sich jedoch kein Anhalt für eine strafbare Teilnahme (Beihilfe).“<sup>21</sup>

18 Vgl. Nürnberger Dokument NG 3590, nach Longerich, Propagandisten, S. 154 Anm. 13 und S. 113.

19 Vgl. Bundesarchiv, Zweigstelle Ludwigsburg (= ehemalige Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg), Akte VI 412 AR 1082/65, Blatt 1-53 (= Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Gesandten Dr. Paul Karl Schmidt und Dr. Paul Otto Schmidt, sowie den ehemaligen ständigen Beauftragten des Reichsaußenministers für Propagandafragen Dr. Megerle wegen Mordes). Ich danke dem Leiter des Archivs, Herrn Dr. Heinz-Ludger Borgert für seine Unterstützung bei der Auffindung dieses bislang unbeachteten Dokuments.

20 Ebd., Blatt 25-27 (= Anlage zum Protokoll vom 23. März 1965 in der Ermittlungssache gegen Dr. Schmidt)

21 Ebd., Blatt 47-53, Zitat, S. 53 (= Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Verden vom 2.6.1971)



Der Leiter der Nachrichten-  
und Presseabteilung.

Auswärtiges Amt	
III II 308 46	Personale Reichssache!
eing. - 1. 11. 1944	
Akt. - 1. 11. 1944	

Notiz für Herrn Staatssekretär :

(Durchschlag für Herrn Botschafter v. Rintelen )

Aus einer recht guten Übersicht über die laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn entnehme ich, daß in Juni eine Großaktion auf die Budapest-Juden geplant ist.

Die geplante Aktion wird in ihrem Ausmaß in auslan-  
de große Beachtung finden und sicher Anlaß zu einer heftigen  
Reaktion bilden. Die Gegner werden schreien und von Menschen-  
jagd usw. sprechen und unter Verwendung von Grauskerichten,  
die eigene Stimmung und auch die Stimmung bei den Neutralen  
aufzuputzen versuchen. Ich möchte deshalb anregen, ob man  
diesen Dingen nicht vorbeugen sollte dadurch, daß man äußere  
Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Spreng-  
stoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotage-  
organisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Policisten, De-  
visenschiebungen großen Stils mit dem Ziele der Untergrabung  
des ungarischen Währungsgefüges. Der Schlußstein unter eine  
solche Aktion müßte ein besonders krasser Fall sein, an dem  
man dann die Großrazzia aufhängt.

Hat S.L.S. vorgelesen

Berlin, den 27. Mai 1944.

Wigbert Benz 3075  
an S.L.S.

Für Herrn S.L.S. betriebl. verbindliche Zusammenfassung  
des Gesandten S.L.S. mit den Gen. Vizekonsularen und Konsularen  
mit ihrer Stellungnahme anzufragen.

W. Wink

Am 1. 11. 1944

487137

Am. Z. Jnl. II 308 Bf

**Genu beachten.**

- 1. Nur Wichtig schreiben
- 2. Nur knapp beschreiben.
- 3. Offene Nachweise in besonderen Telegrammen

4. Telegramme zu den anderen Beschlüssen geben sollen  
 dafür nur kurz in einer kl. Ordnung werden  
 5. Offene Nachweise in besonderen Telegrammen  
 6. Offene Nachweise in besonderen Telegrammen

*Telegraphische Fernschreiben (6-4 Jahre)*

Berlin, den 1. Mai 1934

Telegramm *polit* (Wichtigst. Ch. V. Op. I. N. Z. (geh. Ch. V.))

Diplomerma  
~~Consulgerma~~ Budapest  
Nr. 1646

Geb. Hermann Reichsminister  
 Geh. Reichsminister  
 Reichsminister  
 Reichsminister  
 Reichsminister

Nicht Zutreffen des Streichs
---------------------------------------

Referent LR. I. Kl. v. Thadden

Betreff: Judenaktion in Budapest

Bevorstehende schlagartige Großaktion gegen Budapester Juden wird im Ausland heftige Reaktion erzeugen. Presse-Abtl. beabsichtigt, beim Minister anzuregen, daß man unsere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Sprengstrände in jüdischen Vereinsräumen und Synagogen, Sabotageorganisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschleibungen grossen Stils mit dem Ziele der Untergrabung des ungarischen Währungsgefüges. Der Schlußstein unter eine solche Aktion müßte ein besonders krasser Fall sein, in dem sich dann die Großrazzia aufhängt. Hoff. Kämpf. Erbitte Drahtstellungsmaße.

*Für Exekutivarbeit an  
 solch. Angelegenheiten  
 Vorbereitung auf Auslandsmeldungen  
 och Abz.: beachtet werden.*

P  
 z. Kto.  
*[Signature]*

Thadden  
*[Signature]*

487138

(Einfache Reichsache)

Ref.: LR.I.VI 1744/10

zu Inf.II 312 6 No.

Hiermit

Herrn Gruppenleiter Inf.II

THR

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Da Herr Generalmajor Slix die Angelegenheit in der heutigen Direktorenbesprechung angeschnitten, habe ich das Telegramm von Generalmajor Veckenmayer verlesen und gabten, eine Vorlage der drei Propaganda-Abteilungen bei dem Herrn TAM bis zum Eingang der schriftlichen Stellungnahme Veckenmeyers zurückzustellen. Gleichzeitig habe ich angeregt, was auch Herr St.S. und Herr U.St.S. Moncke anscheinend als richtig empfunden haben, gegebenenfalls mit Gen. Veckenmayer in dem Sinne zu sprechen, daß der Termin der Budapest Großaktion, falls eine propagandistische Vorbereitung unterbleibt, im Einvernehmen mit uns festgesetzt wird. So könnte z.Bsp., sofern die jetzigen Landungsunternehmen den erwarteten großen Stil annehmen, eine Verlegung der Budapest Aktion zweckmäßig sein, da die Budapest Aktion dann in der Weltpropaganda über die Invasion untergehen dürfte. Wird die Invasion zurückgeschlagen und erfolgt unmittelbar darauf die Budapest Aktion, würden wir den Feindmächten ein propagandistisches Hilfsmittel an die Hand geben, um die Weltöffentlichkeit von ihrem militärischen Fehlschlag bis zu einem gewissen Grade abzulenken. Es darf um Weisung gebeten werden, ob im Sinne dieser Anregung ein Erlaß nach Budapest veranlaßt werden soll.

Berlin, den 6. Juni 1944

W. Thadden

*W. Thadden*  
 An gegen Vorlage, ebenso  
 G. Verurteilung.

*W. Thadden*

1/NSP aus Km.

1/4 Schriftleitung aus Budapest bleibt unberührt

3/WV in 1 Woche

W. Thadden 7/6

K213818

487139

Telegramm  
(geh. Ch. V.)

Auswärtiges Amt

Inl. II 3394

Datum: Budapest, den 8. Juni 1944  
Anzahl: " 6. " "

5:30 Uhr  
7:00 Uhr

Nr. ... vom 8.6.

Geheime Reichssache  
Vorrede  
zu behandeln

+) Inl. II 338 Auf Drahterlass Nr. 1640 +) vom 2. Juni und im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1580 ++) vom 4. Juni.

27 II 11 11/16

Die bisher in Ungarn durchgeführten Evakuierungsmaßnahmen haben, soweit hier bekannt, im Ausland keine größere Reaktion erzeugt. Diese dürfte auch bei Aktion gegen Budapester Juden nicht eintreten, da seit langem bekannt, dass Ghettoisierung auch in Budapest zu Ende geführt wird.

Eine Verwendung der in Drahterlass Nr. 1640 erwähnten Anlässe und Begründungen für eine propagandistische Vorbereitung der Aktion in Budapest würde gegenteilige Wirkung haben, da überall bekannt ist, dass seit Wochen jüdische Vereinshäuser und Synagogen unter scharfer Kontrolle ungarischer Polizei stehen bzw. zum Teil beschlagnahmt worden sind, dass jüdisches Vermögen beschlagnahmt bzw. gesperrt ist und dass Juden in Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt sind. Muss dringend bitten, von jeder propagandistischen Aktion abzusehen.

Sollten wider Erwarten vor oder während der Aktion in Budapest sich irgendwelche Vorfälle genannter Art ereignen, so werde ich umgehend berichten und geeignete Auswertungsvorschläge machen.

Veesenmayer.

W213819

- 1) B. Kuebler
- 2) ...
- 3) ...
- 4) ...
- 5) ...
- 6) ...
- 7) ...
- 8) ...
- 9) ...
- 10) ...
- 11) ...
- 12) ...
- 13) ...
- 14) ...
- 15) ...
- 16) ...
- 17) ...
- 18) ...
- 19) ...
- 20) ...
- 21) ...
- 22) ...
- 23) ...
- 24) ...
- 25) ...
- 26) ...
- 27) ...
- 28) ...
- 29) ...
- 30) ...
- 31) ...
- 32) ...
- 33) ...
- 34) ...
- 35) ...
- 36) ...
- 37) ...
- 38) ...
- 39) ...
- 40) ...
- 41) ...
- 42) ...
- 43) ...
- 44) ...
- 45) ...
- 46) ...
- 47) ...
- 48) ...
- 49) ...
- 50) ...

1/ ...  
2/ ...  
3/ ...

Dies ist Exemplar Nr. 1.

Arbeitsexemplar C. I. ...

487140

## REZENSIONEN

MICHAEL WEDEKIND: *Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945. Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“* (Militärgeschichtliche Studien, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Jörg Duppler und Hans-Erich Volkmann, Bd. 38), R. Oldenbourg Verlag, München 2003, 526 S.

In den deutschsprachigen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahrzehnte zur nazistischen Okkupationspolitik in Italien 1943-1945 standen die schändliche Behandlung der italienischen Militärinternierten und die Republik von Salò mit ihrem Marionettenstatus, somit die Nazifizierung des italienischen Faschismus im Vordergrund, weniger der in den italienischsprachigen Arbeiten ausführlich behandelte Widerstandskampf. Demgegenüber blieb die deutsche Okkupationspolitik in den zur späteren Annexion vorgesehenen Operationszonen ein Desiderat. Wedekinds Studie ist die erste, gleichwohl überzeugende Bearbeitung dieses Themas. Der Verfasser hat sie 1996 als Dissertation bei Ulrich Thamer an der Universität Münster erfolgreich verteidigt. Für die erst sieben Jahre später folgende Drucklegung wurde die Dissertation gekürzt und aktualisiert. Sie hat seither weder an Aktualität noch Bedeutung eingebüßt. Wedekind lehrt an der Universität Trient.

Zunächst umreißt Wedekind die Konfliktfelder beider „Achsenmächte“, um die Genese der Zielstellungen deutscher Südostexpansion im Alpen-Adria-Raum verständlich zu machen. Er analysiert die Ursachen der Krise Italiens 1942/1943 und die deutsche Aggression vom 8. September 1943 hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, ihrer Ziele, ihres Ablaufes und ihrer Folgen. Die Spezifik der Okkupationspolitik in den beiden Operationszonen wird vergleichend in zwei Dimensionen herausgearbeitet, einmal im Vergleich zum übrigen Italien und zum zweiten hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten mit vergleichbaren okkupierten Gebieten, die nicht einer Militärverwaltung, sondern einem Chef der Zivilverwaltung unterstellt waren, ohne formell annektiert zu sein wie z.B. Elsaß und Lothringen in Frankreich oder Luxemburg oder Oberkrain und Untersteiermark in Jugoslawien. Nur handelte es sich bei den Operationszonen in Norditalien um integrale Territorien eines offiziellen Verbündeten, dessen staatliche Souveränität Deutschland angeblich respektierte.

Im Hauptteil seines Buches stellt Wedekind detailliert die Besatzungspolitik der beiden Obersten Kommissare zur „Germanisierung“ der beiden Operationszonen

dar. Auf die zugänglichen deutschen und italienischen Quellen gestützt, untersucht er die wichtigsten Politikfelder: die Mobilmachung für die deutsche Kriegswirtschaft von der Wirtschaftssteuerung über die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik bis zur Arbeitskräftebeschaffung, die Lohn-, Preis- und Sozialpolitik, die „Volkstumspolitik“, Bildungspolitik und die Nazipropaganda, und vor allem den Aufbau und die Politik des institutionalisierten Terrorismus und die Verfolgung, Deportation und Vernichtung der wirklichen oder vermeintlichen Gegner.

Die Militärallianz zwischen Nazideutschland und Italien entstand 1935, als Italien die deutsche Unterstützung für seine Abessinien-Aggression dringend brauchte und erhielt. Obwohl beide „Achsenmächte“ ihr Bündnis am 22. Mai 1939 durch den „Stahlpakt“ bekräftigten, war ihre Kriegsallianz von Anfang an brüchig, weil auf divergierenden Interessen aufgebaut, und nicht gleichberechtigt. Italien rangierte darin zunehmend als abhängiger Juniorpartner, dessen Expansionspläne und Teilnahme am zweiten Weltkrieg seine wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten überforderte.

Am 10. Juni 1940 trat Italien in den Krieg gegen das bereits niedergeworfene Frankreich und die Weltmacht Großbritannien ein. Es wollte sich am Verhandlungstisch einen Platz als kriegführende Macht sichern, um italienische Territorialansprüche gegen Frankreich und auf Teile des französischen Kolonialreiches sowie seinen Anspruch auf Vorherrschaft im Mittelmeer zu vertreten. Doch die Ansprüche an Frankreich blieben unter deutschem Einfluß unerfüllt. Das faschistische System wurde durch die schweren Verluste der italienischen Truppen 1940/41 in Ost- und Nordafrika stark geschwächt. Italiens eigenständige Aggression gegen Griechenland 1940 endete mit einer Niederlage. Mussolini mußte deutsche Hilfe anfordern. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, notierte am 9. November 1942: „Italien müssen wir künstlich auf den Beinen halten.“

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurde die divergierende Interessenlage beider „Achsenpartner“ unübersehbar. Die von Italien an Deutschland herangetragene Empfehlung, mit der UdSSR einen Separatfrieden abzuschließen, um den Zweifrontenkrieg zu beenden, traf bei Hitler auf taube Ohren. Die Kriegsziele der Bündnispartner wurden für den jeweils anderen zur Belastung. Die hohen Kriegsverluste und die zunehmenden alliierten Luftangriffe führten Ende 1942/Anfang 1943 in Italien zu einer innenpolitischen Krise. Hohe Militärs, das Königshaus, Vertreter des Finanzkapitals und selbst führende Faschisten wollten das bankrotte Mussolini-Regime loswerden, das Bündnis mit Deutschland verlassen und den Krieg beenden, weil er Italien ruinierte. Mit dem angestrebten Sturz des Faschismus von oben wollten die herrschenden Kreise der starken und anwachsenden antifaschistischen Volksbewegung, in der die Kommunisten eine maßgebliche Rolle spielten, zuvorkommen. Denn die hohen personellen und

materiellen Verluste Italiens und die laufende Verschlechterung der Lebenslage der Masse des italienischen Volkes bildeten den Boden für den offenen Widerstand vor allem der Arbeiter gegen den Kriegskurs.

Die nach Mussolinis Sturz am 25. Juli 1943 gebildete Regierung Badoglio versicherte der Hitler-Regierung noch am 3. September 1943, sie werde an ihrer Seite den Krieg fortführen. Am selben Tage unterzeichnete sie den vorerst geheimen Waffenstillstand mit den Alliierten, die bereits Sizilien und Süditalien befreit hatten. Der deutsche „Achsenpartner“ wußte seit langem, daß Italien durch seine Kriegsteilnahme am Ende seiner Kräfte und Möglichkeiten war. Nach Mussolinis Absetzung hatte die Wehrmacht am 31. Juli mit einer schleichenden Besetzung Norditaliens durch acht Divisionen begonnen. Der Einmarsch wurde scheinheilig als militärische Hilfeleistung und Kooperation deklariert, das italienische Comando Supremo vermochte dagegen keinen Widerstand zu leisten. Es ging der Wehrmacht darum, die wichtigsten Alpenpässe sowie militärische und wirtschaftliche Schlüsselpositionen zu besetzen.

Als US-General Eisenhower am 8. September 1943 den Waffenstillstand öffentlich bekannt gab und Marschall Badoglio dies um 19 Uhr bestätigte, löste das OKW um 20 Uhr mit dem Stichwort „Achse“ die seit Monaten geplante Besetzung Italiens aus. Kaum eine Stunde später begannen die deutschen Divisionen mit den Kampfhandlungen gegen ihren bisherigen Verbündeten. Das Vorgehen war brutal und rücksichtslos; Erich Kuby nannte es „Verrat auf deutsch“. In der Tat lautete die gängige Rechtfertigung für die am italienischen Volk verübten Massenverbrechen, diese „Verräter“ müßten für ihren „Treubruch“ bestraft werden. Vor allem aber ging es darum, alle personellen und materiellen Ressourcen des bereits durch den Krieg weitgehend ruinierten Italien rücksichtslos für die deutsche Kriegführung zu nutzen. Bestrafungsmentalität und Ausplünderung des Landes flossen in diesem Ziel zusammen: Italien wurde ausgeplündert und zerstört, seine Bewohner verfolgt, verschleppt und vielfach massakriert.

Die Wehrmacht ging in Italien und in den von italienischen Truppen besetzten Gebieten in Frankreich, Slowenien, Kroatien, Albanien und Griechenland rücksichtslos gegen alle italienischen Verbände vor. Sie entwaffnete sie und nahm die Soldaten gefangen. Warum gelang ihnen das in kurzer Zeit und ohne stärkeren Widerstand? Erstens standen die deutschen Truppen bereits im Land und waren auf diesen Coup bestens vorbereitet. Zweitens feierten die italienischen Soldaten in ihren Kasernen den Waffenstillstand, von dem sie annahmen, er sei mit den Deutschen abgesprochen, als Ende des Krieges und sehr viele gingen einfach nach Hause. Drittens hatte die Regierung Badoglio die Truppen darauf nicht vorbereitet und keine klaren Befehle erteilt. Viertens waren viele militärische Führer durch den Waffenstillstand desorientiert. So ließen sich die meisten Verbände überrumpeln und entwaffnen, manche Truppenteile lösten sich durch Massendesertion auf. Unter



offiziellem Protest der italienischen Regierung, aber ohne militärische Gegenwehr besetzte die Wehrmacht in den nächsten Tagen zwei Drittel des italienischen Festlandes und alle bisher italienisch besetzten Gebiete.

Von den rund eineinhalb Millionen italienischen Soldaten wurde über die Hälfte gefangengenommen. Allerdings galten sie juristisch nicht als Kriegsgefangene, sondern als „Militärinternierte“, d.h. sie entbehrten auch des minimalen Schutzes durch das geltende Kriegsvölkerrecht. Das schändliche, absichtlich schikanöse und mörderische Verhalten gegenüber diesen zur Arbeit meist nach Ostpolen und in die besetzten sowjetischen Gebiete deportierten Internierten ist von deutschen Historikern erforscht und dargestellt, doch von der deutschen Gesellschaft weitgehend verdrängt worden. Einige wenige italienische Verbände auf dem Balkan ließen sich nicht entwaffnen, sondern schlossen sich mit ihren Waffen den Widerstandsbewegungen an, insgesamt etwa 20.000 Soldaten. Doppelt soviel, nämlich 42.000 erklärten sich bereit, auf deutscher Seite weiterzukämpfen. 240.000 Mann gelang es, zu den Westalliierten überzutreten. Wo sich die italienischen Soldaten nicht den Wehrmachtbefehlen unterwarfen, nicht kapitulierten oder ihre Waffen den Widerstandskämpfern überließen, sollten sie drakonisch bestraft werden. So befahl der Stellvertretende Kommandeur des XIV. Panzerkorps, Generalleutnant Hermann Balck, den rücksichtslosen und brutalen Einsatz aller Machtmittel zur Besetzung von Neapel. Gefangene italienische Offiziere, vor allem Kommandeure, seien sofort als Freischärler zu erschießen und keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen<sup>1</sup>. Auf den griechischen Inseln Kerkyra (Korfu) und Kefallonia, im ukrainischen Lwiw (Lemberg) und an anderen Orten massakrierte die Wehrmacht die italienischen Soldaten gleich zu Tausenden.

Die Apenninenhalbinsel nördlich von Neapel diente seither als Glacis vor den deutschen Grenzen. Es wurde hinhaltend verteidigt, in den frontnäheren südlichen Gebieten nahezu völlig ausgeraubt und nördlich des Apennin systematisch für die deutsche Kriegswirtschaft ausgenutzt, bevor auch hier die Ausplünderung die Ausbeutung ersetzte.

Der deutsche Beutezug in Italien begann mit nicht unbeträchtlicher militärischer Beute: 1,25 Millionen Gewehre, 38.383 Maschinengewehre, 9.986 Geschütze, 15.500 Kraftfahrzeuge, 970 Panzer und Sturmgeschütze, 4553 Flugzeuge und 61 Kriegsschiffe. Die Goldvorräte der Banca d'Italia in Höhe von 331 Millionen Reichsmark wurden beschlagnahmt, und 100 Mill. davon - mit „Zustimmung Mussolinis“ - sofort für „Zwecke der Kriegführung“ verbraucht, auch der Rest wanderte in diesen Schlund. Die Ausbeutung Italiens erfolgte hauptsächlich über Kontributionen, „Kriegslastenbeitrag“ genannt, er betrug von Juli bis September 1944 monatlich 1.075 Millionen Reichsmark und war somit der höchste Besatzungskostensatz, den das nazistische Deutschland überhaupt einem besetzten Land

<sup>1</sup> Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Dok.171, S. 254.

aufgelegt hatte. Wie alle von Deutschland besetzten Länder war auch Italien nach der Befreiung finanziell ruiniert.

Wirtschaftlich waren die deutschen Okkupanten vor allem an Lieferungen von Kupfer (21% des deutschen Verbrauchs), Molybdän (23%), Wolfram (9%), Asbest (45%) und Tonerde (14%) interessiert. Bei Quecksilber, Bauxit, Asbest und Bergkristall war Italien sogar der einzige Lieferant. Von der verarbeitenden Industrie bezog Deutschland vor allem Lastkraftwagen (14%) und die Wehrmacht Textilien. Doch je mehr entsprechend der hinhaltenden Verteidigung die Front nach Norden rückte, desto mehr wurde die Wirtschaftspolitik der Deutschen mit nackter Ausplünderung bzw. wo nichts mehr transportiert werden konnte, mit Zerstörung identisch. Geraubt wurden alle transportfähigen Güter aus Industrie und Landwirtschaft, von Transportmitteln über Maschinen bis zu kompletten Werkanlagen, von Roh- und Treibstoffen bis zu Gütern des täglichen Bedarfs. Zerstört wurden vor allem die Einrichtungen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung.

Die deutsche Okkupationspolitik in Italien hatte mehrere Dimensionen. In den Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“ wurde sie als Vorstufe einer künftigen Annexion betrieben. Anknüpfend an die tradierte Politik einer Revision der Folgen der österreichischen Niederlage gegen Italien im ersten Weltkrieg zielte sie darauf ab, jene norditalienischen Gebiete, die Jahrhunderte von Österreich beherrscht worden waren, nunmehr dem „Großdeutschen Reich“ einzuverleiben und dadurch im Raum Alpen-Adria einen Mittelmeerezugang und einen Eckpfeiler für die deutsche Südostexpansion zu gewinnen. Verdienstvoll ist die Analyse der Schlüsselstellung des friaulisch-slowenisch-kroatischen Raumes für die deutsche Expansion in Richtung Südost. Eine weitere Stärke des Buches besteht darin, zu untersuchen, welche Zielvorstellungen der deutschen Südostexpansion und des österreichischen Revisionismus hinsichtlich der Nachkriegsgrenzen in die Grundlagen für Hitlers Entscheidungen über das deutsche Okkupationsregime eingingen und wie sich die spezifischen Expansionsinteressen der NSDAP-Gauleitungen in Kärnten und Tirol mit Hitlers Italien-Vorstellungen nach Mussolinis Sturz treffen konnten. Wedekind hebt erstmals ins öffentliche Bewußtsein, welche initiative und bei manchen Lösungen auch entscheidende Rolle die NSDAP-Gauleiter Franz Hofer und Friedrich Rainer in diesen Septembertagen 1943 spielten.

Das besetzte Italien wurde administrativ dreigeteilt: Im Süden verlief hinter der Front das Operationsgebiet, hier übten die Kommandierenden Generale der Armeekorps die Macht aus. Mit der hinhaltenden Verteidigung rückten Frontlinie und Frontzone sukzessive weiter nach Norden, so daß im Verlaufe der Zeit fast ganz Italien zum Kriegsschauplatz wurde. Nach Norden schloß sich das Gebiet der deutschen Militärverwaltung an, welches identisch war mit dem der Italienischen Sozialen Republik unter Mussolini. Formal fungierte der Oberbefehlshaber

Südwest als oberste Okkupationsbehörde für das ganze Land. Ihr Chef war der Generalfeldmarschall Albert Kesselring. Ihm unterstanden die in Italien eingesetzte Heeresgruppe C mit drei Armeen und 32 Divisionen und taktisch auch die in Italien kämpfenden Teile der Waffen-SS. Sein ziviles Pendant war der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches bei der Faschistischen Nationalregierung, Botschafter Rudolf Rahn. Für die Koordinierung des Terrors gegen die Widerstandsbewegung und die Zivilbevölkerung war ein Höchster SS- und Polizeiführer eingesetzt, ihm unterstanden je ein Befehlshaber Waffen-SS, Sicherheitspolizei und SD sowie Ordnungspolizei. Diese Funktion bekleidete SS-Obergruppenführer Karl Wolff, zuvor Chef des Persönlichen Stabes von Himmler und nunmehr praktisch der SS-Vormund für Mussolini.

Mit den Operationszonen im Norden bzw. Nordosten wurden Sonderverwaltungsgebiete geschaffen, die sowohl der Jurisdiktion des italienischen Staates als auch jener der deutschen Militärverwaltung entzogen und administrativ den NSDAP-Gauleitern der angrenzenden österreichischen „Reichsgaue“ Tirol und Kärnten als Oberste Kommissare unterstellt waren. Hofer bzw. Rainer sollten ihre Operationszonen wie deutsche Provinzen verwalten, später sollten diese nach Hitlers Verlautbarung „zum Reich kommen“. Beide begannen ohne Zeitverzug mit der „Germanisierung“. Die Obersten Kommissare unterstanden allein Hitler. Diese Immediatstellung gab ihnen einen großen Handlungsspielraum. Diese Zivilverwaltung bedeutete für die Operationszonen eine Vorstufe der Annexion. Mit ihr wurde die deutsche Grenze bis an das Mittelmeer vorgeschoben.

Die Operationszone „Alpenvorland“ reichte vom Brennerpaß im Norden bis zum Gardasee im Süden und umfaßte die italienischen Provinzen Bozen, Trient und Belluno. Im Nordwesten grenzte sie an die Schweiz. Das Annexionsprogramm der Tiroler NSDAP-Führung unter Hofer richtete sich auf die Wiederherstellung der alten Tiroler Landeseinheit; die 1918 an Italien verlorenen Territorien sollten wieder an Tirol angeschlossen werden. Das war vor 1943 insofern schwierig, als Hitler nach dem „Anschluß“ Österreichs am 7. Mai 1938 feierlich den unwiderprüflichen Verzicht Deutschlands auf Südtirol erklärt hatte. Die deutsch-italienische Grenze sollte am Brenner verlaufen. Die 1939/40 vereinbarte Aussiedlung der deutschen Südtiroler nach Nordtirol blieb indessen ein Fiasko, die Pläne, alle deutschen Südtiroler auf die Krim umzusiedeln, vereitelten die Siege der Roten Armee. Hitlers Brenner-Garantie hatten die deutschen Nationalisten Tirols auch nie wirklich akzeptiert. Nunmehr hofften sie, mit Mussolinis Sturz sei sie hinfällig geworden. In Vorbereitung der geplanten Aussiedlung hatten die Nazis allerdings sei 1939 in der Provinz Bozen eine inoffizielle deutsche Paralleladministration aufgebaut, sie übernahm am 8. September reibungslos die Macht.

Die Innsbrucker Gauleitung der NSDAP wollte die Italianisierung umkehren, die Folgen der mißglückten Umsiedlung beseitigen und Südtirol „rückdeutschen“ bzw.

„aufdeutschen“. Sie verfolgte eine Politik des unmittelbaren Anschlusses Südtirols an Deutschland. Dazu bediente sie sich der „Deutschen Volksgruppe Südtirol“, einer faktischen Vorfeldorganisation der NSDAP als Massenbasis, die zugleich die deutsche Annexionspolitik exekutierte. Nach einem Bericht an das Auswärtige Amt fühlte sich die „Südtiroler Bevölkerung“ „nach dem Einmarsch der deutschen Truppen sofort als zum Reich gehörig. Die italienischen Inschriften in den Städten und Dörfern sowie die Ortsnamen wurden mit deutschen Bezeichnungen übermalt. Der Südtiroler Sicherheits- und Ordnungsdienst hat die faschistische Miliz abgelöst, die italienischen Carabinieri wurden durch deutsche Ordnungspolizei ersetzt. Bozen gleicht einer deutschen Garnisonsstadt. Die Schulen sind sofort auf die deutsche Sprache umgestellt worden. Die deutsche Bevölkerung rechnet heute fest mit dem Anschluß an das Reich.“<sup>1</sup> Der Bevollmächtigte Hitlers bei der Regierung Mussolini, Botschafter Rahn, nannte in einem Brief an den Obersten Kommissar Hofer vom 1.1.1945 die faktische Annexion die „fröhlichen Urstände der Grafschaft Tirol“. (66)

Hofers Kriterium, nur „deutschen Volksboden“ zurückgewinnen zu wollen, war wie in allen anderen Fällen territorialer Angliederung nur vorgeschoben, faktisch galten militärstrategische Ziele. Die Provinz Belluno sollte die territoriale Verbindung zur östlich benachbarten Operationszone „Adriatisches Küstenland“ bilden. Die Operationszone „Adriatisches Küstenland“ umfaßte die italienischen Provinzen Udine, Görz, Triest, Fiume und Pola (Istrien), die bisher von Italien annektierte jugoslawische Provinz Lubljana (Laibach) sowie die Intendenza Civile per i Territori Annessi del Fiumano e della Cupa. Sie grenzte im Norden an Kärnten und im Nordosten an die jugoslawischen Gebiete unter deutscher Zivilverwaltung Oberkrain und Untersteiermark. Hier wohnten nur wenige Deutsche, vor allem im Kanaltal. Mit Ausnahme dieses Tales konnten sie nirgends eine Massenbasis für die Okkupationspolitik abgeben.

Die Hitler von dem Kärntener NSDAP-Gauleiter Rainer unterbreiteten Vorschläge sahen den Anschluß italienischer und jugoslawischer Gebiete vor und sprachen von einem „Vorposten für die deutsche Beherrschung des europäischen Südostens“. Kärnten sollte eine zentrale Funktion für die Beherrschung der Adria gewinnen und mehr als nur regionale Bedeutung für die deutsche Hegemonialstellung in Europa erhalten. Hatte sich Deutschland 1941 beim Überfall auf Jugoslawien Slowenien mit Italien geteilt, so sollte nunmehr der südliche Teil Sloweniens übernommen werden, dazu Ober-, Inner- und Unterkrain zu einem deutschen „Schutzgebiet“ zusammengeschlossen und eine Art „Pufferstaat Friaul“ gebildet werden. Krain,

1 Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Martin Seckendorf unter Mitarbeit von Günter Keber, Jutta Komorowski, Horst Muder, Herbert Stöcking und Karl Übel (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), hg. vom Bundesarchiv, Bd. 6) Berlin-Heidelberg 1996, Dok. 199, S. 275.

Görz und Istrien sollten nach Vorstellungen Rainers „Reichsmarken“ werden. Das Maximalprogramm des Kärntener Revisionismus bestand in der Wiederherstellung der italienisch-österreichischen Grenze von 1914. Die Expansionsinteressen der regionalen NSDAP-Gruppierung wurden mit militärischen Entscheidungen verbunden, insbesondere mit jenen der Küstenverteidigung an der Adria, denn hier wurde eine alliierte Landung für wahrscheinlich gehalten, die von der starken Partisanenbewegung in Istrien und dem weiteren Hinterland Unterstützung erhalten könnte. Triest und Pola sollten deutsche Häfen werden.

Faktisch folgte die Grenzfestlegung der Operationszone nach Nordosten und Osten den alten österreichischen Verwaltungseinheiten. Die deutsche Vorherrschaft in diesem ethnisch heterogenen Raum aber sollte sich deutlich von der italienischen Politik gegenüber Slowenien abheben, auf eine kurzfristige „Germanisierung“ verzichten und dafür als Ordnungsmacht einen Ausgleich der Ethnien vermitteln. So wurden die Italianisierungsbestrebungen in der Provinz Laibach liquidiert, sie erhielt eine slowenische Kollaborationsverwaltung. Diese der andernorts praktizierten „Volkstumspolitik“ der Nazis kraß widersprechende Linie schien um so dringlicher, als die Widerstandsbewegung in dieser Operationszone militärisch stark war und es den deutschen Okkupanten nie gelang, sie auszuschalten.

Um den deutschen Annexionsbestrebungen eine günstige Resonanz zu verschaffen, wurden sie gegenüber den anderen italienischen Besatzungsgebieten auf dem Ernährungs- und Versorgungssektor bevorzugt. Während das besetzte Italien finanz- und wirtschaftspolitisch ausgeplündert wurde, wurden die für eine künftige „Reichsanbindung“ vorgesehenen Operationszonen vorerst verschont. Auch die Rekrutierung für den Arbeits- oder den Kriegseinsatz wurde zurückhaltender vorgenommen. Diese sozialpolitischen Pazifizierungsbemühungen sollten die Bereitschaft zur Kollaboration fördern, doch eine Massenbasis hatten sie nur in Südtirol. Spätestens mit dem vollen Einsatz der Kriegsdienstrekrutierungen und den Deportationen für den Arbeitseinsatz waren derartige „Konsensbildungsstrategien“ kompromittiert. Die deutsche Lohn- und Preispolitik scheiterte, die Okkupanten verloren effektiv die Kontrolle über den Ernährungssektor und die Schwarzmarktwirtschaft, der passive und aktive Widerstand nahm zu. Der Versuch einer ethnischen Konfliktsteuerung zwischen Slowenen, Kroaten und Italienern war gescheitert.

Hitlers ausgesprochene Annexionsabsicht hinsichtlich der beiden Operationszonen durfte offiziell nicht erwähnt werden, um die Fiktion einer Respektierung der staatlichen Souveränität Italiens und seiner Bündnispartnerschaft aufrechtzuerhalten. Daher wurden Pläne zur formellen Annexion ebenso zurückgestellt wie die des Auswärtigen Amtes zur Schaffung von Reichsprotektoraten. Doch Hitler änderte auch dann nichts an den Festlegungen über die Operationszonen und ihre Kommissare, als Mussolini wieder als Regierungschefs der nominell selbständigen

Sozialen Republik Italien eingesetzt worden war. Diese Regierung hatte in den Operationszonen nichts zu sagen, auch wenn ihr die Kompetenzen formell nicht gekündigt wurden. Alle Proteste Mussolinis und seiner Minister gegen die Maßnahmen der Obersten Kommissare zur Entitalianisierung liefen ins Leere. Diese faktische Amputation Italiens und der Verlust seiner Souveränität bildeten daher die schwerste Belastung für die Beziehungen zwischen der deutschen Okkupationsmacht und der Regierung Mussolini. „Bemüht, sich über den Status einer Regierung von Hitlers Gnaden zu eigener Selbständigkeit zu erheben, ist Mussolinis Einsatz für die Souveränitätsrechte in den halbannektierten Provinzen des Landes zur Prestigefrage, für manchen gar zur eigentlichen Existenzfrage der RSI geworden.“ (101)

Die faktische Lage vertuschend, versuchten die Nazidiplomaten die Italiener zu beruhigen und zu täuschen. Die Herauslösung aus dem italienischen Hoheitsgebiet sollte de facto erfolgen, ohne öffentlich deren staatsrechtlichen Status definieren zu müssen. Die Formulierung, daß die Hoheitsrechte des italienischen Staates in den Operationszonen „ruhten“ und auf die Obersten Kommissare übergegangen seien, sollte der Regierung in Salò jedoch in aller Deutlichkeit klarmachen, daß sie sich in den Operationszonen „stark zurückhalten“ müsse und „eine italienische Verwaltungstätigkeit“ dort „nicht erwünscht“ sei. Weder italienische Regierungsstellen noch Truppen sollten dort disloziert werden. Den schwersten Eingriff in die Souveränität des Landes stellte die Einsetzung von Präfekten durch die Obersten Kommissare dar, die sich damit die Rechte des italienischen Staatsrates anmaßten. Die Übertragung strafrechtlicher Befugnisse an diese Präfekten widersprach eklatant italienischem Recht. Allerdings wollten die Obersten Kommissare mit Ausnahme der Provinz Bozen, die sofort und umfassend „germanisiert“ wurde, die faschistischen Behörden nicht gänzlich ausschalten, sondern sich in der Verwaltung sogar auf sie stützen. Nach außen hin sollten die wirklichen Machtverhältnisse kaschiert werden und der Eindruck autonomer Verwaltungsführung durch die italienischen Organe gewahrt werden. Faktisch aber wurden letztere, insbesondere die Präfekturen, funktional ausgehöhlt und entmachtet. Die Durchsetzung der Anordnungen der Obersten Kommissare auf Provinzebene oblag den sog. Deutschen Beratern.

Zwei Provinzen innerhalb der Operationszonen wichen hinsichtlich ihres Status ganz erheblich von den anderen ab: Die Provinz Bozen wurde faktisch annektiert und völlig ins „Dritte Reich“ einbezogen, die meisten italienischen Amtsträger durch Deutsche ersetzt, die faschistische Partei verboten. Nirgends in den Operationszonen war der politische Machtwechsel so radikal wie hier. Italiener stellten in keiner Gemeinde mehr den Bürgermeister. Wedekind stellt sogar fest: „Der politisch-administrative Elitenwechsel vom Herbst 1943 bildet in der Südtiroler Geschichte eine wesentlich signifikantere gesellschaftspolitische Zäsur als das Friedensjahr 1945, das im Vergleich mehr durch personelle Kontinuitäten



charakterisiert ist.“ (140)

Einen ganz anderen Sonderstatus hatte die Provinz Laibach in der Operationszone „Adriatisches Küstenland“. Ihr wurde eine eng umgrenzte ethnische und administrative Scheinautonomie eingeräumt. Alle italienischen Okkupationsbehörden wurden durch slowenische Kollaborationsverwaltungen ersetzt. Der deutsche Besatzungsapparat wollte sich gegenüber den nicht-italienischen Ethnien demonstrativ konzilianter zeigen als die italienischen Faschisten, die zur gleichen Zeit in der RSI ihre antislawische Politik noch radikalisierten. „Interessenidentitäten ließen sich in dieser ansonsten von tiefem Mißtrauen gekennzeichneten Kollaboration offenbar einzig über die Schiene der Partisanenbekämpfung herstellen.“ (401) Denn entscheidend war der Status der slowenischen Provinz dadurch bestimmt, daß sie weitgehend unter Kontrolle der Partisanen stand.

Im Frühjahr 1944 befanden sich mit Ausnahme der Provinzhauptstadt auch die Provinz Triest sowie das halbe Istrien in der Hand der Aufständischen. In der Provinz Belluno beschränkte sich 1944 die effektive Kontrolle der deutschen Okkupanten auf ein paar Besatzungstützpunkte und Posten. Im slowenischen Teil der Provinz Görz und in der italienischen Udine konnten die Partisanenverbände Partisanenrepubliken aufbauen, die sich längere Zeit hielten. Trotz des terroristischen Krieges der deutschen Okkupanten gegen die Widerstandsbewegungen, trotz eines enormen Kräfteinsatzes und bestialischer Brutalität aber war das erklärte Ziel der Okkupanten, die Partisanenbewegung zu beherrschen, unerreichbar. Die zur „Eindeutschung“ vorgesehenen Operationszonen waren mit Ausnahme Südtirols der deutschen Besatzungsherrschaft von den Widerstandskämpfern bereits vor der Kapitulation weitestgehend abgerungen. Als der Waffenstillstand mit den Alliierten am 2. Mai 1945 in Kraft trat, waren Triest, Görz und Pola von Verbänden der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee befreit, die bis zum 8. Mai auch Julisch-Venetien einnahm. Die Provinzhauptstadt Belluno sowie Gebiete im Trentino waren von italienischen Partisanen befreit worden.

Wedekinds Buch enthält mehrere nützliche Anhänge, vor allem zur Struktur der Zivilverwaltungsorgane und des SS- und Polizeiapparates in den Operationszonen sowie zu den Antipartisanenaktionen und Massakern. Die Ausstattung mit Karten ist vorzüglich. Dem informativen und verdienstvollen Buch ist eine nachhaltige Wirkung zu wünschen.

Werner Röhr

KLAUS SCHMIDER: *Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944*. Mit einem Geleitwort von Gerhard L. Weinberg, Verlag E.S. Mittler & Sohn, Hamburg 2002, 630 S., Ill.

Klaus Schmider (Jg. 1966) ist seit 1999 Dozent für Militärgeschichte an der Royal Military Academy Sandhurst in Großbritannien. Diesem Buch liegt seine Disser-



tationsschrift zugrunde, mit der er im April 2001 an der Universität Mainz promovierte. Seine faktenreiche Darstellung des Krieges der „Achsenmächte“ gegen die jugoslawische Widerstandsbewegung in den Jahren 1941-1944 schließt, so Weinberg, eine Forschungslücke zum zweiten Weltkrieg. Es sei „das große Verdienst dieser Studie, die komplizierten Ereignisse in ein neues, verständliches Licht zu stellen“. (8)

Die umfangreiche Literatur zur Geschichte Jugoslawiens im zweiten Weltkrieg bezieht sich fast durchweg nur auf Teilaspekte. Schmider legt erstmalig eine Gesamtdarstellung des politischen und militärischen Geschehens in diesem Brennpunkt des zweiten Weltkrieges vor. Er untersucht akribisch die Probleme der Koalitionskriegführung der deutschen Faschisten mit ihren italienischen Verbündeten, analysiert die taktisch-operativen Ursachen für das "Fehlschlagen der meisten deutschen Operationen" und bilanziert im Schlußkapitel das Scheitern der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes.

Eingangs seiner Analyse der Probleme der Koalitionskriegführung der deutschen mit den italienischen Streitkräften untersucht der Autor die italienischen Machtansprüche im neu geschaffenen „Unabhängigen Staat Kroatien“ (Nezavisna Drzava Hrvatska/NDH) unter dem „Poglavnik“ Ante Pavelic. Formell von beiden „Achsenmächten“ unterstützt, führte ihr jeweiliger Umgang mit dem Ustascha-Staat zunehmend zu Problemen zwischen Deutschland und Italien. So wurden die politischen Kontakte der italienischen Besatzungsoffiziere mit den Ustascha-Führern vom deutschen Oberkommando in Agram (heute Zagreb) mit größtem Mißtrauen beobachtet. Denn die italienische Generalität versuchte, die Demarkationslinie zwischen der 2. Armee und der deutschen Besatzungsmacht zugunsten der italienischen Streitkräfte über Sarajevo hinaus nach Osten hin zu verschieben. Die eine oder andere „Ermahnung Mussolinis, das Bündnis mit Agram nicht allzu großen Belastungen auszusetzen, vermochte daher in den folgenden Monaten weder Generaloberst Ambrosio, noch seinen Nachfolger Mario Roatta daran zu hindern, den italienischen Brückenkopf am östlichen Adriaufer durch Inanspruchnahme aller politischen und militärischen Mittel möglichst weit ins Landesinnere vorzutreiben.“(97)

Der schließliche Verzicht der Italiener auf eine Besetzung ganz Kroatiens machte ein verstärktes Engagements der deutschen Wehrmacht westlich der Drina, also im vom NDH-Staat annektierten Bosnien unerlässlich. Sie besetzte einige Gebiete um Gorazde, um den sog. Unruhherd Ostbosnien zu beseitigen. Der Kommandierende und Bevollmächtigte General Serbiens, Paul Bader, kam zu dem Schluß, daß eine flächendeckende „Befriedung“ Bosniens mit den der Wehrmacht zur Verfügung stehenden Kräften völlig ausgeschlossen sei. Er schrieb am 5. Februar 1942 an den Wehrmachtsbefehlshaber - Südost, daß bei „der Größe des Raumes und der Schwierigkeit des Geländes mindestens 6 Divisionen eingesetzt werden müßten“.

Und weiter: „Dazu wäre eine Zeit von 6-8 Wochen nötig. Wenn der letzte waffenfähige Mann aus Ost-Bosnien verschwunden sein wird, ist immer noch zu erwarten, daß die Weiber sich gegenseitig totschiessen werden.“ (114)

Jugoslawien war wegen seines zum Teil noch nicht erforschten Rohstoffreichtums für die deutschen Wehrwirtschaftsführer von größtem militärischen und ökonomischen Interesse. Die „Zauberworte“ hießen in erster Linie: Bauxit, Kupfer, Chrom, Siderit und Limonit. So gesehen war die Besetzung Jugoslawiens wesentlich eine wirtschaftsstrategische Frage der deutschen Kriegführung.

Durch den Vertrag über den gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehr vom Mai 1934 hatten die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen bereits in der Vorkriegszeit ein besonderes Gepräge erhalten. Der Handel zwischen beiden Ländern konnte danach im wesentlichen ohne Zahlungen in frei konvertierbaren Währungen erfolgen. Das mit diesem Abkommen eingeführte gegenseitige Clearingverfahren löste Jugoslawiens Schwierigkeit, krisensichere Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Produkte zu finden, immerhin wurden 40 Prozent des jugoslawischen Außenhandels mit dem Deutschen Reich abgewickelt. Deutschland aber brauchte für landwirtschaftliche Importe aus Jugoslawien keine seiner überaus knappen Devisen auszugeben.

Trotz dieser Vorgeschichte funktionierte nach der Besetzung Jugoslawiens 1941 dessen wirtschaftliche Ausbeutung nicht in dem Maße, wie sich das die deutsche Führung vorgestellt hatte. Denn mit der Hochrüstung und noch mehr seit Kriegsbeginn 1939 stieg das Interesse deutscher Rüstungsfirmen an in Jugoslawien geförderten kriegswichtigen Rohstoffen sprunghaft an, deren Sicherung wurde vorrangig. Zu Kriegsbeginn war ein großer Teil der jugoslawischen Erzgruben in der Hand britischer und französischer Kapitalgesellschaften, deutsche Rohstoffimporte aus diesen Gruben entfielen damit und waren bis 1941 dem deutschen Zugriff entzogen. Mit der Okkupation jugoslawischen Territoriums durch Deutschland und Italien wurde die Verteilung der Rohstoffvorkommen des Landes durch die Besatzer neu geregelt.

Die deutschen Besatzer konzentrierten sich auf die Aneignung und Ausbeutung der Lagerstätten von Bauxit, phosphorarmen Eisenerz, Kupfer und Chrom. Bauxit als Grundstoff für die Aluminiumherstellung war vor allem bei Mostar in der Herzegowina und bei Sinj in Dalmatien zu finden. Obwohl die deutschen Wehrwirtschaftsführer Liefermöglichkeiten von 500.000 Jahrestonnen für das Jahr 1942 prognostizierten, wurden gerade mal 200.000 Tonnen abtransportiert. Ursache für die bedeutend geringere Menge war nicht eine zu geringe Förderleistung, vielmehr waren es die ungenügenden Transportmöglichkeiten, sowohl per Bahn als auch per Schiff. 1943 konnten die Okkupanten nur noch 141.000 Tonnen abfahren, die meist noch auf Halde lagen. Obwohl ein „Führerbefehl“ vom 14.

Dezember 1943 eine Mindestausfuhr von monatlich 16.000 Tonnen vorschrieb, blieb auch das Ergebnis des folgenden Jahres deutlich hinter den Erwartungen zurück. Kampfhandlungen aller Art, zu dieser Zeit einsetzende alliierte Luftangriffe, Brücken- und Schienensprengungen durch die jugoslawischen Partisanen, Waggonmangel und Kohlenmangel für die Lokomotiven gestatteten Ende August 1944 lediglich eine Ausfuhr von knapp 50.000 Tonnen Bauxit. So berichtete jedenfalls der deutsche Wehrwirtschaftsoffizier in Agram.

Auch die Erzvorkommen Kroatiens waren für die deutsche Wirtschaftsführung von allergrößtem Interesse. Das im westbosnischen Ljubija geförderte phosphorarme Siderit und Limonit waren für die Stahlerzeugung in der deutschen Rüstungsindustrie lebenswichtig. 1941 konnten noch 25.000 bis 30.000 Tonnen pro Monat in die Hochöfen Italiens, Ungarns, Rumäniens, Österreichs sowie des Protektorats Böhmen und Mähren abtransportiert werden. Die Kupfermine von Bor in Nordostserbien hatte beispielsweise 1939 eine Förderung von einer Million Tonnen Kupfererz. Das waren zwei Prozent der Weltjahresproduktion. Im April 1942 deckte diese Mine in Bor den jährlichen Kupferbedarf Deutschlands zu 20 bis 22 Prozent. Ende 1943 betrug die monatliche Förderquote nur noch 50.000 Tonnen. Die „reichten aber aus, um die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft zu befriedigen“. (561)

Von allen kriegswichtigen Bodenschätzen kam Chrom als Hauptträger aller Legierungsstähle für die deutsche Wirtschaft größte Bedeutung zu. Legierte Stähle wurden in der deutschen Rüstungsindustrie zu 90 Prozent für Magnet- und Kugellager, für die Panzerfertigung und Panzermunition, für Flugzeugmotoren, für wichtige U-Boot-Teile wie Periskope und Torpedos gebraucht. 1943 haben die mazedonischen Gruben mit jährlich 120.000 Tonnen gefördertem Erz fast zwei Drittel der deutschen Chromeinfuhr gesichert. Der Rest kam überwiegend aus der Türkei und Griechenland. Um die Förderung in der Grube Nada auch 1944 zu sichern, ersuchte der Generalbevollmächtigte für den Metallergbergbau Südost im Januar 1944 vom Reichsforstmeister die Lieferung von 6.000 Festmetern Eichenholz. Weitere 6.000 Festmeter wurden für die übrigen mazedonischen Gruben verlangt, da ohne Eichenholz für den Grubenausbau die Förderung drastisch zurückgehen würde. Doch im Oktober 1944 begann der Rückzug der Wehrmacht aus Griechenland und Mazedonien, die Forderungen wurden gegenstandslos. Eine umfassende Lieferstatistik für alle Erze aus Jugoslawien während der Okkupation liegt nicht vor. Auch über den Raub von Getreide, Öl, Leder und lebenswichtigen Agrarerzeugnissen fehlen leider umfassende und zuverlässige Angaben.

Nachdem Deutschland und Italien am 6. April 1941 Jugoslawien ohne Kriegserklärung überfallen hatten, kapitulierte die jugoslawische königliche Armee nach wenigen Tagen. Doch bereits nach wenigen Wochen entwickelte sich allmählich eine zuerst noch schwache Widerstandsbewegung in Serbien, danach in allen

Provinzen des Landes. Das Land auf dem Balkan wurde zu einem der brutalsten, blutigsten und opferreichsten Kriegsschauplätze, doch Schmider wendet sich dieser Kriegführung und dem Massenterror der deutschen Wehrmacht, vor allem in Serbien, nur mit äußerster Zurückhaltung zu.

Aus anfänglich 31 versprengten Offizieren und Unteroffizieren des besiegten königlich-jugoslawischen Regimes bildete „Draza“ Mihailovic die militärische Organisation der *Āetnici*. Sie vertrat offiziell die Londoner Exilregierung. Dies bedeutete, deren Kreisen innenpolitisch die Herrschaft zu sichern, und diese Funktion bestimmte auch Ausmaß und Grundsätzlichkeit des Kampfes der *Āetnici* gegen die Okkupanten. In den letzten Jahren kollaborierte Mihailovic nicht mehr verdeckt, sondern direkt mit der deutschen Wehrmacht. Auch waren die *Āetnici* mitverantwortlich für ethnische Säuberungen in Serbien und Bosnien an der jüdischen respektive an der muslimischen Bevölkerung.

Seit Juni 1941 kämpften anfänglich nur 1.000 bewaffnete Partisanen unter Führung von Josip Tito, der auch Generalsekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens war, gegen die faschistischen Okkupanten. Diese Partisanenbewegung wurde bald zur politischen und militärischen Hauptkraft des Widerstandes gegen die Okkupanten, zugleich war sie ein erklärter Gegner des jugoslawischen Königshauses. Vor allem aber war sie derjenige militärische Gegner, gegen den die deutschen Faschisten ihre Kräfte vor allem in Großoffensiven einsetzten.

Den Massenterror und die Vernichtungsfeldzüge der Okkupanten in Jugoslawien behandelt Schmider nicht mit der erforderlichen Gewichtung. Er erwähnt zwar die Geiseler-schießungen im Herbst 1941 und nennt die heruntergerechnete Zahl von 1.000 Toten. Unerwähnt bleiben die über 2.200 ermordeten Bürger von Kragujevac, darunter über 600 Gymnasiasten und ihre Lehrer, die über 2.000 Opfer des deutschen Vernichtungsfeldzuges von Valjevo, Kraljevo, Sabac, Gornij Milanovac und anderen Orten. Nur in einer Fußnote erwähnt Schmider den Geiselmordbefehl des Chefs des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, vom 16. September 1941, der von Hitler ausdrücklich gebilligt wurde. Dieser Befehl sah vor, daß für jeden gefallenen deutschen Soldaten 50 jugoslawische Geiseln zu erschießen. Juden und Kommunisten wurden bevorzugt als Geiseln genommen, aber häufiger wurden die Geiseln dazu erklärt. Der Kommandierende und Bevollmächtigte General für Serbien, Franz Böhme, ordnete dienstbeflissen an, statt des Verhältnisses 1 zu 50 ein Sanktionsverhältnis von 1 zu 100 anzuwenden, also für jeden getöteten deutschen Soldaten einhundert und für jeden verwundeten deutschen Soldaten fünfzig Jugoslawen zu erschießen. Auch die gerichtsnotorische Ausrottung fast der ganzen jüdischen Gemeinde Serbiens unter Zuhilfenahme von extra aus Deutschland besorgten Gaswagen der Waffen-SS wird von Schmider ausgeblendet ebenso wie die vielen im besetzten Jugoslawien errichteten Konzentrationslager, in denen Hunderttausende Menschen ermordet wurden bzw. umkamen.

Dennoch ist Schmiders Buch eine wertvolle und äußerst informative Ergänzung zu den vorliegenden historischen Forschungsergebnissen. Organigramme, Lagekarten, Dienststellenverzeichnisse der deutschen Wehrmacht, der SS und der italienischen und bulgarischen Streitkräfte sowie der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, Personalverluste beider Seiten sind in acht Anlagen beigelegt. Sehr aussagekräftig sind die zahlreichen Biografien deutscher und italienischer Generale und höherer SS-Führer sowie der bedeutendsten jugoslawischen Politiker. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis vervollständigt das Buch.

Franz-Karl Hitze

DIEMUT MAJER: Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte. Ideologie - Staat - Besatzungsregime in Europa 1939-1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002, 286 S.

Das neueste Buch der als exzellente Sachkennerin ausgewiesenen Autorin enthält zwischen 1978 und 1999 verfaßte Arbeiten. Seit langem verdanken wir Diemut Majer grundlegende Studien über Recht, Justiz und Verwaltung im Nazistaat, darunter das Standardwerk über dessen Umgang mit "Fremdvölkischen".<sup>1</sup>

Im Aufsatz "NS-Ideologie und NS-Rechtstheorie" charakterisiert sie Justiz und Staatsverwaltung Hitlerdeutschlands als Instrumente zur Verwirklichung der politischen Postulate des Regimes. Das - nirgends im einheitlichen Konzept formulierte - Prinzip der "rassischen" und "völkischen Ungleichheit" bildete den obersten Rechtsgrundsatz des Nazistaates. Immer neue Begriffe "völkischen Denkens", "völkischen Rechts" usw. entstanden. Wie pervers man nazistische Leitlinien in Rechts- und Verwaltungspraxis umsetzte, demonstrierte u.a. das Reichsgericht, als es 1936 in einem Zivilprozeß (Fall Charrell) "Rassefremden" die "Stellung als Rechtssubjekt, ja ihre Eigenschaft als menschliche Persönlichkeit" aberkannte (11) und deren Status - letztlich den späteren Völkermord vorwegnehmend - dem des Todes gleichstellte.<sup>2</sup>

Gleichwohl blieb der Grundsatz der "Ungleichheit" nicht auf „Fremdrassige“ begrenzt. Die "völkische Ungleichheit" fand vielmehr bald allgemeine Anwendung: "Artfremd" und "gemeinschaftsfremd" war alles Unerwünschte, wozu man sich der immer extensiver ausgeweiteten Theorie von der "mittelbaren kommunistischen Gefahr" bediente. Auf sie griff das Reichsgericht beim Verbot der

1 "Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Boppard 1981, 2. Aufl. München 1993. Ferner: Rechtsprinzipien des NS-Staats: Führerprinzip, Einheitspartei, Sonderrecht. Stuttgart 1987.

2 Juristische Wochenschrift 1936, S. 2529ff.

Impfgegner zurück<sup>1</sup> und das OLG München meinte, das Diskriminieren von Mitgliedern der Droschkenkutscher-Genossenschaften so rechtfertigen zu können<sup>2</sup>.

Die zweite Studie gilt dem allgemeinen Gleichheitssatz und dessen Umwandlung zum Sonderrecht im Nazistaat. Nach herrschender Meinung beinhaltete jenes Prinzip schon vor 1933 (anders die Verfassungsgerichtsbarkeit vorsehende Paulskirchenverfassung von 1848/49) allein die Gleichheit vor dem Gesetz, nicht aber die vor dem Gesetzgeber. Ihn daran zu binden, galt als Mißtrauen in die Unabhängigkeit des Parlaments, was sich ab 1933 als zutiefst verhängnisvoll erwies. Die Bindungsfreiheit des Gesetzgebers ließ die Nazis dem Rechtsstaat überhaupt abschwören. Der Staat durfte alles, wenn es nur in Gesetzesform geschah. "Was im Reichsgesetzblatt stand, konnte nicht Unrecht sein." (24) In der juristischen Lehre begegnete das keinen Bedenken, sondern wurde auf vielfältige Weise (so vom "Kronjuristen" des Regimes Carl Schmitt) rechtfertigt.

An Hand der Stufen der antijüdischen Gesetzgebung zeigt die Verfasserin, wie die "völkische Gesamtvereinigung" nach abgestimmtem Schema erfolgte. Letztlich hätte es mit dem 1944 vom Reichsinnenministerium vorbereiteten Gemeinschaftsfremdengesetz das Endstadium erreicht. Daß die Bestimmung, die Deutschland in "einziges KZ" verwandeln sollte (so Hans Frank im Nürnberger Prozeß) nicht wie geplant am 1. Januar 1945 in Kraft trat, war ausschließlich der Kriegslage geschuldet.

In der dritten Betrachtung ("Rechts"-Prinzipien des nationalsozialistischen Staates am Beispiel der Verfolgung Andersdenkender) verweist die Autorin darauf, daß die zeitgeschichtliche Forschung lange ihren Schwerpunkt auf die Verfolgungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung Europas legte. Es dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß diese den Höhepunkt eines großangelegten Systems bildeten, das "fester Bestandteil der juristisch-administrativen 'normalen' staatlichen Ordnung war". In der Tat löste sich das Prinzip des Sonderrechts mehr und mehr von seinem rassistischen Kern und wurde zum allgemeinen "Rechts- und Verwaltungsprinzip" des Regimes, das beim Diskriminieren „Fremdvölkischer“ besonders deutlich zum Ausdruck kam, zugleich aber Geltung für alle "unerwünschten" Personen beanspruchte. Das Prinzip des Sonderrechts war "Ausdruck der Rechtlosigkeit, des Unrechts schlechthin". (53)

Bilden diese Aufsätze den mit "NS-Ideologie und NS-Rechtstheorie" überschriebenen ersten Teil des Buches, ist der zweite dem Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Staatsorganisation gewidmet. Lange Zeit untersuchte man vor allem die Einflußnahme der NSDAP auf die Rechtsprechung und leitete daraus die These der "gefesselten Justiz" ab. Deren Niedergang in der NS-Zeit

1 Deutsches Strafrecht 1936, S. 429.

2 Urteil vom 27.1.1937, Jahrbuch für Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Bd. 15, S. 58ff.



bewirkten aber vor allem zwei Faktoren: die enormen organisatorischen und personellen Mitwirkungsrechte der Partei und der eigene Anteil der "NS-Rechtswahrer" zur Durchsetzung nazistischer Gedankenguts.

In der Untersuchung der Beziehungen zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei wird dargetan, wie die Ankläger speziell während des Krieges entscheidenden Machtzuwachs gegenüber den Gerichten erlangten (was den Einfluß der politischen Führung auf die Judikatur stärkte), sie aber auch zunehmend Kompetenzen an die Polizei (insbesondere die Gestapo) verloren.

Im Beitrag "Der Kampf um die Einführung des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in den 'eingegliederten Ostgebieten'" wird der Konflikt zwischen Reichsinnenministerium einerseits und der Reichsleitung der NSDAP sowie den dortigen Gauleitern andererseits über die Rechtsgestaltung in den im Oktober 1939 in das Reich eingegliederten Gauen Wartheland, Danzig-Westpreußen sowie den Regierungsbezirken Kattowitz und Zichenau dargestellt. Dabei setzten sich in der Regel die Amtswalter der Partei durch. Wegen der im Osten herrschenden Improvisation regt die Autorin an, differenziert zu untersuchen, ob und wie das in der Verwaltung Niederschlag fand. Dort habe man ja (außer "rein politischen Fällen") trotz ständiger Ermahnungen mangels Rechtsgrundlagen meist doch auf die Normen des Reichsrechts zurückgegriffen. Welche hirnrissigen Pläne Naziführer hegten, demonstrierte Bormann: Er wollte - wohl vom Posener Gauleiter initiiert - Fälle, in denen Polen Deutsche verklagen, vorab vom NSDAP-Kreisleiter prüfen lassen, ob die Klage "überhaupt an die Gerichte gelangen könne". (140)

Im dritten Teil werden die faschistische deutsche Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 und deren Folgen dargestellt. Zwei Beiträge sind der von totaler Unbestimmtheit beherrschten nazistischen Völkerrechtslehre gewidmet. Dem Grundsatz "pacta sunt servanda" (Verträge sind einzuhalten) setzte man die "clausula rebus sic stantibus" (= unter der Voraussetzung, daß die Dinge so bleiben, wie sie jetzt sind) entgegen. Damit rechtfertigte man, völkerrechtliche Verträge wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Veränderungen für überholt zu erklären. Wie willkürlich das geschah, wird vielfältig dargetan, insbesondere an hand der Besetzung Polens (die man - als "reichsinterne Angelegenheit" betrachtete) sowie des von Rechtsblindheit und -feindschaft bestimmten Generalplans Ost.

In einer weiteren Studie wird das NS-Besatzungsregime in allen besetzten Territorien analysiert, wobei die koloniale Verwaltungspolitik in den Ostgebieten eine "Art absoluter Polizeiherrschaft" darstellte, "die das 'Ideal' totalitärer Herrschaft für ganz Europa verwirklichen sollte." (184) Dem in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestalteten Besatzungsregime der Nazis wird die auf völkerrechtlicher Grundlage beruhende Politik der Alliierten in Nachkriegsdeutschland gegenübergestellt.



Der abschließende Aufsatz ist eine verdienstvolle völkerrechtliche Untersuchung, die Majer zur nach wie vor aktuellen Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter verfaßte.

Günther Wieland

ISABEL HEINEMANN: „*Rasse, Siedlung, deutsches Blut*“. *Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas*, Wallstein Verlag, Göttingen 2003, 697 S.

Die hier veröffentlichte Dissertation hat Isabel Heinemann 2002 an der Universität Freiburg/Br. verteidigt.<sup>1</sup> Die Arbeit reiht sich ein in eine wachsende Anzahl von Veröffentlichungen aus der sog. Täterforschung und der dabei zunehmend ins Visier rückenden SS-Teilorganisationen<sup>2</sup> sowie der historischen Erschließung einzelner Institutionen des Nazistaates. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA) war eines der drei (später vier) SS-Hauptämter. Die dort tätigen „Experten“ produzierten einen großen Teil der theoretischen Grundlagen späterer Selektions-, Vertreibungs-, Siedlungs- und Vernichtungspolitik, zugleich setzten sie diese rassistisch begründete Politik konkret in die Praxis um.

Die Arbeit basiert hauptsächlich auf neueren deutsch- und englischsprachigen Forschungen der letzten 15 Jahre<sup>3</sup> sowie auf umfangreichem Quellenmaterial. Vier Quellenbestände wurden ausgewertet: „Die Akten des RuSHA und anderer SS-Dienststellen aus dem Bundesarchiv in Berlin, die Akten regionaler Dienststellen aus polnischen, tschechischen und russischen Archiven, die Personalakten der SS-Führer aus dem RuSHA“ sowie Akten aus Ermittlungen und Prozessen. (44f.) Besonderes Augenmerk legt die Autorin auf die Gruppe der sog. Rasseexperten. Hierfür werden teilweise die von Götz Aly und Susanne Heim in *Vordenker der Vernichtung*<sup>4</sup> vertretenen Auffassungen inspirierend diskutiert. Auch ihre Hinwendung zu einer bis dato wenig beachteten akademischen Elite, die einen Großteil der praktizierten Rassen- und Siedlungspolitik im Reich wie in den besetzten Ländern theoretisch konzipierte, legt einen Zugang über Aly/Heim nahe. Allerdings

1 Isabel Heinemann organisierte 2002 mit Ulrich Herbert die Tagung „Raum, Rasse und Siedlung. Der ‚Generalplan Ost‘ im Kontext ethnischer Säuberung, Besatzungspolitik und Wissenschaft“ in Berlin und hielt dort ein Referat zum Thema des Buches. Vgl. den Tagungsbericht von Michael G. Esch in Bulletin 20/2003, S. 134ff.

2 Vgl. die Dokumentation über das RSHA „Topographie des Terrors“ (Ausstellung und Begleitband) sowie Karin Orth: *Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien*, Göttingen 2000, sowie die Rezension dieses Buches von Helmut Steine in Bulletin 20/2003, S. 94ff.

3 Die Arbeiten ostdeutscher Faschismusforscher sind ungenügend berücksichtigt und werden deren Stellenwert nicht gerecht, die Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“ (bundesdeutsche Ausgabe: „Nacht über Europa“) wird völlig übergangen. Vielleicht gibt die Assistenz am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg (Prof. Ulrich Herbert) Isabel Heinemann die soziale Sicherheit, sich auch diesen Quellen zuzuwenden.

4 Götz Aly/ Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Frankfurt/M. 1991.

untersucht Heinemann nicht nur die konzeptionellen Arbeiten der SS-Rassenideologie und deren Anwendung in Gesetzen und Planungen, sondern schildert sehr detailliert die praktische Tätigkeit der sog. Rasseexperten und deren Folgen für die Bevölkerung - sie waren eben nicht nur Schreibtischtäter.

Entstanden ist ein trotz des bedrückenden Themas gut lesbares Werk. Allerdings ist der Anmerkungsapparat überdimensioniert und enthält Details, die z.T. günstiger im Text darzustellen gewesen wären, da sie dem Leser beim Weiterlesen gegenwärtig sein müssen, um bestimmte Sachverhalte einordnen zu können. Die hätte die Einbeziehung solcher Sachverhalte hätte jedoch einer anderen als der vorgestellten Gliederung bedurft. Das Buch gliedert sich in sieben Kapitel. Sie sind chronologisch geordnet. Dabei kommt dem ersten Kapitel auch eine systematische Funktion zu, da es nicht nur in die Entstehung der Institution Rasse- und Siedlungshauptamt einführt, sondern auch weiterführende Fragestellungen hinsichtlich der Organisationsform und der Ideologieproduktion erörtert. In den weiteren Kapiteln werden die Entwicklung des RuSHA und die Wandlung seiner Aufgaben im Zuge der Annexion und Okkupation der benachbarten Länder ab 1938/39 beleuchtet. Die Autorin interessiert dabei die Praxis „rassischer“ Selektion und die Anpassung von Siedlungskonzeptionen, insbesondere im Osten, an den Kriegsverlauf. Die Anordnung der Kapitel folgt dem Kriegsablauf. Sie daher als Fallstudien zu kennzeichnen, wie der Klappentext nahegelegt, entspricht nicht der Sache, weil sie entsprechend den Bedingungen des Krieges aufeinander aufbauen.

Allerdings durchbricht die Autorin diese Chronologie innerhalb der einzelnen Kapitel, um systematisch zu argumentieren bzw. bestimmte Entwicklungen hervorzuheben. Ebenfalls am Schluß finden sich systematisierende Abschnitte. Die überaus konzentriert und klar formulierte Schlußbemerkung gibt in Form von Thesen einen systematischen Überblick über den Inhalt des Buches. Obwohl bereits in den einzelnen Kapiteln sehr ausführlich auf einzelne Personen des RuSHA eingegangen und wiederholt auf die personelle Kontinuität aufmerksam gemacht wird, ist den Karrieren und Nachkriegskarrieren der sog. Rasseexperten der SS ein separater Abschnitt vorbehalten.

Heinemann stellt drei Fragen, die sie in ihrem Buch beantworten will: 1. Wie fungierte das RuSHA als Institution im SS-Imperium? 2. Woher rekrutierte sich das Personal des RuSHA, welche Vorstellungen und welche Motivationen hatte die Funktionselite („Rasseexperten“)? sowie 3. Wie sorgten die „Rasseexperten“ für eine Orientierung an der durch sie konzipierten „rassischen“ Hierarchisierung in der nazistischen Vertreibungs- und Neuordnungspolitik? (42f.) Bevor eine bilanzierende Antwort versucht werden soll, inwieweit es der Autorin gelungen ist, diese Fragen als Leitfaden des Buches zu gestalten, sei sein Inhalt zunächst anhand der Tätigkeitsbereiche des RuSHA vorgestellt.

Das 1932 gegründete Rasseamt der SS hatte zunächst die Heiratsgesuche unverheirateter SS-Angehöriger zu bearbeiten. Über Abstammungsnachweise bis ins Jahr 1880 sowie „rassische“ und gesundheitliche Untersuchungen sollte dafür gesorgt werden, daß die „Elite der nationalsozialistischen Bewegung“ nur mit „gutrassigen“ Partnerinnen Ehen einginge und somit „gutrassigen“ Nachwuchs zeuge. Später, als das Rasseamt schon zum Rasse- und Siedlungshauptamt aufgestiegen war (1935), wurde die Vorschrift der Heiratgenehmigung auch auf die Mitglieder des SD, der Sicherheitspolizei und ab 1939 auch der Ordnungspolizei ausgedehnt. Außerdem mußte jeder in die SS Neuaufzunehmende ebenfalls gemustert und „rassisch“ bewertet werden. Für die SS-Geeigneten gab es grüne Scheine, für die Abzulehnenden rote. Die Musterungskriterien wurden standardisiert, 1939 eine allgemein gültige „Rassenkarte der SS“ eingeführt.

Nicht weit von der Aufgabe der „rassischen“ Auslese entfernt war ein zweiter Bereich der Tätigkeit des RuSHA - die Abteilung Sippenpflege. Das Interesse galt dem „gutrassigen“ Nachwuchs, nicht nur dem SS-Nachwuchs. Eine - bis 1939 - nicht sehr erfolgreiche Siedlungspolitik für „rassisch“ Auserwählte rundet das Bild ab. Insofern betrieb das RuSHA bis Kriegsbeginn eine Art „Volkstumspolitik“ für eine „rassische“ Elite in der deutschen Gesellschaft.

Die Gründergeneration des RuSHA hatte den ersten Weltkrieg und in der Regel die „Kampfzeit“ der NS-Bewegung mitgemacht. Über den ersten Chef des Rasseamtes und späteren RuSHA, Richard Walther Darré, gab es eine enge personelle Verflechtung mit dem Reichsnährstand. Dieser, wie auch die Zugehörigkeit zum Nordischen Ring, zu den Atamanen oder Freikorps waren eine Basis für die Rekrutierung der RuSHA-Beschäftigten. Die Experten einte eine akademische Ausbildung, oft in Agrarwissenschaft oder Rassenanthropologie.

Für die Rekrutierung weiterer Mitarbeiter schufen sich die „Rasseexperten“ über ein vom RuSHA organisiertes weltanschauliches Schulungssystem und SS-Mannschaftshäuser eine neue Basis. Später wurde neben der SS auch die Polizei in diese Schulungen einbezogen. Obwohl das Schulungsamt 1938 aus dem RuSHA ausgegliedert wurde, lehrten die RuSHA-Spezialisten als sog. Rassereferenten weiter. Das Deutsche Reich war organisatorisch in 13 SS-Oberabschnitte eingeteilt, in jedem Oberabschnitt gab es einen sog. RuS-Führer. Zum Mitarbeiterstab eines solchen „RuS-Führers“ gehörten jeweils zwei „Rassereferenten“. Die sog. RuS-Führer wachten über die Auslese, Durchsetzung des Verlobungs- und Heiratsbefehls, Schulungen und die Fürsorge für die „SS-Sippen“. Zur Koordinierung ihrer Tätigkeit gab es ab 1935 regelmäßig sog. RuS-Tagungen, in die auch Referenten anderer SS-Ämter einbezogen wurden.

So war bis 1938 über SS-Ausleseverfahren und weltanschauliche Schulungen durch das RuSHA eine ideologisch konditionierte, konsolidierte und homo-

genisierte SS geschaffen worden. RuSHA-Experten hatten an der Ausarbeitung der Nürnberger Rassegesetze mitgewirkt, auch wenn sie ihre Auffassung zu jüdischen Mischehen und deren Nachwuchs nicht durchsetzen konnten. Durch eine reichsweite karteimäßige Erfassung von „Juden“ und „Judenmischlingen“ schufen sie bereits Voraussetzungen zu deren späterer Vertreibung und Vernichtung. Vor diesem Hintergrund begann die „Neuordnung Europas“.

Mit der Annexion Österreichs und der tschechoslowakischen Grenzgebiete 1938 und mit der Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren 1939 erweiterte sich auch die praktische Tätigkeit des RuSHA. Insbesondere die Vorbereitungen für eine neue Siedlungspolitik nahmen breiten Raum ein. Es wurden SS-eigene Siedlungsgesellschaften geschaffen oder bestehende, wie z.B. die von der Dresdener Bank hauptsächlich finanzierte Deutsche Ansiedlungsgesellschaft (DAG), von der SS übernommen. Vor allem in Österreich wurden mit Hilfe der DAG ganze Dörfer zwangsumgesiedelt, um Gelände für Truppenübungsplätze der Wehrmacht freizumachen. Bodenbeschlagnahme, „rassische“ Überprüfung der Bevölkerung, Aussiedlung der „Unerwünschten“ und Neuansiedlung von sog. Volksdeutschen und deutschen Siedlern aus dem „Altreich“ waren die Methoden, die zu deutschen Landen zu rechnenden Gebiete zu „germanisieren“. Weiterreichende Planungen bezogen sich auf die Zeit nach dem Kriege, um die „Germanisierung“ erfolgreich zu Ende zu bringen.

Nach dem Überfall auf Polen und der Annexion der Wojewodschaften Poznań, Pomorze, Śląsk sowie der Kreise Ciechanów, Suwałki und Augustów wurden die beschriebenen Methoden nunmehr hier praktiziert. Beschlagnahme von Siedlungsland für Deutsche und sog. Volksdeutsche, einhergehend mit umfassenden Vertreibungen der polnischen und jüdischen Bevölkerung waren die Methoden zur „Germanisierung“ des Bodens. Erfassung, Registrierung und Freigabe der interessierenden Güter oblag den SS-Bodenämtern, einer aus den RuS-Einsatzgruppen bei der Sipo hervorgegangenen Institution. Die Bodenämter beantragten die Beschlagnahme des erfaßten Landes bei der Gestapo. Die Aussiedlung der dort Lebenden besorgten die „SS-Ansiedlungs- und Arbeitsstäbe“. Die statistische Erfassung der Güter war eine Voraussetzung für die Erarbeitung des „Generalplans Ost“ und die Praxis der „Germanisierung“ des annektierten Polen sollte zum Modell für andere okkupierte Gebiete werden.

Neu war die flächendeckende Erfassung der „Umzusiedelnden“, sowohl der anzusiedelnden Deutschen als auch der vertriebenen polnischen Bevölkerung nach ihrem „Rassewert“. Die Anwendung der für die „rassische“ Elite entwickelten Selektionsverfahren auf Hunderttausende Zivilisten bildete nach Heinemann die wichtigste Zäsur in der Geschichte des RuSHA. (594) Die „Rasseexperten“ des RuSHA fungierten als Leiter der „SS-Ansiedlungs- und SS-Arbeitsstäbe“ und wurden in den Dienststellen bei den Umsiedlungsorganen der Sipo tätig. Später gab

es eine eigene Dienststelle des RuSHA in Posen und eine Außenstelle in Łódź, das die Nazis in Litzmannstadt umbenannten. Die Ergebnisse der Selektion entschieden über die Zukunft des Betroffenen. Bei den sog. Volksdeutschen aus dem Ausland ging es darum, ob sie als „Bauern im Osten“ siedeln durften oder zur „Umerziehung“ und Arbeit ins „Altreich“ geschafft wurden.

Auch die in die Gruppen 3 und 4 der sog. Deutschen Volksliste (DVL) eingeschriebenen sog. Volksdeutschen aus Polen<sup>1</sup> wurden einer „rassischen“ Musterung unterzogen. Siedlungspolitik und Rassenauslese bildeten hier eine Einheit. Die frei werdenden Güter der DVL-Zugehörigen der Gruppen 3 und 4 konnten nämlich wiederum als Siedlerland „rassisch“ Auserwählten zu Verfügung gestellt werden. Allerdings rief diese Art der Selektion bei einigen NSDAP-Gauleitern Widerstand hervor, da sie ihrer eigenen „Volkstumspolitik“ zuwiderlief. Nichtsdestotrotz konnte sich das RuSHA mit seiner Selektion nach „Rassekriterien“ durchsetzen und dehnte sein Verfahren sogar auf die „Volksdeutschen“ im Protektorat aus. Bei den von Hab und Gut vertriebenen Polen entschied die Musterung darüber, ob sie als „gutrassig“ und somit „wiedereindeutschungsfähig“ zur „Assimilierung“ und Arbeit ins „Altreich“ gebracht, als Arbeitskräfte vor Ort eingesetzt oder ins „Generalgouvernement“ (GG) abgeschoben wurden. Für diese Massenselektionen wurde ein neuer Berufstyp gebraucht: der SS-Eignungsprüfer. Sein Urteil über den „Rassewert“ der Betroffenen konnte von keiner Stelle mehr abgeändert werden. (237)

Die jüdische Bevölkerung Polens wurde vom RuSHA karteimäßig erfaßt und „erbbildlich“ identifiziert und dann von den Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes ins GG deportiert.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion weitete sich die Tätigkeit des RuSHA noch einmal erheblich aus. Galt bis dato das GG als Auffangbecken „unerwünschter“ Bevölkerung, so änderten sich nun die Prämissen. Sibirien bot in den Vorstellungen der Planer genug Deportationsraum, das GG wurde zum einzudeutschenden „Durchgangsland“. In diese Zeit fallen der Beginn der „Endlösung der Judenfrage“ und die Planungen zum „Generalplan Ost“. Die Ermordung der europäischen Juden war nicht Gegenstand des „Generalplans Ost“, sondern wurde von seinen Planern als bereits vollzogen vorausgesetzt.

---

1 Heinemann behauptet, daß als Volksdeutsche Personen mehr oder weniger deutscher Abstammung gesehen wurden, die oft die polnische Staatsbürgerschaft gehabt hätten. (S. 188, Anm. 1) Doch in die DVL eingetragene Personen waren immer polnische Staatsbürger, sei es deutscher sei es polnischer Nationalität, denn Bürger des Deutschen Reichs, sog. Reichsdeutsche, lebten 1939 nur sehr wenige in Polen, und sie brauchten nicht in die DVL aufgenommen zu werden. Deutscher Nationalität waren meist die Angehörigen der Gruppen 1 und 2 der DVL, während die Mitglieder der Gruppen 3 und 4 der DVL fast immer Menschen polnischer Nationalität waren. Vgl. Jerzy Marczewski: *Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w „Okregu Warty”*, Poznań 1979, sowie: *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)*, hg. vom Bundesarchiv, Bd. 8: *Analysen, Quellen, Register*, S. 264ff.

Im GG, in der besetzten Ukraine, in Weißrußland und den baltischen Ländern errichteten die RuS-Führer und „Rassereferenten“ zahlreiche SS- und Polizeistützpunkte sowie SS-Güter und -Betriebe. Ihre Aufgaben der „rassenpolitischen“ Erfassung und Auslese sind schon bekannt, neu war die Form der Stützpunkte. Sie sollten der für den besetzten Osten gewünschten SS-Herrschaft eine agrarische Basis und zugleich eine administrative Struktur schaffen, die landwirtschaftliche Produktion sichern und Polizeifunktionen erfüllen. „Rassische“ Musterungen der örtlichen Bevölkerung nach denselben Kriterien wie vordem bei SS und „Volksdeutschen“ sollten darüber entscheiden, ob die Betreffenden als Siedler oder Zwangsarbeiter überleben konnten oder als „rassisch unerwünscht“ deportiert und/oder ermordet wurden. So wurde von den „Rasseexperten“ des RuSHA die Bevölkerung eines Gebietes selektiert, das zuvor neben der ansässigen Bevölkerung gerade den „Unerwünschten“ zugeschrieben worden war. In den neu eroberten Ostgebieten organisierten die RuS-Führer und „Rassereferenten“ einerseits die „rassische“ Auslese von „fremdvölkischen“ Schutzmannschaften zum Einsatz vor Ort, andererseits von zu deportierenden „Ostarbeiterinnen“ für den Einsatz in Deutschland. Diese sog. Rassenauslese nahm trotz aller Schwierigkeiten aufgrund des Kriegsverlaufs ihren Fortgang - bis zuletzt. Allerdings wurde zielgerichteter unter dem Aspekt „Verwertung als Arbeitskraft“ oder „arbeitsunfähig“ (= „Sonderbehandlung“) selektiert. Ebenfalls involviert waren die RuSHA-Experten in die bis dato beispiellose Aktion von Bevölkerungsvertreibung und -vernichtung zum Zwecke einer deutschen Besiedlung des Gebietes Zamość.

„Deutsches Blut“ sollte sich auch bei Kindern finden. Die Suche nach „deutschen Waisenkindern“ in polnischen Kinderheimen begann im Wartheland (510), aber in allen besetzten Gebieten Ost- und Südosteuropas wurden Kinder nach ihrem „Rassewert“ selektiert, sog. gutrassige Kinder von ihren Eltern getrennt und in Heimen in den besetzten Gebieten oder im Reich zwangsgermanisiert. Ebenfalls interessierten sich die „Rasseexperten“ des RuSHA für den „Rassewert“ ungeborenen Lebens bei Zwangsarbeiterinnen, Soldatenkindern und Partisanenkindern. Die Entscheidungen der „SS-Eignungsprüfer“ konnten die Lebenschancen grundlegend beeinflussen. Durch die „rassische“ Auslese, deren Methoden die „Rasseexperten“ für zuverlässig hielten, um sog. fremdvölkische oder artfremde Personen zu identifizieren, sollte eine „Verunreinigung deutschen Blutes“ verhindert und eine Stärkung des deutschen Volkes durch „gutrassigen“ Nachwuchs erreicht werden. Die Konzeption des deutschen Volkes als „Gemeinschaft der Träger guten Blutes“ (560) bildete dafür den ideologischen Hintergrund, formal übergeordnet den Erfordernissen der Kriegswirtschaft.

Isabel Heinemann hat eine verdienstvolle Arbeit zur Geschichte der Institution Rasse- und Siedlungshauptamt und zu den in ihr Beschäftigten vorgelegt. Durch detaillierte Kenntnisaufgabe konnten die verbrecherischen Aspekte der Tätigkeit des RuSHA Gestalt gewinnen. Mißt man ihr Werk an den eingangs gestellten Fragen, so



entsteht ein nicht ganz ausgewogenes Bild. Die Geschichte, Struktur und Tätigkeit der Institution in Abhängigkeit von den historischen Abläufen sind übersichtlich und eingängig geschildert. Die Querverbindungen zu anderen SS-Institutionen und die Überlagerung der Kompetenzen der verschiedenen SS-„Volkstums“-Institutionen und -abteilungen hingegen sind nur schwer greifbar. Auf sie wird immer wieder hingewiesen, in praktischer Relevanz als Teil anderer Dienststellen sowie unter dem Aspekt der Verantwortung für die Tätigkeit der „Rasseexperten“, die nicht auf sachlich ähnliche Institutionen, wie z.B. den „Reichskommissar für Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) abgeschoben werden sollten. Die Frage der Finanzierung diesen ganzen Apparates und seiner Anhänger erscheint völlig ungeklärt. Nur Nebenbemerkungen weisen auf eine Finanzierung bestimmter Teilbereiche durch das RMdI hin bzw. stellen Finanzierungsprobleme vor.

Die zweite Frage nach der Rekrutierungsbasis, den Vorstellungen der Funktionsebene und deren Motivation wird umfassend beantwortet. Nicht nur in den Kapiteln wird darauf eingegangen, sondern den „Rasseexperten“ ist zum Abschluß ein gesonderter Abschnitt gewidmet, der die Positionen systematisch zusammenfaßt. Hier fand Heinemann auch einen weiteren Platz zur Erläuterung personeller Verflechtungen mit anderen SS-Institutionen. Außerdem geht Heinemann in diesem Teil auf die Prozesse gegen RuSHA-Mitarbeiter nach dem Kriege ein. In Verkennung ihrer tatsächlichen Verantwortung für die Verbrechen in der rassistischen Besatzungspolitik wurden die meisten von ihnen freigesprochen bzw. mangels Beweisen die Verfahren eingestellt. Nur einige wenige sind in Nürnberg 1947/48 rechtskräftig verurteilt worden, wurden aber in der Regel Anfang der 50er Jahre entlassen. Die „Rasseexperten“ des RuSHA wurden relativ reibungslos in die bundesrepublikanische Gesellschaft integriert und kehrten meist in ihre früheren Positionen und Berufe wie Professor, Dozent, Lehrer, Jurist zurück.

Die Diskussion der Verfahren ebenso wie die Schlußbetrachtung geben auch unabhängig von den Darstellungen in den einzelnen Kapiteln hinreichend Aufschluß über die dritte Frage. Von der Mitarbeit an den Nürnberger Rassegesetzen bis zum „Generalplan Ost“ und dem „Generalsiedlungsplan“ bestimmten Mitarbeiter des RuSHA die rassistisch begründete Politik des faschistischen Deutschland mit. Durch ihre Selektion nach einem vermeintlich wissenschaftlich bestimmten „Rassewert“ lieferten die „Rasseexperten“ nicht nur Begründungen für die nazistische Bevölkerungspolitik, sondern bestimmten wesentlich die praktizierte Besatzungspolitik mit.

Bei Preis und Umfang des Buches ist es nur einer ausgewählten Leserschaft zugänglich. Um die Inhalte ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, wäre ein zur „Topographie des Terrors“ analoges Ausstellungsprojekt wünschenswert.

Rita Röhr



*Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland.* Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von BRUNO THOß und HANS-ERICH VOLKMANN, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2002, 882 S.

Der im Titel des Sammelbandes angekündigte Vergleich zwischen den beiden Weltkriegen weckt insbesondere infolge der Jahrzehnte umstrittenen Wertungen der Ergebnisse und Folgen beider Kriege hohe Erwartungen. Allein der Sturz der Jahrhunderte regierenden Herrscherhäuser der Habsburger, Hohenzollern und Romanows als Folge revolutionärer Veränderungen am Ende des ersten Weltkrieges sowie das Ende der Monarchien Bulgariens, Italiens, Jugoslawiens und Rumäniens und schließlich die als Kriegsfolge mögliche Aufrichtung einer sozialistischen Staatsmacht in mehreren Ländern Ost- und Mitteleuropas einschließlich der DDR, drängen zu Vergleichen. Sie betreffen Fragen der Kriegführung, der Besatzungspolitik, der innenpolitischen Unterstützung für die herrschenden Eliten sowie den nationalen und internationalen Widerstand gegen den Krieg und die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegsgenerationen.

In seiner programmatischen Einleitung erteilt Thoß, einer der beiden Herausgeber, dem sog. traditionellen Herangehen an diese Probleme eine Absage: „Eine vergleichende Bestandsaufnahme zum Facettenreichtum neuerer Forschung über zwei Weltkriege in zwei Systemen und über drei Systembrüche hinweg“ würde „sich in allzu großer Unverbindlichkeit ihrer Aussagen verlieren, wenn sie auch noch durchgängig das Feld des internationalen Vergleichs besetzen müßte.“ (11) Statt dessen soll eine „erfahrungsgeschichtliche“ Untersuchung zwar nicht dazu führen, „den Ertrag bisheriger systematisierender Zugänge zugunsten einer postmodernen Beliebigkeit an Klein- und Einzelbefunden aufzugeben“, wohl aber sei eine „kultur- und erfahrungsgeschichtliche Erweiterung“ beabsichtigt. (10) Als deren Ziel benennt Thoß das Fragen „nach Erscheinungsformen und Wirkungsfaktoren dieser Kriege neuen Typs, darauf aufbauend nach ihrer unterschiedlichen Wahrnehmung durch die Miterlebenden an den Fronten, in der Heimat und in den besetzten Gebieten, schließlich nach ihrer Umdeutung und Verarbeitung in und nach den Kriegen“. (8) Für dieses erfahrungsgeschichtliche Herangehen wurde zudem „als Einstieg ein deutschlandzentrischer Blickwinkel gewählt“. (10)

Geleitet von diesen Auspizien ist der Band in sieben Komplexe untergliedert:

I. Die Weltkriege als Kriege neuen Typs; II. Deutsches Führungsdenken und technologische Entwicklung in den Weltkriegen; III. Krieg als Welt der Soldaten: die militärische Gesellschaft; IV. Krieg als kollektive Erfahrung in der Heimat: die zivile Gesellschaft; V. Krieg als Besatzungsherrschaft: die Welt der Besatzer und der Besetzten; VI. Erinnerungskulturen und Nachkriegszeiten; VII. Die Epoche der Weltkriege als Methodenwerkstatt für eine interdisziplinäre Militär-,

Gesellschafts- und Erfahrungsgeschichte. 44 Autoren haben sieben Einleitungen und 34 Sachbeiträge zu diesen Komplexen verfaßt. Darunter befinden sich ausgewiesene Historiker wie Wilhelm Deist, Jürgen Förster, Fritz Klein, Bernhard R. Kroener, Hans-Harald Müller, Rolf-Dieter Müller, Werner Rahn, Hans Umbreit, Bernd Wegner und erfreulicherweise viele in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts geborene Historiker. Zu den Autoren gehören auch zwei Belgier (Luc de Vos; Pierre Lierneux), der in Bern lehrende Stig Förster, der Warschauer Politologe und Historiker Eugeniusz C. Król, der Brite Hew Strachan und Daniel Uziel von der Hebräischen Universität Jerusalem. Mit Ausnahme von Fritz Klein, der eine vierseitige Einleitung zu den sechs Beiträgen des III. Komplexes verfaßt hat, ist kein Historiker aus der DDR beteiligt.

Der Versuch, beide Weltkriege aus erfahrungsgeschichtlichem und deutschlandzentrischem Blickwinkel zu betrachten, hat, abgesehen von einigen Aufsätzen, keine größeren Vorbilder in der historischen Literatur und bietet daher viel Raum für ein solches Experiment. Schon bei der Bestimmung der Forschungsgegenstände für die sieben Themenkomplexe war es für die Autoren offensichtlich schwierig, auf Fakten gestützt zu definieren, wodurch sich das Neue ihrer Forschungsmethode von der bisherigen internationalen Weltkriegsforschung unterscheidet. Stig Förster sieht das Neuartige beispielsweise in dem Versuch, das „Zeitalter der Weltkriege“ als „Zeitalter des totalen Krieges“ zu betrachten, was wiederum auch nicht neu und einzigartig ist. Neu sind auch nicht die von ihm angeführten vier Hauptmerkmale: Totale Kriegsziele (Absicht zur vollständigen Niederwerfung des Gegners); totale Kriegsmethoden (gänzliche Mißachtung des internationalen Rechts und der allgemein moralischen Prinzipien); totale Mobilisierung (sämtliche menschlichen und materiellen Ressourcen für die Kriegführung); totale Kontrolle (der Kriegführung organisiert untergeordnetes privates und öffentliches Leben). (35-37) Die Beiträge zu diesem Komplex behandeln die Themen „Totaler Krieg und Wirtschaftsordnung“ (R.- D. Müller), „Mobilmachungsplanungen“ (B. R. Kroener), „Frauen in beiden Weltkriegen“ (Karen Hagemann), „Militärtechnik“ (Helmuth Trischler). Sie basieren auf neuesten Forschungsergebnissen und Veröffentlichungen und werfen Fragen für weiterführende Untersuchungen auf.

Wie breit die Kluft zwischen dem Anspruch, Neues zu vermitteln, und den tatsächlichen Ergebnissen ist, sei am Beispiel von Müllers Zusammenfassung benannt. Er zitiert zustimmend den britischen Historiker Arthur Marvick, daß „die militaristische Gesellschaft als die scheinbar am besten organisierte und vorbereitete den Test des Krieges keineswegs zwangsläufig als Gewinner bestehen“ müßte. (55) Dieses Zitat stammt aber aus dem Jahre 1974! Ebenso verhält es sich mit seiner Zustimmung zu dem Vorschlag, den Begriff „totaler Krieg“ als Hauptkriterium des Zeitalters zu betrachten. So kommt kaum Hoffnung auf, der gewünschte erfahrungsgeschichtliche Ansatz könnte die traditionelle Weltkriegsforschung wesentlich bereichern. Selbst die sachlich partiell zutreffende

Abschweifung Müllers, wonach die deutsche Kriegswirtschaft im Wirtschaftssystem der DDR „ihren stärksten Nachhall“ gefunden habe, dessen „Relikte“ erst ab 1990 als „Hindernisse auf dem langen ‚Weg nach Westen‘“ abgeräumt werden mußten (54), ist eher als ein Bonmot denn als erfahrungsgeschichtlicher Erkenntniszuwachs anzusehen, solange die Ursachen und Folgen des rudimentären Fortbestehens von Lohn-, Preis- und Warenbewirtschaftungsgesetzen aus den Vorkriegs- und Kriegsjahren in der DDR nicht konkret historisch eingeordnet und bewertet werden.

In seiner Einleitung zu den fünf Beiträgen des II. Komplexes, von denen sich vier mit gut dargestellten technischen und strategischen Fragen der Luft- und Seekriegführung befassen, hat Bernd Wegner erst gar nicht versucht, neue „erfahrungsgeschichtliche“ Wege für die Forschung aufzuzeigen. Er verweist hingegen auf Desiderata der Forschung, so den Mangel an Bereitschaft der deutschen Militäreliten zu analysieren, in beiden Kriegen und danach „die Grundlagen des deutschen militärischen Führungsdenkens“ und die eigene Rolle dabei in Frage zu stellen. (135)

Es ist signifikant für die Anlage des Bandes, daß den Erfahrungen des Kampfes der verschiedenen Kräfte der deutschen Gesellschaft gegen die Kriege im 20. Jh. kein Komplex gewidmet ist. In den Komplexen III bis V klingen Teilfragen dazu in einigen Beiträgen an, so bei den Themen Militärjustiz (Christoph Jahr), Kriegsgefangene (Rüdiger Overmans), Antisemitismus (Werner Bergmann/Juliane Wetzel) und vor allem im Zusammenhang mit dem Partisanenkampf in Belorußland (Bernhard Chiari), ohne jedoch selbst Forschungsgegenstand zu sein. Der Leser erfährt nichts über den Kampf solcher Organisationen gegen den Krieg wie der Friedensgesellschaft unter Berta v. Suttner, der Deutschen Friedensgesellschaft mit dem Historiker Ludwig Quidde und seinem Nachfolger, dem General a.D. Paul Freiherr von Schoeneich an der Spitze, der pazifistischen Liga für Menschenrechte unter Otto Lehmann-Rußbüldt, dem Ärztekomitee zur Unterstützung des Kampfkongresses gegen den Krieg in Amsterdam 1932, das der Chefarzt des Berliner Hufeland-Hospitals Felix Boenheim initiiert hatte. Das Wirken kirchlicher oder atheistischer, liberaler, sozialdemokratischer und kommunistischer Kriegsgegner, solcher Persönlichkeiten wie Martin Niemöller und Carl v. Ossietzky sowie vieler in den Konzentrationslagern der Nazis ermordeter Kriegsgegner wird in keinem Beitrag dargestellt, obwohl gerade der Umgang mit diesen Friedensbewegungen und ihren Repräsentanten seitens der in Deutschland Herrschenden zu den schändlichsten Erfahrungen der deutschen Geschichte gehören.

Der Beitrag „Zwischen Selbstverteidigung und Friedenskampf - Der Erste Weltkrieg im Vergangenheitshorizont der Deutschen 1945 - 1960“ von Jörg Echternkamp, führt zwar das Wort „Friedenskampf“ im Titel, schränkt die

Problematik aber auf den ersten Weltkrieg und einen Teilaspekt der Propaganda der Kriegsbefürworter ein. In seiner Polemik gegen die mit dem Stichwort „Unrecht von Versailles“ weitverbreitete Rechtfertigung der planmäßigen deutschen Vorbereitung des zweiten Weltkrieges wendet sich Echternkamp insbesondere gegen die Literatur der Traditionsverbände einschließlich der Memoiren der Hauptverantwortlichen der Weltkriege. Er stellt fest: „Die Deutschen jedenfalls erscheinen in diesem Lamento vor allem als ein leidendes Objekt in der Geschichte des 20. Jh., um nicht zu sagen: im Zeitalter der Weltkriege.“ (647) Wer nun aber erwartet, als Gegenstück dazu eine Behandlung der Antikriegsliteratur sowie der Aktionen der verschiedenen Friedensbewegungen in der Weimarer Republik und im Widerstandskampf gegen den zweiten Weltkrieg zu finden, wird enttäuscht. Dem Unterabschnitt über die Selbstverteidigungspropaganda in der Historiographie und den Kriegsmemoiren folgt unvermittelt das abschließende Kapitel: „Der Erste Weltkrieg im ‚Friedenskampf‘ der SED“. (659-668) Der Vf. beschränkt sich auf eine minimale Auswahl aus Zitaten in Artikeln des Organs der sowjetischen Besatzungsmacht *Tägliche Rundschau* sowie der Zeitung *Neues Deutschland* bis zum Ende der 50er Jahre. Der Autor ignoriert zwar die zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Publikationen in der DDR über Friedensbewegungen und Friedenskämpfer vom Beginn des 20. Jahrhundert bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, das hindert ihn jedoch nicht an einer tendenziösen, die Sachlage verzerrenden Wertung.

Das vermittelte Bild vom Zustand der Erinnerungskultur in der westdeutschen Bundesrepublik und seit 1990 auch in den neuen Bundesländern ist nicht ermutigend. So kommt Kerstin v. Lingen in ihrem Beitrag über Kriegserinnerungen am Beispiel des von einem britischen Kriegsgericht wegen seiner Verantwortung für die Tötung italienischer Partisanen anfänglich zum Tode verurteilten Feldmarschalls Albert Kesselring zu dem Schluß: „Kesselrings Mythos hat die Jahre überdauert ... Für Kesselrings Italienkämpfer hat der Name ihres Feldherrn ... noch immer einen guten Klang.“ (708/709)

Die Analyse der Texte und ihrer Tausende Anmerkungen führt zu einem weiteren Problem. Völlig undifferenziert schreiben die meisten Verfasser von „deutscher Geschichtswissenschaft“, doch eine Verifikation anhand der Angaben in den Fußnoten erweist sie ausschließlich als westdeutsche. Natürlich ist dem Leser bekannt, daß auch diese keineswegs monolithisch war und ist. Beide Weltkriege - man denke nur an die Kontroversen über die Arbeiten Fritz Fischers - gehörten zu den am häufigsten umstrittenen Themen. Im gesamten 20. Jahrhundert gab es verschiedene Schulen und Richtungen der Geschichtsforschung, die in älteren und neueren „Historikerstreits“ ihre gegensätzlichen Auffassungen austrugen.

Eine Besonderheit der Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft war ihre 45-jährige getrennte Entwicklung in zwei Staaten, was auch zu sehr unter-

schiedlichen Erfahrungen bei der Verarbeitung von Kriegserlebnissen, dem Umgang mit Verantwortlichen für Kriegsverbrechen usw. führte. Die übereinstimmenden wie die differierenden Erkenntnisse beider Geschichtswissenschaften sind in mehrbändigen Geschichten des Krieges und vielen anderen Publikationen zugänglich. In vorliegendem Band hat das allerdings keine Widerspiegelung gefunden. Es erscheint makaber, sich auf einen deutschlandspezifischen Blickwinkel zu berufen, um zu rechtfertigen, nicht auf polnische oder russische Literatur verwiesen zu haben, während in den Fußnoten ständig auf amerikanische, britische, französische und andere „westliche“ Quellen und Arbeiten hingewiesen wird. Das nahezu völlige Fehlen jeglicher Verweise auf Forschungsergebnisse von Historikern der ehemalige DDR ist wohl dem sprachlichen Unvermögens nicht anzulasten, sondern eher als Politikum anzusehen.

Im Epilog des Bandes retuschiert Mitherausgeber Hans-Erich Volkmann unter dem Titel „Gesellschaft und Militär am Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges“ manche der hier kritisch angemerkten Probleme. In sehr knapper Form weist er auf die Verarbeitung der Kriegserlebnisse z.B. im Werk Kurt Tucholskys hin, setzt sich mit der Funktion des „Heldenkults“ auseinander, behandelt die Problematik Kriegsverbrechen und die Rolle der Wehrmacht und ihrer Führung dabei. Auch erwähnt er Aussagen zu solchen Fragen in der historischen Literatur der DDR und ihren Schulbüchern.

Insgesamt hinterläßt der Band gegenüber den oft mehrbändigen Werken und Monographien über beide Weltkriege und die Nachkriegszeiten einen enttäuschenden und verwirrenden Eindruck. Eine logische, historisch-sachlich-chronologische Konzeption für einen erfahrungsgeschichtlichen Vergleich beider Kriege, die zwei Generationen des deutschen Volkes dezimierten und unendlich große materielle und ideelle Opfer brachten, ist nicht erkennbar.

Philipp Schneider

FRIEDRICH HERBER: *Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz*, Militzke Verlag, Leipzig 2002, 541 S.

In Krisen-, Diktatur- und Kriegszeiten pflegt die Zahl der Menschen, die eines nichtnatürlichen Tods sei es von fremder oder eigener Hand - sterben, oft sprunghaft anzusteigen. Entsprechend gewinnt die für die Aufklärung dieser Ereignisse seit dem frühen 19. Jahrhundert zuständige Gerichtsmedizin an Bedeutung: Soll das Wissen um die Umstände des abnormen Sterbens mit diesen Ausuferungen Schritt halten, dann müssen die es hervorbringenden Fachleute und Institutionen zumindest in jenen Bereichen aufgewertet werden, in denen auch ein diktatorisches Herrschaftssystem an der Ermittlung von Todesursachen interessiert

bleibt. Hinzu kommen Erfassungs- und Selektionsvorgaben bei der Kriminalisierung unangepaßter Minderheiten, die in Krisen- und Umbruchszeiten als besonders gefährlich gelten. So war es auch im „Dritten Reich“. Eine Untersuchung über die Gerichtsmedizin zwischen 1933 und 1945 verspricht deshalb erhebliche historische Erkenntnisse über die Eigenschaften dieser Epoche.

Wie aber soll man an die Untersuchung herangehen? Die Verlockung, eine reine Fachgeschichte zu schreiben, ist groß, denn zweifellos haben sich in der Konfrontation der Gerichtsmedizin mit einem immer umfangreicher gewordenen Spektrum von gewaltsamen Todesursachen von „Gemeinschaftsfremden“ Dinge ereignet, die eine außergewöhnliche Etappe ihrer Geschichte markieren. Statt dessen könnte man sich aber auch auf jene Zusammenhänge konzentrieren, die geeignet erscheinen, die Allgemeingeschichte der NS-Diktatur aus der mikrohistorischen Perspektive einer besonders machtverwobenen Fachdisziplin der Todesursachenforschung und Kriminalistik auszuleuchten. In diesem Fall würden neben den Gerichtsmedizinern als den Dokumentaristen einer zunehmend entfesselten Gewalt auch die stummen Gewaltopfer indirekt zu Wort kommen; hinzu kämen präzisere Einblicke in jene vielfältigen Gewalthandlungen, die einen Kernbereich der faschistischen Diktatur ausmachten und sich nach der Entfesselung des zweiten Weltkriegs nochmals sprunghaft ausweiteten. Die erste Variante vermag ein historisch interessierter Rechtsmediziner wohl noch selbst zu bewältigen. Die zweite Zugangsmöglichkeit aber verlangt mehr: Einen Rechtsmediziner und/oder Medizingeschichtler, der zugleich als Allgemeinhistoriker die Geschichte der NS-Diktatur überblickt, oder, falls die Voraussetzungen dafür fehlen, ein arbeitsteilig qualifiziertes Autorenteam.

Der Verfasser der vorliegenden Untersuchung ist Gerichtsmediziner und seit den achtziger Jahren durch kritische Beiträge zur NS-Geschichte seines Fachs ausgewiesen. In seiner Buchpublikation versucht er in gewisser Weise beides gleichzeitig: Neben ausgesprochen fachhistorisch angelegten Kapiteln finden wir Abschnitte, die die allgemeine NS-Geschichte aus der Perspektive der Rechtsmedizin fokussieren. Diese Ambivalenz verdankt sich wohl zu allererst der Entstehungsgeschichte der Studie. Es handelt sich um die überarbeitete und erweiterte Druckfassung einer medizinischen Habilitationsschrift aus dem Jahr 1989, eine im Kern fachgeschichtliche Arbeit also, die nun für ein breiteres Publikum überarbeitet wurde. Herber wollte aber auch der Tatsache Rechnung tragen, daß die bisherige Historie seines Fachgebiets die NS-Ära konsequent ausklammerte oder vernebelte (11f.) ein zweifellos wichtiges Anliegen.

Methodisch ist das jedoch ein riskanter Spagat. Er gelingt Herber gleichwohl über weite Strecken. Konsequenter füllt er die fachhistorischen Lücken, deren Ursachen ihm nur zu gut vertraut sind. Der Generationswechsel der Rechtsmediziner fiel mit der Großen Depression und der NS-Diktatur zusammen und wurde durch die



Ausschaltung aller aus politischen und rassischen Gründen unerwünschten Rechtsmediziner beschleunigt, was Herber im 8. Kapitel (181ff.) ausführlich darstellt. Systematisch besetzte der Nachwuchs die Professuren und gerichtsärztlichen Planstellen, und er bestand fast ausschließlich aus Nazis. Illustre Persönlichkeitsprofile über Gerhart Panning, Friedrich Pietrusky, Richard Kockel, Albert Ponsold, Gerhard Buhtz, Victor Müller-Hess, Stefan Jellinek, Gottfried Jungmichel und Ferdinand von Neureiter ziehen im 7. Kapitel (149ff.) und andernorts an uns vorüber; die meisten von ihnen wurden in der bisherigen Forschung über die NS-Medizin arg vernachlässigt. Sie bewerkstelligten den Anschluß ihrer Disziplin an die pervertierten Rechtsnormen der NS-Diktatur im vorausweisendem Gehorsam, und Herber arbeitet die dabei zum Tragen gekommene Mischung von triumphalistischer Machtteilhabe und devoter wissenschaftlicher Unterwerfung überzeugend heraus (3. Kap., 43ff.). Auch die Kapitel über den „Anschluß“ der österreichischen Gerichtsmedizin (6. Kap., 128ff.) und die Ausdehnung der gerichtsmedizinischen Hoheit auf das deutsch besetzte Europa (108f.) setzen neue Akzente für die Okkupationsgeschichte. Dagegen wirken die umständlichen und additiven Aufzählungen der 23 Universitätsinstitute (5. Kap., 82ff.), die Chronik des Fachverbands der Gerichtsmediziner (10. Kap., 205ff.) und die Darstellung seiner internationalen Beziehungen (10. Kap., 219ff.) selbst für den fachgeschichtlich orientierten Leser etwas ermüdend.

Spannend wird es in dem vorliegenden Buch immer dann, wenn Herber die Gewaltexzesse der NS-Diktatur aus der Perspektive ihrer freilich begrenzten gerichtsmedizinischen Ursachenforschung ausleuchtet: Die Folterungen und Massenmorde des Frühjahrs 1933, die Vorenthaltung der Leichen des sogenannten Röhm-Putschs, gerichtsmedizinisch motivierte Tötungsexperimente in der Ukraine, forensische Sektionen in den Konzentrationslagern, die kriegsbedingten Verstümmelungen und Selbstverstümmelungen der Soldaten, die Opfer des Luftkriegs, gerichtsmedizinische Hilfestellungen für „postmortale Experimente“ an gerade Hingerichteten, der „Einsatz“ der Gerichtsmedizin bei der Aufklärung und propagandistischen Auswertung alliierter Kriegsverbrechen bis hin zu den stalinistischen Massenmorden in Katyn und Winniza. Aber es handelt sich bei alledem um mehr oder weniger sprunghafte Exkurse, die in die Fachhistorie eingestreut sind. Bei einer systematischen Darstellung dieser sozialgeschichtlichen Aspekte forensischer Thanatologie hätte das Buch unendlich gewonnen, aber wir suchen sie vergebens. Dafür entschädigt uns der Autor wenigstens mit einigen wichtigen Kapiteln, in denen er das Ausgreifen der akademischen Gerichtsmedizin zur „kriminalbiologischen“ Großforschung aufzeigt, wo unter der Regie des zu Unrecht in Vergessenheit geratenen Ferdinand von Neureiter die „Asozialen“, „Gewohnheitsverbrecher“ und „Zigeuner“ durch Sonderbehörden des Reichsgesundheitsamts sowie später des Reichskriminalpolizeiamts erfaßt und stigmatisiert wurden (11. Kap., 229ff.)



So hinterläßt das Buch letztlich einen ambivalenten Eindruck. Wäre sich der Verfasser seines methodischen Spagats bewußt gewesen, dann hätte er daraus unter Beiziehung einer Allgmeinhistorikerin bzw. eines Allgmeinhistorikers einen ausgewogenen Spannungsbogen entwickeln können. Die Ausweitung des Blickfelds auf die Gewaltszenarien der NS-Diktatur und deren stumme Opfer gerät zu kursorisch. Dabei lagern in den Archiven Tausende gerichtsmmedizinischer Gutachten über Ermordete, Hingerichtete, Luftkriegstote, Selbstmörder, jüdische „Rasseschänder“, Homosexuelle, „Asoziale“, „Zigeuner“, Väter unehelicher Kinder, Alkoholsünder, Selbstverstümmler, „Gewohnheitsverbrecher“ usw. Im vorliegenden Buch finden wir davon nur ein knappes Dutzend wieder, und zwar vor allem solche, die schon durch andere Veröffentlichungen gegeistert waren. Die Chance, durch die Brille des Rechtsmediziners einen Blick auf die „thanatologische“ Seite der NS-Gesellschaft zu werfen, hat Herber weitgehend vertan. Selbst bei der Diskussion des Falls Heydrichs beschränkt er sich auf die Erinnerungen der Obduzenten: Wie wären wir ihm doch dankbar, wenn er sich um den Obduktionsbericht selbst bemüht und neues Licht in die danach aufgebrochene Kontroverse um etwaige Behandlungsfehler gebracht hätte! Aber auch die allgmeinhistorischen Einordnungen wackeln manchmal bedenklich, wenn Herber beispielsweise behauptet, „durch staatlichen Protektionismus und eine geschickte Geldpolitik des Reichsbankpräsidenten und Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht“ hätten sich in der NS-Diktatur rasche wirtschaftspolitische Erfolge eingestellt. (43) Hinzu kommen unnötige technische Mängel: Die Quellenbelege sind häufig verstümmelt, die bei den Medizineren üblichen Literaturzitate im Lauftext koexistieren in manchmal grotesker Verquickung mit Endnoten, und auch die immerhin 70 Seiten lange Dokumentation erscheint thematisch willkürlich und läßt jegliches Ordnungsprinzip vermissen.

Karl Heinz Roth

STANISLAV ZÁMEČNIK: *Das war Dachau*. Stiftung Comité International de Dachau, Luxemburg 2002, 435 S.

Diese Monographie zur Geschichte des Konzentrationslagers Dachau ist eine in doppelter Hinsicht bemerkenswerte Arbeit. Zum einen liegt nun eine umfassende Dachau-Monographie in deutscher Sprache vor, zum anderen verbindet die Studie des tschechischen Historikers wissenschaftliche Quellenauswertung mit der Wiedergabe eigener Erinnerung. Denn bei dem Autor handelt es sich auch um einen Zeitzeugen: Von 1941 bis zur Befreiung 1945 war Zámečnik Häftling im Konzentrationslager Dachau. Explizit will er dies nutzbar machen und verweist darauf, daß gerade beim Beschreiben der Geschichte der Konzentrationslager eine „Orientierung an archivalischen Quellen allein (...) keine adäquate Vorstellung vermitteln (kann).“ (9) Gleichzeitig bemühe er sich aber, die eigenen „subjektiven Erkenntnisse von den Ergebnissen der Quellenforschung stilistisch deutlich erkennbar abzugrenzen.“(9)

Die Studie gliedert sich in drei Hauptkapitel mit jeweils mehreren Unterkapiteln. Kapitel 1 „Die Phase der Konsolidierung des NS-Regimes und der Kriegsvorbereitungen“ umfaßt die Darstellung der Lagergeschichte bis 1938, Kapitel 2 umfaßt „die Zeit der militärischen Erfolge 1939-1941“ und Kapitel 3 ist mit „die Eingliederung der Häftlinge in die Kriegsproduktion 1942-1945“ überschrieben. Schon diese Gliederung macht deutlich, daß der Autor Wert darauf legt, gerade die Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten zwischen der Binnengeschichte des Lagers und dem Rahmen, den die imperialistische NS-Politik vorgab, zu untersuchen.

Zunächst widmet sich Zámečník der Entwicklung des KZ Dachau im und seit dem Jahre 1933 und bettet dessen Geschichte in eine Darstellung der Machtkonsolidierung des NS-Regimes und in die Entwicklung des KZ-Systems ein. Hier geht er auch auf Differenzen innerhalb verschiedener NS-Instanzen ein. Insgesamt wird deutlich, wie der Terror von Beginn an ein konstitutives Element war, wengleich er noch nicht systematisiert erschien.

Zwar verschärften sich Haft- und Lebensbedingungen allmählich und kontinuierlich, ein wirklicher „Wendepunkt in der Geschichte der Konzentrationslager“ bildete indes erst der Beginn des faschistischen Überfalls auf Polen am 1. September 1939: „Die Nationalsozialisten nutzten den Kriegszustand, um alle gesetzlichen und administrativen Normen abzuschaffen. (...) Die Willkür der SS kannte nunmehr keine Grenzen.“ (109) Nach der fast vollständigen Räumung des Lagers Ende 1939 füllte sich das Lager in den ersten Monaten des Jahres 1940 v.a. durch Transporte aus Polen schnell wieder. Zámečník verweist dabei auf den imperialistischen und rassistischen Kontext dieser Entwicklung. Auch nahm die Arbeit im Zuge der ökonomischen Bestrebungen der SS einen immer größeren Stellenwert ein. Durch die immensen Häftlingszahlen „kollidierten die Zielsetzungen der Produktion und die der Ausrottung jedoch keineswegs. Arbeit diente als ein Instrument der Liquidierung.“ (119)

Ausführlich schildert Zámečník die Auswirkungen der sich radikalisierenden Verhältnisse auf die Überlebens- und Haftbedingungen der Häftlinge, kurz den Alltag im KZ. Lagerstrafen, Selbstjustiz, Verpflegung und Hunger, das Verhältnis der Häftlinge untereinander, das Problem der Funktionshäftlinge, die Verhältnisse im Krankenrevier etc. Gerade bei diesen Schilderungen gewinnt die Studie sehr, weil der Autor seine eigenen Erinnerungen und Erfahrungen mit einfließen läßt. Ungeschminkt berichtet er beispielsweise über die Wahrnehmung des Todes im Lager: „In Dachau nahm der Tod nur selten heldenhaften Charakter an. Der Tod war etwas Übliches, er fand überall statt: beim Appell, bei der Arbeit, auf der Blockstraße, auf der Toilette. Im normalen Leben erregt der Tod einer Katze, die auf der Straße stirbt, Aufmerksamkeit und Mitleid. Der ausgehungerte, verelendete, im Sterben liegende Häftling erregte keine große Aufmerksamkeit.“ (148)

Seinen dritten Hauptteil beginnt Zámečník mit einem Abriss über die Wende im Kriegsverlauf und den darauf folgenden Veränderungen in den Konzentrationslagern und speziell in Dachau. Er resümiert die medizinischen Experimente und schildert den Bau von Krematorium und Gaskammer. Letztere, so führt Zámečník schlüssig aus, sei „sehr wahrscheinlich“ zumindest probenhalber eingesetzt worden, auch wenn sich dies „nicht hieb- und stichfest“ nachweisen läßt. (301)

Sehr differenziert diskutiert Zámečník das „außerordentlich heikle Kapitel“ (318) von Widerstand und Solidarität im Lager. Nach der Darstellung einer ganzen Reihe einzelner Ereignisse und Aspekte, endet die Studie folgerichtig mit der Befreiung des Lagers Dachau. Abschließend beschäftigt sich der Autor noch mit der Frage der Anzahl der in Dachau zu Tode gekommenen Menschen. Gegenüber der offiziellen Zahl von 31.951 Toten, die auf Angaben des Internationalen Suchdienstes in Arolsen (ITS) aus dem Jahre 1966 beruhen, kommt Zámečník „nachweislich“ auf mindestens 42.359 Tote. Mit Verweis auf das immer noch nicht zugängliche Archiv der ITS will jedoch auch Zámečník noch „kein abschließendes Wort“ über die Gesamtzahl der Opfer von Dachau sagen (400).

Erschlossen ist die Arbeit durch das übersichtliche und fein untergliederte Inhaltsverzeichnis und ein Personenregister. In einem Anhang finden sich die Lagerordnungen des KZ Dachau. Zámečník hat für seine Studie zahlreiche, veröffentlichte wie unpublizierte, Erinnerungen Dachauer Häftlinge ausgewertet. Daneben fußt seine Arbeit auf der wissenschaftlichen Literatur sowie auf Beständen verschiedener, vorwiegend tschechischer Archive. Entstanden ist so nicht nur eine gut lesbare Geschichte des KZ Dachau, sondern eine Darstellung der Entwicklung des KZ-Systems am Beispiel von bzw. mit dem Fokus auf dem Dachauer Lager. Die notwendigen weiteren Forschungen zu zahlreichen Aspekten, Facetten und einzelnen Fragen der Geschichte des KZ Dachau werden diese Arbeit nicht übergehen können.

Christoph Kopke

BERND KLEINHANS: Ein Volk, ein Reich, ein Kino. Lichtspiel in der braunen Provinz. PapyRossa Verlag, Köln 2003, 232 S.

Folgt man dem Klappentext des Verlages auf der Rückseite des Buches, so ist die von Bernd Klein hans vorgelegte Untersuchung als neuer Meilenstein in der Filmforschung zu betrachten. Sie sei nichts weniger als die hierzulande „vernachlässigte Geschichte des Kinos“, deren Aufarbeitung schon längst überfällig war. Es gehe um die „Schlüsselstellung des Kinos“ im „NS-Propagandakonzert“, darum, wie die Kinos „zu ‚Lichtspieltheatern‘ aufgewertet“ und zu „nationalsozialistischen Kultorten umfunktioniert“ wurden.

Klein hans ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei „Shoa.de“, er untersucht in der Tat

erstmalig die Rolle der NS-Filmpolitik in den ländlichen Regionen Deutschlands zwischen 1933 und 1945. Die Absicht des Buches wird in der Einleitung so formuliert: "Mit diesem Buch soll erstmalig ein Überblick über die gesamte Kinosituation im Dritten Reich und die Instrumentalisierung der Lichtspieltheater für die NS-Propaganda gegeben werden. Im Mittelpunkt stehen also nicht die Produktion der Filme, sondern die Vorführstätten vor Ort, und anstelle der Konzentration auf die Reichshauptstadt kommt verstärkt die Provinz außerhalb der Machtzentrale in den Blick." (11) Zur eigenen Absicherung ist anschließend allerdings auch vermerkt, daß das Ergebnis der Studie "kein abschließendes Gesamtbild über das Kino in der Provinz" sein kann, "aber doch eine fundierte Skizze". (12) Bei insgesamt zweihundert Druckseiten für den Text konnte hier wohl nicht mehr erreicht werden, wobei sich dem Leser der Eindruck aufdrängt, daß an dieser "Verknappung" das Lektorat nicht unwesentlich beteiligt war. Kleinhans will besonders die Behauptung widerlegen, "daß in der Provinz vor allem zweitrangige Filme und immer mit monatelanger Verspätung gegenüber den Großstadt-Aufführungen gezeigt wurden". Diese Behauptung "erweist sich bei näherer Betrachtung ebenso als falsch wie die Vorstellung vom kinofreudigen Großstädter und kinofaulen Provinzbewohner. Propagandistisch wichtige Filme wurden oft schon wenige Tage nach der Uraufführung im ganzen Reich gezeigt und die Bewohner kleinerer Städte besuchten oft noch häufiger als in den Metropolen das Kino." (12)

Zum Beweis seiner These beschäftigt sich der Autor bevorzugt mit den Absichten der NS-Filmpolitik, mit der Umwandlung der Programmstrukturen in den Kinos sowie mit den möglichen bzw. tatsächlichen Filmwirkungen in der als "NS-Volksgemeinschaft" apostrophierten deutschen Gesellschaft nach 1933. Das Resultat kann so zusammengefaßt werden: Da sich das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Führung von Joseph Goebbels, die gleichfalls ihm unterstehende Reichspropagandaleitung der NSDAP sowie die sogenannten NS-Gaulfilmstellen vom Film als populärem Massenmedium viel versprochen, setzten sie alles daran, um über den Film die politische Beeinflussung der Bevölkerung zu intensivieren und zu perfektionieren. Durch den Film sollten vor allem jene Deutschen angesprochen werden, von denen anzunehmen war, daß sie mit den Zielen und Interessen der NS-Ideologie nicht oder jedenfalls nicht hundert-prozentig übereinstimmten. Kleinhans erklärt am Ende seines Abschnittes über die Struktur des Kinopublikums im "Dritten Reich", daß sich "die vom Regime bereits nach der Machtübernahme propagierte Volksgemeinschaft im Kinosaal (...) in der Endphase der Diktatur tatsächlich weitgehend verwirklicht (hatte). Es gab jetzt keine soziale Schicht und keine Altersgruppe mehr, die kein Interesse am Kino gehabt hätte." (88)

Wie kommt der Autor zu solchen Schlüssen? Die ersten beiden größeren Kapitel behandeln zunächst die "Gleichschaltung der Kinos im NS-Staat" (13-60) und die

“Verdrängung der Juden aus dem Kinogewerbe” (61-75). Im Zusammenhang mit der Gleichschaltung des Filmwesens werden neben vielen schon länger bekannten Aspekten besonders die Rolle und Funktion der Kinobetreiber im Kontext betont. So war die Aufmerksamkeit der NSDAP-Propagandisten gegenüber den Filmtheatern und ihren Leitern von Anfang an sehr groß. Die offizielle Kulturpolitik verhinderte bereits kurz nach der Machtübertragung an die Hitlerregierung die Kinokonkurrenz in der Provinz, indem Neugründungen in Kleinstädten, in denen schon ein Kino vorhanden war, verboten wurden. Das Ziel lautete natürlich: Wenn Kino, dann auch NS-Propaganda, die eventuell durch ein Alternativangebot an Filmen in zusätzlichen Kinos hätte unterminiert werden können. (29) Der Großteil der privaten (mittelständischen) Kinobesitzer stand diesen Maßnahmen positiv gegenüber, da ihnen lästige Nebenbetreiber per Dekret ausgeschaltet wurden. Überdies erschienen die Kinoleiter dem Goebbels-Ministerium als wichtige “Repräsentanten der NS-Kulturpolitik” (41), womit sich ihr Stellenwert offenbar auf Dauer festigen ließ. Wenn jedoch über die verschiedenen Institutionen politische Filmveranstaltungen anberaunt wurden, mußten die Kinos selbständig und aus eigener Tasche den Werbeaufwand, die Ausstattung mit NS-Symbolen an den Kinoeingängen und in den Sälen sowie den Ausgleich für die verminderten Eintrittspreise tragen. Nennenswerte Oppositions- oder gar Widerstandshaltungen sind aus dieser Branche nicht überliefert.

Auch bezüglich der Ausschaltung und Vertreibung von als jüdisch stigmatisierten Filmkünstlern knüpft der Autor eher an bekannte Tatsachen an, als daß hier gravierend neue Erkenntnisse vorgebracht würden. Im Falle des versuchten Nachweises der Nazi-Propaganda, der deutsche Film vor 1933 sei “jüdisch unterwandert” gewesen und steige nun durch die “nationale Erhebung” ohne Juden zu “wahrer künstlerischer Größe” auf, gelingen Kleinhans einige aufschlußreiche Funde aus dem nicht gerade kleinen Arsenal antisemitischer Literatur, die in der herkömmlichen Filmgeschichte bisher wenig beachtet wurden. Schon 1933 hatte Theodor Fritsch in seinem *Handbuch zur Judenfrage* dem Film ein Extrakapitel gewidmet, in welchem er den “Einfluß der Juden auf den Film” geradewegs zu der Formel “von Juden kontrolliert”, besonders hinsichtlich der Filmangebote aus den USA, hochstilisierte. In ähnlicher Weise war dem Propagandaministerium im Jahre 1937 daran gelegen, mit der Kollektivpublikation *Film-Kunst, Film-Kohn, Film-Korruption* Bilanz zu ziehen, um zu zeigen, daß die “Säuberung des deutschen Filmwesens vom Juden” in Übereinstimmung mit dem “Willen des deutschen Volkes” vollzogen wurde. (62/63) Leider unterbleibt hier eine genauere Kontextbestimmung, ob die antisemitischen Konnotationen der NS-Publizistik im Verhältnis zur Filmproduktion und zur Zuschauerresonanz kontinuierliche Spuren hinterlassen haben.

Während die sich anschließenden Kapitel über das “Kinopublikum im Dritten Reich” (76-89) und das “Filmangebot im Reich und der Provinz” (90-116) die

wachsende Bereitschaft und Begeisterung der Deutschen für den Film und die flächendeckende Versorgung des Landes mit deutschen Filmen umfassend dokumentieren, ergeben sich in einem wesentlichen Abschnitt des Buches die meisten Schwierigkeiten der Interpretation. Gemeint ist die Anwendung des Wirkungsmoments von Nazifilmen auf das Publikum in der Provinz anhand ausgesuchter, prägnanter Filmbeispiele. (117-157) Hatte Kleinhans zuvor zutreffend argumentiert, daß der Spielfilm wegen der langen Produktions- und Laufzeiten für die "aktuelle (hier jedoch: zeitbedingte tages-)politische Propaganda weitgehend ungeeignet" war (94/95) und man deshalb als Korrektiv auf die propagandistische Wirksamkeit des filmischen Gesamtprogramms, bestehend aus Wochenschau, Kulturfilm und Hauptfilm, zurückgriff (95/96), so unterlaufen ihm in der unmittelbaren Behandlung der Beispiele einige Kontextirrtümer, die teils aus dem fehlenden empirischen Material, teils aber auch aus der Zugangsvorstellung des Verfassers von den Wirkungsmechanismen der Filme herrühren.

Durchaus zurecht wird der Propagandafilm *Triumph des Willens* (1935) von Helene (Leni) Riefenstahl über den Reichsparteitag von Nürnberg 1934 als "inszenierte Allgegenwart" (des "Führers") beschrieben, dessen direkte Präsenz von der Leinwand in die Provinz den Eindruck erwecken sollte, Hitler wäre per Film unter ihnen und die "Volksgenossen" unmittelbar bei Hitler. (117-127) Nachdem Kleinhans hierfür seine eigene Interpretation des Films vorgestellt hat, geht er aber lediglich sehr knapp (126/127) auf die Rezeption ein, die zudem derartig widersprüchlich ist, so daß am Ende nicht deutlich wird, ob *Triumph des Willens* ein Publikumserfolg war oder nicht. Das gleiche Problem ergibt sich in der Parallelanalyse der beiden antisemitischen Hetzfilme *Jud Süß* von Veit Harlan und *Der ewige Jude* von Fritz Hippler aus dem Jahre 1940. Attestiert wird *Jud Süß* eine hohe und dem Film von Hippler eine geringe Resonanz (127-136), was sich jedoch relativ einfach allein aus der unterschiedlichen Produktionsstruktur von Spiel- und Dokumentarfilm und der voneinander abweichenden Zielgruppenvorgabe ableiten läßt. Die Bemerkungen von Kleinhans über die Widerwärtigkeit dieser Filme sind selbstverständlich nicht in Frage zu stellen, sehr wohl aber seine Kurzschlüsse, wie über die Intention der Filme auf die empirisch nachzuvollziehende Reaktion insistiert wird. So schreibt Kleinhans: "Während ‚Jud Süß‘ antisemitische Gefühle erzeuge oder verstärkte, setzte ‚Der ewige Jude‘ mit seinem aufdringlichen Judenhaß bereits auf überzeugte Antisemiten, denen der Film als Bestätigung ihrer ohnehin schon festen Überzeugung dienen sollte." (135) Das ist natürlich richtig. Es kann allerdings auch aus dem Vorwissen des heutigen Rezipienten bei einer simplen Anschauung der Filme rekonstruiert werden und verrät damit wenig über die zeitgenössische Wahrnehmung der Filme. Daß Kleinhans darüber implizit seine These von der weitgehend fehlenden Eignung des Spielfilms für die aktuelle politische Propaganda untergräbt, scheint ihm nicht aufgefallen zu sein. Dazu paßt bezeichnenderweise noch das Fehlurteil, wonach die Filme *Hitlerjunge Quex*, *SA-Mann Brand* und *Hans Westmar* aus der NS-Frühphase angeblich "kaum ein breites



Publikum ansprechen (konnten). Nicht weil sie", wie Kleinhans fortführt, "schlechter als andere Filme inszeniert waren, sondern weil die SA- und HJ-Lebenswelt mit ihren spezifischen Problemen und Auseinandersetzungen den meisten Deutschen zum Zeitpunkt ihrer Aufführung (besser: Uraufführung 1933 bzw. 1934 D.K.) noch weitgehend fremd war." (197) Richtiger wäre davon zu sprechen, daß die Filme *SA-Mann Brand* und *Hans Westmar* aus künstlerischen Gründen, eben weil sie schlecht und nicht etwa ideologisch falsch waren, von Goebbels scharf attackiert und schließlich zurückgezogen wurden, während gerade die Wirkung von *Hitlerjunge Quex* für die Anziehungskraft der HJ-Bewegung auf die Jugend bis weit in den Krieg hinein gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Nicht weniger diffizil ist die Bewertung der Filmkomödie im "Dritten Reich" am Beispiel von Filmen mit Heinz Rühmann. (136-144) Über die Durchhaltefunktionen der Komödien ist bereits sehr viel Plausibles geschrieben worden, weswegen hier neue Kriterien in der Urteilsfindung nicht entwickelt werden müssen. Auch bedurfte es keiner Anstrengungen zur Widerlegung des Konsenses der Forschung über die Filmkomödie als heiteres, spielerisches und später kriegswichtiges Bindemittel zum Zusammenhalt der "Volksgemeinschaft". Die Auffassungen von Kleinhans lesen sich in diesem Teil deshalb auch mehr als Extrakt. Wie er indes zu seiner Meinung kommt, daß *Die Feuerzangenbowle* von 1944 ein Film über die "verlorene Jugend" unterm Hakenkreuz wäre (144), bleibt im Dunkeln. Weder wird klargemacht, daß diese Sichtweise eine nachholende aus der Nachkriegsperspektive sein könnte, noch, ob es sich dabei irgendwie um eine in diese Richtung wirkende Rezeption des damaligen Kinopublikums handelte. Außerdem war der Regisseur der *Feuerzangenbowle* nicht wie von Kleinhans behauptet das "NSDAP-Mitglied Carl Froelich" (143), sondern der Film entstand unter der künstlerischen Oberleitung Rühmanns in der Regie von Helmut Weiss. Auf die Parteimitgliedschaft von Regisseuren und Schauspielern hinzuweisen, ist im Kontext der NS-Filmpolitik überdies müßig, da die meisten Filmkünstler nicht in der NSDAP waren und sich trotzdem massenhaft in der Lage sahen, bedenkenlos Ideologie und Propaganda zu produzieren. Immerhin wird von Kleinhans stets daran erinnert, daß Harlan, Riefenstahl, Liebeneiner u.v.a. aus eigenen Stücken Nazi-propagandisten waren und keine verführten, ahnungslosen oder irregeleiteten Nur-Künstler, wie man das mittlerweile in der relativierenden Freisprachliteratur der letzten Jahre wieder öfter zu hören bekommt.

Die restlichen Abschnitte der Arbeit beschäftigen sich mit den Wochenschauen (145-157), mit der Filmarbeit der NSDAP auf dem Lande (158-181) und mit der Filmpolitik in den letzten Jahren des Regimes (182-193). Diese drei Gegenstände werden kompakt abgehandelt, die Abschnitte sind überaus informativ, sie sagen gegenüber den vorherigen Bereichen endlich auch etwas Greifbares zur Tageswirkung der Filmpolitik aus.. Die Wochenschauen waren zum Beispiel für



einen Großteil der Bevölkerung durch ihre Unmittelbarkeit ein Faszinosum, was sich speziell in der Kriegsberichterstattung manifestierte und entsprechenden Anklang fand. (156) Im Hinblick auf die NS-Filmarbeit in der Provinz erreichten die "NS-Gaufilmstellen" dann selbst diejenigen Bevölkerungsgruppen, die ansonsten der politischen Propaganda im Film ferngeblieben und die ihr hier schließlich besonders ausgesetzt waren, da sie durch das Filmangebot von alternativen Veranstaltungen ausgeschlossen wurden. (170) In den "Jugendfilmstunden" der NSDAP zeigte man reichsweit überdurchschnittlich viele politische Filme, die auf ein junges, vor allem ländliches Publikum wegen der allgemeinen Attraktivität des Kinos, aber auch aufgrund der großflächigen ideologischen Infiltration anziehend wirkten. (175-181) Das Kino war also für die NS-Funktionäre politisch überaus bedeutsam, sogar so bedeutsam, daß faktisch bis wenige Wochen vor der deutschen Kapitulation die Lichtspieltheater, die durch Kriegseinwirkung beschädigt oder zerstört worden waren, sofort wieder aufgebaut bzw. provisorisch hergerichtet wurden, um einen reibungslosen Ablauf der Filmprogramme zu gewährleisten. (185-189)

Zusammengefaßt kann man sagen, daß diese Studie einen hoffnungsvollen Ansatz dafür darstellt, die Strukturen und Wirkungen der NS-Filmpolitik in einem erweiterten Rahmen zu erhellen. Für zukünftige Forschungsleistungen wünscht man sich jedoch die präzisere Klärung der Wirkungspotentiale des Films insgesamt, eine meßbare empirische Tiefe sowie an manchen Stellen mehr Zuverlässigkeit und Exaktheit bei der Einordnung der Filme in den historischen Kontext. Bestimmt wird in den nächsten Jahren auch ein anderes Problem in den Mittelpunkt der Wissenschaft rücken, das Kleinhans am Schluß der Untersuchung konkret benennt: "Welche Folgen auf lange Sicht die Präsenz der NS-Bilder für die Wahrnehmung des Nationalsozialismus haben wird, ist kaum absehbar. Ausgeschlossen scheint jedenfalls nicht, daß in der historischen Wahrnehmung des Dritten Reiches die Bilder irgendwann stärker werden könnten als das Wissen über dasselbe. Gerade daher gilt: Nur eine beständige Auseinandersetzung mit diesen Bildern und mit dem Funktionieren des Propagandaapparates Kino kann verhindern, daß die Filme des Dritten Reiches irgendwann mächtiger werden können als das Wissen über die Verbrechen dieses Regimes." (200) Der erste Schritt jener notwendigen Auseinandersetzung wäre die radikale Kritik an der fahrlässigen Reprisespolitik der Nachkriegszeit, als unreflektiert Nazifilme ins Kino und Fernsehen gebracht wurden, die eine Weiterwirkung dieser Bilder nicht unerheblich beförderten.

Detlef Kannapin

INSA MEINEN: *Wehrmacht und Prostitution während des Zweiten Weltkriegs im besetzten Frankreich*, Edition Temmen, Bremen 2002, 263 S.

Deutsch-französische Geschlechterbeziehungen während der vierjährigen Besetzung des Landes waren kein Randphänomen. Davon zeugen Besatz-

ungskinder in sechsstelliger Zahl, Liebesbeziehungen, die über den Krieg hinaus Bestand hatten, und der von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch der Truppenführung, das Sexualleben der Wehrmachtangehörigen unter Kontrolle zu halten und auf den Besuch der dafür vorgesehenen Bordelle zu beschränken. Vom Sommer 1940 an wurde das besetzte Frankreich flächendeckend mit einem Netz von Wehrmachtbordellen überzogen, deren Standorte und Betriebsdauer dem durch die Truppenbelegung bestimmten Bedarf angepaßt wurden. Ihre Zahl belief sich auf einige hundert: allein in Paris waren es um die 40, im Militärbezirk A standen Ende 1941 rund 140 zur Verfügung. Sie waren sauberlich getrennt für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, Wehrmachtgefolge und später auch für verbündete Truppen wie die Ostbataillone und die Indische Legion. Der Wehrmachtsanitätsdienst, die Militärverwaltung und ab Mitte 1942 auch die Sicherheitspolizei sorgten für eine strenge Reglementierung, um eine laufende Gesundheitskontrolle sicherzustellen, und legten bis ins einzelne die Konditionen fest: Tarife, Öffnungszeiten, Getränkeauschank, Hygiene.

Rund tausend Prostituierte waren während des Krieges in diesen Wehrmachtbordellen tätig und hatten dabei einen ansehnlichen Verdienst, der von dem der Betreiber und Patroninnen noch deutlich übertroffen wurde. Die Zahl der deutschen Besucher war beträchtlich. Nicht alle kamen in die Bordelle, um ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen; nicht wenige wollten "etwas sehen", von dem sich hinter vorgehaltener Hand im Kameradenkreis erzählen ließ. Das Klischeebild von Frankreich als dem Land des leichten Lebenswandels und unerhörter sexueller Abenteuer schien sich fortlaufend zu bestätigen. Entsprechende Geschichten, phantasievoll ausgeschmückt, überdauerten den Krieg.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß das umfangreiche Bordellangebot den Ansprüchen der deutschen Klientel noch nicht genügte. Zum Problem für die deutschen Kommandobehörden und die Militärverwaltung wurde der offenbar reizvollere Verkehr der Soldaten mit nicht registrierten und schwer zu erfassenden Französisinnen, bei denen die Gefahr einer Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten in besonderem Maße gegeben schien. In Zusammenarbeit mit der französischen Verwaltung und Sittenpolizei machten die Besatzungsbehörden den Versuch, durch eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen, die nur zum Teil aus den von Frankreich aufzubringenden Besatzungskosten bezahlt wurden<sup>1</sup>, diese "wilde" oder klandestine Prostitution zu verfolgen. Diese betrafen in der Regel Frauen aus den sozialen Unterschichten, die zur Zielscheibe von Kriminalisierung, Denunziationen, Fahndungen, Registrierungen, Zwangsuntersuchungen, Aufenthalts- und Berufsverbote wurden. Sie riskierten nach Einführung eines "Ansteckungsdelikts" in die "Verordnung zum Schutz der Besatzungsmacht" vom 18.12.1942 sogar die Aburteilung durch Kriegsgerichte und eine Gefängnisstrafe oder die Einweisung in

1 Deren Höhe belief sich nicht, wie Meinen angibt, auf täglich 400 Milliarden Francs (S. 239, Anm. 112), sondern auf 400 Millionen.

ein Internierungslager, die nicht einmal mit der Befreiung Frankreichs im Sommer und Herbst 1944 ein Ende hatte.

Der große personelle Aufwand bei der Prostitutionsbekämpfung scheint sich trotz des Widerwillens vieler Soldaten, sich der bürokratischen Reglementierung zu unterwerfen, doch gelohnt zu haben. Jedenfalls sah die Wehrmacht das in Frankreich eingeführte Bordellsystem als einen Erfolg an, so daß es anscheinend als Modell für ähnliche Einrichtungen und Maßnahmen in anderen besetzten und verbündeten Ländern Verwendung fand. Insofern verdient es eine genauere Untersuchung, wie sie Meinen unter Auswertung vieler deutscher und französischer Akten letztere auch aus Departements- und Stadtarchiven in sehr anschaulicher Weise unternommen hat.

Die Autorin hat ihre Studie in vier Teile gegliedert, erstens Besatzung, Prostitution und Geschlechterpolitik (unter Einbeziehung der Frauen- und Familienpolitik Vichys), zweitens Kontrolle und Verfolgung der Prostituierten, drittens Lagerinternierung und viertens Wehrmachtbordelle. Sie sieht ihre Arbeit "im Schnittpunkt von Militärgeschichte, gender history und Okkupationsforschung" (1) angesiedelt. Ein Perspektivenwechsel soll "beispielhaft frauenspezifische Zielrichtungen und Auswirkungen der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft" (11) beleuchten, die Meinen als einen Ausdruck patriarchalischer Geschlechterverhältnisse und der Frauenverachtung ansieht.

Daß Frauen auf deutsche Veranlassung im besetzten Frankreich aufgrund ihres sexuellen Lebenswandels elementarer Rechte beraubt wurden, steht außer Zweifel. Ob das ein "nicht unbedeutender Bestandteil offizieller Frauenpolitik" außerhalb der Reichsgrenzen war, müßte noch diskutiert werden. Die Autorin liebt zugespitzte Formulierungen wie dezidierte Urteile, und bei ihrem Bestreben, das Schicksal der bordellierten und "freien" Prostituierten sowie der prostitutionsverdächtigen Frauen während der deutschen Besetzung zu beschreiben, spielen die Beweggründe der Wehrmacht für ihre Maßnahmen keine große Rolle. Nach ihrer Meinung hilft es nicht weiter, die Prophylaxe von Geschlechtskrankheiten "zum militärischen Sachzwang zu verobjektivieren". (10) Sie sieht auf deutscher Seite eine "Geschlechtskrankheitenphobie" gegeben, die auf Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert zurückging, wie überhaupt die Wehrmacht sich der Methoden traditioneller Prostituiertenverfolgung bediente. Meinen bestreitet nicht, daß sich die Truppenführung an militärischen Gesichtspunkten orientierte, und zählt dazu die Sorge um die Gesundheit und Disziplin der Soldaten, das Ansehen der Wehrmacht, Fragen der Geheimhaltung und der Sicherheit. Sie stellt aber fest, daß die Eingriffe des deutschen Sanitätsdienstes weit über die herkömmlichen Aufgaben von Gesundheitsbehörden bei der Prostitutionsüberwachung hinausgingen. Das betraf nicht nur die kontinuierliche Radikalisierung der Maßnahmen, sondern auch die bezeichnende Bestimmung, daß Jüdinnen und

"fremdrassige" Frauen aus Wehrmachtbordellen ausgeschlossen waren, sowie das Bestreben, die Gesundheit des deutschen Volkes nicht durch das ungezügelte Sexualleben seiner Soldaten Schaden erleiden zu lassen.

So werden die spezifisch militärischen Gründe, die zur Errichtung eines Bordellsystems in Frankreich führten, zu schnell "abgehakt" <sup>1</sup>. Sicherlich spielten die französischen Verhältnisse - nach allen beunruhigenden Erwartungen gemäß traditionellem Vorurteil, die sich mit diesem Land verbanden - eine besondere Rolle, um den Geschlechterbeziehungen hier nicht freien Lauf zu lassen. Aber es wäre auch der Frage nachzugehen, welche Erfahrungen der deutschen Führung aus den bisherigen Einsätzen der Wehrmacht vorlagen. Daß sich bei der Massierung von Truppen, spätestens wenn eine Kampfphase beendet war, auch üblicherweise sexuelle Probleme einstellten, hatten schon die Monate des Wartens im innerdeutschen Operationsgebiet während des sogenannten Sitzkrieges an der Westfront gezeigt. Das Reichssicherheitshauptamt hatte es sich nicht nehmen lassen, den regen Zustrom von Prostituierten und erlebnishungrigen Minderjährigen zu den Soldaten aktenkundig zu machen. Es wäre auch zu untersuchen, ob zwischen Notzuchtverbrechen und einem ausreichenden Bordellangebot nicht doch ein Zusammenhang bestehen könnte. Meinen bestreitet das, aber das müßte noch gründlich belegt werden. Hierzu wären auch die Erfahrungen der Amerikaner im befreiten Frankreich heranzuziehen, deren Soldaten der Besuch ehemaliger Wehrmachtbordelle verboten war.

Aus der Sicht der deutschen Truppenführung wäre es das Ideal gewesen, wenn alle Sexualkontakte zwischen Wehrmachtangehörigen und Französinnen nur in den eigens dafür vorgesehenen Bordellen stattgefunden hätten. Wie aus Meinens Studie hervorgeht, war dieses "Freizeitangebot" innerhalb der Militärbehörden aber nicht unumstritten. Nach den Vorstellungen der "Idealisten" war es bedauerlich, daß sich das Problem der sexuellen Bedürfnisse der Soldaten auf fremdem Gebiet überhaupt stellte. Die "Realisten" machten sich dagegen keine Illusionen, daß die nicht zu unterdrückenden Geschlechterbeziehungen in geregelte Bahnen gelenkt werden mußten. Der Freizeitwert der gleichzeitig geschaffenen Soldatenheime, bei Brettspielen und Empfang des deutschen Rundfunks, war nicht so hoch, als daß sie eine echte Alternative dargestellt hätten. Es hat nicht an Belehrungen der Truppen gefehlt, um sie über „Rassenhygiene“ aufzuklären und vor allem bei Offizieren an die nötige "Selbstzucht" und Enthaltensamkeit zu appellieren. Offensichtlich hatte das wenig Erfolg, aber darüber hätte man bei Meinen mehr erfahren müssen. Sie legt das Schwergewicht ihrer Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Frauen, deren sexuelle Ausbeutung durch die Sieger sie immer wieder unterstreicht. Die Soldaten hatten nach ihrer Meinung den Eindruck gewonnen, daß ihnen nach der Besetzung eines Landes ein Recht auf Geschlechtsverkehr mit der weiblichen Bevölkerung

---

1 Vgl. Max Plassmann: Wehrmachtbordelle. Anmerkungen zu einem Quellenfund im Universitätsarchiv Düsseldorf, in: MGZ 62 (2003), 1, S. 157-173.

zustünde. Die Führung wollte ihnen diesen "Siegerlohn" nicht vorenthalten. Oder stellte die Errichtung von Wehrmachtbordellen in erster Linie ein Zugeständnis an menschliche Schwächen dar, das nicht frei von Resignation war?

Die im besetzten Frankreich praktizierte Prostitutionsüberwachung bediente sich massiver Zwangs- und Repressionsmaßnahmen. Nach Meinen läßt sie sich aber nicht "in die Geschichte sexueller Gewalt gegen Frauen im Krieg" (214) einordnen. Sie sieht in dieser Hinsicht grundlegende Unterschiede zu anderen okkupierten oder verbündeten Staaten. Für Osteuropa stellt sie trotz Verweis auf eine mangelhafte Forschungslage fest, daß es sich "bei dem militärischen Bordellbetrieb eher um die organisierte Vergewaltigung unter Terrorbedingungen als um Prostitution" (214) handelte. Es wäre also wünschenswert, wenn Meinen Studie über das Bordellsystem in Frankreich, deren Wert trotz selbstgewählter Perspektivenverengung nicht bestritten werden soll, zu ähnlichen Arbeiten über andere Länder anregen würde. Erst dann wären zuverlässige Grundlagen für Urteile über das Verhältnis von Wehrmacht und Prostitution gegeben, die Meinen teilweise schon formulieren zu können glaubt.

Hans Umbreit

Instytut Pamięci Narodowej. Komisja Ścigania zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu: *Wokół Jedwabnego*. Pod redakcją PAWIA MACHCEWICZA i KRZYSZTOFA PERSAKA, Tom 1: Studia, 526 S.; Tom 2: Dokumenty, 1035 S. Warszawa 2002. (Institut für nationales Gedenken. Kommission zur Verfolgung der Verbrechen gegen das polnischen Volk: Um Jedwabne. Redaktion: Paweł Machcewicz, Krzysztof Persak; Bd. 1: Studien, Bd. 2: Dokumente)

Nach ihrem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bemühten sich die deutschen Faschisten nicht ohne Erfolg, in den eroberten baltischen Ländern und in der Ukraine einheimische Nationalisten und Antikommunisten zu antijüdischen Pogromen anzustacheln. Gleiches taten sie auch in jenen nordostpolnischen Gebieten, die nach dem 17. September 1939 von der Roten Armee besetzt worden waren. Das Landstädtchen Jedwabne im Kreis Łomża der Wojewodschaft Białystok wurde am 10. Juli 1941 zur Stätte eines bestialischen Massenmordes der einheimischen polnischen Bevölkerung an den eingesessenen Juden. Vor dem Krieg waren zwei Drittel der 2.300 Einwohner Juden, sie wurden bis auf sieben Gerettete umgebracht, vom Säugling bis zum Greis: Zunächst öffentlich gehetzt, gequält, ertränkt oder erschlagen, wurden die meisten der 1.600 Opfer zum Schluß der Massaker in eine Scheune getrieben und verbrannt. Ähnliche Pogrome hatten Tage zuvor bereits in benachbarten Orten stattgefunden, das Beispiel wirkte ansteckend.

Als der in den USA lehrende polnisch-jüdische Historiker Jan Tomasz Gross die polnische Originalfassung seines Buches über diesen Pogrom vom 10. Juli 1941 in

Jedwabne veröffentlichen wollte, fand er in Polen nur einen Kleinstverlag in Sejny an der polnisch-litauischen Grenze<sup>1</sup>. Das Buch wurde in Polen zunächst totgeschwiegen. Erst nachdem auf seiner Grundlage ein Film gedreht und gezeigt worden war, löste es in der polnischen Öffentlichkeit eine beispiellose politische Debatte aus. Zahlreiche polnische Chauvinisten und Antisemiten fühlten sich provoziert und bekämpften die nun öffentlich gewordene Wahrheit mit allen Mitteln<sup>2</sup>. Neben rechtsnationalistischen Publizisten haben sich auch namhafte Geschichtswissenschaftler um „Widerlegung“ der Aussagen bzw. Disqualifikation der Methoden und Quellen des Autors bzw. seine Abstempelung als Lügner bemüht<sup>3</sup>. Inzwischen aber war die Diskussion über Jedwabne international geworden. Zum 60. Jahrestag des Mordes gab sich das offizielle Polen zweigeteilt. Während Staatspräsident Kwaśniewski auf der Gedenkkundgebung von der Schuld der polnischen Einwohner sprach und die Opfer im Namen aller vernünftigen Polen um Verzeihung bat, verweigerten die Regierung Buzek, der katholische Primas Kardinal Glemp und der örtliche Bischof ihre Teilnahme am Trauerakt.

Die Regierung Buzek ordnete eine Exhumierung an, um ggfs. die Zahl der Opfer vermindern zu können. Der zuständige Rabbiner gab - entgegen allen jüdischen Traditionen - sein Placet zur Ausgrabung. Das Institut für Nationales Gedenken (IPN), eine Art polnischer Gauckbehörde, schickte Forscher in Archive, darunter ins Militärarchiv nach Freiburg/Breisgau, um evtl. doch noch zu beweisen, daß deutsche Nazis die Mörder waren. Von dieser Voraussetzung waren auch die beiden polnischen Nachkriegsprozesse sowie die späteren Ermittlungen der regionalen Kommission zur Erforschung der Naziverbrechen ausgegangen.

Gross hat auf der Grundlage der Quellen die „Argumente“ seiner Kritiker geradezu präventiv zerpflückt: 1. Nicht die ansässigen Polen sondern die deutschen Besatzer hätten die Juden von Jedwabne ermordet. 2. Die Juden seien selber schuld, sie wären Kollaborateure der sowjetischen Besatzung gewesen. 3. Die Juden hätten diese Strafe verdient, denn sie hätten dem NKWD die Mitglieder des polnischen Untergrundes verraten.

Das Buch von Groß umfaßt nur rund 120 Textseiten. Die nach zwei Jahren vorliegenden Bände des IPN konnten auf 1.600 Seiten seine Beweisführung nicht

---

1 Jan Tomasz Gross: *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2000*; englische Ausgabe: *Neighbors. The Destruction of the Jewish Community in Jedwabne, Poland*; Princeton University Press 2001; deutsch: *Nachbarn. Der Mord an den Juden in Jedwabne*, München 2002, (Beck). Die deutsche Ausgabe basiert auf der englischen Fassung.

2 Vgl. Jerzy Robert Nowak: *100 Kłamstw J.T. Grossa o Jedwabnym i żydowskich sąsiadach*, Warszawa 2001.

3 Vgl. Bogdan Musiał: *Tezy dotyczące pogromu w Jedwabnym. Uwagi krytyczne do książki 'Sąsiedzi' autorstwa Jana Tomasza Grossa*, in: *Dzieje najnowsze*, Warszawa 33 (2000), 3, S. 253-277. Mit den Angriffen von Tomasz Szarota, Tomasz Strembosz, Jerzy Eisler und anderen setzt sich Gross in seiner Replik „Wokół 'Sąsiadów'. Polemiki i wyjaśnienia“, Sejny 2003,



nur nicht widerlegen, sie mußten sie in allen entscheidenden Punkten bestätigen und wiesen nach, wie viele ähnliche Progrome rund um Jedwabne noch stattfanden. Die Autoren des Studienbandes und die Kommentatoren der Dokumentenkomplexe rekrutieren sich fast ausschließlich aus einer Institution, die für ihren professionellen Antikommunismus sprichwörtlich ist, nämlich dem Büro für Publikationen des Instituts für nationales Gedenken bzw. seiner regionalen Ableger. Aber auch ihre Autoren mußten der verbreiteten Unterstellung widersprechen, die Sicherheitsorgane der Volksrepublik Polen hätten bei den beiden Nachkriegsprozessen zu Jedwabne die Akten gefälscht.

Gross hat anhand der Namenslisten, die spätere Untersuchungen erstellten, herausgefunden, daß mindestens die Hälfte der erwachsenen männlichen Polen von Jedwabne zu den Schindern und Mördern zählte. Diese „Nachbarn“ teilten sich die Beute an Häusern, Wohnungen, Möbeln usw. sie befindet sich bis heute in ihrem Besitz. In den Nachkriegsprozessen wurden einige wenige Pogromisten verurteilt aber nur als angebliche Gehilfen der Nazibesatzer. Die einzige polnische Familie, welche sieben Juden gerettet und über den Krieg versteckt hatte, mußte nach der Befreiung um ihr Leben fürchten. Aufgrund der Morddrohungen der die Wojewodschaft Białystok faktisch beherrschenden konterrevolutionären Banden emigrierte sie schließlich in die USA.

Der Pogrom blieb allen Bewohnern des Städtchens über Jahrzehnte bis in die Gegenwart bewußt, doch öffentlich wurde darüber geschwiegen. Bei den Nachkriegsprozessen solidarisierte sich die Bevölkerung mit den Verurteilten, und die reaktionären Banden schüchterten die Zeugen ein. Gross rekonstruierte die grausamen Ereignisse jener Tage vor Ort sowie den späteren Umgang mit diesem Ereignis in der polnischen Nachkriegsgeschichte detailliert. Er wertete alle in Polen zur Verfügung stehenden Quellen aus und fragte über das Geschehen hinaus nach den Wurzeln des mörderischen Verhaltens dieser Nachbarn.

Die Autoren der beiden Bände erweitern den Gegenstand ihrer Studien und Dokumente erheblich, nämlich auf die Regionen Łomża, Białystok und West-Belorußland. Sie stellen die Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen in dieser Region bis 1941 dar und untersuchen die Tätigkeit der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1941 in diesem Gebiet. Ausführlich werden die beiden gegen die Mörder von Jedwabne 1949 bzw. 1953 geführten Strafprozesse vorgestellt und analysiert.

Der Dokumentenband präsentiert 440 Dokumente zu zehn Komplexen. Studien- und Dokumentenband verfahren weitgehend parallel, allerdings werden auch Dokumente geboten, zu denen keine Studien vorgelegt werden. Bemerkenswert sind die Proportionen: Nur sechs von 440 sind Dokumente der deutschen Okkupanten, und nur drei von ihnen betreffen Jedwabne direkt. Obwohl der Autor

Edmund Dmitrów keinerlei Belege dafür finden konnte, „weiß“ er jedoch, daß die Deutschen die „Organisatoren“ waren. In der Tat war die deutsche Besatzung die entscheidende Voraussetzung für die Welle von Pogromen, auch wurde der Pogrom von Jedwabne vom anwesenden Teil des Einsatzkommandos auch formell erlaubt, aber weder organisiert noch selbst verübt. Das überließen die Okkupanten absichtlich der einheimischen Bevölkerung; Organisatoren und Hauptbeteiligte waren der polnische Bürgermeister und die kollaborierende polnische Polizei.

Aus den Jahren 1939 bis 1941 wurde Dokumente der örtlichen Sowjetmacht aufgenommen, die demonstrieren sollen, welchen Widerstand die „patriotischen Polen“ gegen die Sowjets leisteten und daß die sowjetische Politik sich vor allem auf die jüdische Armut stützte. Diese Dokumente zeigen auch, wie stark der Einfluß der Endecja und mit ihm der mörderische Antisemitismus in diesem Teil Polens war. Den Komplex komplettieren Berichte von verhafteten bzw. deportierten Bewohnern der Region durch die sowjetischen Organe. Zur Situation nach dem Einmarsch der Wehrmacht in den Bezirk Białystok wurden zwei Arten von Dokumenten ausgewählt, Berichte der illegalisierten polnischen Staatsbehörden sowie Berichte jüdischer Überlebender aus der Region.

Knapp sechshundert von rund tausend Seiten Dokumenten sind Gerichtsakten über die Ermittlungen und die Prozesse gegen einige der Mörder von Jedwabne und Radzilów. Die Lektüre dieser Akten ist erschreckend: Hier mußten voreingenommene Untersuchungsbeamte geradezu zur Jagd getragen werden. Die polnische Volksmacht hatte in dieser Region selbst 1949 nur nominell die Regierungsmacht inne, in der Praxis reichte sie nicht bis Jedwabne, hier regierten faktisch Kräfte des reaktionären Untergrundes. Die jungen Untersuchungsbeamten waren kriminalistisch und juristisch unerfahren, selbst die vorliegenden Quellen wurden von ihnen kaum genutzt, die Widersprüche und die offenkundigen Lügen der Angeklagten und Zeugen wurden auch von den Richtern ohne weiteres übergangen. Requisitionen fanden nie statt, obwohl Angeklagte wie Zeugen in den Häusern ermordeter Juden mitsamt dem geraubten Gut nach wie vor wohnten.

Die Autoren der Studien setzen unterschiedliche Akzente. Neben der wissenschaftlich soliden Analyse der Tätigkeit der Einsatzgruppen und der Nachkriegsprozesse steht nicht selten die Suggestion, auch wenn die Juden das über sie unter den polnischen Pogromisten verbreitete Vorurteil von Kollaborateuren der Sowjetmacht nicht ausgefüllt hätten, gelte es doch, Verständnis für die Ursachen der Entstehung, Verbreitung und der Macht dieser Überzeugung zu gewinnen, aus der heraus die Mörder guten Gewissens gehandelt hätten. Ohne den mörderischen Antisemitismus explizit zu rechtfertigen, wird von einigen Autoren doch implizit um Verständnis für ihn geworben. Dabei wird der von Gross dokumentierte Sachverhalt, daß sich unter den „patriotischen“ Schindern mehr geheime Mitarbeiter des NKWD befanden als unter den ermordeten Juden, mit Schweigen

übergangen. Vor allem zur Zahl der Opfer und zur konkreten Rolle der anwesenden Deutschen kann der Band noch keine beweiskräftigen Angaben machen, was einige der Autoren zu Spekulationen verleitet.

Werner Röhr

KURT SCHILDE: *Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzamtsakten*, Metropol Verlag, Berlin 2002, 255 S.

Es bietet schon etwas Beruhigung, daß Hans Eichel als Bundesfinanzminister das Geleitwort zu diesem Buch geschrieben hat und darin feststellt: „Kurt Schilde untersucht ... exemplarisch ein bislang von der Wissenschaft nur wenig beleuchtetes Gebiet: Die Lebensgeschichten jüdischer Opfer im Spiegel von Finanzamtsakten.“

Die Lebensgeschichte einer Berliner Familie, deren Familienfotos uns aus dem Buch ansehen, wird hier tatsächlich exemplarisch in allen Bedeutungen des Wortes: beispielhaft und abschreckend - in ihrer ganzen monströsen Tragik dargestellt. Aber indem der Autor diese Lebensgeschichte als Exempel aufzeigt, bleibt er nicht nur bei den Opfern, sondern Hauptzweck seiner Untersuchung ist es, die Gesellschaft der Täter zu beleuchten, wenn auch vorwiegend als Maschinerie und nur ansatzweise in biographischer Charakterisierung, die der Quellenlage wegen leider nicht so photographisch abgelichtet wie bei den Opfern möglich ist. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht eine an der Judenverfolgung und Vernichtung wesentlich und aktiv beteiligte Schreibtischtäterbehörde, die fast nahtlos von der Weimarer Republik ins Dritte Reich und von diesem in die Bundesrepublik Deutschland übergang, ohne jemals als Täterbehörde in aller Munde gewesen zu sein und ohne daß Beamte dieser Behörde in nennenswertem Maße zur Rechenschaft gezogen worden wären. Der Autor hat sich die Aufgabe gestellt, die erst seit den 90er Jahren punktuell begonnene Beschäftigung mit der Rolle der Finanzbehörden bei der Judenverfolgung und des fiskalischen Vermögensraubes in Blickrichtung auf eine noch nicht in Angriff genommene zusammenfassende flächendeckende Darstellung dieser Rolle des Reichsfinanzministeriums und der ihm unterstellten Finanzbehörden zu erweitern. Das ist ihm gelungen. Er stützt sich auf den umfangreichsten Bestand an Archivalien zu dieser Thematik, auf die häufig als „Deportationsakten“ bezeichneten Vermögenseinzugsakten aus der Vermögensverwaltungsstelle des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (heute: Oberfinanzdirektion Berlin), deren systematische Auswertung noch aussteht. Dabei zeigt er nicht nur, daß die deutsche Finanzverwaltung auf allen Ebenen seit Beginn des NS-Regimes permanent an der Verarmung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war und Finanzbeamte und angestellte in deren bürokratische Liquidierung eingebunden waren, sondern er zeichnet auch das Wie dieser Verfolgung in allen Teilschritten nach.

Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der Quellenlage und ihrer Auswertung seit 1945 skizziert der Autor auf den ersten siebzig Seiten seiner Untersuchung recht gründlich die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Vermögensentziehung der als Juden Verfolgten, wobei er die übrigen an der Ausbeutung beteiligten Mitwirkenden einbezieht (Geheime Staatspolizei, Gerichtsvollzieher, Hausverwaltung, Nachbarschaft, Banken, Versicherungen, Energieversorgungsunternehmen, Stadtverwaltung u.a.). Nach der Vorstellung von Ort und Dienststelle des Oberfinanzpräsidiums werden die Entwicklung der Aufgabenverteilung in den verschiedenen Ebenen der Finanzbehörden konkret beschrieben. Danach wird ein detaillierter Überblick über die von deutschen Beamten im Reichssicherheitshauptamt oder im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten vielfältigen Vorschriften, als Instrumentarium für die pseudolegale fiskalische Ausplünderung auswandernder, ausgewanderter, zurückgebliebener, deportierter, ermordeter und untergetauchter Jüdinnen und Juden, insbesondere die antijüdischen steuerrechtlichen Veränderungen im einzelnen beschrieben, deren Ziel und Resultat die „Vollstreckung des bürgerlichen Todesurteils“ waren. (35f.) Schilde beschreibt, wie die Reichsfinanzverwaltung nicht nur vorhandene Gesetze ausführte, sondern offensichtlich alle steuerrechtlichen Möglichkeiten der Benachteiligung der jüdischen Steuerpflichtigen unverzüglich nach der Machtergreifung Hitlers nutzte. Um die Hauptaufgabe jedes Finanzamtes, für den Staat möglichst viel Geld einzutreiben, vorbildlich zu erfüllen, wurde also die neue Möglichkeit, von einer ganzen Bevölkerungsgruppe zusätzlich Steuern einzutreiben, pflichteifrig und ideenreich genutzt. Beispielsweise wurde die im Dezember 1931 eingeführte „Reichsfluchtsteuer“, die die damals einsetzende Kapital- und Steuerflucht hatte abwehren sollen, von den Finanzbehörden im Frühjahr 1933 unverzüglich und ohne Zögern antisemitisch ausgelegt und gegenüber den zur Auswanderung Gezwungenen angewandt. Auf diese Weise sorgten die Finanzbehörden bereits in den 30er Jahren für die absolute Pauperisierung der jüdischen Bevölkerung einschließlich der Vertriebenen und Ausgewanderten. Die nach vielfältigen Repressalien verbliebenen und verfolgten Personen fielen ab 1941 den Massendepotationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager zum Opfer. Deren organisatorische Vorbereitung erfolgte in allen denkbaren Einzelheiten unter Beteiligung unterschiedlicher Verwaltungen. Auch hierbei setzte die Aktivität der Finanzbehörden keineswegs erst nach der Deportation ein, sondern in Kenntnis und zur Vorbereitung der Deportationen wurden von den Finanzbehörden - von Schilde detailliert beschriebene - aktive Vorbereitungen zur Vermögenseinziehung und nachmaligen Verwertung getroffen. Hervorzuheben ist, daß der Autor nicht nur die Verordnungen der Täterseite benennt, sondern auch die Auswirkungen von deren Umsetzung auf das Schicksal der Opfer plastisch werden läßt.

Am Beispiel der Berliner Familie Fenichel beschreibt Schilde detailliert den Ablauf der Wertausnutzung und zeigt damit die Einbindung der Finanzbürokratie in den

Prozeß der Deportation und Ermordung auf. Er veranschaulicht mittels hermeneutischer Reflexion, wie reibungslos namenlose (bis auf wenige Ausnahmen) Beamte und Angestellte der Vermögensverwertungsstelle des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg in den Ablauf der Deportationen eingebunden waren und über den Tod der Deportierten hinaus deren Hinterlassenschaft bis Ende 1945 (!) penibel verwerteten. Mit der Fallstudie gelingt es ihm zugleich, die Lebensgeschichten dieser ermordeten Familie für das kollektive Gedächtnis zu bewahren.

Abschließend wird über Sinn und Zweck der jahrelangen fiskalischen Ausbeutung nachgedacht, die insgesamt „schwarze Zahlen“ hervorgebracht hat. Der Autor verweist darauf, daß die systematische Erforschung des gigantischen Kapitaltransfers von privatem „jüdischem“ Eigentum in „arische“ private und staatliche Hände ebenso wie das Wissen um die fiskalische, volkswirtschaftliche, soziale, politische und moralische Bedeutung der Eigentumsumschichtung bis heute ein Desiderat ist. Danach versucht er die Frage zu klären, warum die Beamten und Angestellten der Reichsfinanzverwaltung im allgemeinen und der Berliner Vermögensverwertungsstelle im besonderen dienstwillig an den Verbrechen mitwirkten, still, reibungslos, routiniert und ohne Skrupel die Einziehung und Verwertung der Vermögen der Deportierten administriert haben. Das Personal wird auf seine möglichen Motive untersucht, indem einige Karrieren vor, in und nach den Jahren 1933 bis 1945 beleuchtet werden. Schilde sucht nach Erklärungsansätzen für das „vollstreckende“ Handeln, das seelenlose Funktionieren als Bürokrat des Todes. Er verweist auf wichtige noch ungeklärte Probleme und lenkt den Blick auf Desiderata.

Trotz des Vorwortes vom Bundesfinanzminister bleibt Beklemmung. Mögen gegenwärtige Finanzbeamte vielleicht eine andere politische Herkunft als die von 1933 haben, in der Ausbildung und Schulung der Finanzbeamten Auswertungen des schrecklichen Handelns ihrer Vorgänger im Dritten Reich stattfinden: als einen unter anderen, aber wichtigen Grund für das reibungslose Mitarbeiten an der Judenverfolgung arbeitet Schilde das zwanghafte Funktionieren der Finanzbehörden für den Staat und die Konzentration auf die exakte Umsetzung (nicht die Hinterfragung) der von ihm gegebenen Gesetze heraus. Seelenloses Handeln von Beamten und Behördenangestellten gibt es nach wie vor. In einer kürzlich ausgestrahlten Fernsehsendung über Hexenverfolgung zogen die Verfasser das Resümee: „Wenn staatlicherseits das Töten freigegeben wird, dann wird auch getötet.“ Solange Beamten in erster Linie zum bedingungslosen, aber möglichst gründlichen Ausführen von vorgegebenen Gesetzen erzogen werden, wird uns nur die Hoffnung auf die Erhaltung eines Staates bleiben, der humane Gesetze verabschiedet.

Sibylle Hinze

## ANNOTATIONEN

*Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen, 2001*, hg. von JÜRGEN ELVERT und SUSANNE KRAUB (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, hg. von Jürgen Elvert und Michael Salewski, Band 46), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 2003, 287 S.

1989 stellte Lutz Niethammer eine Typologie von Historikerkontroversen auf: 1. „Arbeit am Mythos“: das in Mythen gespiegelte Selbstverständnis wird von vornherein öffentlichkeitsbezogen diskutiert. 2. „Legendenkiller“: die Validität einer etablierten Forschungsmeinung wird angezweifelt, bestritten oder destruiert. 3. methodische Innovationskonflikte. Die hier erörterten Fälle können allen drei Typen zugeordnet werden, aber selten ausschließlich einem allein. Wenige sind innerwissenschaftliche Debatten, die meisten durch aktuelle politische Interessen determiniert oder überdeterminiert, z.T. werden aus politischen Erwägungen heraus Thesen diskutiert, die wissenschaftlich längst widerlegt sind.

Zeitlich reichen die vorgestellten Kontroversen von der Debatte zwischen Sybel und Ficker aus den Jahren 1859-1862 über die Bewertung der deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters über die „Historikerschlacht“ um den Rhein aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bis zur Debatte über die Präventivkriegsthese zur Kennzeichnung des deutschen Angriffskriegs von 1941 auf die Sowjetunion aus jüngster Gegenwart. Inhaltlich umfassen sie auch nicht unmittelbar politisch verursachte Debatten wie die von Henri Pirenne ausgelöste über die Datierung des Untergangs der antiken und des Beginns der feudalen Gesellschaft. In der Mehrheit jedoch geht es nicht um wissenschaftliche Kontroversen, sondern um politische oder politisch bedingte Auseinandersetzungen über historische Ereignisse oder Einsichten bzw. über die Tätigkeit von Historikern. Musterbeispiele für diesen Typus von Kontroversen sind die Beiträge von Immanuel Geiss über den deutschen „Historikerstreit“ zu Ernst Noltes und anderer Thesen, parallel dazu von Georg Waldenegg über die Historiker-Kontroversen in Österreich über dessen Rolle beim und nach dem „Anschluß“ 1938 und von Wolfgang J. Mommsen über die „gestürzten Denkmäler“, nämlich die Rolle der Historiker Aubin, Conze, Erdmann und Schieder im deutschen Faschismus. Völlig zu Recht charakterisiert Bernd Wegner die Debatte über die Präventivkriegsthese als politische Kontroverse über ein militärhistorisches Scheinproblem.

Angesichts der Dominanz explizit politischer Historikerkontroversen mutet es makaber an, welche Kontroverse hier welchem Autor anvertraut wurde, nämlich



Historikern, die so leidenschaftlich wie einseitig und parteiisch Stellungnahmen zum behandelten Streit abgegeben haben, deren Position also bei der Auftragsvergabe zur Genüge bekannt war. So beschreibt Immanuel Geiss den „Historikerstreit“, den er bereits als „Hysterikerstreit“ apostrophiert hatte. Wolfgang Mommsen kommt zwar nicht um jede Kritik an der planerischen und gutachterlichen Mitwirkung seiner späteren akademischen Lehrer Conze und Schieder an der faschistischen Ostexpansion herum, doch bleibt er bemüht, für sie in der Sache wie in der Sprache mildere Gründe beizubringen, während Erdmann die gnadenlose Härte seines Verdikts trifft.

Angesichts der expliziten Verbindung von Politik und Geschichtswissenschaft hinsichtlich der umstrittenen Themen, konnte es bei diesen Kontroversen niemals darum gehen, die politische Interessenahme am Streitgegenstand auszuklammern, vielmehr darum, die politischen Funktionen des Streits selbst wissenschaftlich zu thematisieren und semantische und pragmatische Aspekte jedes Arguments sauber zu bestimmen. Elvert erklärt es unter dem Diktum solcher Diskursethik für unerlässlich, dem Kontrahenten moralische Gleichwertigkeit zu konzедieren, da die Inanspruchnahme einer vermeintlich höheren Moral nur zu unfruchtbarer Polarisierung führe. Doch sein Appell läuft in der Praxis darauf hinaus, auf explizite Kennzeichnung der politischen Aspekte zu verzichten. Seine Schlußfolgerung aus den Fällen des eigenen Bandes, daß nur die Einhaltung dieser angeblichen diskursethischen Grundregel einen Erkenntnissertrag liefere, wird gleich am Ort widerlegt. Denn die Untersuchung der pragmatischen Aspekte einer strittigen Argumentation liefert sehr wohl semantische Einsichten, wie z.B. Ritschl zu einer wirtschaftsgeschichtlichen Debatte vorführt, von der Moral der für den Faschismus dienstbaren Historiker und ihrer Apologeten ganz zu schweigen. Eine Ehrenerklärung für den Kontrahenten als Voraussetzung wissenschaftlicher Streit-Produktivität zu fordern, kann die politisch-pragmatischen Aspekte nur verschleiern.

Veröffentlicht werden die Vorträge einer Konferenz, die die Ranke-Gesellschaft 2001 aus Anlaß ihres ersten Halbjahrhunderts abhielt. Deshalb hat der wichtigste Beitrag auch keine Kontroverse zum Gegenstand sondern die Geschichte dieser Gesellschaft; Autor ist deren langjähriger Vorsitzender Michael Salewski. Sie ist offenherzig und vordergründig nicht allzu apologetisch, Kritik wird nur immanent geübt. Dieser informative Text über die schwarzbraunen Quellen, aus denen diese Gesellschaft entsprang und über die Entwicklungsrichtung, die sie nahm, macht die Auswahl der Gegenstände und der Referenten verständlicher. Der Leser sollte daher mit diesem Aufsatz beginnen. Es liegt auf der Linie der von Salewski gezeichneten Ursprünge, wenn Klaus Schwabe die Geschichtswissenschaft zur Oppositionswissenschaft im „Dritten Reich“ hochstilisiert, weil der konservativ distanzierte Gerhard Ritter, dessen Biographie Christoph Cornelißen soeben vorgelegt hat, von Walter Frank angegriffen wurde. Ritter behielt seinen Lehrstuhl

in Freiburg. FRIEDEMANN BEDÜRFTIG: *Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg. Das Lexikon*, Piper, München-Zürich 2002, 573 S.

Lexika und andere Nachschlagewerke zur faschistischen Diktatur in Deutschland gibt es nicht wenige. Der Anspruch von Autor und Verlag drückt sich im bestimmten Artikel aus. Der Verlag präsentiert sein Produkt im Umschlagtext als „eines der gründlichsten Nachschlagewerke“. Dies kontrastiert allerdings mit der Absicht, die 1500 Stichwortartikel „ohne historisch-wissenschaftlichen Fachjargon und nicht im üblichen Lexikon-Deutsch, sondern vielmehr in leicht zugänglicher Darstellung“ zu präsentieren. „Alle wichtigen Begriffe werden präzise und verständlich“ abgehandelt, beansprucht der Verlag. Doch das heißt praktisch im Konfliktfall zugunsten des zweiten und auf Kosten des ersten. Denn das Lexikon für „Schule und Studium, für Publizisten und Wissenschaftler“ und darüber hinaus für „alle, die sich für diese wichtige Epoche der deutschen Geschichte interessieren“ schaffen zu wollen, das produziert in zahlreichen Fällen Widersprüche zwischen konfligierenden Ansprüchen. Der Autor löst sie zugunsten der Kürze und der Verständlichkeit. Damit rangieren Präzision, analytische Gründlichkeit und strukturelle Vollständigkeit des behandelten Stichworts auf der zweiten Linie. Das mögen Wissenschaftler bedauern, es befördert aber sicher die Lesbarkeit. Damit ist im Grundansatz auch der kritische Zugang zu den Sachverhalten eingeschränkt, stellenweise fehlt er ganz.

Die 1.500 Stichwörter beziehen Personen, Orte, Ereignisse und Institutionen ein. Einen bemerkenswert hohen Anteil nehmen Stichwörter zum militärischen Verlauf des 2. Weltkrieges ein. Auch Häufigkeit im Sprachgebrauch und vermeintliche Popularität der Stichwörter fungieren als Selektionskriterium, was stellenweise dazu führt, daß Nazitermini, weil im Umlauf, als Stichwort auch dann verwendet werden, wenn eine Unterordnung unter ein anderes Stichwort möglich gewesen wäre. („Rußlandfeldzug“, u.a.)

*Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945*, hg. von LOTHAR KETTENACKER, Rowohlt, Berlin 2003, 192 S.

Als Olaf Groehler 1990 im Akademie-Verlag Berlin sein Buch *Bombenkrieg gegen Deutschland* publizierte, rief dies weder unter Fachhistorikern noch unter Publizisten eine öffentliche Debatte jener Art hervor, wie sie Jörg Friedrich 2001 mit *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg* im bundesdeutschen Blätterwald entfachte. An der wissenschaftlichen Qualität kann es nicht gelegen haben, denn Groehlers Arbeit war im Unterschied zu Friedrichs eine gründlich recherchierte, gediegene wissenschaftliche Monographie, zudem die erste in deutscher Sprache. Groehler schrieb als Wissenschaftler, Friedrich als Ideologe. Groehler war ausgewiesener Spezialist auf diesem Gebiet, das kann man von Friedrich kaum behaupten.

Die Gründe für die mangelnde Resonanz von Groehlers Buch liegen auf der Hand: 1990 waren auch die Historiker vom aktuellen Erfolg des bundesdeutschen Eroberungsprogramms namens „Wiedervereinigung“ so absorbiert, daß für ein epochemachendes Buch einfach keine Zeit blieb. Zudem galt es der westdeutschen „Historikerzunft“ in dieser Situation nicht gerade als opportun, herauszustellen, daß ein Historiker aus der DDR als erster ein seriöses Buch über den Bombenkrieg vorlegte, während die westdeutschen Kollegen Skrupel hatten, das Verhalten der heutigen BRD-Verbündeten im Bombenkrieg öffentlich bloßzulegen. Vor allem aber bediente Groehler nicht jene ideologischen Bedürfnisse, über die Leiden und Opfer der deutschen Bevölkerung am barbarischen Bombenkrieg der Alliierten ein revidiertes Bild des Weltkrieges zu produzieren, in dem „die Seiten nicht mehr zu unterscheiden“ seien. Friedrichs Umwertung des Aggressors zum Hauptleidtragenden funktioniert nur, wenn Kriegsinteressen, Kriegsursachen und Kriegsziele ausgeblendet bleiben. Diese aber hatte Groehler nicht verschwiegen. In „Friedrichs Krieg“, so schreibt Nicholas Stargardt im vorliegenden Band, gibt es „keinen deutschen Angriffs- und Besatzungskrieg“. (60) Friedrich hat selbst dazu beigetragen, daß die deutsche Debatte um sein Buch teilweise auf das Niveau der Bildzeitung herabsank, denn dort ließ er es in Fortsetzungen abdrucken. Das Verdienst des Herausgebers besteht nicht zuletzt darin, nicht nur deutsche Beiträge gesammelt, sondern die Diskussion um den Bombenkrieg in England und dortige Reaktionen auf Friedrichs Buch einbezogen zu haben. Der Band versammelt 22 Beiträge.

Der erste Teil beschäftigt sich mit den strategischen und politischen Voraussetzungen des Bombenkrieges im alliierten Lager. Richard Overy umreißt die alliierte Bombenstrategie, Lothar Kettenacker analysiert Churchills Dilemma bei der Entscheidung für diese Strategie, Mark Connelly untersucht die zeitgenössischen Stellungnahmen der britischen Öffentlichkeit, die „fest hinter dem Luftkrieg gegen Deutschland stand“. (73) Nicholas Stargardt untersucht die Architektur des Buches von Friedrich. Er verurteilt Friedrichs gesuchte Entsprechungen im Bombardement deutscher Zivilisten zum Völkermord an den Juden und stellt fest: Diese „werden auch dem deutschen Leid nicht wirklich gerecht. Es ist, als würde individuelles Leid nur deshalb evoziert, um die Skala historischer Schuld zu verändern, als könne man unterschiedliche Arten des Gemetzels sammeln, bemessen, einteilen und dann gegeneinander aufrechnen, so wie man es mit finanziellen Schulden tut.“(61) Friedrich, so findet Stargardt weiter, trivialisiert nicht nur den Judenmord, er trivialisiert und verfälscht die Erfahrung des Bombenkrieges, „indem man sie nämlich in die allgegenwärtige Sprache unschuldigen Leidens und passiven Märtyrertums verpackt.“(62)

Der zweite Teil dokumentiert 13 in der deutschen Presse publizierte Stellungnahmen von Journalisten, Schriftstellern und Wissenschaftlern zu Friedrichs Buch, darunter die Historiker Horst Boog, Hans-Ulrich Wehler und Hans Mommsen.

Während die Mehrheit der Autoren Friedrichs „bedenkenlose Neigung zur Emotionalisierung“ und einige seine politische Instrumentierung des Gegenstandes verurteilt, finden sich auch Stimmen der Faszination. Selbst Wehler begrüßte, daß mit dem bisher „vernachlässigten Thema der deutschen Zeitgeschichte“ die „deutschen Opfer“ in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Detaillierte wissenschaftliche Kritik an Friedrichs sachlichen Verzeichnungen und seiner Klitterung übte Horst Boog, ein exzellenter Kenner des Gegenstandes.

Im dritten Teil dokumentiert der Herausgeber britische Reaktionen auf das Buch von Friedrich und auf die deutsche Diskussion. Sie behandeln zwei Schwerpunkte: erstens weisen sie den Vorwurf der Bombardierung als Kriegsverbrechen zurück und zweitens bestreiten sie deren Bewertung als militärisch sinnlos.

*Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Heft 6: *Museale und mediale Präsentation in KZ-Gedenkstätten*, Edition Temmen, Bremen 2001, 199 S.; Heft 7: *Entgrenzte Gewalt. Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus*, Edition Temmen, Bremen 2002, 214 S.

Die ersten Hefte der Beiträge wurden bereits 2001 im Beiheft 1 des Bulletins ausführlich vorgestellt. Die beiden jüngsten Ausgaben folgen der inzwischen bewährten Anordnung. Im Hauptteil vom Heft 6 werden in neun Artikeln Probleme der musealen und medialen Darstellung der Verfolgungsgeschichte behandelt. Ausgehend von den Herausforderungen, nach dem Anschluß der DDR die auf deren Territorium gestalteten KZ-Gedenkstätten bundesdeutschen Maßstäben und Gebräuchen anzupassen und deren eigene Gedenkstättenkultur zu beseitigen, entstand ein lebhafteres Interesse an der Geschichte der einzelnen Gedenkstätten und ihrer Ausstellungen. Dazu wird die Geschichte von Neuengamme, Ravensbrück und Bergen-Belsen umrissen. Olaf Mußmann versucht, in „Gestaltung von Gedenkstätten im historischen Wandel“ die Motive und Bedürfnisse sowie die Gestaltungsmaßstäbe jeweils aus ihrem zeitlichen Kontext heraus zu bestimmen und die Paradigmata der Museumsgestaltung zu benennen. Er kommt zu dem Schluß: „Im Gegensatz zu den Inhalten unterschieden sich die Gestaltungsmittel der Gedenkstättenmuseen in DDR und BRD kaum, doch unterlagen sie insgesamt einem einschneidenden Wandel. Er vollzog sich in beiden deutschen Staaten parallel und er orientierte sich an den Veränderungen in jenen Einrichtungen, die sich ebenfalls KZ-Gedenkstätten mit der öffentlichen Geschichtspräsentation befassen: den historischen Museen.“ (26)

Der Titel des 7. Heftes ist leicht irreführend, denn in den neun Artikeln des Hauptteils geht es nicht nur um Gewaltentgrenzung, sondern mehr um sozialpsychologische Analysen von „Tätern“ und weniger um soziologische Untersuchungen jener Organisationen, die von terroristischer Gewalt strukturiert waren.

Diese Analysen leisten Sven Reichardt am Beispiel des Charlottenburger SA-Sturms 33, Hermann Kaienburg am Beispiel der SS-Verbände und Habbo Knoch am Beispiel der Wachmannschaften der Emslandlager. Die zwar überkommene, aber doppelt falsche Dichotomie von Tätern und Opfern schließt antifaschistische Widerstandskämpfer, denen es um Widerstand als Tat ging, als „Täter“ per se aus dem Ansatz aus, dagegen verharmlost sie die Mitglieder organisierten Mörderbanden als „Täter“. Hinsichtlich der die Sozialbeziehungen dieser „Täter“ determinierenden Terrorfunktion bleibt das Heft mit der Orientierung auf „Täterprofile“ doch sehr am Rande des Gegenstandes und analytisch dürftig.

Neben dem Hauptteil präsentieren beide Hefte erneut zahlreiche informative Artikel in den Sparten Dokumentation, Meldungen, Aktuelles, Projekte, Forschungs-Archive, Didaktik der Erinnerungsarbeit und Tagungsberichte sowie nicht wenige Buchbesprechungen und Verweise auf neuere Literatur, deren Gesamtheit dem Leser unmittelbar von Nutzen sein wird.

ULRICH THAMER: *Der Nationalsozialismus*. Mit 23 Abbildungen, Philipp Reclam jun. GmbH, Stuttgart 2002, 487 S., (RUB 17037)

Für Reclams Universalbibliothek hat Ulrich Thamer sein Opus Magnus „Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945“ von 1986 überarbeitet und in 500 Reclamseiten gepreßt. Das erste Kapitel schildert die faschistische Massenbewegung bis zum 30. Januar 1933, das zweite die Errichtung der Diktatur bis zur Ermordung Röhm und der Ausschaltung der SA. In vier weiteren Kapiteln umreißt der Autor seinen Gegenstand: Konsolidierung der Macht und Führerstaat, Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Hakenkreuz, die nationalsozialistische Außenpolitik sowie das „Großdeutsche Reich“ im zweiten Weltkrieg.

Der Autor folgt keinem sozialgeschichtlichen Ansatz, beschränkt sich aber auch nicht auf Politikgeschichte, Außen- und Militärpolitik eingeschlossen. Er will die faschistische Diktatur „historisieren“, d.h. in die deutsche Geschichte einordnen und sie weder als Betriebsunfall noch als Insel im Strom dieser Geschichte, sondern vielmehr als einen zentralen Abschnitt begreifen. Wie bereits in „Verführung und Gewalt“ geht es ihm um die Janusköpfigkeit der Nazidiktatur.

Unter dem Titel „Aspekte“ erörtert Thamer im Schlußteil seines Buches ausführlich drei Streitfragen aus der Literatur, erstens die Interpretation des Hitlerfaschismus als Modernisierung, zweitens den Zusammenhang von Krieg und Vernichtungspolitik der Nazis sowie drittens Probleme eines Diktaturenvergleiches.

Zur ersten spricht Thamer den als Modernisierungsmaßnahmen apostrophierten sozialpsychologischen Egalisierungsangeboten des Regimes zwar eine kurzfristige Stabilisierungsfunktion zu, von mittelfristiger Wirkung könne keine Rede sein und

viele wurden nach 1945 rückgängig gemacht. Im säkularen Prozeß der Modernisierung stelle der NS-Staat eine äußerst widersprüchliche Phase dar.

Hinsichtlich der nazistischen Vernichtungspolitik will Thamer weder eine intentionalistische noch eine funktionalistische Deutung bedienen. „Statt dessen liegt der Schluß nahe, daß es ein Bündel von Langzeitzielen und kurzfristigen Ersatzplanungen, von ideologischen Dispositionen, politischen Utopien und scheinwissenschaftlichen Welterklärungen, von persönlichen und institutionellen Konkurrenzen und Interessen, von sozial- und individualpsychologischen Enthemmungen sowie institutionellen Entgrenzungen, von Mordgier und Gruppenzwang gab, die an verschiedenen Tatorten einen Prozeß initiiert haben, der aufgrund der Herrschaftsmechanik des NS-Regimes keinen Halt kannte und ständig eskalierte. An dieser eklektischen Aufzählung ist nichts falsch, doch sie erklärt auch nichts, aber, so Thamer, angesichts der Vielschichtigkeit des Problems verbiete sich sowieso jede Verallgemeinerung.

Zur dritten Frage unternimmt es der Verf., auf dem moorigen Grunde der Totalitarismuskonzeption, einen „Grad der totalitären Durchdringung von Staat und Gesellschaft“ als Parameter einzuführen, der allerdings mangels semantischer Klarheit nicht zum Vergleichskriterium taugt, so daß der Autor letztlich bei der „Singularität der beiden Herrschaftssysteme“ verbleibt.

MARIO ZECK: *Das Schwarze Korps. Geschichte und Gestalt des Organs der Reichsführung SS* (Medien in Forschung und Unterricht, Serie A, Bd. 51), Max Niemeyer, Tübingen 2002, 478 S.

Mit der Studie legt der Verfasser eine umfangreiche und detaillierte Monographie zur Geschichte des *Schwarzen Korps* vor, das als SS-Wochenzeitung von 1935 bis 1945 erschien und während des Weltkrieges mit einigen hunderttausend Exemplaren zu den auflagenstärksten Presseorganen im deutschen Faschismus zählte. Die Studie ist übersichtlich in sechs Hauptkapitel unterteilt. Im Kapitel 1 widmet sich Zeck der Schriftleitung und hier v.a. dem Hauptschriftleiter Gunter d'Alquen, im Kapitel 2 der Gründungsgeschichte und der Programmatik. Kapitel 3 behandelt die Auseinandersetzungen des Blattes mit anderen Instanzen - Zeck wählt hier ein d'Alquen-Zitat als Kapitelüberschrift „Es war des öfteren ein Seiltanz“ -, Kapitel 4 beschreibt ausführlich die thematischen Schwerpunkte und Agitationsfelder der Zeitung, Kapitel 5 analysiert die Sprache und Kapitel 6 Design und Layout.

Der Erfolg des *Schwarzen Korps* sei, so Zeck, darauf zurückzuführen, das es von Anfang an als „Denunziationsblatt, das von den Zuschriften seiner Rezipienten lebte“ konzipiert war. Die „Unzufriedenen und Enttäuschten, die Neidischen und Gehässigen, und alle diejenigen, denen an einer ‚konsequenten‘, das heißt



möglichst radikalen Umsetzung nationalsozialistischer Ideale gelegen war“, schrieben Leserbriefe. (440) In diesem Zusammenhang fällt die Agitation der Zeitung gegen „'Parteischmarotzer', die (...) öffentlich als Feind in der Mitte bloßgestellt wurden“ (443), auf. Inhaltlich bestimmend waren vor allem Antisemitismus und Antibolschewismus sowie ein massiver Antiklerikalismus und Antikatholizismus. Layout, Aufmachung und Stil der Zeitung ragten hinsichtlich ihrer „Professionalität bemerkenswert aus der übrigen Presselandschaft des Dritten Reiches“ (448) heraus.

ISABEL RICHTER: *Hochverratsprozesse als Herrschaftspraxis im Nationalsozialismus. Männer und Frauen vor dem Volksgerichtshof 1934-1939.* (Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, hg. von Heide Gerstenberger und Hans-Günter Thien, Band 19), Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 266 S.

Das Buch ist die überarbeitete Fassung der im Fachbereich I Kommunikations- und Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin angenommenen Dissertation. Die Autorin hat aus überlieferten Verfahrensakten 50 Fälle angeblichen Hochverrats analysiert, die vor dem Volksgerichtshof in den ersten fünf Jahren seiner Existenz gegen 120 Männer und 39 Frauen angestrengt wurden und mit 102 Zuchthaus- und 38 Gefängnisstrafen sowie einem Todesurteil endeten. Daneben ergingen 16 Freisprüche, und zwei Verfahren stellte man ein.

Bei den Angeklagten handelte es sich überwiegend um Mitglieder und Sympathisanten der KPD bzw. der KPD-O. und deren Nebengliederungen. Die kommunistische Partei galt dem Oberreichsanwalt als Prototyp aller regimefeindlichen Organisationen. Neben Kommunisten hatten sich Angehörige der SPD, der SAP, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes sowie kleinerer Gruppen wie der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) und zweier trotzkistischer Kreise („Linke Opposition der KPD“ und die durch die Zeitschrift "Permanente Revolution" vertretene Richtung) vor dem obersten und gefährlichsten Ausnahmetribunal Hitlerdeutschlands zu verantworten.

Isabel Richter betont den geschlechterspezifischen Charakter der Untersuchung. Ihr Augenmerk gilt dem "Verhältnis von Gleichheit/Differenz und Gleichbehandlung/Ungleichbehandlung von Männern und Frauen" in den Verfahren jener Jahre. (184) Sie belegt, daß damals - ganz anders als während des Krieges und insbesondere der Ära Freisler - Frauen dann mit einem "milderen" Urteil rechnen konnten, "wenn es ihnen gelang, ihr Leben in erster Linie durch häusliche und erzieherische Aufgaben bestimmt darzustellen". (34) Wer jedoch wie die im DDR-Film *Die Verlobte* gewürdigte Eva Lippold erklärte, aus politischer Überzeugung gehandelt zu haben und so männliche Beeinflussung ausschloß, für den kannte das Tribunal keine Nachsicht. Ebenso schloß es von Anfang an jede Differenzierung bei

Juden aus. Sie galten durchweg - gleich ob männlich oder weiblich - als "geborene Feinde" des Regimes. (190)

Schließlich verweist die Autorin auf die zunehmend strafverschärfende Spruchpraxis des Tribunals. Erkannte es anfänglich Angeklagte noch als politische Überzeugungstäter an, denen damit zwar Zuchthausstrafen nicht erspart blieben, wohl aber das Aberkennen der bürgerlichen Ehrenrechte, unterblieb das bald. Dazu trug Roland Freisler bei, damals Staatssekretär im Reichsjustizministerium. Er forderte die Oberreichsanwaltschaft auf, ihre Sitzungsvertreter anzuweisen, mit Nachdruck auf dem Aberkennen jener Rechte zu bestehen. "Gegebenenfalls sei darauf hinzuweisen", daß das "der Obersten Staatsführung und dem Reichsjustizministerium entspreche". (153)

1936 diffamierte der VGH erstmals politische Angeklagte als "Volksschädlinge". Hatte man in den ersten Jahren den eventuellen Kriegsdienst der Angeklagten nach Einsatz, Länge und Auszeichnungen in den Urteilen festgehalten und zu für jene sprechenden Aspekten gezählt, unterblieb das ab 1938. Was vorher als Verdienst um das Vaterland galt, wurde mit der Politik der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung zur nicht zu berücksichtigenden selbstverständlichen Pflicht des deutschen Mannes.

Daß das Tribunal von der Gestapo durch Folter erpreßte Geständnis als "nicht wertlos" erachtete, kennzeichnet seine Praxis ebenso wie die Tatsache, daß 1938 - von Himmler "begrüßt", von Reichsjustizminister Franz Gürtner "genehmigt" - VGH-Präsident Georg Thierack, Vizepräsident Karl Engert und die VGH-Richter Ernst Jenne, Walter Hartmann und Paul Lämmle das KZ Dachau besuchten und sich danach bei dessen Kommandanten Hans Loritz überschwänglich für dessen "Mühewaltung" bedankten, die den Mitgliedern des Tribunals erlaubt hätte, "das Gegenteil von dem zu sehen, was vor allem in der im Ausland betriebenen Hetze behauptet wird". (92)

Isabel Richter hat eine aussagekräftige, auf vielfältigem Quellen- und Literaturstudium (697 Anmerkungen!) basierende Arbeit verfaßt. Bei einer evtl. Neuauflage sollte man drei Schreibfehler korrigieren: Der (1948 von den Alliierten abgelöste) Berliner Generalstaatsanwalt hieß Kühnast (17), Magdeburgs Scharfrichter wohl Gröpler (155) und der Majdanekprozeß fand in Düsseldorf statt, nicht in Köln (197).

MARK ROSEMAN: *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*. Ullstein Taschenbuchverlag, Berlin 2002. (Titel der englischen Originalausgabe: *The Villa, The Lake, The Meeting*, Penguin Books Ltd., UK). Übersetzung: Klaus-Dieter Schmidt.

60 Jahre nach dem Treffen hoher staatlicher Beamter und SS-Offiziere am 20. Januar 1942 in einer Villa am Wannsee bei Berlin, erschien die Publikation des englischen Historikers Mark Roseman gleich in zwei Ausgaben, als Taschenbuch und als Hardcover. Roseman ist Professor für Zeitgeschichte in Southampton. Er stellt drei Fragen in den Mittelpunkt seines Buches: 1. Hat Adolf Hitler je einen Befehl zum millionenfachen Mord an den Juden gegeben? 2. Zu welchem Zeitpunkt entschloß sich Hitler, den Plan der Deportation aufzugeben und an seine Stelle die Vernichtung der europäischen Juden zu setzen? 3. Welche Bedeutung und welchen Platz nimmt die Wannsee-Konferenz in der Geschichte des Judenmords ein? Diese Fragen verengen den Zugang zum eigentlichen Thema seines Buches auf eine personalistische Sichtweise.

Rosemann zieht die Standardwerke von Raul Hilberg, Martin Broszat, Hans Mommsen heran, ebenso neuere Forschungsarbeiten von Christian Gerlach, Peter Klein und Peter Longerich. Er bedient sich bei den Dokumenten, die Kurt Pätzold und Erika Schwarz zehn Jahre zuvor in ihrer Publikation zum selben Thema veröffentlicht haben, die inzwischen auch auf italienisch von einem Turiner Verlag herausgegeben wurde (*Tagesordnung Judenmord: Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942*). Aber auch die abwegigste der bisher vertretenen Thesen, Eberhard Jäckels Auffassung, daß man eigentlich nicht wisse, warum die Wannsee-Konferenz stattgefunden habe, wird nicht ausgelassen. Sie sei ein unwichtiges Ereignis gewesen und hätte Heydrich einzig dazu gedient, aus dem Schatten Himmlers zu treten. Ohne explizit gegen Jäckels Behauptungen zu polemisieren, widerlegt Roseman sie im Verlauf seiner eigenen Darlegungen.

Der Autor schildert die Vorgeschichte und Vorbereitung der Konferenz und versucht am Ende ihre Einordnung in die Judenpolitik des Nazistaates. Er beginnt mit Hitlers *Mein Kampf*, führt sie über die Darstellung der Diskriminierung der Juden nach der Machtergreifung der Faschisten bis hin zu den Judenverfolgungen und den Massakern nach Beginn des zweiten Weltkrieges in den besetzten Gebieten. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und den sofort danach einsetzenden Mordaktionen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD nahm die Gewalt eine neue Dimension an. Es besteht kein Zweifel, daß Hitler über die Praktiken seiner Armee- und SS-Einheiten unterrichtet gewesen war. Ab Oktober 1941 wurden die Juden aus dem sog. Altreich, dem liquidierten Österreich und aus dem Westteil der ehemaligen Tschechoslowakei Richtung „Osten“ verschleppt. Wann Hitler nun konkret über ihr weiteres Schicksal entschieden hatte, konnte auch Roseman am Ende nicht herausfinden. Eines scheint sicher, daß von diesem Zeitpunkt an, eine „Gesamtlösung der Judenfrage“, mit dem Ziel, ein judenfreies Weltreich zu schaffen, in Gang gesetzt worden war. Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich, assistiert von Adolf Eichmann, dem Leiter des Referates IV B4 im Reichssicherheitshauptamt, trieben die Planung des Mordprogramms und dessen Verwirklichung Schritt für Schritt voran.

Auch Roseman vertritt die inzwischen erhärtete Einsicht, daß die Vernichtung der europäischen Juden nicht auf der Zusammenkunft am Wannsee beschlossen wurde, die ursprünglich bereits am 9. Dezember 1941 stattfinden sollte. Denn selbst zu diesem Zeitpunkt war das Verbrechen schon auf den Weg gebracht. Die Staatssekretäre mehrerer (nicht aller) beteiligter Ministerien wurden von Heydrich über den aktuellen Stand und über die weiteren Schritte bis zur „Endlösung“ informiert. Sie berieten, wie das Zusammenwirken aller an der Ausrottung der Juden beteiligten Instanzen und Organisationen reibungslos und effektiv funktionieren könnte, sowie über die Möglichkeit, auch bis dahin verschont gebliebene „Mischlinge“ und „Mischehepartner“ auf die Liste der zu Tötenden zu setzen. Der Autor schließt mit dem Fazit, daß die Wannsee-Konferenz zwar nicht der Augenblick der Entscheidung gewesen wäre, aber dort der Weg zum Genozid geebnet wurde.

Norbert Kampe, Leiter der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin, untersucht im Anhang die Überlieferungsgeschichte wichtiger Dokumente, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Konferenz am 20. Januar 1942 stehen. Bekanntlich verfaßte Eichmann am Ende der Veranstaltung auf Anweisung Heydrichs ein Protokoll, das in 30 Ausfertigungen verschickt wurde. Das einzig überlieferte Exemplar, die Nr. 16, wurde 1947 durch die Ermittler des US-Anklägers Robert Kempner entdeckt und diente als wichtiges Dokument im sog. Wilhelmstraßen-Prozeß. Kampe geht auch den Behauptungen von der Unechtheit und Verfälschung der Dokumente nach, auf die sich die Forschung stützt. Er schildert deren Überlieferung und erweist die Echtheit sowohl des Ergebnisprotokolls als auch des Ermächtigungsschreibens Hermann Görings für Heydrich vom 31. Juli 1941, ebenso die der beiden Einladungsschreiben Heydrichs an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Martin Luther vom 29. November 1941 und vom 8. Januar 1942 sowie des Faksimile-Abdrucks des Besprechungsprotokolls. Roseman kann nicht mit neuen Erkenntnissen aufwarten, seine Arbeit aber kann dem historisch interessierten englischen Lesepublikum einen gestrafften Einblick in die Vorgeschichte, Geschichte und Wirkung der Wannseekonferenz vermitteln.

INGO HAAR: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hg. von Helmut Berding, Jürgen Kocka, Hans Peter Ullmann, Hans-Ulrich Wehler, Band 142) 2., durchgesehene u. verbesserte Auflage, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2002, 434 S.

Die bereits in zweiter Auflage vorliegende Dissertationsschrift behandelt einen Hauptstrang der deutschen Geschichtsschreibung vor und während der Nazidiktatur unter zwei Aspekten: Institutionell geht es um die Genese und Tätigkeit der *Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft*. Dies war ein Verbund, in dem die ostdeutschen landesgeschichtlichen Einrichtungen der

deutschen Einzelstaaten sowie der preußischen Provinzen unter Federführung der Publikationsstelle und des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive, Albert Brackmann, mit den Ostforschungsinstituten der Universitäten Königsberg und Breslau zusammengeschlossen hatten. Ihre zumeist geheimen Forschungen wurden nicht nur staatlich gefördert, sie waren in bis dahin nicht praktizierter Weise unmittelbar mit staatlichen Dienststellen, mit denen der NSDAP und mit Organisationen wie dem Bund Deutscher Osten verflochten. 1938 umfaßte der Stab der Forschungsgemeinschaft 54 Beiräte aus allen Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich professionell mit „Volkstums“ und Grenzziehungsfragen befaßten. Dieser Forschungsverbund arbeitete unmittelbar für die staatliche Verwaltung und deren Revisions- und Expansionspolitik gegenüber den nach dem ersten Weltkrieg entstandenen ost- und südosteuropäischen Staaten, in erster Linie Polen. Stäbe von Wissenschaftlern, nicht nur Historiker, sondern auch Geographen, Demographen, Soziologen, Agrar- und Siedlungsforscher trugen systematisch Strukturdaten über die Bevölkerung der deutschen Grenzgebiete, vor allem aber der ehemaligen deutschen, aufgrund der Versailler Vertrages an Polen abgetretenen Gebiete zusammen und analysierte sie. Dies waren Daten, die unmittelbar für Planungsvorhaben der Verwaltung benötigt wurden. Politisch ging es bei dem Programm territorialer Expansion darum, die Staatsgründungen der ost- und südosteuropäischen Völker wieder rückgängig zu machen und die frühere deutsche Vorherrschaft durch eine gezielte Bevölkerungspolitik zu untermauern. Daher war die inzwischen bekanntgewordene Schieder-Denkschrift vom Oktober 1939 zur „Eindeutschungs“-politik in den annektierten polnischen Westgebieten weder ein Zufall noch ein Ausnahmefall, sondern die Fortsetzung einer Arbeitstradition für die staatlichen Planungen deutscher Ostexpansion nach Kriegsbeginn.

Inhaltlich geht es um den Versuch der zunächst um die Leipziger „Mittelstelle für zwischeneuropäische Fragen“ gescharten und dann von der Forschungsgemeinschaft organisierten völkischen Historiker, ihr Streben nach institutionalisierter Dominanz innerhalb der gleichgeschalteten Historikerkunft mit einem neuen theoretischen Paradigma zu verbinden und zu untermauern. Die seit Mitte der 20er Jahre erfolgte Hinwendung zu einer „Volkstumsgeschichte“ sollte den Staatsbegriff der kleindeutschen Schule „durch die Idee des Volkes als ursprüngliche Rassengemeinschaft“ ersetzen. (363) „Die Historiker des Volkstums ... lösten das erkannte Relativismusproblem des Historismus ... durch das autoritäre Setzen völkischer Dispositionen. Der heuristische Kern des völkischen Forschungsprogramms war so konstruiert, daß Anomalien produziert wurden. Die Kernsätze der völkischen Wissenschaften basierten allein auf völkischen Glaubenspostulaten und rassistischen Werturteilen. Die manchen Studien zugrunde liegenden Behauptungen waren durch Historiker mit einer konkurrierenden Auffassung nicht zu überprüfen.“ (372) Die Durchsetzung der „Volksgeschichte“ als eigenständiger Teildisziplin der Geschichtswissenschaft entwickelte sich weder linear noch erfaßte sie alle gleichgeschalteten Historiker. Haar zeichnet die Brüche nach.

Das solide recherchierte und informative Buch leuchtet ausgehend von der „Volksgeschichte“ und ihrer institutionellen Hauptbasis die Geschichte der bürgerlichen deutschen Historiographie im Faschismus aus, daher ist Haars Haupttitel vollauf berechtigt. Gegenüber Versuchen, jene „Volksgeschichte“ als innovativ und als Wurzel einer späteren Sozialstrukturgeschichtsschreibung in der BRD zu begreifen, bleibt Haar skeptisch und unterstreicht, daß die entscheidende Erneuerung in der Arbeitsteilung zwischen politischer Verwaltung und Wissenschaft bestand. „Der Erfolgsweg speziell der Königsberger Gruppe beruhte weniger auf ihrem methodisch innovativem Potential der ‚Volksgeschichte‘ als vielmehr auf der Fähigkeit, das erlernte wissenschaftliche Handwerk im sich verändernden politischen System in der Frühzeit der Bundesrepublik frühzeitig mit neuen Fragestellungen und Geltungsansprüchen zu verknüpfen.“ (373) Die „Volksgeschichte“ zerfiel 1945, daher meldeten Conze oder Schieder nach 1945 niemals deren Anspruch auf Innovation an. Dennoch sei dieses „Volksgeschichte“, so Haar, für die Sozial- und Strukturgeschichte nach dem 2. Weltkrieg durchaus relevant gewesen, wengleich ihr innovativer Gehalt insgesamt schwer zu bestimmen sei. „Die Verfahren, die im Prozeß des bevölkerungspolitischen und sozialen Neuaufbaus in Ostmitteleuropa erprobt und entwickelt werden konnten Immigrationsforschung, Demographie, Erhebung sozialer, ethnischer und politischer Strukturdaten, sind weder im Rahmen der scientific community diskutiert worden, noch ist ihre Herkunft eindeutig geklärt.“ (373)

Leider können die beigegebenen Karten und Schemata in der Verkleinerung und den Farben Schwarz-Weiß die zu veranschaulichenden Aussagen jener „Volkstumforscher“ nicht wirklich anschaulich machen, die Konturen verschwimmen.

ALFRED RECKENDRESS: *Das „Stahltrust“-Projekt. Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.G. und ihre Unternehmensentwicklung 1926-1933/34* (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 5. In Verbindung mit Lothar Gall, Karl-Ludwig Holtfrerich, Manfred Pohl, Klaus Tenfelde, hg. im Auftrag der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte von Peter Borscheid, Winfried Feldenkirchen, Jakob Tanner) München 2000, Verlag C.H. Beck, 639 S.

Im Mai 1926 vereinigten sich die Stahlkonzerne Thyssen, Phoenix, Rheinelbe und Rhestahl zur *Vereinigte Stahlwerke AG* (VSt). War die Bildung der IG Farben Industrie AG 1925 geräuschlos vor sich gegangen, so bildete diese Fusion eine Sensation. Dabei brachte der „deutsche Stahltrust“ nur knapp 50 Prozent der deutschen Stahlproduktion auf; Krupp, Hoesch und andere blieben außerhalb. Dennoch war es das größte Zusammenschlußprojekt der europäischen Industriegeschichte vor dem zweiten Weltkrieg. Mehr noch als die Gründung war die folgende Tätigkeit des Konzern mit der politischen Geschichte Deutschlands, insbesondere des Faschismus unmittelbar verflochten.



Der Autor gibt zunächst einen Überblick über die deutsche Stahlindustrie im Kaiserreich und der Weimarer Republik, informiert über die Konzernbildungen vor und nach dem ersten Weltkrieg. Den Hauptteil des Buches bildet die detaillierte Rekonstruktion der Gründungsverhandlungen bis zur Fusion 1926 und der anschließenden Konzernformierung bis 1930. Explizit werden die neuen Konkurrenzverhältnisse in der Schwerindustrie nach der Bildung der VSt dargestellt, vor allem die Expansionsversuche.

Wirtschaftstheoretiker verschiedener Richtungen entwickelten von Gründung an ein lebhaftes Interesse an diesem Konzern, er diente als Beispiel oder als Begründung verschiedener Theorien über die kapitalistische Entwicklung im monopolistischen Stadium, über die Ökonomie und Organisation von Großunternehmen, über die Verflechtung von Staat und Großkapital. So betrachtete Volker Berghahn die VSt als Prototyp eines schwerindustriellen deutschen Konzerns mit einer autoritären, zentralistischen Leitungsstruktur. Kurt Gossweiler stützte sich in seiner Theorie der Monopolgruppen innerhalb des staatsmonopolistischen Kapitalismus wesentlich auf die Vereinigten Stahlwerke. Alfred Sohn Rethel galten die VSt als Beispiel für die Entmachtung des Marktes durch die Gesetze der Produktion. Für Alfred D. Chandler war die Entwicklung der VSt zum multi-divisionalen Konzern das Modell eines deutschen kooperativ managerial capitalism.

Mit alledem hat der Verfasser der 1999 an der Universität Bielfeld verteidigten Dissertation - Betreuer war Werner Abelshäuser nichts im Sinn. Gegenüber solchen theoretischen Ansprüchen konzentriert er sich erstens auf die empirische Rekonstruktion der Gründungsgeschichte und zweitens auf die Binnenperspektive der Konzernherren selbst, also die Gründe und Erwägungen der Gründer, die Kalkulationen seiner Leiter. Einer Einordnung in die abstrakte Modellwelt ökonomischer Theorie will Reckendrees sich entziehen, statt dessen einem mikroökonomischen Untersuchungsansatz folgen. Aber diese Vermeidungsstrategie ist nicht erfolgreich, die vermiedenen Probleme drängen sich immer wieder auf; nicht zuletzt diesem Verzicht aber ist der Mangel an analytischem Tiefgang geschuldet.

Sein wichtigstes Anliegen sieht er darin, die jeweils entscheidungs- und handlungsbestimmenden Faktoren durch detaillierte Rekonstruktion der Quellen aufzuspüren. Hinsichtlich der Gründe der beteiligten Konzernherren ist das sehr informativ. Von der Projektfinanzierung durch US-amerikanische Anleihen über die Veränderung der Besitzverhältnisse, von den Entscheidungsstrukturen und dem Management im neuen Konzern bis zur inneren Betriebsökonomie konzentriert er sich wesentlich auf die Phase bis 1930. Demgegenüber wird die hochbrisante Phase der Reorganisation seit 1930 bescheidener behandelt. In dieser Periode wurden die vorher dezentral gebliebenen Werke des Konzerns nunmehr zu größeren Gruppen

zusammengefaßt, aus den 1934 Betriebsgesellschaften hervorgingen, die auch juristisch verselbständigt wurden. Die VSt behielt aber 100 Prozent der Aktien bzw. Gesellschaftsanteile.

Der Autor ist bestrebt, die Rolle der Banken herabzuspielen, angefangen von den Gründungsverhandlungen. Besonders prekär ist ihre Neubewertung bei der Gelsenkirchen Affäre 1932, als der bankrotte „deutsche Stahltrust“ vom Deutschen Reich übernommen wurde. 1933 wurde er teilweise und 1936 vollständig wieder reprivatisiert, beides ging nicht ohne die faschistische Staatsmacht und ohne die Großbanken. Die Ausblendung wirtschaftstheoretischer Erwägungen führt nicht nur zur Entschärfung der Krisenfaktoren und der Rolle der Banken, sie führt einfach zur Amputation der entscheidenden politischen Zusammenhänge der Geschichte des Stahltrusts 1926, 1932 und 1933, denn bis 1936 reicht die Darstellung nicht. Selbst der naheliegende kontrastierende Vergleich mit den IG Farben im Verhältnis zum Nazistaat wird unterlassen.

Die mit zahlreichen Tabellen und Übersichten ausgestattete Arbeit verbleibt letztlich in der Immanenz der Erwägungen der Unternehmensträger. Deren Gründe werden nachvollzogen, auf grundsätzliche analytische Distanz ihnen gegenüber verzichtet. Damit aber dominieren technische Gesichtspunkte der Kapitalverwertung das Buch, nicht aber kritische wissenschaftliche Aufklärung über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, in denen diese Konzern wirkte.

HAROLD JAMES in Verbindung mit den Mitgliedern der Historikern Kommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank in der NS-Zeit Avraham Barkei, Gerald D. Feldman, Lothar Gall, Jonathan Steinberg: *Die Deutsche Bank und die „Arisierung“*. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Stiber, München 2001, Verlag C.H. Beck, 266 S.

Als die Deutsche Bank 1995 zu ihrem 125. Gründungsjubiläum eine ihr genehme Haushistorie schreiben ließ, gehörte der Wirtschaftshistoriker aus Princeton gemeinsam mit Lothar Gall, Harald Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich und Hans E. Büschgen zu den berufenen Autoren. Er schrieb damals das Kapitel „Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933-1945“. Im Jahr darauf begann eine internationale Debatte über die Rolle der Schweizer Banken für die Goldtransaktionen Nazi-deutschlands während des zweiten Weltkrieges und ihren Nachkriegsumgang mit den „nachrichtenlosen“ Konten der ermordeten Juden. Das US-State-Departement und das britische Foreign Office veranstalteten im Dezember 1997 ein Konferenz zum Thema „Nazigold“. Auch wenn hier Schweden, die Schweiz, Spanien, Portugal und Argentinien im Brennpunkt standen, beeilte sich angesichts der Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen vor US-amerikanischen Gerichten die Deutsche Bank, 1998 eine „Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank in der NS-Zeit“ zu berufen. Ihr gehören neben

James wiederum Gerald Feldman aus Berkeley und Lothar Gall aus Frankfurt/Main an, außerdem Avraham Barkai aus Jerusalem und Jonathan Steinberg aus Philadelphia. Von den Jubelautoren waren also Gall, Feldman und James erneut beauftragt, sie hatten sich im Sinne der Deutschen Bank bewährt. Die Berufung von drei US-amerikanischen und einem israelitischen Historiker signalisierte Konzessionsbereitschaft.

Zuerst publizierte Jonathan Steinberg 1999 „Die Deutsche Bank und ihre Goldtransaktionen während des Zweiten Weltkrieges“ parallel zu einer analogen Arbeit von Johannes Bähr über die Dresdner Bank. James Studie ist der zweite von der Kommission vorgelegte Bericht. In einem gemeinsamen Vorwort verordnen sich die Mitglieder selbst einen Maulkorb: Ihre Arbeiten sollen zwar höchsten wissenschaftlichen Maßstäben gerecht werden, aber eine „vertretbare und verantwortliche Darstellung der Beweislage und der gewonnenen Schlußfolgerungen addieren“. (7) Für den vorliegenden Gegenstand heißt das konkret: „Speziell im Hinblick auf die hiermit vorgelegte Studie haben wir alle uns lange den Kopf darüber zerbrochen und sehr gründlich darüber diskutiert, zu welchen Aussagen man auf der Basis des vorliegenden Materials gelangen oder nicht gelangen kann. Wir haben uns darauf geeinigt, daß es unmöglich ist, eine überzeugende Zahl für die Gesamtsumme der erzielten ‚Arisierungs‘-Gewinne vorzulegen und demgemäß verzichtet Professor James darauf, eine solche Summe zu nennen.“ (7/8)

James analysierte mehrere hundert „Arisierungen“ größerer Unternehmen, die die Deutsche Bank in Deutschland abwickelte. Zunächst behandelt er die Beziehungen der Deutschen Bank zu jüdischen Banken, danach einige vor allem durch die regionalen Niederlassungen und Filialen erledigte „Arisierungsfälle“. Die Rolle der Deutschen Bank bei der „Arisierung“ im Zuge der „Neuordnung Europas“ beschränkt er auf die 1938/39 besetzten Länder Österreich, Tschechoslowakei und Polen: Hier werden die Übernahmen des Creditanstalt-Bankvereins in Wien, der Böhmisches Union-Bank in Prag, deren Direktor Walter Pohle wurde, und der Creditanstalt in Polen, jeweils als Fallstudien behandelte.

Betonte James eingangs seiner Studie, daß die juristische Verantwortung für strafbares Verhalten bei dem Unternehmen liege, so greift er hinsichtlich der konkreten Verantwortlichkeit zu einer zweifachen Diversifizierung: Zum einen betont er, daß es bei den von der Deutschen Bank getätigten bzw. abgewickelten „Arisierungen“ „die Bestrebungen einzelner Funktionsträger innerhalb der Unternehmenshierarchie“ waren, nach denen sich unternehmerische Entscheidungen richteten. Zum anderen habe sich die Zentrale zurückgehalten, aktiv beim „Arisieren“ waren vor allem die Filialen. Was die verbotene Bilanzierung der „Arisierungsgewinne“ angeht, so vermerkt James ausdrücklich, daß diese in den internen Bilanzen der Bank höher waren als in den öffentlichen: Bei der Deutschen Bank lauteten die Zahlen für 1938 intern 36,573 Mill. RM und öffentlich 7,95 Mill.

RM. Die größten Gewinne haben sich in den Büchern der Tochter- oder Partnerbanken niedergeschlagen. Die Gewinne seien zwar eindrucksvoll, aber nicht erheblich. Und schließlich arbeitete die Deutsche Bank auch bei den internen Kalkulationen mit einem „sehr eng gefaßten ‚Arisierungsbegriff‘“, der z.B. Einkünfte aus Sperrmarkkonten nicht separat auswies.

James Kritik ist vorrangig moralisch. Auch tut es der Deutschen Bank nicht weh, wenn er aus der Nazi-propagandaformel vom „raffenden Kapital“ und dem Kampf gegen die „Zinsknechtschaft“ auf eine grundsätzliche Feindschaft der Nazis gegenüber dem Finanzkapital, ja auf deren Antikapitalismus rückschließt und postuliert, daß „unter der Wucht einer alles durchdringenden, alles vergiftenden Ideologie“ selbst die Banken „aus den Fugen zu geraten begannen“. (19)

# TAGUNGSBERICHT

## Deutsche Erdölpolitik 1928-1938

Am 9. September 2003 sprach Dr. Titus Kockel aus München über Probleme der deutschen Erdölpolitik 1928-1938 vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Kockel hat an der TU Berlin Geschichte studiert. Dort verteidigte er 2003 auch erfolgreich seine von Heinz Reif betreute Dissertationsschrift *Geologie und deutsche Erdölpolitik 1928-1938. Die frühe Karriere des Erdölgeologen Alfred Theodor Bentz*. Die Dissertationsschrift wurde von der TU Berlin ins Internet gestellt, sie soll im Beiheft des *Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte* gedruckt werden.

Im Unterschied zu dieser Arbeit beschäftigte sich Kockel in seinem Vortrag nicht vorrangig mit dem Einfluß technologisch-wissenschaftlicher Neuerungen auf die Erdölpolitik und auch nicht mit der Biographie von Bentz. Er stellte vielmehr jene Interessengruppen vor, die konkurrierend Einfluß auf die deutsche Erdölpolitik nahmen, vor allem die preußischen Staatsgeologen, die preußischen Erdölkonzerne, die auf den Erdölsektor vordringenden Chemiekonzerne und natürlich die verschiedenen Institutionen des Naziregimes.

Die größten Ölkonzerne der Welt, Esso, Shell, Anglo-Irian und weitere schlossen sich 1928 zum Achnacarry-Cartell zusammen, einem Hochpreiskartell mit festgesetzten Anteilen. Deutschland war über seine Betriebsstoffkonvention daran beteiligt. Die Nicht-Mitglieder führten den Preiskrieg gegen das Kartell auf dem Weltmarkt mit Dumpingpreisen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland noch keine große Erdölgesellschaft. Um diese Lücke zu nutzen und sich zugleich der übermächtigen Weltkonkurrenz zu erwehren, verbündeten sich die relativ kleinen preußischen Erdölkonzerne, die vor allem in Nordwestdeutschland bohrten, mit dem preußischen geologischen Dienst. Mit Alfred Theodor Bentz plazierten sie im Nazireich ihren wichtigsten Interessenvertreter in Görings Vierjahresplandienststelle als Beauftragten für die Förderung der Erdölgewinnung. Sie konnten in den 30er Jahren die lagerstätten-theoretische Grundsatzdiskussion dominieren und ein gigantisches Programm zur Ölerkundung durchsetzen. Als deutsche Bohrungen 1932 bei Hannover fündig wurden, brach eine Öleuphorie aus. Mit dem Reichsbohrprogramm vom Februar 1934 und dem Lagerstättenprogramm vom Dezember desselben Jahres sah es zunächst so aus, als würde die systematische Erkundung und Exploitation der Hauptweg zur Ölversorgung werden. Das Reichsbohrprogramm wurde 1938 auf Österreich und später auf andere okkupierte Länder ausgedehnt.

Das Fehlen weltweit agierender Ölkonzerne in Deutschland nutzten auch Chemieriesen wie die IG Farbenindustrie AG, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und die Großbanken, um auf dem Erdölsektor ihre Geschäftsinteressen durchzusetzen, und das waren nicht immer die der Ölförderung. Im Falle der IG Farben dominierte das Interesse an der Substitution des Erdöls durch aus Steinkohle hydriertes Benzin. So saßen in Görings von den Interessen der IG Farben dominierter Vierjahresplanbehörde sowohl die Vertreter der teuren, nur durch staatliche Subventionierung rentablen Kohlehydrierung als auch die in Benz personifizierte Steuerungsgewalt für „natürliches Erdöl“. Der Weg der deutschen Erdölpolitik in die Autarkie, der Sieg der Kohlehydrierung über die Ölerschließung mit dem Argument der Blockadefestigkeit im Kriege war keineswegs von vornherein vorgezeichnet.

Mit diesem Widerspruch nicht genug, bewegte sich die deutsche Ölpolitik nicht nur in der Konkurrenz zwischen der deutschen Ölwirtschaft und den Substitutionsinteressen der IG Farben, sondern gleichzeitig zwischen den Absatzinteressen der Achnacarry-Konzerne, ihren Gegenspielern in Gestalt der mittleren und kleineren amerikanischen und britischen Außenseiter, den überseeischen Ölprojekten der deutschen Schwerindustrie und der Politik der deutschen Regierungsinstanzen. Kein Wunder, daß diese deutsche Erdölpolitik in Abhängigkeit vom jeweiligen Kräfteverhältnis, von Angeboten aller beteiligten Gruppen und von situativen politischen Entscheidungen im Zickzack verlief, schwer zu durchschauen war auch für die Zuhörer des Kockelschen Vortrages - und ihre abrupten Kursänderungen oft die Frage nach dem manifesten Interesse provozierten.

Auch wenn auf dem Welterdölmarkt keine deutschen Erdölkonzerne agierten, so war die deutsche Entwicklung natürlich vom Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nicht abgekoppelt und die deutsche Industrie und die deutschen Regierungsstellen nutzten wenn auch nicht immer und nicht konsequent den sich verschärfenden Konkurrenzkampf der Oligopolisten des Achnacarry-Kartells mit deren Gegnern auf eigenem Feld. Da Nazideutschland am liebsten Öl kaufen wollte, ohne mit knappen Devisen bezahlen zu müssen, waren derartige Lieferangebote, sei es von Mexiko und den Konkurrenten des Achnacarry-Cartells, sei es von Standard-Oil oder Shell, natürlich willkommen.

Kockel umriß von der Öleuphorie 1932 über den Ölschock 1935 bis zum internationalen Boykott Mexikos durch die Konzerne des Achnacarry-Cartells im Mai 1938, weil Mexiko das Erdöl verstaatlicht hatte, verschiedene Stationen der Ölpolitik der Hitlerregierung. Besonderen Nachdruck legte er auf das Zustandekommen und die Wirkung des deutschen Lagerstättengesetzes vom Dezember 1934, das zu einer Revision der Hannover IHK führte, sich aber vor allem gegen die IG Farben und gegen die internationalen Erdölriesen richtete. Doch die IG Farben



verbündeten sich mit der Reichswehr bzw. Wehrmacht, um den stärkeren Ausbau der Kohlehydrierung gegen die Hannoveraner Gruppierung durchzusetzen. Mit dem Treibstoffabkommen von 1934 konnte sie die deutschen Ölkonzerne auf den Sektor der Schmieröle abdrängen. Die eingerichtete Treibstoffkommission wirkte außerhalb des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums, das die deutschen Ölkonzerne unterstützte. Die IG Farben stellten die 1. Kriegsplanung für die Reichswehr auf, deren Wirtschaftsgeneral - Thomas unterstützte die IG in der Treibstoffkommission.

Als die Sowjetunion und Rumänien im Herbst 1935 ihre Öllieferungen einstellten, wirkte der Ölschock noch stärker in Richtung der von den IG Farben favorisierten Substitution. Eine neue Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie wurde gebildet und der Hannover-Gruppe gleichgestellt. Mit dem Flugbenzinvertrag vom Sommer 1936 konnte Krauch seine Hydrierungspläne endgültig durchsetzen.

Selbst als Ende 1937 gute Bohrerfolge erzielt wurden, als 1938 Mexiko günstige Öllieferungen ohne Devisen anbot, als in Konkurrenz dazu sogar Konzerne des Hochpreiskartells wie die Standard Oil oder Shell Deutschland günstige, devisenlose Lieferungen anboten, griffen die Kriegsplaner nicht zu. Im Gegenteil, Krauch unterzog den Vierjahresplan einer abermaligen Revision. Das von der Wehrmacht und der IG Farben stets vorgetragene Hauptargument lautete, daß in einem Krieg überseeische Lieferungen völlig ausfallen würden. Die Marine unterstützte dieses Argument aber nicht. Kockel wertete dieses Argument als untauglich und vorgeschoben, weil natürlich das anvisierte kaukasische Erdöl räumlich auch nicht näher lag. In der Diskussion warnte Dietrich Eichholtz davor, das Blockadeargument zu gering zu bewerten.

In der Debatte wurde nach dem tatsächlichen Anteil von Erdöl und hydriertem Benzin in der deutschen Kriegswirtschaft gefragt. Kockel schätzte, daß die Hydrieranlagen leicht über 50 Prozent des erforderlichen Benzins produziert hätten, vor allem leichtes Flugbenzin. Die Marine dagegen brauchte schweres Heizöl, das nicht zu synthetisieren war, weshalb auch die rüstungswirtschaftlichen Interessen der Wehrmachtteile stark divergierten. Die Marineführung war immer für den verstärkten Ölimport eingetreten und hatte sich vom Blockadeargument davon nicht abhalten lassen. Die Favorisierung der Hydrierwerke nach 1933 war mit dem Argument erfolgt, diese arbeitsintensive Industrie werde viele Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit verringern. Doch als sich in den späten 30er Jahren die Substitutionspolitik der IG Farben entscheidend gegenüber den Interessen der Ölkonzerne bzw. der am Ölimport interessierten Gruppen durchsetzte, war dieses Argument politisch bereits gegenstandslos geworden, und im Krieg verstärkte dieser Bedarf den Arbeitskräftemangel.